



Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2016 – Teil 1

Ergebnisse der Befragung und
der Indikatorenentwicklung

Monitor Nachhaltige Kommune

Bericht 2016 – Teil 1

Ergebnisse der Befragung und der Indikatorenentwicklung

Wir verwenden in dieser Publikation keine durchgängig geschlechtergerechte Sprache. Mit „Bürger“, „Teilnehmer“ etc. sind immer Männer und Frauen gemeint.

Titelbild: alphaspirit/Shutterstock Images

Autoren

Henrik Riedel / Oliver Haubner / Dr. Nils Zumbansen / Dr. Kirsten Witte
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-81266
Fax 05241 81-681266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Busso Grabow / Dr. Jasmin Honold / Uta Bauer / Ulrike Wolf / Detlef Landua / Paul Gallep
Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstr. 13-15
10969 Berlin
Telefon 030 39001-248
Fax 030 39001-216
grabow@difu.de

Stand: 14.11.2016

Nachhaltige Entwicklung aus kommunaler Sicht

„ Nachhaltige Entwicklung bedeutet generationengerechte und zukunftsfähige Daseinsvorsorge und ist damit ureigenste Aufgabe von Kommunen.

Katrin Anders
Leiterin, Büro des Oberbürgermeisters, Stadt Wernigerode



„ Nachhaltige Entwicklung muss noch besser als Prozess verstanden werden, in dem messbare Ziele, visionäres Denken und transparentes Monitoring Erreichtes und (noch) Unerreichtes aufzeigen, gerade auch bürgernah in den Kommunen.

Prof. Dr. Günther Bachmann
Generalsekretär, Rat für Nachhaltige Entwicklung



„ Nachhaltigkeitsindikatoren – konkret und handlungsleitend – fördern die Diskussion und unterstützen das kommunale Management.

Rainer Christian Beutel
Vorstand, Kommunale Gemeinschaftsstelle
für Verwaltungsmanagement (KGSt)



„ *Wie kann die Nachhaltigkeit kommunalen Handelns gemessen und überprüft werden? Indikatoren können eine Hilfe sein!*

Peter Dütthorn
Abteilungsleiter, Amt für Statistik und Wahlen, Stadt Leipzig



„ *Nachhaltigkeit in Kommunen bedeutet für uns, Verantwortung für unsere Zukunft und für die kommenden Generationen zu übernehmen, ohne deren Handlungsfähigkeit einzuschränken.*

Thorsten Krüger
Bürgermeister, Stadt Geestland



„ *Daten sind nicht einfach Zahlen. Sie erzählen uns Geschichten aus den Städten und helfen uns zu erkennen, worauf es ankommt, wenn nachhaltige Gemeinwesen entstehen sollen.*

Stefan Kuhn
Deputy Regional Director,
ICLEI – Local Governments for Sustainability



„ *Wissen, wo wir stehen und hinwollen... Indikatoren helfen uns, Groß-Umstadt gerecht, fair und nachhaltig zu entwickeln.*

Reiner Michaelis
AGENDA-Beauftragter, Stadt Groß-Umstadt



„ Nur wenn die Kommunen die Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung auf ihre Agenda setzen, werden sie die Zukunft meistern. Der Monitor Nachhaltige Kommune mit seinen Indikatoren ist ihnen hierbei eine unverzichtbare Hilfe.

Professor Dr. Willfried Nobel
Hochschullehrer i. R. Regionalrat



„ Nachhaltige Entwicklung gelingt nur mit konkreten Zielen und passenden Indikatoren – auf allen Ebenen, auch in den Kommunen!

Dr. Marc-Oliver Pahl
Referatsleiter, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



„ Nur eine nachhaltige Kommune hat eine Chance, die Aufgaben der Zukunft zu meistern.

Matthias Peck
Dezernent für Wohnungsversorgung, Immobilien
und Nachhaltigkeit, Stadt Münster



„ Der Erfolg einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene wird durch Indikatoren nachvollziehbar. Gleichsam sind sie ein Wegweiser für den notwendigen Transformationsprozess, um Maß und Schnelligkeit unseres Handelns bestimmen zu können.

Dr. Klaus Reuter
Geschäftsführer,
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW



„ *Nachhaltigkeit darf keine Modeerscheinung sein, sondern muss auch nachhaltig umgesetzt werden und das über alle Disziplinen. Das gilt besonders für die öffentliche Verwaltung mit Vorbildfunktion. Dazu ist eine auf Dauer angelegte Kontrolle, Evaluation und Nachsteuerung notwendig, für die Indikatoren unerlässlich sind.*

Dr. Ute Röder
Fachbereichsleiterin Umwelt und Energie, Kreis Lippe



„ *Nachhaltigkeit gehört in vielen Verwaltungen bereits zum Tagesgeschäft. Wichtig wird sein, Nachhaltigkeit als Zukunftsfrage konzeptionell, vernetzt und strategisch anzugehen.*

Manfred Schnur
Landrat, Landkreis Cochem-Zell



„ *Wettbewerbe und Indikatoren sind wichtig, um Verantwortliche in den Kommunen im Spannungsfeld zwischen knappen Ressourcen, komplexem Vergaberecht, eingespielten Routinen und nachhaltigen Alternativen zu unterstützen.*

Stefan Schulze-Hausmann
Initiator des Deutschen Nachhaltigkeitspreises



„ *Es ist die Aufgabe einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) vor Ort erlebbar zu machen.*

Ullrich Sierau
Oberbürgermeister, Stadt Dortmund



„ *Nachhaltigkeit in Kommunen lebt durch das Engagement der Zivilgesellschaft, daher brauchen wir messbare Nachhaltigkeitsindikatoren, um durch Transparenz Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung einzuladen.*

Dr. Dieter Salomon
Oberbürgermeister, Stadt Freiburg i. Brsg.



„ *Mehr denn je geht es um eine nachhaltige Stadtentwicklung. Indikatoren beschreiben Aufgaben, bilden Orientierungspunkte und dokumentieren Fortschritt. Sie sind Wegweiser gerade für immaterielles Wachstum und damit für die Zukunft lebenswerter Städte und Regionen.*

Hans-Josef Vogel
Bürgermeister, Stadt Arnshausen



Geleitwort der kommunalen Spitzenverbände

Spätestens seit der Verabschiedung der Agenda 21 auf der Rio-Konferenz von 1992 ist nachhaltige Entwicklung ein Thema auf kommunaler Ebene. Nachhaltigkeit wird in den Kommunen gelebt und ist Ausdruck gemeinwohlorientierten Handelns. Viele Kommunen sind seit langem auf diesem Weg, setzen Nachhaltigkeitsstrategien um oder entwickeln neue Ansätze und Konzepte integrierter Entwicklung. Die Veröffentlichung der Agenda 2030 bzw. der Sustainable Development Goals (SDG) hat dem Engagement für eine nachhaltige Entwicklung der Städte, Gemeinden und Kreise einen neuen Schub gegeben.

Wir begrüßen es, dass der erste Bericht zum Monitor Nachhaltige Kommune nunmehr vorliegt. Damit steht allen Städten und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern sowie allen Landkreisen in Deutschland ein weiteres Instrument zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene zur Verfügung.

Der Monitorbericht ist das Ergebnis des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“, das die Bertelsmann Stiftung mit Unterstützung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) konzipiert und durchgeführt hat. Die kommunalen Spitzenverbände haben dieses Vorhaben von Anfang an unterstützt.

Zur Unterstützung der Weiterentwicklung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements enthält der Monitorbericht Indikatorendefinitionen und -werte, fundierte Analysen sowie eine Vielzahl an guten Beispielen. Der Monitorbericht bietet einen Baukasten für das Nachhaltigkeitsmanagement der Kommunen. Wichtig dabei: *Das Nachhaltigkeitsmanagement für die Kommunen gibt es nicht – ebenso wenig, wie es den Indikatorenkatalog für alle Städte, Gemeinden und Kreise gibt. Jede Kommune muss ihren eigenen Weg gehen – das hierfür erforderliche Handwerkszeug liegt nun vor.*

Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und dem Difu möchten wir uns herzlich bei all denjenigen bedanken, die in vielen Gesprächen und Gremiensitzungen ihre Erfahrungen und ihren Sachverstand in die Projektarbeit eingebracht haben. Wir wünschen uns, dass der Monitorbericht rege Nutzung und Verbreitung findet.

Berlin, im November 2016

Detlef Raphael

Deutscher Städtetag

Dr. Kay Ruge

Deutscher Landkreistag

Alexander Handschuh

Deutscher Städte- und
Gemeindebund

„Gebrauchsanleitung“ für den Monitor

Während Bund und Länder mit zum Teil großer öffentlicher Aufmerksamkeit an Nachhaltigkeitsstrategien und -berichten arbeiten, stehen die Kommunen in der öffentlichen Wahrnehmung häufig weit weniger im Fokus. Zu Unrecht, wie wir glauben. Denn gerade die Kommunen haben mit den vielfältigen Prozessen zur lokalen Agenda das Thema seit Langem aufgegriffen und bilden – wie der Monitorbericht an zahlreichen Beispielen zeigt – in vielerlei Hinsicht die Basis der Bewegung. Ohne die Kommunen sind Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes und der Länder nicht umsetzbar. Und umgekehrt: Ohne vertikale Integration fehlt den Kommunen ein wichtiges Standbein ihrer Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Ziele des Monitors bestehen darin, die zentrale Rolle der Kommunen beim Thema Nachhaltigkeit zu unterstreichen und Bausteine zu liefern für ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement vor Ort. Wohl wissend, dass es *die* Nachhaltigkeitsstrategie oder *den* Nachhaltigkeitsbericht nicht gibt. Jede Kommune – groß oder klein, Ballungsraum oder ländlich geprägt, ob in schwieriger oder entspannter Haushaltslage – muss ihren eigenen Weg finden. Der Monitor mit seinem „Herzstück“ – dem Indikatorenkatalog – ist deshalb im Grundsatz als Baukasten angelegt. Er ist als „Steinbruch“ gedacht, der sowohl für fortgeschrittene Kommunen in Sachen Nachhaltigkeit als auch für Kommunen, die noch am Anfang stehen, Ideengeber sein kann.

Der Monitor ist ein Hilfsmittel zur selbstständigen Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen. Er kann in das kommunale Steuerungssystem integriert werden, indem beispielsweise eine Verknüpfung zu dem bereits entwickelten Leitbild, zum städtischen Haushalt oder den Ziel- und Produktdefinitionen hergestellt wird. „1:1“ eingesetzt und umgesetzt werden kann er jedoch nur bedingt. Das war auch zu keinem Zeitpunkt beabsichtigt.

Die im vorliegenden, ersten Monitorbericht 2016 aufgeführten, aggregierten Indikatorenwerte liefern Orientierungspunkte für die Arbeit vor Ort. Zentrales Anliegen des Monitors ist es, wertungsfrei Transparenz herzustellen über den Stand der Nachhaltigkeit in Kommunen. Er hat damit eine Barometerfunktion, kann ein Instrument zur Selbstevaluation und – wenn gewollt – Werkzeug für interkommunale Vergleiche sein. Aber in aller Deutlichkeit: Der Monitor ist kein Ranking. Und der Indikatorenkatalog gibt keine Ziel- oder Richtwerte vor. Die im Bericht zur Verfügung gestellten Daten sind grundsätzlich aggregiert und nicht „kommunenscharf“.

Wenngleich sich der Monitor primär an die Zielgruppe der Entscheider und Entscheidungsunterstützer in der Kommunalverwaltung und -politik richtet, sind die erhobenen Indikatorenwerte und die Ergebnisse einer Befragung zum Nachhaltigkeitsmanagement grundsätzlich für jedermann interessant und geeignet. Egal, ob Bürgermeister, Landräte, Nachhaltigkeitsmanager, Kommunalstatistiker, Fraktionsvorsitzende, Wirtschaftsförderer, Kaufleute in der Stadt, Umweltschützer oder Agenda-21-aktive Bürgerinnen und Bürger. Der Monitor wurde partizipativ entwickelt und es empfiehlt sich auch seine partizipative Anwendung vor Ort. Nachhaltigkeitsstrategien lassen sich am besten gemeinsam entwickeln.

Der im Monitorbericht enthaltene Indikatorenkatalog baut an vielen Stellen auf dem auf, was es – in den Kommunen, den Ländern und im Bund – schon gibt. „Anschlussfähigkeit“ war für uns ein hohes Gut bei der Entwicklung des Katalogs. Der Indikatorenkatalog wurde mehrfach überarbeitet und ist streng genommen auch jetzt noch „work in progress“. Wir wünschen uns, dass er vor Ort

angepasst wird, seit Langem bewährte zusätzliche Indikatoren hinzugefügt oder weniger relevante Indikatoren ausgeblendet werden. Die Indikatoren sind ein Gradmesser und sowohl für einen schnellen Überblick als auch für eine vertiefte Analyse geeignet. Zentrales Anliegen bei der Entwicklung war für uns die Handhabbarkeit in der Praxis. Deshalb ist auch die Zahl der Kernindikatoren überschaubar. Gleichwohl ist eine Vielzahl „perspektivischer“ Indikatoren aufgeführt. Sie sind hoch relevant, derzeit aber leider noch nicht flächendeckend verfügbar. Flächendeckende Verfügbarkeit aus öffentlich zugänglichen Quellen war für uns ein wesentliches Kriterium bei der Definition von Kernindikatoren.

Ebenso wenig wie der Monitor Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhebt, ist er statisch und gewissermaßen „in Stein gemeißelt“. Er ist auf Weiterentwicklung angelegt und deshalb ist Ihr Feedback an dieser Stelle ausdrücklich erwünscht. Wenden Sie den Monitor vor Ort an, nutzen Sie gern die enthaltenen Indikatorensteckbriefe, Definitionen oder Grafiken für die Erstellung Ihrer Nachhaltigkeitsberichte, Ratsvorlagen oder Informationsbroschüren. „Abschreiben“ ist an dieser Stelle ausdrücklich erlaubt.

Inhaltsübersicht

1	Zusammenfassung	13
1.1	Eckpunkte des Monitors	13
1.2	Befragung.....	14
1.3	Indikatorenentwicklung	16
1.4	Berichtserstellung.....	18
2	Eckpunkte des Monitors	19
2.1	Ausgangslage.....	19
2.2	Ziel	22
2.3	Inhalt	26
2.4	Vorgehen.....	29
3	Befragung	32
3.1	Befragungsmethode	32
3.2	Befragungsergebnisse.....	38
4	Indikatorenentwicklung.....	57
4.1	Entwicklungsmethode.....	57
4.2	Indikatoren nach Themen	67
4.3	Indikatoren nach Sustainable Development Goals	88
4.4	Indikatoren nach Produktbereichen	107
4.5	Indikatoren nach Querschnittsthemen	113
4.6	Indikatoren nach Nachhaltigkeitsagenden	119
4.7	Exemplarische Auswertung und Analyse.....	126
5	Anhang	134
5.1	Literaturverzeichnis	134
5.2	Projektgremien	141
5.3	Fragebogen.....	145
5.4	Indikatorenkatalog	152
5.5	Indikatorensteckbriefe	158

Inhalt

1	Zusammenfassung	13
1.1	Eckpunkte des Monitors	13
1.2	Befragung.....	14
1.3	Indikatorenentwicklung	16
1.4	Berichtserstellung.....	18
2	Eckpunkte des Monitors	19
2.1	Ausgangslage.....	19
2.2	Ziel	22
2.3	Inhalt	26
2.4	Vorgehen.....	29
3	Befragung.....	32
3.1	Befragungsmethode	32
3.1.1	Literaturrecherche.....	32
3.1.2	Entwicklung eines Managementmodells	32
3.1.3	Durchführung ausgewählter Fallstudien	33
3.1.4	Weiterentwicklung des Managementmodells	33
3.1.5	Auswahl der Befragungsform	34
3.1.6	Entwicklung des Fragebogens	34
3.1.7	Planung und Vorbereitung der Befragung	35
3.1.8	Durchführung der Befragung.....	36
3.2	Befragungsergebnisse.....	38
3.2.1	Erläuterungen zur Auswertungsmethodik und Angaben zur Stichprobenstruktur.....	38
3.2.2	Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen.....	39
3.2.3	Allgemeines Nachhaltigkeitsmanagement.....	41
3.2.4	Maßnahmen und Bewertung des Nachhaltigkeitsmanagements.....	45
3.2.5	Beteiligungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement	51
3.2.6	Angaben zum Monitor Nachhaltige Kommune	55
4	Indikatorenentwicklung.....	57
4.1	Entwicklungsmethode.....	57
4.1.1	Auswertung ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte	57
4.1.2	Berücksichtigung übergeordneter Quellen	58
4.1.3	Entwicklung des Indikatorenkatalogs	59
4.1.4	Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs	60
4.1.5	Identifikation von Kernindikatoren	62
4.1.6	Erhebung der Kernindikatoren	63
4.2	Indikatoren nach Themen.....	67
4.2.1	Arbeit und Beschäftigung.....	67
4.2.2	Wirtschaftsstruktur	69
4.2.3	Klima und Energie	71

4.2.4	Mobilität	73
4.2.5	Naturschutz und Ressourceneinsatz.....	74
4.2.6	Armut.....	76
4.2.7	Wohnen und Wohnumfeld.....	77
4.2.8	Gesundheit und Pflege	78
4.2.9	Sicherheit.....	79
4.2.10	Bildung	80
4.2.11	Kultur	82
4.2.12	Verwaltung und Ratsarbeit.....	83
4.2.13	Haushaltsführung.....	85
4.2.14	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement.....	86
4.2.15	Eine-Welt-Engagement.....	87
4.3	Indikatoren nach Sustainable Development Goals	88
4.3.1	Keine Armut (SDG 1).....	88
4.3.2	Keine Hungersnot (SDG 2)	89
4.3.3	Gesundheit und Wohlbefinden (SDG 3).....	89
4.3.4	Hochwertige Bildung (SDG 4).....	91
4.3.5	Gleichberechtigung der Geschlechter (SDG 5)	92
4.3.6	Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen (SDG 6)	93
4.3.7	Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7).....	94
4.3.8	Menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum (SDG 8)	95
4.3.9	Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9).....	97
4.3.10	Reduzierte Ungleichheiten (SDG 10).....	98
4.3.11	Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11).....	99
4.3.12	Verantwortungsvoller Konsum & Produktion (SDG 12)	101
4.3.13	Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)	102
4.3.14	Leben unter Wasser (SDG 14).....	103
4.3.15	Leben an Land (SDG 15).....	104
4.3.16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16)	105
4.3.17	Partnerschaften, um die Ziele zu erreichen (SDG 17)	105
4.4	Indikatoren nach Produktbereichen	107
4.4.1	Übergeordnete staatliche Aufgaben (PB 0).....	107
4.4.2	Öffentliche Sicherheit und Ordnung (PB 1)	107
4.4.3	Justiz (PB 2)	108
4.4.4	Bildung, Wissenschaft und Kultur (PB 3).....	108
4.4.5	Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehr (PB 4)	108
4.4.6	Soziale Sicherung, Familie und Jugend (PB 5)	109
4.4.7	Gesundheit, Verbraucherschutz, Sport und Erholung (PB 6)	110
4.4.8	Umwelt und Natur (PB 7)	110
4.4.9	Wirtschaft und Arbeit (PB 8).....	111
4.4.10	Finanzwirtschaft (PB 9).....	112
4.5	Indikatoren nach Querschnittsthemen	113
4.5.1	Kinder- und Jugendgerechtigkeit.....	113
4.5.2	Altersgerechtigkeit	114
4.5.3	Geschlechtergerechtigkeit.....	115
4.5.4	Ausländer-/Migrantengerechtigkeit.....	116
4.5.5	Behindertengerechtigkeit	117
4.6	Indikatoren nach Nachhaltigkeitsagenden	119

4.6.1	Inklusive Kommune.....	119
4.6.2	Familiengerechte Kommune	120
4.6.3	Umweltgerechte Kommune.....	121
4.6.4	Resiliente Kommune.....	121
4.6.5	Sharing-Kommune.....	123
4.6.6	Smarte Kommune.....	124
4.6.7	Faire Kommune	125
4.7	Exemplarische Auswertung und Analyse.....	126
4.7.1	Korrelationsanalyse	126
4.7.2	Faktorenanalyse	128

5 Anhang 134

5.1	Literaturverzeichnis	134
5.2	Projektgremien	141
5.2.1	Wissenschaftliche Arbeitsgruppe	141
5.2.2	Fokusgruppe Statistik	141
5.2.3	Fokusgruppe Management	142
5.2.4	Projektbeirat	143
5.2.5	Projektteam	144
5.3	Fragebogen.....	145
5.4	Indikatorenkatalog	152
5.5	Indikatorensteckbriefe	158
5.5.1	Arbeit und Beschäftigung.....	158
5.5.2	Wirtschaftsstruktur	166
5.5.3	Mobilität	175
5.5.4	Naturschutz und Ressourceneinsatz.....	176
5.5.5	Armut.....	179
5.5.6	Wohnen und Wohnumfeld.....	180
5.5.7	Gesundheit und Pflege	182
5.5.8	Sicherheit.....	185
5.5.9	Bildung.....	186
5.5.10	Haushaltsführung.....	191

1 Zusammenfassung

1.1 Eckpunkte des Monitors

Die Herausforderungen, denen sich die Kommunen in Deutschland zu stellen haben, sind hoch komplex und im ständigen Wandel. Der Schwierigkeit der Probleme kann nur mit umfassenden und langfristigen Konzepten wirksam begegnet werden. Gefragt sind keine „schnellen Lösungen“, sondern Konzepte, die auf dauerhafte – nachhaltige – Entwicklung angelegt sind.

Dem Monitorbericht liegt ein Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zugrunde, das sich mit vier „Gs“ umschreiben lässt:

- Das Prinzip der Generationengerechtigkeit, das sowohl inter- als auch intragenerative Gerechtigkeit umfasst.
- Das Prinzip der Ganzheitlichkeit – divergierende Zielsetzungen sind insgesamt zu betrachten und, wenn möglich, zum Ausgleich zu bringen.
- Das Prinzip der globalen Verantwortung, nach dem regionale, nationale und globale Auswirkungen möglichst gleichmäßig zu bedenken sind.
- Das Prinzip des gemeinsamen Vorgehens, das die Beteiligung möglichst aller relevanten Akteure beinhaltet.

Immer mehr Kommunen haben sich im Laufe der Jahre auf den Weg gemacht, den Gedanken der Nachhaltigkeit zu einer wichtigen Handlungsmaxime zu machen. Das Verständnis von „Nachhaltigkeit“, das dem zugrunde liegt, variiert jedoch zum Teil immens von Ort zu Ort oder von Zielgruppe zu Zielgruppe.

Nur in wenigen Fällen gehen die Kommunen dazu über, ihr Nachhaltigkeitsmanagement wirkungsorientiert auszurichten – und das heißt auch, systematisch auf die Nutzung von Indikatoren und Kennzahlen zu bauen.

An dieser Stelle setzt der Monitor Nachhaltige Kommune an. Er zielt darauf ab, die Entwicklung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements in den Kommunen zu unterstützen. Zu diesem Zweck beinhaltet der Bericht Indikatorendefinitionen und -werte sowie Analysen und gute Beispiele. Der Indikatorenkatalog stellt einen „Baukasten“ dar, der – je nach Ausgangslage vor Ort – individuell angepasst werden kann. Mithilfe des Monitors werden regelmäßig und bundesweit Zahlen, Daten und Fakten zum Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements bereitgestellt. Damit werden die Entscheider und Entscheidungsunterstützer in Politik und Verwaltung unterstützt und in die Lage versetzt, die Nachhaltigkeitsprozesse vor Ort möglichst zielgerichtet zu steuern.

Im Rahmen eines auf 18 Monate begrenzten Pilotprojektes wurden zunächst eine Befragung von Verwaltungschefs zum Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sowie die Entwicklung und Erhebung von (Kern-)Indikatoren zum Stand der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene durchgeführt. Zudem wurden die Zwischenergebnisse des Projektes ausgewählten Praxistests unterzogen.

1.2 Befragung

Die Befragung zum Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements 2016 richtete sich an die Verwaltungschefs aller Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie aller Landkreise in Deutschland. Ihr Inhalt konzentrierte sich u. a. auf die Wichtigkeit des Themas, die aktuellen Nachhaltigkeitsschwerpunkte in den Kommunen, die Organisation des Nachhaltigkeitsmanagements vor Ort und die dafür bereitgestellten Ressourcen. Weitere Fragen galten dem Monitoring des Prozesses, der Beteiligung unterschiedlicher Zielgruppen vor Ort sowie der Beachtung kritischer Erfolgsfaktoren.

Um das für die Befragung entwickelte Managementmodell einem Praxistest zu unterziehen, wurden in acht Kommunen unterschiedlicher Länderzugehörigkeit, unterschiedlichen Kommunaltyps und verschiedener Größenklassen Fallstudien durchgeführt. Dokumentenanalysen und qualitative Interviews wurden durchgeführt, das Managementmodell für die Befragung überarbeitet. Dies war die Grundlage für einen Pretest, dessen Ergebnisse für die Finalisierung des Fragebogens genutzt wurden.

Am Ende wurden 3.202 Kommunen in Deutschland befragt; 519 auswertbare Fragebögen gingen beim Difu ein. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 16,2 Prozent. Diese Rücklaufquote variiert – was dem Normalfall entspricht – unter bestimmten Teilgruppen der Befragung. Vor allem kleinere Städte bzw. Gemeinden waren schwerer für eine Mitarbeit zu gewinnen als größere Kommunen. Insgesamt ist die Rücklaufquote zufriedenstellend – die Befragungsergebnisse ergeben einen guten „Gradmesser“ zum Stand des Nachhaltigkeitsmanagements in deutschen Kommunen.

Zusammengefasst sind folgende Befragungsergebnisse hervorzuheben:

Nachhaltige Entwicklung nimmt derzeit für die Kommunen in Deutschland einen hohen Stellenwert ein. Fast ein 90 Prozent der Befragten geben an, dass das Thema für sie sehr wichtig oder zumindest wichtig sei. Nur für rund jede zehnte befragte Kommune ist das Thema kaum von Bedeutung.

Einzelne Nachhaltigkeitsthemen werden derzeit von den Kommunen mit unterschiedlicher Intensität bearbeitet. Als besonders vordringlich werden die Bereiche „Klima und Energie“, „Wohnen und Wohnumfeld“, „Bildung“ sowie „Haushaltsführung“ angesehen. Eine weniger intensive Beachtung wird beispielsweise den Themen „Armut“, „Sicherheit“ und „Eine-Welt-Engagement“ geschenkt. Der Bearbeitungsstand dieser Nachhaltigkeitsthemen unterscheidet sich allerdings für einzelne kommunale Teilgruppen zum Teil erheblich.

Wenngleich auch hier die Werte je nach Größenklasse variieren, gibt die überwiegende Mehrheit von fast 63 Prozent der Kommunen an, in der Verwaltung über keine für Nachhaltigkeitsfragen zuständige Stelle zu verfügen und dies auch nicht zu planen. Immerhin rund ein Drittel der Befragten hat eine solche Stelle eingerichtet – bei knapp 5 Prozent der Befragten ist die Einrichtung einer solchen Stelle geplant. Die eingerichteten Stellen sind auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen angesiedelt.

Einzelne Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung werden bereits in rund 40 Prozent der befragten Kommunen in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen bearbeitet. Nur weniger als 3 Prozent verfü-

gen über eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die die Aktivitäten aller Ressorts auf Nachhaltigkeitsfragen abstimmt.

Noch nicht sonderlich intensiv werden in den Kommunen Maßnahmen zur Überwachung von Nachhaltigkeitsaktivitäten umgesetzt. Auch Evaluierungen zur Erreichung von nachhaltigkeitsbezogenen Zielen oder gar die Veröffentlichung von Evaluierungen sind keinesfalls die Regel.

Über ein ausgearbeitetes Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung, das über Einzelprojekte und themenbezogene Masterpläne hinausgeht, verfügt weniger als ein Drittel der teilnehmenden Kommunen. Immerhin rund ein Viertel der Befragten gibt an, dass dies bereits fest eingeplant sei. In ostdeutschen Kommunen ist dies weit häufiger verbreitet als in westdeutschen Kommunen.

In unterschiedlicher Intensität hat die Hälfte der Kommunen bereits heute Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Produkthaushalt verknüpft – weitere 16 Prozent der Befragten planen dies.

Ein anderes Ergebnis der Befragung zeigt, dass der Monitor eine wesentliche Lücke kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements füllen kann: Bei fast zwei Dritteln der befragten Kommunen kommen Indikatoren bislang nicht zum Einsatz. Weniger als 6 Prozent der Kommunen verwenden ein umfassendes Indikatorensystem. Sofern überhaupt, werden Indikatoren nur in einzelnen Handlungsfeldern oder vereinzelt bei Projekten oder Maßnahmen eingesetzt. Auch hier sind es eher größere Kommunen, die bereits über Indikatorensysteme verfügen.

Die Frage, ob es „Nachhaltigkeits-Checks“ für politische oder Verwaltungsentscheidungen gebe, wurde von fast der Hälfte der befragten Städte, Gemeinden und Kreise verneint.

Die Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsberichten findet bislang lediglich bei 7 Prozent der Befragten statt. Zwar planen rund 20 Prozent für die Zukunft eine Veröffentlichung, circa drei Viertel aller teilnehmenden Kommunen sehen dies jedoch nicht vor. Auch hier wiederum antworten größere Städte eher mit „ja“.

Unterschiedliche Beteiligungsformate werden in den Kommunen sehr unterschiedlich genutzt und beziehen unterschiedliche Akteure und Institutionen ein.

Gefragt nach den Voraussetzungen für erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement wird die „Chefsache“ am wichtigsten (knapp 70 Prozent) eingestuft. „Rückhalt in der Politik“ und das „Engagement anderer Verwaltungsangehöriger“ werden ebenfalls vorrangig gesehen.

1.3 Indikatorenentwicklung

„Anschlussfähigkeit“ und „Bedarfsorientierung“ waren zwei Hauptkriterien bei der Entwicklung des Indikatorenkatalogs. Dementsprechend wurden in einem ersten Schritt ausgewählte Nachhaltigkeitsberichte auf typische bzw. häufig vorkommende Indikatoren oder Themen durchleuchtet. Hierbei wurden Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorenkataloge sowohl auf kommunaler wie auf Länder- oder Bundesebene sowie auf der Ebene der EU ausgewertet. Zusätzlich wurden übergeordnete Quellen – national und international – herangezogen und analysiert.

Auf dieser Basis wurde eine erste Fassung des Indikatorenkatalogs entwickelt, die nach Zielen, Themen und Dimensionen strukturiert wurde. Im Ergebnis wurden aus dem Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit die vier fachlichen Dimensionen „Ökonomie“, „Ökologie“, „Soziales“ und „Governance“ abgeleitet. Diesen Dimensionen wurden Themen, den Themen Ziele und den Zielen wiederum Indikatoren zugeordnet. Die Themen repräsentieren Handlungsfelder, die in einer Vielzahl von Nachhaltigkeitsberichten zu finden sind. Sowohl die Indikatoren – vgl. oben die „Gebrauchsanleitung“ zum Monitor – als auch die Ziele und Themen sind als beispielhaft zu betrachten und den jeweils lokalen Bedürfnissen anzupassen.

Der Indikatorenkatalog wurde – auch aufgrund der sehr wertvollen Anregungen aus den vier Projektgremien – mehrfach überarbeitet und neu strukturiert.

Insgesamt enthält der Indikatorenkatalog in seiner derzeitigen Fassung 37 Kernindikatoren und 57 perspektivische Kernindikatoren, die sich in unterschiedlicher Intensität auf die einzelnen Dimensionen, Themen und Ziele verteilen.

Um letztendlich „Kernindikator“ zu werden, musste ein Indikator fünf Kriterien erfüllen, wobei für jedes Kriterium ein Mindeststandard definiert wurde. Als Kriterien für einen Kernindikator wurden festgelegt:

- Nachhaltigkeitsrelevanz,
- Validität,
- Datenqualität,
- Datenverfügbarkeit sowie
- Funktion (Output-, Outcome- oder Impact-Indikator).

Die höchsten Maßstäbe hinsichtlich des Mindeststandards wurden beim Kriterium „Datenverfügbarkeit“ angelegt, da eine gute Verfügbarkeit der Daten als wesentliche Voraussetzung für die Nutzbarkeit des Indikators im Rahmen des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements angesehen werden kann. Die Datenverfügbarkeit wurde nur dann als gut genug eingeschätzt, wenn ein Datum für mindestens einen Kommunaltyp und für einen Großteil der Länder aus zentralen Quellen zu beschaffen ist.

Indikatoren, bei denen dieser Standard nicht zu erreichen ist, wurden als „perspektivische Kernindikatoren“ bezeichnet. „Perspektivisch“ drückt aus, dass es sich um aussagekräftige und relevante Indikatoren handelt, die derzeit leider noch schlecht verfügbar sind – was sich für die Zukunft allerdings ändern könnte und unserer Ansicht nach auch sollte.

Der nun vorliegende und im Anhang beigefügte Indikatorenkatalog erlaubt unterschiedlichste Sichtweisen und differenzierte Zugänge auf das Thema Nachhaltigkeit in Kommunen.

So wurden die fachbezogenen Ziele nach Möglichkeit einem oder mehreren Sustainable Development Goals (SDG) zugeordnet. Ebenso wurde mit den Produktbereichen bzw. der sogenannten „Fachebene“ im Rahmen des Integrierten Produktrahmens verfahren. Zusätzlich wurden die einzelnen Indikatoren daraufhin geprüft, inwieweit sie für die Abbildung zielgruppenspezifischer Querschnittsthemen (z. B. Kinder- und Jugendgerechtigkeit) geeignet sind. Schließlich wurden die Indikatoren noch dazu verwendet, die Entwicklung übergreifender Nachhaltigkeitsagenden (z. B. Inklusive Kommune) zu unterstützen.

Die Indikatorenwerte, die im Monitorbericht 2016 – Teil 2 dargestellt werden, beziehen sich auf die Kernindikatoren, die bereits im Wegweiser Kommune (www.wegweiser-kommune.de) enthalten sind.

1.4 Berichtserstellung

Die einzelnen Kapitel bzw. Unterkapitel dieses Monitorberichts wurden von den Projektteams der Bertelsmann Stiftung oder/und des Deutschen Instituts für Urbanistik erstellt. Die für die Erstellung der einzelnen Kapitel bzw. Unterkapitel verantwortlichen Institutionen können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Nr.	Kapitel/Unterkapitel	Bertelsmann Stiftung	Deutsches Institut für Urbanistik
1	Zusammenfassung		
1.1	Eckpunkte des Monitors	X	
1.2	Befragung	X	
1.3	Indikatorenentwicklung	X	
1.4	Berichtserstellung	X	
2	Eckpunkte des Monitors		
2.1	Ausgangslage	X	X
2.2	Ziel	X	
2.3	Inhalt	X	
2.4	Vorgehen	X	
3	Befragung		
3.1	Befragungsmethode	X	X
3.2	Befragungsergebnisse		X
4	Indikatorenentwicklung		
4.1	Entwicklungsmethode	X	X
4.2	Indikatoren nach Themen		X
4.3	Indikatoren nach Sustainable Development Goals	X	
4.4	Indikatoren nach Produktbereichen	X	
4.5	Indikatoren nach Querschnittsthemen	X	
4.6	Indikatoren nach Nachhaltigkeitsagenden	X	
4.7	Exemplarische Auswertung und Analyse		X
5	Anhang		
5.1	Literaturverzeichnis	X	X
5.2	Projektgremien	X	
5.3	Fragebogen		X
5.4	Indikatorenkatalog	X	X
5.5	Indikatorensteckbriefe		X

Tab. 1: Arbeitsteilung im Rahmen der Berichtserstellung (Quelle: eigene Darstellung)

2 Eckpunkte des Monitors

2.1 Ausgangslage

Die Kommunen in Deutschland stehen vor zahlreichen komplexen, sich dynamisch entwickelnden und miteinander vernetzten **Herausforderungen**. Der demographische Wandel wird immer stärker spürbar. Die Struktur der Bevölkerung ändert sich immer deutlicher. Das zeigt sich auch an den steigenden Flüchtlingszahlen. Die Integration der Zuwanderer in Bildung, Arbeit und Gesellschaft verlangt von den Kommunen immense Anstrengungen. Das Gleiche gilt für die zunehmende soziale Spaltung. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander; die Folgen haben zu einem großen Teil die Kommunen zu tragen. Darüber hinaus müssen sich die Städte, Gemeinden und Kreise auch den Konsequenzen der Globalisierung und der Digitalisierung sowie des Klimawandels und der Energiewende stellen – und all dies vor dem Hintergrund vielerorts knapper Kassen.

Für eine erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen auf kommunaler Ebene gibt es keine einfachen und schnellen Lösungen; erforderlich sind vielmehr umfassende und langfristige Konzepte, mit denen der Komplexität der Probleme wirksam begegnet werden kann. Umfassende und langfristige Konzepte ermöglichen eine nachhaltige, d. h. dauerhafte Entwicklung. „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Hauff 1987: 46). Dem Leitbild der **nachhaltigen Entwicklung** liegen im Wesentlichen vier Prinzipien zu Grunde:

- **Prinzip der Generationengerechtigkeit:** Das Prinzip der Generationengerechtigkeit umfasst das Prinzip der *intergenerativen* Gerechtigkeit, d. h. der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, und das Prinzip der *intragenerativen* Gerechtigkeit, d. h. der Gerechtigkeit zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb einer Generation (national und international).
- **Prinzip der Ganzheitlichkeit:** Da die Bedürfnisse innerhalb der heutigen Generation sowie zwischen der heutigen und künftigen Generationen unterschiedlich ausgerichtet sein können, sind die ggf. divergierenden Zielsetzungen in den Dimensionen „Ökonomie“ (Wirtschaft), „Ökologie“ (Umwelt), „Soziales“ (Gesellschaft) und „Governance“ (gute Politik und Verwaltungsführung) insgesamt zu betrachten und – nach Möglichkeit – zum Ausgleich zu bringen.
- **Prinzip der globalen Verantwortung:** Lokales Handeln kann regionale, nationale und globale Auswirkungen haben. Insofern tragen die Kommunen nicht nur Verantwortung für die Entwicklung vor Ort, sondern auch für die Entwicklung auf übergeordneten Ebenen. Umgekehrt gilt im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung, dass übergeordnete Ebenen die Auswirkungen ihres Handelns auf die lokale Ebene mitzubersichtigen haben.
- **Prinzip des gemeinsamen Vorgehens (Partizipation):** Um die oben genannten Prinzipien erfolgreich umzusetzen, ist eine Beteiligung aller relevanten Akteure aus Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Verwaltung (ggf. auch ebenen übergreifend) erforderlich. Nur so kann das für die Planung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen erforderliche Know-how eingebracht und die für die Realisierung notwendige Akzeptanz geschaffen werden.

Ausgewählte Herausforderungen und die wesentlichen Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene können der Abbildung 1 entnommen werden.



Abb. 1: Herausforderungen und Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung (Quelle: eigene Darstellung)

In der Auseinandersetzung mit den o. g. Kernelementen des Nachhaltigkeitskonzeptes wird deutlich, wie sehr sich das Konzept seit seinem Durchbruch vor circa 20 Jahren verändert und weiterentwickelt hat. Unterschiedliche Auffassungen im Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bestehen besonders dazu, inwieweit sich die begrenzenden natürlichen Ressourcen, das „natürliche“ Kapital, durch „künstliches“ Kapital ersetzen lassen. In anderen Worten gehen die Auffassungen zur Nachhaltigkeit besonders in dem Punkt auseinander, ob ökonomische oder gesellschaftliche Leistungen bzw. Verbesserungen für zukünftige Generationen auf Kosten der natürlichen Umwelt zulässig sind. Die dazu divergierenden Positionen markieren die **Pole einer „starken“ gegenüber einer „schwachen“ Nachhaltigkeit**. Eine enge Auslegung der starken Nachhaltigkeit bedeutet, dass nachfolgenden Generationen eine „intakte Natur“ als wichtigste Lebensgrundlage hinterlassen werden muss – unabhängig von Wohlstandsleistungen in den anderen, z. B. ökonomischen oder gesellschaftlichen Bereichen. Nicht erneuerbare Ressourcen dürfen nach dieser Auslegung beispielsweise nicht genutzt werden und können auch nicht durch erneuerbare Ressourcen ersetzt werden, sofern dies die natürliche Lebensgrundlage für zukünftige Generationen beeinträchtigt. Am anderen Pol, der schwachen Nachhaltigkeit, wird davon ausgegangen, dass das natürliche Kapital durch künstliches Kapital wie Sach- oder Humankapital ersetzt werden kann, solange ein konstantes Wohlfahrtsniveau gesichert wird. Dies könnte im Extremfall bedeuten, dass die natürlichen Lebensgrundlagen für wirtschaftliches Wachstum oder gesellschaftlichen Wohlstand eingeschränkt werden dürfen.

Die meisten Nachhaltigkeitskonzepte liegen in ihrer Auslegung zwischen diesen Polen. Auch der Monitor Nachhaltige Kommune schließt sich dieser moderaten Position an, da dieses Verständnis in den Kommunen am meisten verbreitet ist. Der Monitor Nachhaltige Kommune versucht, mit seiner Positionierung auf die spezifischen Herausforderungen für Kommunen einzugehen, die eine Operationalisierung des Konzeptes der Nachhaltigkeit im lokalen Kontext mit sich bringt. So kann das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vor Ort nur überzeugen, wenn es greifbar, anschaulich und konkret „ausbuchstabiert“ wird und trotz aller Integrationserfordernisse den Verwaltungsstruk-

turen gerecht wird und Möglichkeiten offen lässt, die lokalspezifischen Entwicklungsaufgaben und Rahmenbedingungen aufzugreifen.

Zahlreiche Kommunen in Deutschland haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihre Entwicklung **nachhaltig zu gestalten** und so die komplexen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Unter dem Motto „Global denken – lokal handeln!“ leiteten viele Städte, Gemeinden und Kreise aus der Agenda 21, die 1992 durch die Vereinten Nationen verabschiedet worden war, die Lokale Agenda 21 als ihren eigenständigen Beitrag ab. In den Kommunen gab es dabei unterschiedliche Wege. Viele kommunale Nachhaltigkeitsprozesse entstanden in Deutschland aus der Initiative von Bürgerinnen und Bürgern und wurden vor allem von deren ehrenamtlichem Engagement getragen. In anderen Kommunen gaben Politik und Verwaltung den Anstoß. Seit einigen Jahren führen immer mehr Kommunen das bestehende Engagement in kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien zusammen. Darüber hinaus hat eine große Zahl an Kommunen ein strategisches Management eingeführt, das explizit oder implizit auf die o. g. Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung bezogen ist. Schließlich ist auch eine Vielzahl an Stadt-, Gemeinde- und Kreisentwicklungskonzepten umfassend angelegt und auf Nachhaltigkeit ausgerichtet worden.

Zu beobachten ist jedoch, dass das Verständnis von Nachhaltigkeit zum Teil von Ort zu Ort und von Akteursgruppe zu Akteursgruppe stark variiert. Zudem ist die thematische Bandbreite der Nachhaltigkeitskonzepte teilweise von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich; bisweilen sind nur einzelne, sektorale Strategien (wie z. B. ein Klimaschutzkonzept) entwickelt und an den grundlegenden Nachhaltigkeitsprinzipien ausgerichtet. Schließlich weisen die kommunalen Nachhaltigkeitskonzepte zum Teil unterschiedliche Entwicklungsstände auf; so konzentrieren sich manche Kommunen beispielsweise auf Nachhaltigkeitsmaßnahmen, während andere Kommunen auch Ziele definieren und den Grad der Zielerreichung regelmäßig überprüfen. Idealtypisch können die **Phasen des Nachhaltigkeitsmanagements** – unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes von Indikatoren – wie folgt skizziert werden:

- Phase der **Planung**: In der Planungsphase geht es um die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, d. h. die Definition von Zielen und die Planung von Maßnahmen für die wesentlichen Schwerpunkte der nachhaltigen Entwicklung. Um die Zielerreichung ermitteln und verfolgen zu können, werden in der Planungsphase auch Indikatoren definiert und indikatorenbasierte Zielwerte festgelegt.
- Phase der **Umsetzung**: In der Umsetzungsphase steht die Realisierung der Maßnahmen im Mittelpunkt. In Anlehnung an die einzelnen Maßnahmen erfolgt zudem eine laufende Messung der Zielerreichung anhand der festgelegten Indikatorenwerte.
- Phase der **Kontrolle**: In der Kontrollphase wird geprüft, ob und inwieweit die einzelnen Maßnahmen bzw. die Strategie insgesamt erfolgreich umgesetzt worden ist. Zur Erfolgskontrolle werden Plan-Ist-Vergleiche, Zeitvergleiche oder/und interkommunale Vergleiche mithilfe der definierten Indikatoren durchgeführt und analysiert.
- Phase der **Anpassung**: In der Anpassungsphase werden die einzelnen Maßnahmen bzw. die Strategie insgesamt angepasst, sofern die vorherige Erfolgskontrolle einen entsprechenden Bedarf offengelegt hat. Zur Begründung der Entscheidung über eine Anpassung der

einzelnen Maßnahmen bzw. der Strategie insgesamt werden die erreichten bzw. noch nicht erreichten Indikatorenwerte herangezogen.

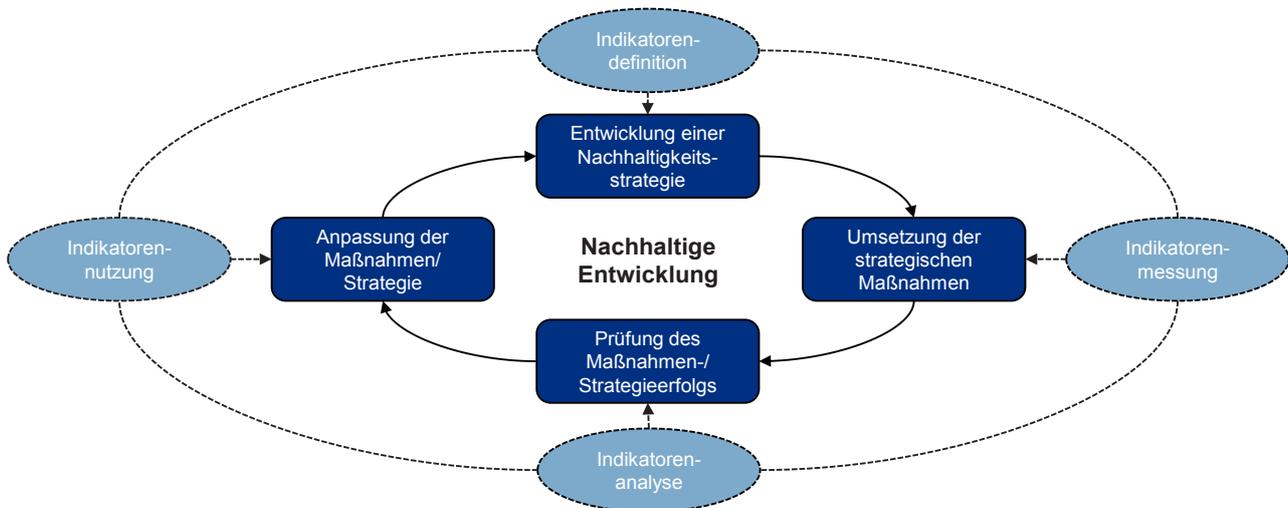


Abb. 2: Phasen des Nachhaltigkeitsmanagements (Quelle: eigene Darstellung)

Ein Nachhaltigkeitsmanagement, das systematisch auf die Bewältigung von Herausforderungen und somit auf die Erzielung von Wirkungen ausgerichtet ist, kann als **wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement** bezeichnet werden (Abbildung 2). Ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement ist dadurch gekennzeichnet, dass es besonderen Wert auf die Definition, Messung und Analyse der Wirkungen anhand von Indikatoren oder Kennzahlen legt.

Zu der Frage, wie der **Stand der Einführung** eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements auf kommunaler Ebene beurteilt werden kann, gab es zu Projektbeginn keine aktuellen oder flächendeckenden Erhebungen. Erste Hinweise auf den Einführungsstand vermittelte allerdings u. a. die Studie zur Nachhaltigkeitssteuerung, die im Jahr 2012 vom Institut für den öffentlichen Sektor e. V. herausgegeben worden war: Im Rahmen dieser Studie waren alle Städte mit mehr als 40.000 Einwohnern sowie alle Landkreise mit mehr als 200.000 Einwohnern zum Stand ihrer Nachhaltigkeitssteuerung befragt worden. Von den 371 angeschriebenen Kommunen hatten sich 118 (31,8 %) an der Befragung beteiligt. Hiervon hatten 86,2 Prozent der Kommunen angegeben, dass das Thema Nachhaltigkeit für sie eine wichtige oder sehr wichtige Bedeutung hat; über ein „Steuerungssystem“ zur nachhaltigen Entwicklung verfügen nach dieser Studie 55,6 Prozent, über ein „Nachhaltigkeitszielsystem für die Verwaltung“ 31,5 Prozent und über einen „Nachhaltigkeitsbericht für die Öffentlichkeit“ 20,4 Prozent (Beck et al. 2012: 11). Ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement wurde zum Befragungszeitpunkt insofern erst von einer geringen Zahl an Kommunen in Deutschland praktiziert – und dies teilweise auch erst in Ansätzen.

2.2 Ziel

Das übergreifende Ziel des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ besteht in der Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem das nachhaltige Denken und Handeln der relevanten Akteure in Politik und Verwaltung sowie in Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene gesteigert wird. Das primäre Ergebnis des Projektes besteht allerdings in dem vorliegenden Monitorbericht, mit dem die Transparenz über den Stand des Nachhaltigkeitsmanagements und der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler

Ebene und somit auch die Sensibilität für und das Wissen über lokale Nachhaltigkeitsprozesse und ihre (Weiter-)Entwicklungsmöglichkeiten insgesamt verbessert werden sollen.

Darüber hinaus zielt der **Monitorbericht** darauf ab, die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements in den einzelnen Kommunen zu unterstützen. Zu diesem Zweck beinhaltet der Monitorbericht Indikatorendefinitionen und -werte sowie Analysen und gute Beispiele. Bei den Indikatorendefinitionen handelt es sich um Definitionen ausgewählter und qualitätsgeprüfter Indikatoren. Der Katalog an Indikatorendefinitionen erfüllt eine Baukastenfunktion: Je nach Bedarf können einzelne Indikatoren in das kommunale Steuerungssystem übernommen werden. Bei den Indikatorenwerten handelt es sich um aggregierte Werte aller Kommunen eines Bundeslandes bzw. eines bestimmten Kommunaltyps. Die Sammlung der Indikatorenwerte soll eine Barometerfunktion erfüllen: Je nach Bedarf können sich die Kommunen bei ihren Istanalysen oder Zieldefinitionen an den aggregierten Werten orientieren. Die Analysen aggregierter Indikatorenwerte sollen Ideen oder Anregungen liefern für die Interpretation kommunalspezifischer Daten. Mit der Darstellung guter Beispiele sollen Hinweise für die Gestaltung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen vor Ort gegeben werden.

Durch ein **wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement** werden die Entscheider und Entscheidungsunterstützer in Politik und Verwaltung in die Lage versetzt, den Nachhaltigkeitsprozess vor Ort möglichst zielgerichtet zu steuern. Bei den Entscheidern in der Politik handelt es sich um die Rats- bzw. Kreistagsmitglieder und bei den Entscheidern in der Verwaltung um die Führungskräfte (einschließlich Verwaltungschefs). Zu den Entscheidungsunterstützern in der Politik zählen ggf. die Fraktionsmitarbeiter und zu den Entscheidungsunterstützern in der Verwaltung ggf. die Nachhaltigkeitsmanager. Die Aufgabe der Entscheider ist es, den Prozess der nachhaltigen Entwicklung vor Ort in Gang zu setzen und zu begleiten. Die Entscheidungsunterstützer haben die Aufgabe, den Nachhaltigkeitsprozess operativ zu fördern und die Entscheider professionell zu beraten.

Wirkung entfaltet das Nachhaltigkeitsmanagement zunächst durch eine Verbesserung des nachhaltigen Denkens und Handelns der relevanten Akteure in Politik und Verwaltung sowie in Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das nachhaltige Denken und Handeln der relevanten Akteure vor Ort ist geeignet, zur nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene beizutragen.

Die Verbesserung des nachhaltigen Denkens und Handelns sowie der nachhaltigen Entwicklung in den einzelnen Kommunen sorgen dafür, dass das nachhaltige Denken und Handeln bzw. die nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene insgesamt verbessert werden.

Das Wirkungsmodell des Monitors Nachhaltige Kommune (auf Ebene des Projektes bzw. der einzelnen Kommunen) kann der Abbildung 3 entnommen werden.

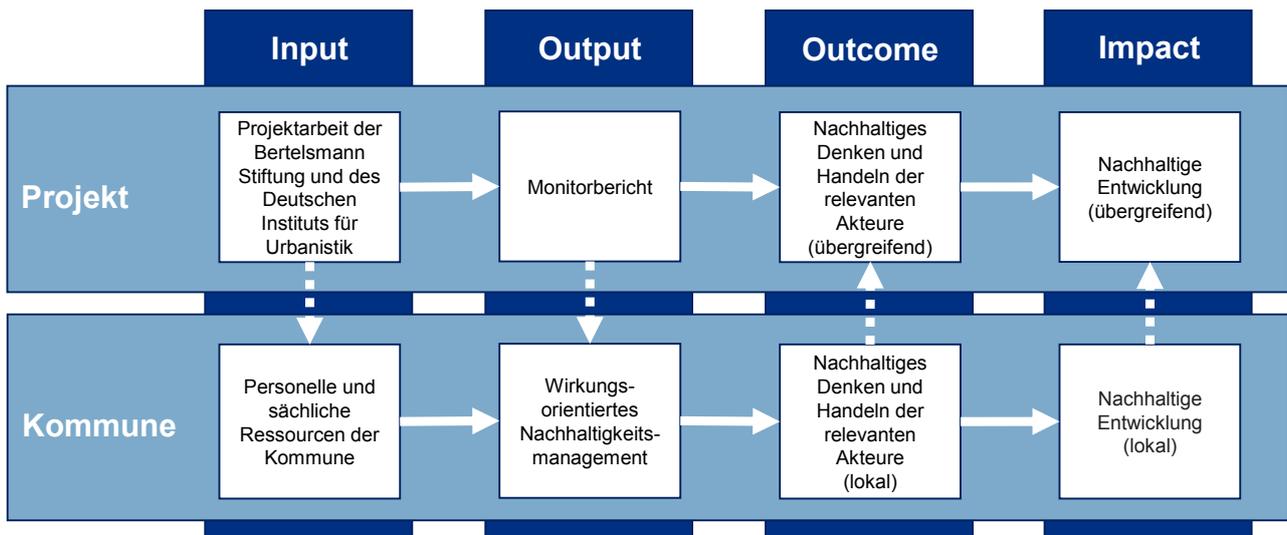


Abb. 3: Wirkungsmodell des Monitors Nachhaltige Kommune (Projekt- und kommunale Ebene) (Quelle: eigene Darstellung)

Im Rahmen des Pilotprojektes wurden insbesondere eine **Befragung von Verwaltungschefs** zum Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sowie eine **Entwicklung und Erhebung von Kernindikatoren** zum Stand der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene durchgeführt. Nach der Pilotphase sind – neben der Befragung von Verwaltungschefs – auch eine Befragung von Mandatsträgern (Rats- bzw. Kreistagsmitglieder) sowie eine systematische Weiterentwicklung und Erhebung der Kernindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen vorgesehen.

In der Pilotphase wurden die Zwischenergebnisse des Projektes zudem ausgewählten **Praxistests** unterzogen. Im Einzelnen wurden die ersten Entwürfe des Indikatorenkatalogs im Zusammenhang mit der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Wernigerode, der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Freiburg im Breisgau sowie der Abschätzung der Nachhaltigkeitseffekte eines Kreislaufwirtschaftskonzeptes für den Kreis Lippe eingesetzt. Nach der Pilotierung des Monitors Nachhaltige Kommune ist die Entwicklung und Erprobung eines wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagements in ausgewählten Modellkommunen geplant.

Mit dem **Monitorbericht** (Teile 1 und 2) werden die wesentlichen Ergebnisse der ersten Befragung von Verwaltungschefs sowie der Entwicklung und Erhebung von Kernindikatoren veröffentlicht. Nach der Pilotphase sollen die Ergebnisse der Indikatorenentwicklung und der -erhebung sukzessive auch auf der Plattform www.wegweiser-kommune.de eingestellt werden. Anschließend können interessierte Nutzer nicht nur aggregierte, sondern auch kommunalspezifische Daten abrufen (inkl. Zeitvergleiche und interkommunale Vergleiche).



Abb. 4: Projektergebnisse (Quelle: eigene Darstellung)

Mit den Ergebnissen des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ (Abbildung 4) sollen die **vorhandenen Angebote** zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene sinnvoll ergänzt werden.

Zur **Förderung einer nachhaltigen Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisentwicklung** gibt es bereits eine Reihe von Gremien, Stellen, Projekten, Initiativen, Einrichtungen, Wettbewerben und Veranstaltungen. Auf Bundesebene ist beispielsweise der Interministerielle Arbeitskreis Stadt (IMA Stadt) eingerichtet worden. Darüber hinaus betreut der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) den Oberbürgermeister-Dialog (OB-Dialog). Zudem sind in Deutschland vier Regionale Netzstellen (RENN-Stellen) gebildet worden. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) führt auf Länderebene Projekte zu kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien zur Umsetzung der Agenda 2030 bzw. der Sustainable Development Goals (SDG) durch. Das Land Baden-Württemberg z. B. hat die Kommunale Initiative Nachhaltigkeit (KIN) ins Leben gerufen. Als Preise für kommunale Nachhaltigkeitsleistungen werden u. a. der Deutsche Nachhaltigkeitspreis und der Zeitzeichen-Preis vergeben. Austauschformate zur nachhaltigen Entwicklung werden mit dem Deutschen Nachhaltigkeitstag und dem Netzwerk21Kongress zur Verfügung gestellt.

Mithilfe des **Monitors Nachhaltige Kommune** sollen regelmäßig und bundesweit Zahlen, Daten und Fakten zum Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements sowie der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene bereitgestellt werden. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Indikatorendefinitionen und -werte, Analysen und gute Beispiele sowie perspektivisch auch Handlungsempfehlungen. Durch den Monitor Nachhaltige Kommune können vorhandene Angebote zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene unterstützt werden (z. B. Verwendung von Indikatorendefinitionen und -werten für Erhebungen auf Länder- oder kommunaler Ebene). Die vorhandenen Angebote können aber auch für die Weiterentwicklung der Monitorergebnisse hilfreich sein (z. B. Übernahme von Analysen, die in Veranstaltungen oder Gremiensitzungen vorgenommen worden sind).

2.3 Inhalt

Der Monitor Nachhaltige Kommune beruht im Wesentlichen auf zwei Komponenten. Einerseits wurde eine Befragung zum Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements durchgeführt. Andererseits fand eine Entwicklung und Erhebung von Indikatoren zum Stand der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene statt.

Die **Befragung** zum aktuellen Stand des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements richtete sich an die Verwaltungschefs aller Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie aller Landkreise in Deutschland. Sie konzentrierte sich auf typische Elemente eines Managementsystems, wie z. B. Strukturen (Organisation und Ressourcen), Prozesse (Planung, Umsetzung, Kontrolle und Anpassung sowie Monitoring) und Rahmenbedingungen (Beteiligung der Zielgruppen und Beachtung von Erfolgsfaktoren) (Abbildung 5). Darüber hinaus wurde ermittelt, wie die Verwaltungschefs die Wichtigkeit des Themas Nachhaltigkeit einschätzen und welche fachlichen Schwerpunkte zurzeit im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung bearbeitet werden bzw. in Zukunft stärker verfolgt werden sollen.

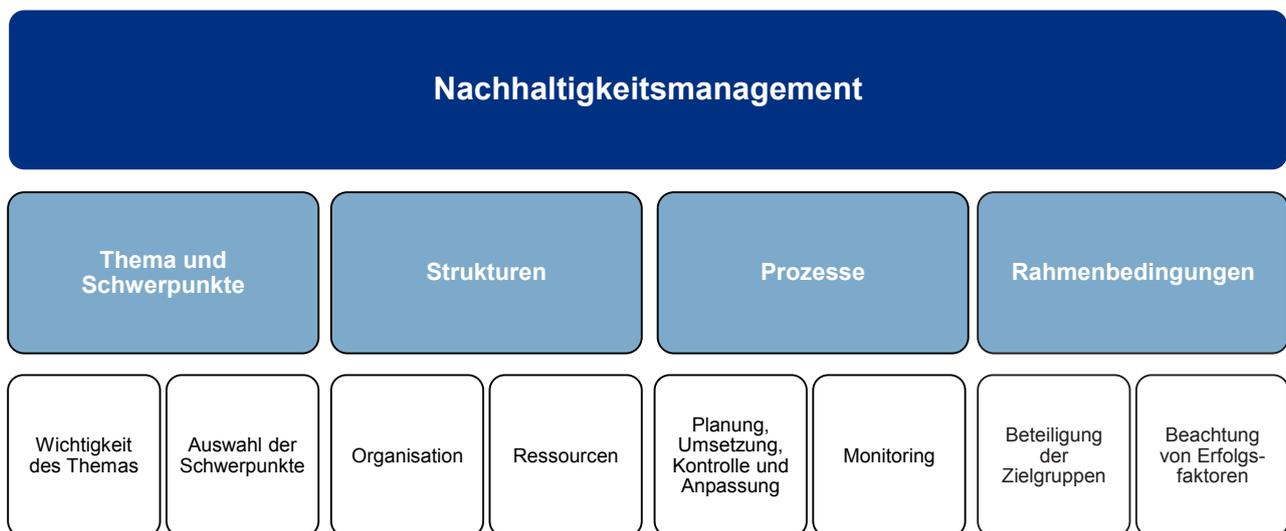


Abb. 5: Inhalte der Befragung (Quelle: eigene Darstellung)

Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde – im Rahmen der Befragung – weit ausgelegt, um die unterschiedlichen, thematischen Ausprägungen der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen erfassen zu können. Unter einer nachhaltigen Entwicklung wurde insofern nicht nur eine dauerhafte Entwicklung in allen relevanten, sondern ggf. auch nur in einzelnen kommunalen Handlungsfeldern verstanden. Darüber hinaus war die Befragung so angelegt, dass auch unterschiedliche Stadien einer idealtypischen Entwicklung des kommunalen Managements abgedeckt werden (von den ersten Ansätzen bis zur umfassenden Entwicklung des jeweiligen Instrumentariums). Schließlich wurden auch die Managementansätze berücksichtigt, die eine nachhaltige Entwicklung zwar befördern, den Begriff der Nachhaltigkeit aber nicht ausdrücklich zum Ziel haben (wie z. B. Konzepte des strategischen Managements oder der kommunalen Entwicklung bzw. der Stadt-, Gemeinde- oder Kreisentwicklung).

Mit der **Indikatorenentwicklung und -erhebung** im Rahmen des Monitors Nachhaltige Kommune wurde die nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene möglichst umfassend abgebildet.

Ebenso wurden die Indikatoren definiert und erhoben, die für die Steuerung einer möglichst großen Zahl lokaler Nachhaltigkeitsprozesse geeignet sind. Der Indikatorenkatalog wurde daher bedarfsorientiert zusammengesetzt und strukturiert. Die Bedarfe der Kommunen an Nachhaltigkeitsindikatoren orientieren sich an der inhaltlichen Ausrichtung der jeweiligen, nachhaltigen Entwicklung bzw. der Nachhaltigkeitsstrategie vor Ort. In der Praxis sind vor allem folgende, strategische Orientierungen zu beobachten:

- die Orientierung an **fachbezogenen Dimensionen** (Ökonomie, Ökologie, Soziales, Governance); Themen (z. B. Ökonomie: Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur) und Zielen (z. B. Arbeit und Beschäftigung: Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern),
- die Orientierung an **zielgruppenspezifischen Querschnittsthemen** (z. B. Kinder- und Jugendgerechtigkeit) und
- die Orientierung an **fach- oder/und zielgruppenübergreifenden Nachhaltigkeitsagenden** (z. B. Inklusive Kommune).

Darüber hinaus orientieren sich die Kommunen in zunehmender Weise an der Agenda 2030 bzw. den **Sustainable Development Goals (SDG)**, die im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet worden sind. Die Orientierung an den SDG ist gleichbedeutend mit einer Orientierung an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, deren Entwurf ebenfalls an den SDG ausgerichtet ist.

Für die Kommunen, die ihre Nachhaltigkeitsstrategie mit der produktorientierten Haushaltsplanung verbunden haben bzw. verbinden möchten, sind schließlich Bezüge zu einer Produktstruktur relevant. Im Rahmen des Monitors Nachhaltige Kommune wurde dabei der **Integrierte Produktrahmen (IPR)**, der 2014 in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz (HGr) verabschiedet worden ist, zugrunde gelegt. Der IPR ist für die Kernhaushalte von Bund und Ländern, die Produkthaushalte führen, verbindlich. Für die Kommunen sind die jeweiligen, kommunalen Produktrahmen der Länder maßgeblich, die sich mehr oder weniger stark an den IPR anlehnen.

Die Struktur des Indikatorenkatalogs bildet die Bedarfe der Kommunen zur Steuerung der jeweiligen Nachhaltigkeitsprozesse wie folgt ab:

- Zunächst ist der Indikatorenkatalog nach fachbezogenen Dimensionen, Themen und Zielen sortiert – zumal eine entsprechende Gliederung in der kommunalen Praxis zumindest derzeit noch vergleichsweise häufig verbreitet ist.
- Darüber hinaus sind die fachbezogenen Ziele, wenn möglich, jeweils einem oder mehreren SDG sowie einem oder mehreren Produktbereichen (sog. „Fachebene“ im Rahmen des IPR) zugeordnet worden.

Hinsichtlich der einzelnen Indikatoren wurde zudem geprüft, ob sie – ggf. in differenzierter Form – für die Abbildung der zielgruppenspezifischen Querschnittsthemen infrage kommen.

Die Nachhaltigkeitsagenden sind – definitionsgemäß – auf mehrere fachliche Ziele, Themen bzw. Dimensionen und ggf. zielgruppenspezifische Querschnittsthemen bezogen (Abbildung 6).

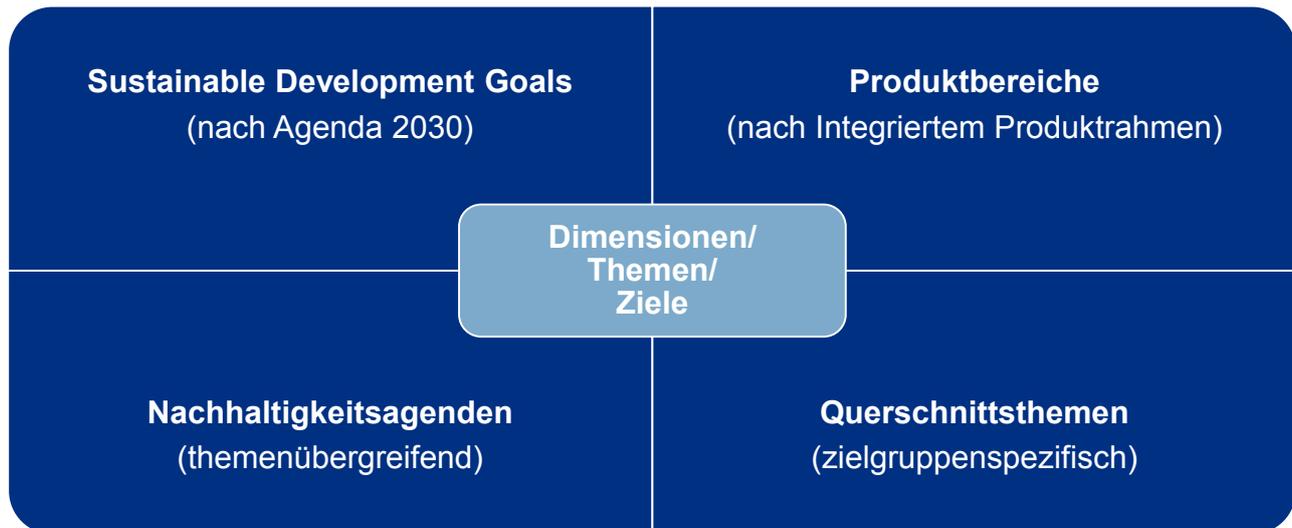


Abb. 6: Inhalte der Indikatorenentwicklung (Quelle: eigene Darstellung)

Bei der Befragung wurden die wesentlichen Aspekte („**Kernfragen**“) des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements berücksichtigt. Dementsprechend standen bei der Entwicklung und Erhebung von Indikatoren die wesentlichen Aspekte („**Kernindikatoren**“) der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen im Fokus. Die Kernindikatoren sind grundsätzlich anschlussfähig an vorhandene Nachhaltigkeitsprozesse auf lokaler Ebene. Darüber hinaus sind sie generell steuerungsrelevant, d. h., dass die Ausprägung der Indikatoren – zumindest zum Teil – von der einzelnen Kommune beeinflusst werden kann. Grundsätzlich wurden Kernindikatoren so definiert, dass sie für alle Kommunen in Deutschland geeignet sind – unabhängig von ihrer Länderzugehörigkeit, ihrem Kommunaltyp oder ihrer Größenklasse. Kernindikatoren zeichnen sich dabei dadurch aus, dass sie Bezüge zu den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung aufweisen, dass sie valide sind, dass die Qualität ihrer Daten hoch ist und dass die Daten flächendeckend gut verfügbar sind. Zudem handelt es sich bei Kernindikatoren zumindest um Output-Indikatoren, idealer Weise aber um Outcome-/Impact-Indikatoren, sodass ein wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in der Kommune optimal unterstützt werden kann. Sofern ein Indikator alle Anforderungen an einen Kernindikator – bis auf die der flächendeckenden, guten Datenverfügbarkeit – erfüllte, wurde er als „perspektivischer Kernindikator“ bezeichnet.

Neben den Ergebnissen der Befragung beinhaltet der vorliegende Monitorbericht (Teil 1) die **Definitionen** der Kernindikatoren, der perspektivischen Kernindikatoren sowie weiterer, geprüfter Indikatoren. Für ausgewählte Kernindikatoren werden in Teil 2 des Monitorberichts aggregierte **Werte** aller Kommunen einzelner Bundesländer (nur Flächenländer) sowie – länderspezifisch – einzelner Kommunaltypen dargestellt. Ergänzend dazu sind in Teil 2 des Monitorberichts **erste Analysen** und **gute Beispiele** zu den dargestellten Kernindikatoren enthalten.

2.4 Vorgehen

Die Gestaltung der Befragung zum Stand des Nachhaltigkeitsmanagements und die Gestaltung der Entwicklung von Indikatoren zum Stand der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene orientierten sich jeweils an einem mehrstufigen Verfahren. Der Ablauf der Befragung kann in acht, der Ablauf der Indikatorenentwicklung und -erhebung in sechs Schritte unterteilt werden. Ausführliche Beschreibungen der methodischen Vorgehensweisen finden sich in Kapitel 3.1 („Befragungsmethode“) bzw. 4.1 („Entwicklungsmethode“).

Im Vorfeld der Befragung wurde zunächst eine **Literaturrecherche** durchgeführt. Im Mittelpunkt standen dabei Quellen zu umfassenden Modellen des Nachhaltigkeitsmanagements bzw. des strategischen Managements auf kommunaler Ebene.

Auf Grundlage der Literaturrecherche wurde ein **Managementmodell** der nachhaltigen Kommunalentwicklung skizziert, das aus häufig vorkommenden Elementen oder Bausteinen zusammengesetzt ist und für eine Vielzahl an realen Managementkonzepten verwendet werden kann – unabhängig von der Breite und Tiefe des jeweiligen Entwicklungs- bzw. Umsetzungsstandes.

Das Managementmodell wurde anschließend einem Praxistest unterzogen. Basis des Praxistests waren **Fallstudien** in ausgewählten Kommunen, die über mehr oder weniger weit entwickelte Managementsysteme für eine nachhaltige Entwicklung verfügen.

Die Auswertung der Fallstudien führte zu einer Anpassung des zuvor entwickelten **Managementmodells**.

Vor der Erarbeitung eines Fragebogens auf Grundlage des angepassten Managementmodells war zunächst eine geeignete **Befragungsform** auszuwählen. Konkret ging es dabei um die Frage, ob eine qualitativ-offene oder eine quantitativ-standardisierte Befragung durchgeführt werden sollte. Darüber hinaus war die Frage zu beantworten, auf welchem Wege die Befragung durchzuführen sei (online, postalisch, telefonisch oder mündlich).

Nach der Auswahl der Befragungsform (quantitativ-standardisierte Befragung) bestand die Aufgabe darin, einen geeigneten **Fragebogen** zu entwickeln. Zur Entwicklung des Fragebogens zählten u. a. die Definition und Abgrenzung von Themenblöcken, die Formulierung von Einzelfragen, die Sicherstellung der Adressenorientierung sowie die Festlegung des Gesamtumfangs der Befragung.

Gegenstand der **Planung und Vorbereitung der Befragung** war die Klärung, ob eine Voll- oder Teilerhebung bzgl. der Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie aller Landkreise in Deutschland (definierte Grundgesamtheit) durchgeführt werden sollte. Des Weiteren wurde ein Pretest konzipiert, umgesetzt und ausgewertet.

Für die **Durchführung der Befragung** wurden schließlich Termine gesetzt, Fragebogen verschickt und der Rücklauf kontrolliert. Außerdem wurde eine Nachfassaktion durchgeführt. Begleitend wurden schließlich Teilnahmequoten ausgewertet und kontrolliert.

Die einzelnen Schritte der Befragung werden in der Abbildung 7 noch einmal im Überblick dargestellt.

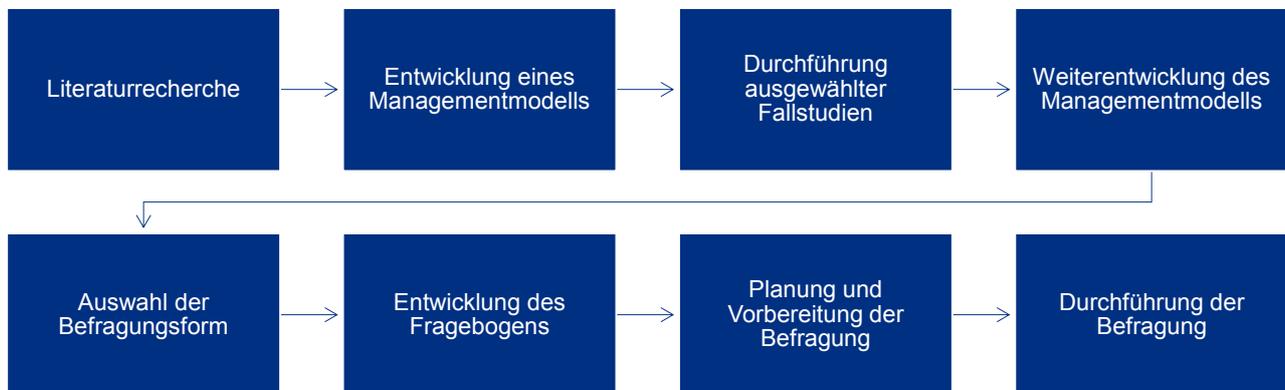


Abb. 7: Vorgehen der Befragung (Quelle: eigene Darstellung)

Vor der Entwicklung eines Indikatorenkatalogs wurden zunächst ausgewählte **Nachhaltigkeitsberichte** analysiert (induktives Vorgehen). Untersucht wurden dabei sowohl Nachhaltigkeitsberichte von Kommunen als auch Nachhaltigkeitsberichte von Verwaltungen übergeordneter Ebenen (Länder, Bund und EU).

In Ergänzung zu den Nachhaltigkeitsberichten wurden auch **andere Quellen** begutachtet, wie z. B. interkommunal erarbeitete Indikatorenkataloge bzw. Zielkataloge, Strategien oder Leitbilder für eine nachhaltige Kommunalentwicklung (deduktives Vorgehen).

Die Sammlung häufig vorkommender Indikatoren sowie deren thematische Strukturierung führten zur Entwicklung eines – ersten – **Indikatorenkatalogs**.

Um die erste Fassung des Indikatorenkatalogs **weiterzuentwickeln**, wurden die Indikatoren und Themen zunächst aus fachlicher Perspektive überarbeitet. Darüber hinaus wurde geprüft, welche der infrage kommenden Indikatoren bereits in derselben oder in ähnlicher Form über die Plattform Wegweiser Kommune (www.wegweiser-kommune.de) bereitgestellt werden. Schließlich wurden weitere Gliederungsperspektiven entwickelt.

Für die **Identifikation von Kernindikatoren** wurden zunächst Kriterien und entsprechende Mindeststandards definiert. Im Hinblick auf die geplante Indikatorenerhebung stand dabei die Klärung des Kriteriums der guten, zentralen und flächendeckenden Datenverfügbarkeit im Mittelpunkt.

Die **Erhebung** der identifizierten Kernindikatoren erfolgte über den Wegweiser Kommune, die Landesämter für Statistik oder andere Quellen. Die Aufbereitung der erhobenen Kernindikatoren konzentrierte sich auf die Kernindikatoren, die bereits im Wegweiser Kommune enthalten sind (siehe Teil 2 des Monitorberichts).

Die einzelnen Schritte der Indikatorenerhebung werden in der Abbildung 8 noch einmal im Überblick dargestellt.

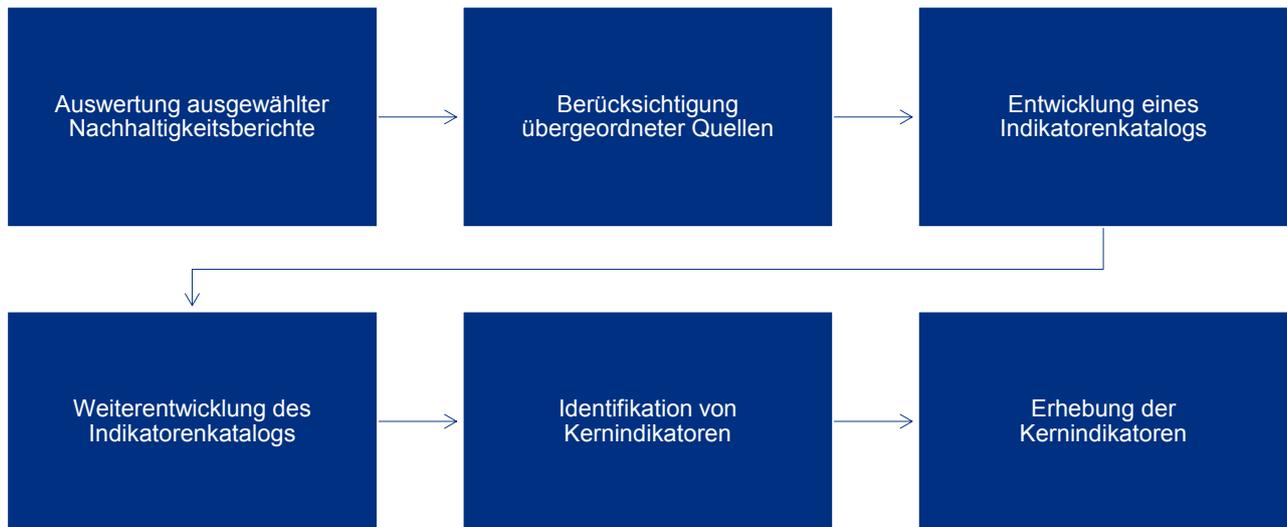


Abb. 8: Vorgehen der Indikatorenentwicklung (Quelle: eigene Darstellung)

Sowohl die Befragung als auch die Indikatorenentwicklung und -erhebung wurden in enger Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden, Vertretern ausgewählter Städte, Gemeinden und Kreise sowie weiteren Fachexperten entwickelt und umgesetzt. Dabei wurden vier Projektgremien gebildet, die sowohl zur Konzeption der Instrumente als auch zur Analyse der Ergebnisse jeweils einmal einberufen wurden:

- Dem **Projektbeirat** gehörten Vertreter der drei kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund sowie Deutscher Landkreistag) sowie Vertreter ausgewählter Mitgliedskommunen (i. d. R. Verwaltungschefs) an.
- Die **Fokusgruppe Management** bestand aus Nachhaltigkeitsmanagern ausgewählter Kommunen (unterschiedliche Länder, Typen und Größen) sowie aus Nachhaltigkeitsmanagern der Landes- und Bundesverwaltung.
- Die **Fokusgruppe Statistik** setzte sich aus Experten für Statistik aus Kommunalverwaltungen, Landesverwaltungen sowie der Bundesverwaltung zusammen.
- Die **wissenschaftliche Arbeitsgruppe** umfasste Experten aus verschiedenen Hochschulen, Instituten und Organisationen, die mit nachhaltiger Entwicklung auf kommunaler Ebene befasst sind.

Der Anhang enthält eine detaillierte Übersicht der in den einzelnen Projektgremien beteiligten Personen bzw. Organisationen.

3 Befragung

3.1 Befragungsmethode

3.1.1 Literaturrecherche

Der Entwicklung des Fragebogens wurde ein Managementmodell der nachhaltigen Entwicklung zugrunde gelegt. Zur Vorbereitung der Modellentwicklung wurde eine gezielte Literaturrecherche nach vorhandenen Konzepten des Nachhaltigkeitsmanagements bzw. des strategischen Managements auf kommunaler Ebene durchgeführt. Die Analyse konzentrierte sich dabei auf zwei exemplarische Ansätze: das Modell des zyklischen Nachhaltigkeitsmanagements des ICLEI sowie das Kommunale Steuerungsmodell der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt).

Das Modell des zyklischen Nachhaltigkeitsmanagements von ICLEI ist prozesshaft gestaltet. Der idealtypische Ablauf des Managementkreislaufs gliedert sich wie folgt: Bestandsaufnahme, Zieldefinition, Ratsbeschluss, Umsetzung und Monitoring sowie Berichterstattung und Evaluierung.

Das Kommunale Steuerungsmodell der KGSt ist aus einzelnen Komponenten der kommunalen Steuerung bzw. des kommunalen Managements zusammengesetzt: Akteure und Steuerungsstrukturen, Steuerungsprozesse, Steuerungsinstrumente, Organisationskultur sowie Führung.

Auch wenn das Modell von ICLEI eher auf einzelne Phasen und das Modell der KGSt eher auf einzelne Komponenten ausgerichtet ist, weisen beide Modelle doch Gemeinsamkeiten auf, die für die Entwicklung eines Managementmodells verwendet werden können. So wird in beiden Modellen die Bedeutung folgender Aspekte betont: Bestandsaufnahme, Strategieentwicklung bzw. Ziel- und Maßnahmenplanung, politische Beschlussfassung sowie Kontrolle, Evaluation und Dokumentation.

3.1.2 Entwicklung eines Managementmodells

Um das Modell für die Entwicklung des Fragebogens zum kommunalen Nachhaltigkeitsmanagement zu verwenden, bietet sich eine Gliederung in einzelne Elemente oder Bausteine an, die in der Folge für einzelne Fragen oder Rubriken verwendet werden können. Im Ergebnis wurden folgende Aspekte definiert, die grob in zwei Gruppen zusammengefasst werden können:

- Organisation und Führung: Zur Organisation des Nachhaltigkeitsmanagements bietet sich eine Gliederung entlang der vier wesentlichen Akteursgruppen auf lokaler Ebene an: Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Der Verwaltung kommt dabei im Allgemeinen eine federführende Rolle zu. Aus organisatorischer Sicht sind für die Verwaltung u. a. folgende Aspekte wichtig: Etablierung von Querschnittsstrukturen, Koordination mit übergeordneten Ebenen, Kooperation mit anderen Kommunen und Einführung eines internen Steuerungssystems.
- Instrumente und Prozesse: Bei den Instrumenten, die i. d. R. für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement erforderlich sind, handelt es sich zunächst um Ziele, Indikatoren und Maßnahmen, die in „kombinierter“ Form festgelegt werden (d. h. als Ziele, die auf Indikatoren basieren und mit Maßnahmen unterlegt sind). Hinzu kommen Prüfungen von Strategien oder Konzepten sowie Berichte. Darüber hinaus sind personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Schließlich gilt es, Informations-, Kommunikations- und Partizipationsinstrumente zu entwickeln und umzusetzen.

3.1.3 Durchführung ausgewählter Fallstudien

Um das Managementmodell der nachhaltigen Entwicklung einem Praxistest zu unterziehen, wurden Fallstudien in acht Kommunen durchgeführt. Dabei wurde darauf geachtet, dass Kommunen mit unterschiedlichem Erfahrungshorizont und Ressourceneinsatz sowie unterschiedlicher Länderzugehörigkeit, unterschiedlichem Kommunaltyp und unterschiedlicher Größenklasse in der Auswahl vertreten waren. Im Ergebnis wurde das Nachhaltigkeitsmanagement in folgenden Kommunen untersucht:

Nr.	Stadt/Gemeinde/Kreis	Bundesland	Kommunaltyp	Größenklasse (Ew.)
1	Stadt Dortmund	Nordrhein-Westfalen	Kreisfreie Stadt	> 100.000
2	Stadt Augsburg	Bayern	Kreisfreie Stadt	> 100.000
3	Stadt Erfurt	Thüringen	Kreisfreie Stadt	> 100.000
4	Stadt Ludwigsburg	Baden-Württemberg	Kreisstadt	25.000 – 100.000
5	Stadt Groß-Umstadt	Hessen	Kreisangehörige Stadt	5.000 – 25.000
6	Stadt Wernigerode	Sachsen-Anhalt	Kreisangehörige Stadt	25.000 – 100.000
7	Kreis Unna	Nordrhein-Westfalen	Kreis	> 100.000
8	Samtgemeinde Barnstorf	Niedersachsen	Gemeinde	5.000 – 25.000

Tab. 2: Auswahl der Kommunen für Fallstudien zum Nachhaltigkeitsmanagement (Quelle: eigene Darstellung)

Für die Fallstudien wurden Dokumentenanalysen und qualitative Interviews durchgeführt. Die Dokumentenanalyse orientierte sich dabei an folgenden Merkmalen: Strukturdaten der Kommune; Verständnis des Begriffs „Nachhaltigkeit“; Art der Umsetzung nachhaltiger Entwicklung; inhaltliche Schwerpunktsetzung; organisatorische Umsetzung; Steuerungsinstrumente; Ressourceneinsatz; Information, Kommunikation und Partizipation; Erfolge/Hindernisse; weitere Planungen. Die qualitativen Interviews folgten Leitfragen zu Hintergründen, Zielen, Inhalten, Erfahrungen und weiteren Planungen (vgl. Dokumentenanalyse).

3.1.4 Weiterentwicklung des Managementmodells

Die Relevanz der einzelnen Bausteine des Managementmodells wurde durch die Fallstudien grundsätzlich bestätigt. Die Auswertung der Fallstudien ergab allerdings auch, dass in vielen Kommunen ein Schwerpunkt auf Maßnahmen und Projekte gelegt wird und der idealtypische Managementkreislauf i. d. R. nicht vollständig etabliert ist: Der Aufbau des Nachhaltigkeitsmanagements nimmt vielfach einen langen Zeitraum in Anspruch; die Kommunen arbeiten daher häufig nur mit einzelnen Bausteinen. Diese werden dann Schritt für Schritt ausgebaut und miteinander verknüpft. Die Nutzung von Indikatoren spielt dabei zum Teil nur eine untergeordnete Rolle. Für die Initialphase und den weiteren Ausbau des Nachhaltigkeitsmanagements wurde insbesondere die Unterstützung der Verwaltungsführung und der Politik als notwendig angesehen.

3.1.5 Auswahl der Befragungsform

Jede Befragungsform hat ihre spezifischen Vor- und Nachteile, deren jeweilige Gewichtung unter Berücksichtigung der Forschungsziele eines Projektes meist unterschiedlich ausfällt. Der Einsatz qualitativ-offener Befragungsmethoden wurde im Rahmen des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ unter Berücksichtigung der hohen Fallzahlen ausgeschlossen. Unter den Varianten quantitativ-standardisierter Befragungsformen war zu entscheiden, ob die Erhebung als Onlinebefragung, in postalischer, telefonischer oder mündlicher Form erfolgen sollte. Im Hinblick auf einen großen Befragungsumfang für das Projekt wurden sowohl persönliche als auch telefonische Methoden ausgeschlossen. Der Auswahlprozess wurde daher auf die Alternativen einer postalischen Befragung und einer Onlinebefragung beschränkt.

Für die Option einer Onlinebefragung galt neben möglichen technischen Schwierigkeiten als mögliches Risiko insbesondere die Frage nach der Akzeptanz einer Onlinebefragung auf der Leitungsebene von Kommunalverwaltungen als primäre Adressatengruppe der Befragung. Ein praktisches Problem resultierte aus der Frage, wie die Handhabung eines Onlinefragebogens technisch gesteuert werden kann, falls der Fragebogen intern weitergegeben wird und mehrere Personen für die Beantwortung der Fragen nötig sind.

Um eine möglichst hohe Flexibilität bei der Handhabbarkeit des Fragebogens zu erreichen sowie unter Beachtung der zeitlichen Rahmenbedingungen des Projektes und der Zumutbarkeitsgrenzen der zu befragenden Zielgruppe wurde letztlich entschieden, die Befragung postalisch und unter Einsatz eines standardisierten Fragebogens mit überwiegend geschlossenen Fragen durchzuführen. Der Fragebogen stand jedoch zusätzlich als ausfüllbares PDF-Formular online zur Verfügung.

3.1.6 Entwicklung des Fragebogens

Erfahrungsgemäß sind an die Entwicklung der Erhebungsinstrumente für postalische Befragungen besonders hohe Ansprüche zu stellen. Anders als bei mündlichen („face to face“) Interviews steht beispielsweise im Rahmen einer postalischen Befragung kein persönlicher Ansprechpartner bereit, der bei der Kontaktaufnahme die Probanden zur Teilnahme an der Befragung motiviert oder während der Befragung für Hilfestellungen zur Verfügung steht. Diese Funktionen müssen im Rahmen einer postalischen Befragung durch die schriftlichen Erhebungsmaterialien gewährleistet werden. Der Fragebogen muss so gestaltet sein, dass er zum einen auf die Zielgruppe motivierend wirkt und zum anderen in einfacher, selbsterklärender Form alle zur Bearbeitung notwendigen Informationen bereitstellt. Zusätzlich erfordern die Formulierungen der Einzelfragen und der Antwortvorgaben eine tiefer gehende inhaltliche Prüfung, da sie für die Befragten keinerlei Verständnisschwierigkeiten aufwerfen dürfen.

Der Fragenbogen der Kommunalbefragung „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ wurde durch das Difu in enger Abstimmung mit der Bertelsmann Stiftung sowie den kommunalen Spitzenverbänden entwickelt. Die übrigen Beteiligten der Projektgremien haben darüber hinaus eine erste „Longlist“ möglicher Fragebogenaspekte kommentiert. Der Fragenkatalog setzt sich aus einer Mischung von quantitativen und qualitativen Fragen bzw. Fragen mit geschlossenen und offenen Antwortvorgaben zusammen. Die Inhalte der Befragung sind in fünf Blöcken strukturiert, nach denen sich auch die Ergebnisdarstellung orientiert: Angaben zum Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen insgesamt, Fragen zum Nachhaltigkeitsmanagement der Kommunen im Allgemeinen sowie zu spezifischen Maßnahmen und Bewertungen des eigenen Nachhaltigkeitsmanagements. Weiterhin wurde das Thema „Beteiligungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement“ mit mehreren Fragen aufgegriffen. Mit Blick auf die geplante Evaluierung des

Projekts wurden die Teilnehmer darüber hinaus – gegen Ende des Fragebogens – gebeten, die Bedeutung einzelner Funktionen des Monitors Nachhaltige Kommune einzuschätzen.

Der Fragenkatalog wurde adressatenbezogen ausformuliert. Als primäre Ansprechpartner wurden dabei die Verwaltungsleitungen angesehen (siehe Kapitel 3.1.5). Diese wurden zwar um eine persönliche Beantwortung der Fragen gebeten; je nach kommunaler Regelung konnte der Fragebogen jedoch auch an zuständige Personen (z. B. Nachhaltigkeitsmanagement-Verantwortliche) weitergereicht werden.

Als ein wichtiger Faktor für die Akzeptanz und Praxistauglichkeit des Erhebungsinstrumentes war die Länge des Fragebogens anzusehen. Bereits bei den ersten Projektplanungen wurde in diesem Zusammenhang davon ausgegangen, dass zwischen der Komplexität des Untersuchungsthemas und der begrenzten „Aufwandstoleranz“ der Befragten ein Kompromiss zu finden war. Angestrebt wurde ein Erhebungsinstrument, dessen Bearbeitungszeit im Mittel bei etwa 20 bis 25 Minuten liegen sollte.

3.1.7 Planung und Vorbereitung der Befragung

Die Erfahrungen des Difu mit Kommunalumfragen zeigen, dass der Rücklauf bei Kommunalbefragungen über die Jahre stetig zurückgeht. Das hat u. a. mit der steigenden Anzahl von Kommunalumfragen und mit den hohen Arbeitsbelastungen in den Kommunalverwaltungen zu tun. Vor diesem Hintergrund wurde zur Sicherung eines hinreichenden Befragungsumfangs bei Städten und Gemeinden über 5.000 Einwohner (N = 2.910) sowie unter allen Landkreisen (N = 292; ohne „Kommunalverbände besonderer Art“) eine Vollerhebung durchgeführt. Damit ergab sich für die Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ ein Bruttoansatz von 3.202 Städten, Gemeinden und Kreisen.

Der Deutsche Städtetag (DST), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie der Deutsche Landkreistag (DLT) wurden frühzeitig über einzelne Phasen der Projektrealisierung informiert und in die laufenden Diskussionen einbezogen. Die Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände wurde als eine zentrale Voraussetzung angesehen, um die Akzeptanz des Vorhabens innerhalb der Zielpopulation zu erhöhen.

Die Befragung der Kommunalverwaltungen von Städten, Gemeinden und Kreisen zum Thema „Nachhaltige Kommune“ bezieht sich auf eine Vielzahl von Einzelaspekten, zu denen nicht viele erprobte und getestete Fragebogenitems vorliegen. Der inhaltliche Aufbau des Erhebungsinstrumentes erfolgte deshalb im Rahmen des Projektes in großen Teilen über die Entwicklung neu formulierter Items. Um allgemeinen Verständnisschwierigkeiten bei der Bearbeitung schriftlicher Erhebungsunterlagen vorzubeugen und um die Qualität des Messinstrumentes, seine Eignung für die einzelnen Fragestellungen sowie seine Handhabbarkeit zu sichern, sollten solche Neuformulierungen erst nach ihrer vorherigen Prüfung durch eine Vorstudie („Pretest“) in der Haupterhebung zum Einsatz kommen.

Ein entsprechender Pretest des Fragebogens „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ wurde mehrere Wochen vor dem Start der Haupterhebung in acht Städten, Gemeinden und Kreisen unterschiedlicher Bundesländer sowie unterschiedlicher Größenklassen durchgeführt. Er bestand aus dem für die Haupterhebung vorgesehenen Begleitschreiben, dem geplanten Fragebogen sowie aus begleitenden Interviewfragen zur Bewertung des Fragebogens. Der Pretest lieferte detaillierte Informationen über die mittleren Bearbeitungszeiten einzelner Frageblöcke so-

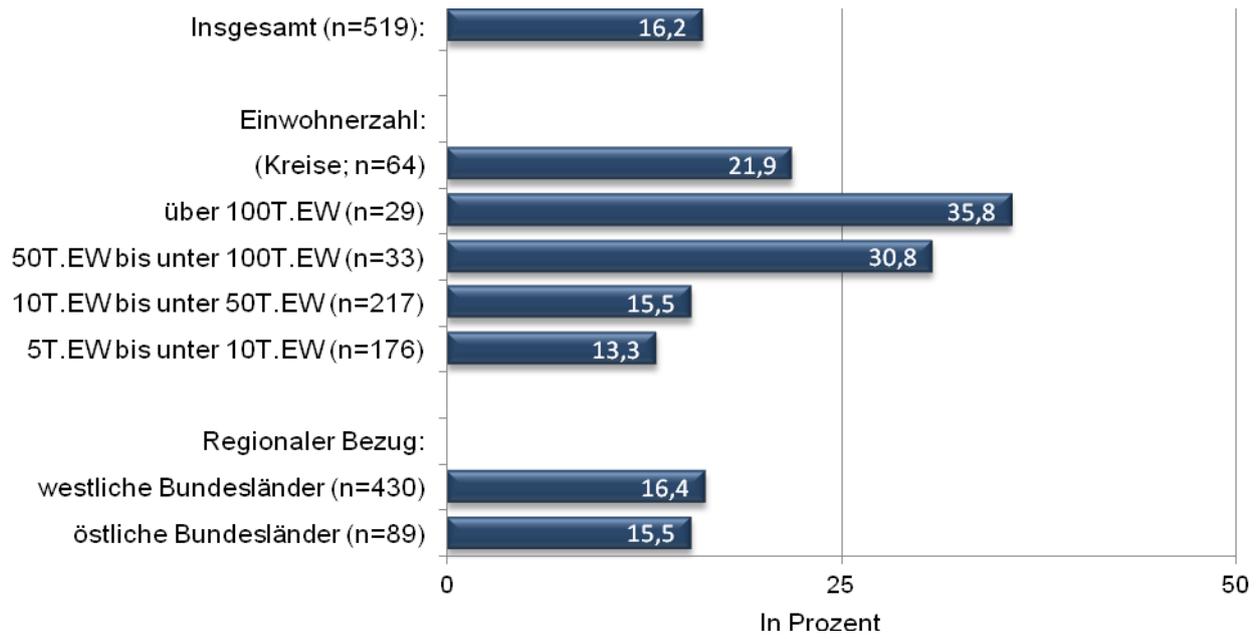
wie des gesamten Fragebogens. Es zeigte sich, dass die angestrebte durchschnittliche Bearbeitungsdauer von etwa 20 bis 25 Minuten durch wenige Kürzungen erreicht werden konnte.

Ein weiteres Ziel des Pretests war es zu prüfen, ob sich die entwickelten Fragen bzw. Indikatoren als praxistauglich erweisen. Als Gesamtbefund konnte festgehalten werden, dass die formalen und technischen Voraussetzungen des Erhebungsinstrumentes für einen erfolgreichen Einsatz weitgehend gegeben waren: Das Sprachniveau und die Begrifflichkeiten der Fragebogenitems orientierten sich an der Zielgruppe und wurden überwiegend als verständlich und korrekt beschrieben. Das Anschreiben und der Einleitungstext im Fragebogen wurden als informativ empfunden. Erwartungsgemäß mussten infolge der Pretest-Ergebnisse mehrere Frageformulierungen und Antwortvorgaben erweitert, verändert oder gestrichen werden. Der Pretest zeigte insgesamt aber auch, dass das entwickelte Erhebungsinstrument für eine postalische Befragung grundsätzlich geeignet war. Die Einsatzfähigkeit des Erhebungsinstrumentes wurde sowohl über die Ergebnisse des Fragebogens als auch durch die begleitenden – zumeist schriftlich durchgeführten – Interviews sowie zusätzlicher Feedbacks durch die Befragten bestätigt. Es ließen sich keine Hinweise auf gravierende inhaltliche oder technische Probleme finden.

3.1.8 Durchführung der Befragung

Die Datenerhebung der Kommunalbefragung „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ startete am 3. Juni 2016 mit dem postalischen Versand der Fragebögen. Als Rücksendedatum wurde der 24. Juni 2016 auf den Fragebögen angegeben. Eine Nachfassaktion unter den nicht teilnehmenden Kommunen wurde Ende Juni 2016 durchgeführt. Bis Mitte Juli 2016 war die Datenerhebung formell abgeschlossen, vereinzelte Nachsendungen von Fragebögen wurden jedoch noch bis Ende Juli 2016 in die Auswertung einbezogen. Bis zu diesem Zeitpunkt trafen von den 3.202 kontaktierten Städten, Gemeinden und Kreisen 519 auswertbare Fragebögen beim Difu ein; das entspricht einer Teilnahmequote von 16,2 Prozent (Abbildung 9). Demnach waren sowohl das komplexe Befragungsthema als auch der Bearbeitungsaufwand des Fragebogens für viele Kommunen auch ohne materielle Anreize kein Hindernis, um an der Befragung teilzunehmen.

Das vorliegende Ergebnis dokumentiert einerseits zwar die allgemein nachlassende Teilnahmebereitschaft bei Kommunalbefragungen, entspricht andererseits aber durchaus der aktuellen Rücklaufquote vergleichbarer Untersuchungen. Für eine bessere Einschätzung der Rücklaufquote ist auch zu berücksichtigen, dass die Teilnahmebereitschaft unter bestimmten Teilgruppen erheblich variiert. So waren (entsprechend der Difu-Erfahrungen aus früheren Umfragen) vor allem kleinere Städte bzw. Gemeinden deutlich schwerer für eine Mitarbeit zu gewinnen als größere Kommunen. Kaum von Bedeutung waren für die Rücklaufquote hingegen regionale Unterschiede, wie die vergleichbaren Teilnahmequoten aus östlichen („neuen“) und westlichen („alten“) Bundesländern zeigen. Dennoch finden sich in der Detailanalyse zwischen einzelnen Bundesländern durchaus auch abweichende Teilnahmequoten. Überdurchschnittlich hoch war die Mitarbeit von Kommunen aus Niedersachsen (22,5 %), Thüringen (20,6 %) und Nordrhein-Westfalen (20,0 %), gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (18,0 %) und Brandenburg (17,0 %). Bayern (15,5 %), und Rheinland-Pfalz (15,1 %) lagen mit ihrer Beteiligung etwa im Durchschnitt. Schleswig-Holstein (13,9 %), Baden-Württemberg (13,8 %), Hessen (13,4 %), Sachsen (12,9 %) und Sachsen-Anhalt (11,4 %) beteiligten sich leicht unterdurchschnittlich häufig, und das Saarland (8,8 %) war am geringsten vertreten.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltigen Entwicklung in deutschen Kommunen“ – 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 9: Teilnahmequote der 3.202 eingeladenen Kommunen insgesamt und nach einzelnen Teilgruppen (n=519)

3.2 Befragungsergebnisse

3.2.1 Erläuterungen zur Auswertungsmethodik und Angaben zur Stichprobenstruktur

Die vorliegenden Fragebögen wurden von den bearbeitenden Personen überwiegend sorgfältig und lückenlos ausgefüllt. Antwortverweigerungen kamen nur selten vor. Der Datensatz ist dementsprechend nur durch wenige fehlende Werte gekennzeichnet. Auf eine detaillierte Darstellung der Fallzahlen in den folgenden Abbildungen kann deshalb weitgehend verzichtet werden. Bei Merkmalen mit größeren Anteilen fehlender Werte werden die jeweils zugrunde liegenden Fallzahlen in den Ergebnisdarstellungen ausgewiesen.

Neben der Darstellung des Gesamtbefundes wird im Text auch auf inhaltlich relevante Ergebnisse für einzelne Teilgruppen eingegangen.¹ Auf eine vollständige Darstellung der Teilgruppenergebnisse muss in den Abbildungen aus Platzgründen verzichtet werden. Für die Detailanalyse werden die beteiligten Kommunen standardmäßig nach ihrer Stadt- bzw. Gemeindegröße bzw. nach Städten und Kreisen sowie nach ihrer regionalen Zuordnung differenziert. Städte und Gemeinden unterschiedlicher Größe haben unterschiedliche Aufgaben und Funktionen und damit auch unterschiedliche Infrastrukturlasten zu tragen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden Kommunen im Finanzausgleich der Länder unterschiedlich ausgestattet. Für die Detailanalyse wurden folgende Einwohnergrößenklassen gebildet: 5.000 bis unter 10.000, 10.000 bis unter 50.000, 50.000 bis unter 100.000 sowie 100.000 und mehr Einwohner (EW). Neue und alte Bundesländer (östliche und westliche Bundesländer) wurden als Gruppenvariable wegen der vielfachen Sonderbedingungen der neuen Bundesländer sowohl in der Infrastrukturausstattung als auch in den Finanzierungsbedingungen verwendet.

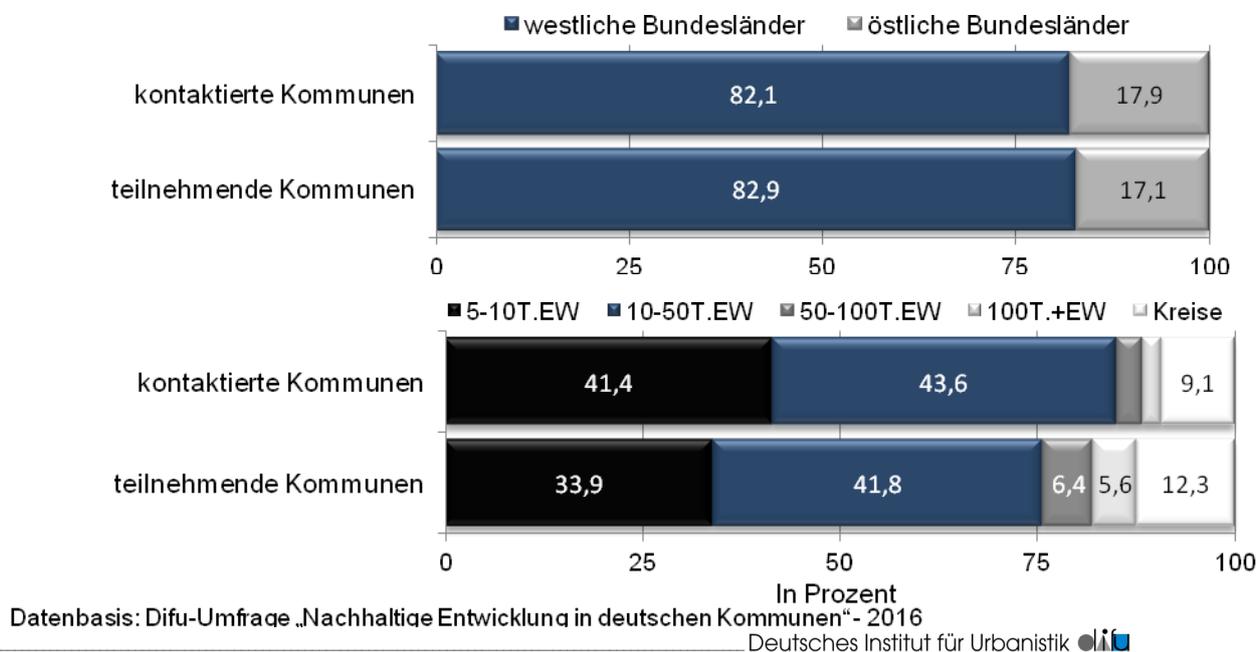


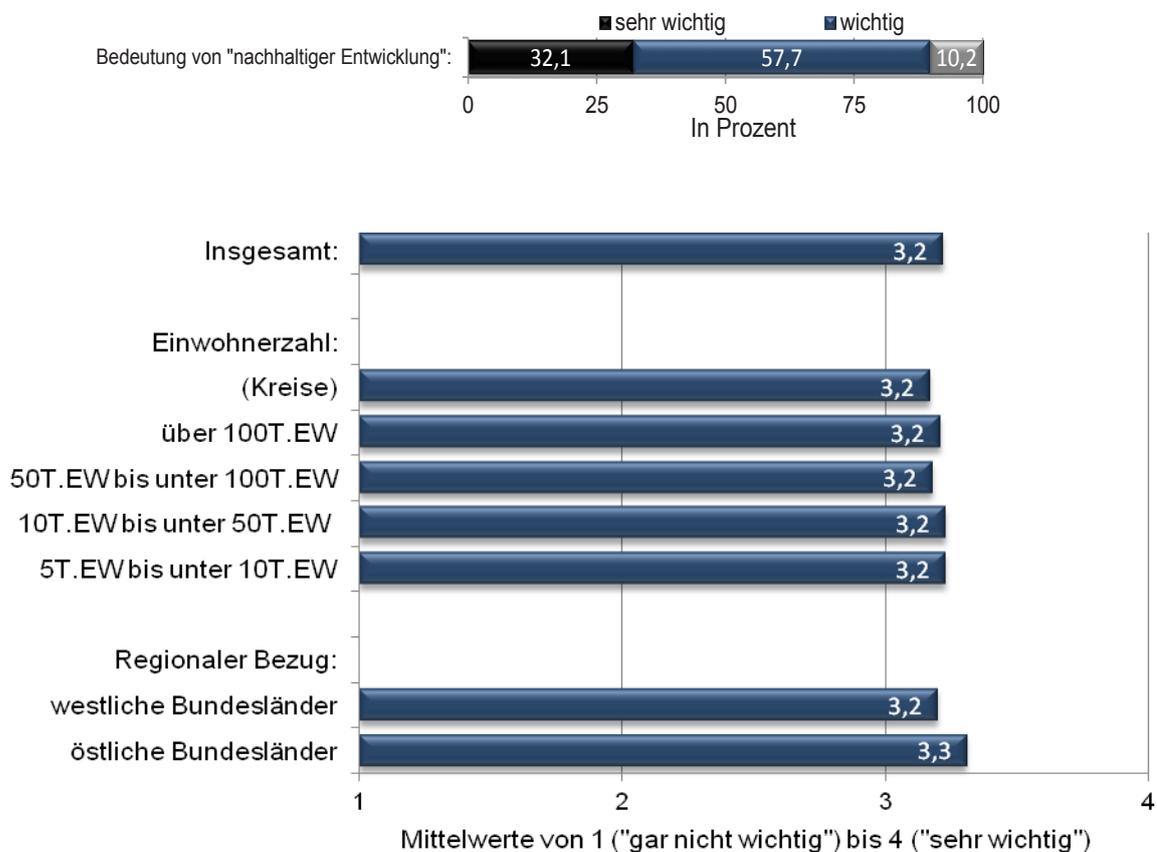
Abb. 10: Strukturunterschiede zwischen teilnehmenden und kontaktierten Kommunen

¹ Die statistische Bedeutung („Signifikanz“) der Unterschiede zwischen einzelnen Teilgruppen wurde für die prozentualen Verteilungen kategorialer Merkmale mithilfe des „Chi-Quadrat-Tests“ ermittelt. Für die Überprüfung von Mittelwertunterschieden wurden bei zwei Teilgruppen der „t-Test“ sowie bei mehreren Gruppen der „F-Test“ (einfaktorielle Varianzanalyse) genutzt. Der kritische Wert für die maximal zulässige Irrtumswahrscheinlichkeit wurde dabei auf 5 Prozent festgelegt.

Sowohl die Gesamtheit aller kontaktierten als auch die an der Befragung teilnehmenden Kommunen setzen sich gleichermaßen vor allem aus Städten, Gemeinden und Kreisen aus den westlichen Bundesländern zusammen (Abbildung 10). Unter den 3.202 kontaktierten Kommunen sind mit über 41 Prozent kleinere Städte bzw. Gemeinden zwischen 5.000 bis unter 10.000 Einwohner relativ stark vertreten. Dieser Anteil macht unter den 519 teilnehmenden Kommunen hingegen weniger als 34 Prozent aus. Diese Verteilungsunterschiede zwischen teilnehmenden und kontaktierten Kommunen erweisen sich auf der Basis eines statistischen Tests als signifikant. Die Ergebnisse der Befragung „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ werden demnach überproportional durch die Antworten aus größeren Städten mit 50.000 und mehr Einwohnern sowie aus Kreisen geprägt.

3.2.2 Stand der nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen

Das Thema „nachhaltige Entwicklung“ nimmt für die Kommunen in Deutschland aktuell einen hohen Stellenwert ein (Abbildung 11). Fast ein Drittel der Befragten gibt an, dass es sich aus ihrer Sicht dabei um ein „sehr wichtiges“ Thema handelt und weitere rund 58 Prozent nehmen hier ein „wichtiges“ Thema wahr. Nur für rund jede zehnte befragte Kommune ist das Thema kaum von Bedeutung. Unter den Teilnehmern der Befragung gibt es keine Kommunen, für die das Thema „Nachhaltigkeit“ „gar nicht wichtig“ ist. Auf einer Skala von 1 („gar nicht wichtig“) bis 4 („sehr wichtig“) liegt der Mittelwert von 3,2 dementsprechend im oberen Skalenbereich. Nennenswerte Unterschiede zwischen einzelnen Einwohnergrößenklassen, zwischen Städten und Kreisen oder zwischen Kommunen aus ost- bzw. westdeutschen Bundesländern bestehen nicht.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ – 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

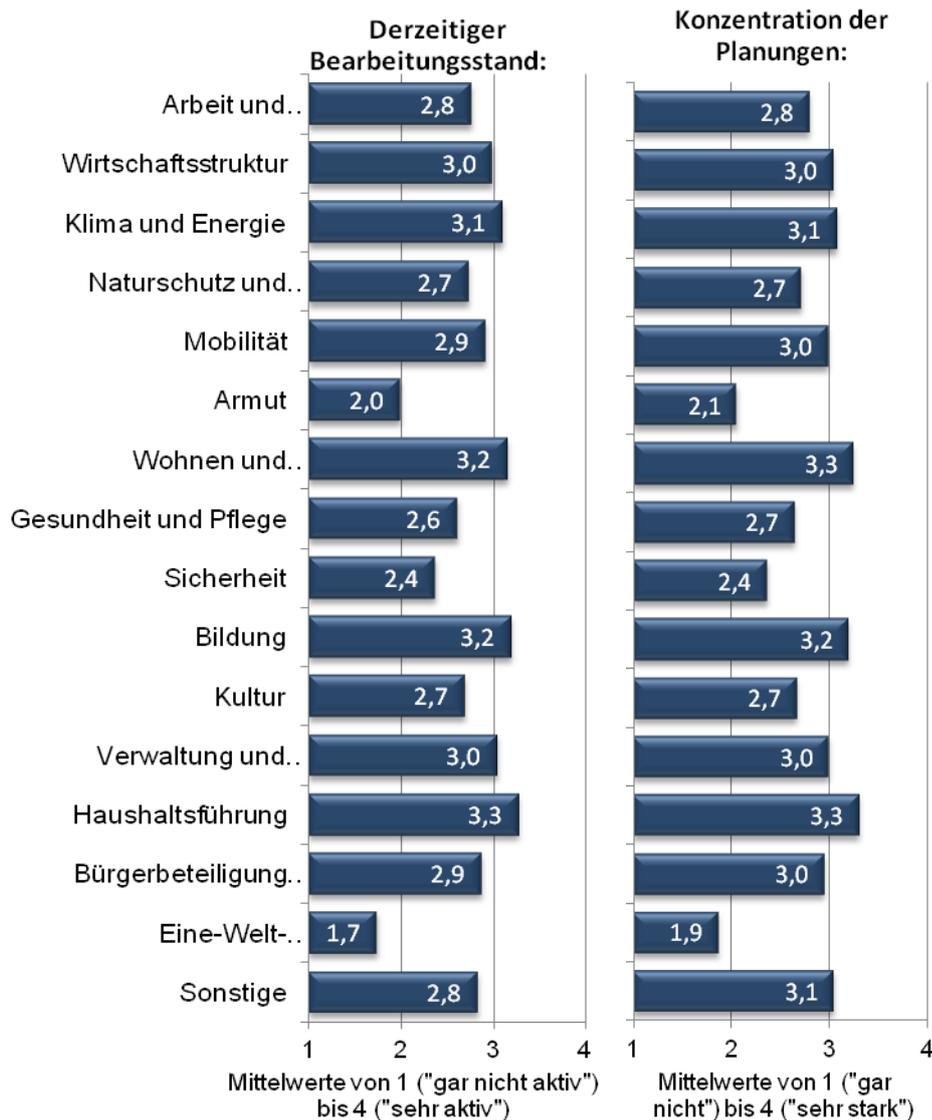
Abb. 11: Die Bedeutung des Themas „nachhaltige Entwicklung“ für Kommunen (n=489)
Frage 1: „Wie wichtig ist das Thema „nachhaltige Entwicklung“ derzeit in Ihrer Verwaltung?“

Einzelne Nachhaltigkeitsthemen werden derzeit von den Kommunen unterschiedlich intensiv bearbeitet (Abbildung 12). Anhand der vorliegenden Ergebnisse werden aktuell vor allem die Bereiche „Klima und Energie“ (Mittelwert: 3,1), „Wohnen und Wohnumfeld“ (Mittelwert: 3,2), „Bildung“ (Mittelwert: 3,2) und „Haushaltsführung“ (Mittelwert: 3,3) als Themen für eine nachhaltige Entwicklung in der kommunalen Agenda besonders aktiv bearbeitet. Eine vergleichsweise weniger intensive Bearbeitung vonseiten der Kommunen ist hingegen für die Themenfelder „Armut“ (Mittelwert: 2,0), „Sicherheit“ (Mittelwert: 2,4) und insbesondere für das „Eine-Welt-Engagement“ (Mittelwert: 1,7) festzustellen. Die in Abbildung 12 ebenfalls ausgewiesenen Konzentrationen kurz- und mittelfristiger Planungen von Kommunen auf einzelne Nachhaltigkeitsthemen (im Planungszeitraum 2017 bis 2020) spiegeln in ihren Ausprägungen weitgehend die Intensität ihres derzeitigen Bearbeitungsstands wider. Es zeigt sich hier allerdings, dass beim Thema „Eine-Welt-Engagement“ jeder fünfte Befragte keine entsprechende Bewertung der Planungen vornehmen konnte (d. h. hoher Anteil einer „Weiß nicht“-Option).

Die Befragten hatten an dieser Stelle die Möglichkeit, „sonstige Themen“ für eine nachhaltige Entwicklung in einem offenen Eintragsfeld zu benennen. Unter den circa 40 vorliegenden Einträgen finden sich – neben vielen individuellen Themen – auch Bereiche, die für mehrere Kommunen von Bedeutung sind. Hierzu gehören die Themen „Migration, Integration von Flüchtlingen“, „Sportstätten/Sportförderung“, „Tourismus“ und „Infrastruktur“.

Der Bearbeitungsstand der angeführten Nachhaltigkeitsthemen unterscheidet sich für einzelne kommunale Teilgruppen zum Teil erheblich. So lässt sich feststellen, dass kleinere Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 50.000 Einwohnern mehrere Nachhaltigkeitsthemen zurzeit weniger aktiv bearbeiten, als dies in größeren Städten oder bei Landkreisen der Fall ist. Zu diesen Themenfeldern gehören „Arbeit und Beschäftigung“, „Wirtschaftsstruktur“, „Klima und Energie“, „Naturschutz und Ressourceneinsatz“, „Mobilität“, „Bildung“ und „Armut“. Die Samtgemeinde Barnstorf² legt z. B. – neben anderen Themen – auch einen inhaltlichen Schwerpunkt auf die Bereiche „Klimaschutz“ und „Erneuerbare Energien“. Andere Nachhaltigkeitsthemen werden momentan offenbar vor allem in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern besonders aktiv umgesetzt; hierzu zählen insbesondere die Themen „Sicherheit“, „Eine-Welt-Engagement“ und „Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung“. Bei der Stadt Dortmund wird die Weiterentwicklung zur Bürgerkommune über die Implementierung des Bereiches „Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft“ im Amt des Oberbürgermeisters gefördert. Ein Thema, das sowohl von mittelgroßen Städten als auch von Großstädten derzeit vergleichsweise stark bearbeitet wird, ist der Bereich „Kultur“. So wird beispielsweise im Nachhaltigkeitsmanagement der Stadt Augsburg – neben der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension – explizit auch die kulturelle Dimension berücksichtigt. Ein Nachhaltigkeitsthema, das einen insgesamt hohen Aktivierungsgrad aufweist, ist „Wohnen und Wohnumfeld“; dies trifft allerdings für Kreise weitaus weniger zu als für Städte und Gemeinden. Ein anderes Thema, das speziell von Kreisen relativ aktiv bearbeitet wird, stellt der Bereich „Gesundheit und Pflege“ dar. Die Bearbeitungsintensität der Nachhaltigkeitsthemen „Haushaltsführung“ sowie „Verwaltung und Ratsarbeit“ unterscheidet sich hingegen zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen nicht wesentlich.

² Die hier und im Folgenden erläuterten Beispiele bestimmter Gemeinden, Städte und Kreise sind nicht Teil der Befragungsergebnisse und machen keine Aussage darüber, ob die jeweilige Kommune an der Umfrage teilgenommen hat



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

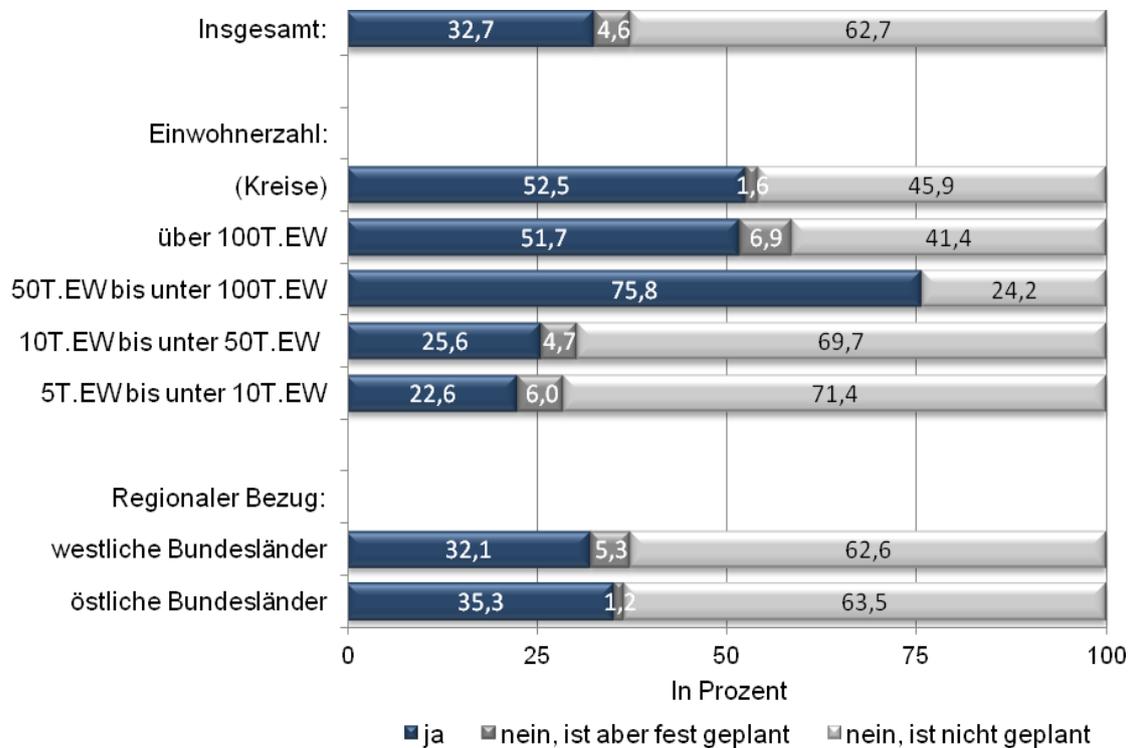
Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 12: Zum Bearbeitungsstand und Planungsschwerpunkten von Nachhaltigkeitsthemen
 Frage 2: „Wie aktiv bearbeitet Ihre Kommune derzeit diese Themen?“, „Wie stark konzentrieren sich die kurz- und mittelfristigen Planungen Ihrer Kommune (Planungszeitraum 2017–2020) auf diese Themen?“

3.2.3 Allgemeines Nachhaltigkeitsmanagement

Eine überwiegende Mehrheit von fast 63 Prozent der Kommunen gibt im Rahmen der Befragung an, innerhalb der eigenen Verwaltung über keine für Nachhaltigkeitsfragen zuständige(n) Stelle(n) zu verfügen (Abbildung 13). Rund 33 Prozent der Kommunen haben eine oder mehrere entsprechende(r) Stelle(n) bereits eingerichtet und bei weiteren knapp fünf Prozent ist die Einrichtung einer solchen Stelle fest geplant. Zwischen Städten und Kreisen sowie zwischen einzelnen Einwohnergrößenklassen finden sich hierbei deutliche Unterschiede. So verfügt immerhin jeweils mehr als die Hälfte aller teilnehmenden Landkreise und Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohner/innen (52,5 % bzw. 51,7 %) bereits über „Nachhaltigkeitsstellen“. Am ehesten finden sich innerhalb der Kommunalverwaltungen ausdrücklich für Nachhaltigkeitsfragen zuständige Stellen allerdings unter mittelgroßen Städten mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern (75,8 %). Weit aus

seltener wurden entsprechende Einrichtungen bislang von kleineren Städten und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern eingerichtet (22,6 % bzw. 25,6 %). Zwischen den Kommunen aus ost- bzw. westdeutschen Bundesländern sind bei dieser Frage keine auffälligen Unterschiede festzustellen.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

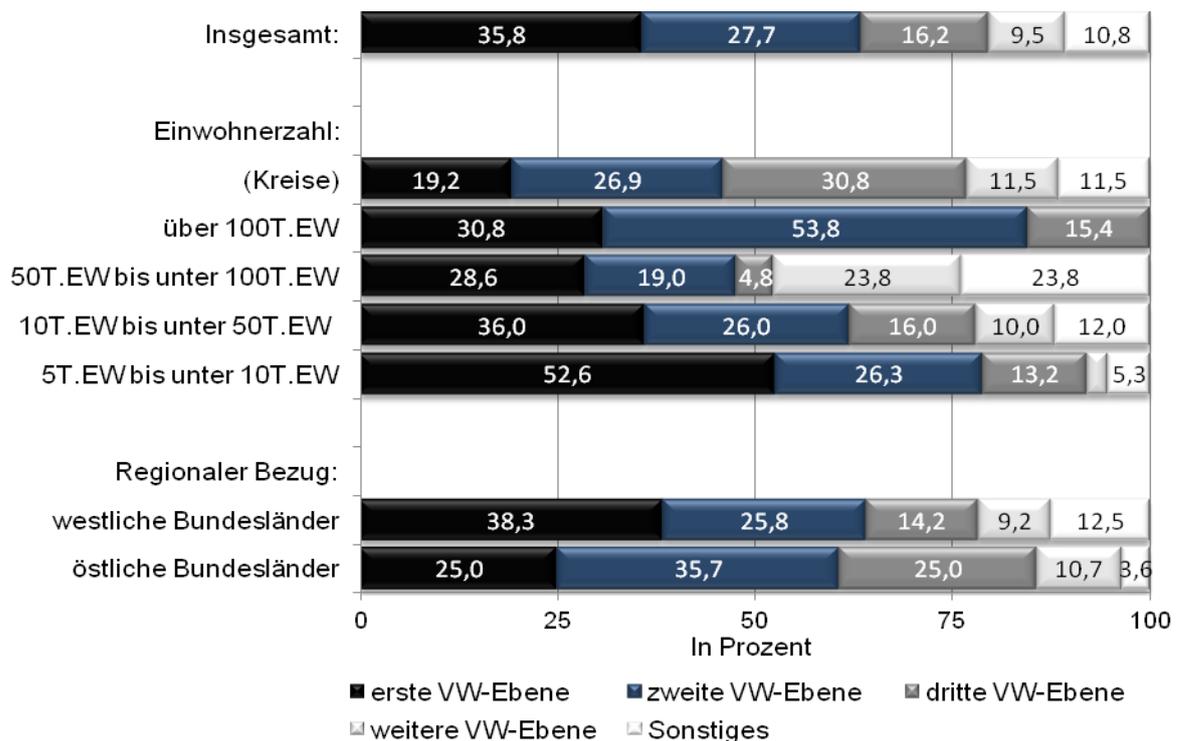
Deutsches Institut für Urbanistik 

Abb. 13: Zuständige Stellen für Nachhaltigkeitsfragen in den Kommunen (n=502)
Frage 3a: „Gibt es in Ihrer Verwaltung eine oder mehrere Stelle(n), die ausdrücklich für Nachhaltigkeitsfragen zuständig ist/sind?“

Von denjenigen Kommunen, die für Nachhaltigkeitsfragen explizit zuständige Stellen haben, sind diese bei fast 36 Prozent auf der ersten Verwaltungsebene (z. B. Verwaltungsleitung, Stabsstelle) angesiedelt (Abbildung 14). Rund 28 Prozent dieser Einrichtungen sind der zweiten Verwaltungsebene (z. B. Dezernent, Fachbereichsleitung) und circa 16 Prozent der dritten Verwaltungsebene (z. B. Amtsleitung, Fachdienstleitung) zuzuordnen. Bei fast 10 Prozent der Kommunen finden sich die eingerichteten Nachhaltigkeitsstellen auf anderen Verwaltungsebenen (z. B. Abteilungs- oder Referatsleitung) und rund 11 Prozent der Kommunen geben an, die entsprechenden Stellen „sonstigen“ Bereichen zugeordnet zu haben. Dabei wurden in den offenen Einträgen im Fragebogen u. a. mehrfach „Sachbearbeiter“ mit entsprechenden Funktionen genannt. Im „Büro für Nachhaltigkeit mit Geschäftsstelle Lokale Agenda 21“ der Stadt Augsburg sind derzeit z. B. eine Leitungskraft sowie zwei Mitarbeiterinnen in Teilzeit beschäftigt.

Zwischen einzelnen kommunalen Teilgruppen zeichnen sich auch in diesem Zusammenhang deutliche Unterschiede ab. In kleineren Städten und Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern sind die für Nachhaltigkeitsfragen zuständigen Stellen überwiegend der ersten Verwaltungsebene zugeordnet (52,6 %). So erledigen beispielsweise in der Samtgemeinde Barnstorf eine Stabsstelle beim Bürgermeister sowie der Bürgermeister selbst diverse Aufgaben im Rahmen der nachhalti-

gen Entwicklung. Unter Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern finden sich entsprechende Stellen vor allem auf der zweiten Verwaltungsebene (53,8 %). Kreise haben ihre entsprechenden Einrichtungen hingegen stärker auf der dritten Verwaltungsebene angesiedelt (30,8 %). Beim Kreis Unna ist das Büro der Lokalen Agenda 21 z. B. im Fachbereich „Natur und Umwelt“ angesiedelt; die operative Umsetzung erfolgt in den einzelnen Fachbereichen von unterschiedlichen Mitarbeitern. Die regionale Zuordnung der Kommunen lässt weiterhin erkennen, dass Kommunen aus westlichen Bundesländern die für Nachhaltigkeitsfragen zuständigen Stellen vergleichsweise stark auf der ersten Verwaltungsebene angesiedelt haben (38,3 %). Ostdeutsche Kommunen haben demgegenüber ihre entsprechenden Stellen weitaus stärker der zweiten und dritten Verwaltungsebene zugeordnet.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

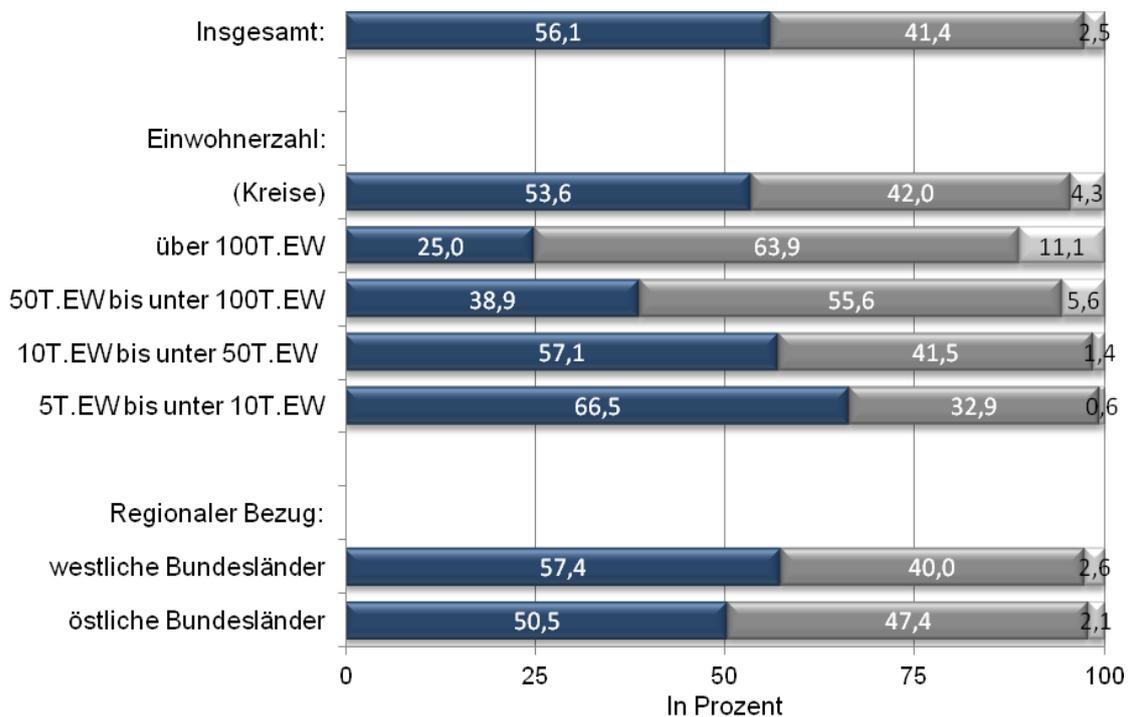
Abb. 14: Verwaltungsebenen der für Nachhaltigkeit zuständigen Stellen (n=148)
Frage 3b: „Auf welcher Verwaltungsebene ist/sind diese Stelle(n) angesiedelt?“

Einer Mehrheit von über 56 Prozent aller (Mehrfach-)Antworten³ ist zu entnehmen, dass im Rahmen kommunaler Entscheidungen Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung bislang in unterschiedlichen Ressorts unabhängig voneinander durchgeführt werden (Abbildung 15). Rund 41 Prozent der Kommunen geben an, hierzu ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu einzelnen nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z. B. „integrierte Konzepte oder Planungen“) gebildet zu haben. Weniger als drei Prozent verfügen über eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die die Aktivitäten aller Ressorts auf Nachhaltigkeitsfragen abstimmt (z. B. Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeit“). So ist in der Stadt Wernigerode eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung einer Gesamtstrategie eingerichtet wor-

³ Obwohl die Befragten an dieser Stelle die Möglichkeit hatten, mehrere Antwortvorgaben anzukreuzen („Mehrfachantworten“), konnten die meisten Kommunen ihre Situation vor Ort durch eine der drei Vorgaben darstellen.

den, der Vertreter der einzelnen Dezernate angehören. Nach einer Startphase nehmen darüber hinaus auch Vertreter des Stadtrates an den Sitzungen der verwaltungsübergreifenden Arbeitsgruppe teil.

Ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu einzelnen Nachhaltigkeitsthemen oder als zentrale „Koordinstierungsstelle“ sind vor allem unter Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohner/innen eingerichtet worden. Städte und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern sowie Kreise führen hingegen bei kommunalen Entscheidungen Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung überwiegend in unterschiedlichen Ressorts unabhängig voneinander durch. Die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern erweisen sich an dieser Stelle als „nicht signifikant“.



- Bislang werden verschiedene Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung in unterschiedlichen Ressorts unabhängig voneinander durchgeführt
- Es gibt ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu einzelnen nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z.B. integrierte Konzepte oder Planungen)
- Es gibt eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die die Aktivitäten aller Ressorts auf Nachhaltigkeits-Fragen abstimmt (z.B. Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeit“)

Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 15: Berücksichtigung nachhaltiger Entwicklung bei kommunalen Entscheidungen (n=522 Mehrfachnennungen)
 Frage 4: „Inwiefern wird nachhaltige Entwicklung in der Breite, d. h. bei möglichst vielen kommunalen Entscheidungen berücksichtigt?“

3.2.4 Maßnahmen und Bewertung des Nachhaltigkeitsmanagements

Die Umsetzung einzelner Schritte zur nachhaltigen Entwicklung verläuft in den Kommunen unterschiedlich intensiv (Abbildung 16). Innerhalb der Kommunalverwaltungen wurden bislang vor allem gezielt Maßnahmen bzw. Projekte zur nachhaltigen Entwicklung umgesetzt (Mittelwert: 2,9) und politische Beschlüsse zu Aktivitäten gefasst, die der nachhaltigen Entwicklung dienen sollen (Mittelwert: 2,7). Weitaus weniger intensiv umgesetzt wurden hingegen Maßnahmen zur Überwachung von Nachhaltigkeitsaktivitäten (Mittelwert: 2,2), Evaluierungen von nachhaltigkeitsbezogenen Zielen (Mittelwert: 2,0) und, damit einhergehend, die Veröffentlichung von Evaluierungen (Mittelwert: 1,8).

Dieser Gesamtbefund stellt sich für einzelne Gemeindegrößenklassen allerdings unterschiedlich dar. So ist anhand der vorliegenden Daten festzustellen, dass insbesondere größere Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern bislang nicht nur intensiv mit der Sammlung von Informationen zur Beurteilung der nachhaltigen Entwicklung beschäftigt waren, sondern sich auch bei anschließenden Schritten, wie der Umsetzung von Maßnahmen bzw. Projekten zur nachhaltigen Entwicklung bis hin zur Veröffentlichung von Evaluierungen, stärker engagieren als dies bei kleineren Städten und Gemeinden der Fall ist. Nennenswerte Unterschiede zwischen Kommunen aus west- bzw. ostdeutschen Bundesländern zeichnen sich in diesem Zusammenhang wiederum nicht ab.

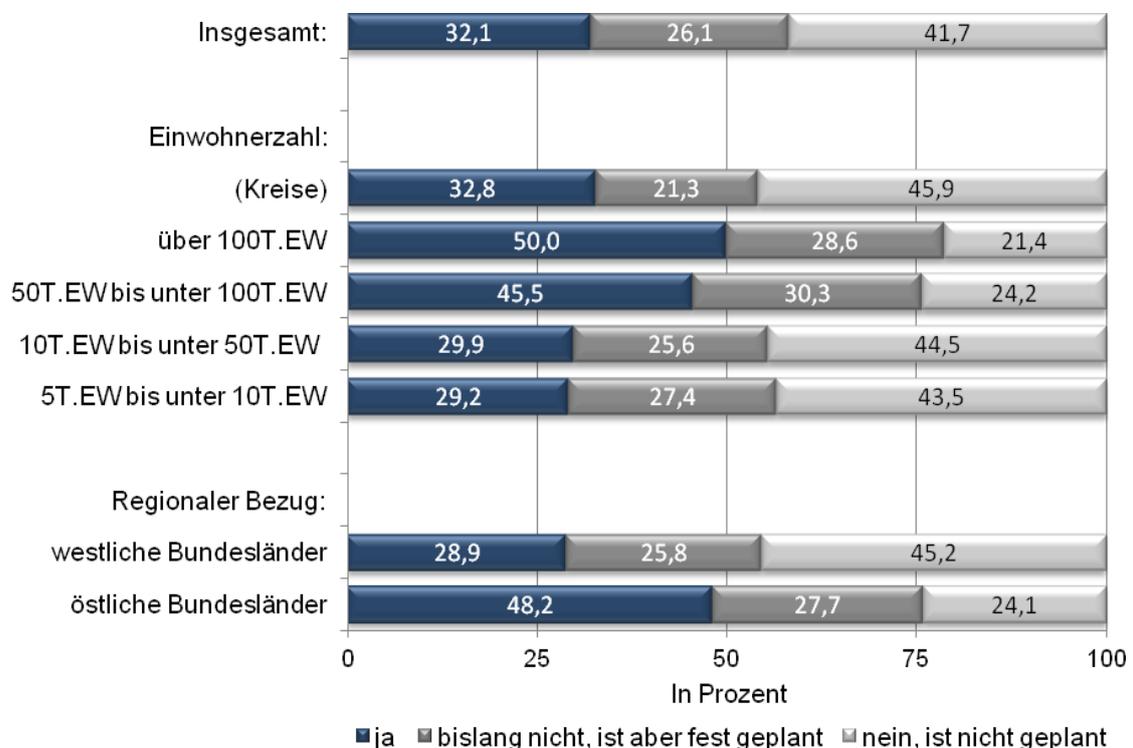


Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016
 Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 16: Umsetzung einzelner Schritte zur nachhaltigen Entwicklung (n=487)
 Frage 5: „Wie intensiv werden in Ihrer Kommune die folgenden Schritte für eine nachhaltige Entwicklung bereits umgesetzt?“

Weniger als ein Drittel der teilnehmenden Kommunen gab im Rahmen der Befragung an, bereits über ein ausgearbeitetes Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung zu verfügen, das über Einzelprojekte und themenbezogene Masterpläne hinausgeht (Abbildung 17). So hat die Stadt Augsburg z. B. Zukunftsleitlinien verabschiedet – als Grundlage für Ziele, Indikatoren und Maßnahmen einer nachhaltigen Entwicklung. Weitere rund 26 Prozent der Befragten deuten allerdings an, dass die

Einführung eines entsprechenden Leitbildes in ihrer Kommune zwar noch nicht vollzogen, aber fest geplant sei. Hierzu zählt beispielsweise die Stadt Wernigerode, die derzeit dabei ist, eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten; neben strategischen Zielen wird die Gesamtstrategie auch ein übergeordnetes Leitbild enthalten. Bei fast 42 Prozent der Kommunen liegt ein Leitbild für nachhaltige Entwicklung weder vor noch ist ein solches geplant. Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Erfurt, die dem Ansatz „Management by Project“ folgt und nicht ein übergreifendes Leitbild, sondern die Umsetzung konkreter Projekte in den Vordergrund stellt. Wie bereits bei der Umsetzung einzelner Schritte zur Nachhaltigkeit (siehe Abbildung 16) sind es dabei vor allem kleinere Städte und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern (aber auch Kreise), die bislang vergleichsweise häufig auf die Einführung eines übergreifenden Leitbildes verzichtet haben. Es gibt jedoch auch kleinere Gemeinden, wie z. B. die Samtgemeinde Barnstorf, die über ein Leitbild für die zukünftige Entwicklung verfügen. Ebenfalls von Bedeutung sind die Unterschiede zwischen den Kommunen aus ost- und westdeutschen Bundesländern: Ein übergreifendes Leitbild für nachhaltige Entwicklung ist demnach unter ostdeutschen Kommunen (48,2 %) derzeit weitaus häufiger verbreitet als unter westdeutschen Kommunen (28,9 %). Dieser Unterschied geht nicht ausschließlich auf eine ungleiche Beteiligung von Kommunen verschiedener Größenklassen in west- und ostdeutschen Bundesländern zurück: Innerhalb aller Größenklassen gaben Gemeinden und Städte aus ostdeutschen Bundesländern häufiger an, bereits über ein Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung zu verfügen; in der Größenklasse zwischen 10.000 und unter 50.000 Einwohnern war dieser Unterschied am deutlichsten ausgeprägt (24,3 % vs. 55,3 %) und signifikant. Einzig für die teilnehmenden Kreise war die Tendenz umgekehrt, sodass geringfügig mehr west- als ostdeutsche Kreise (34,6 % vs. 22,2 %) über ein Leitbild verfügen.

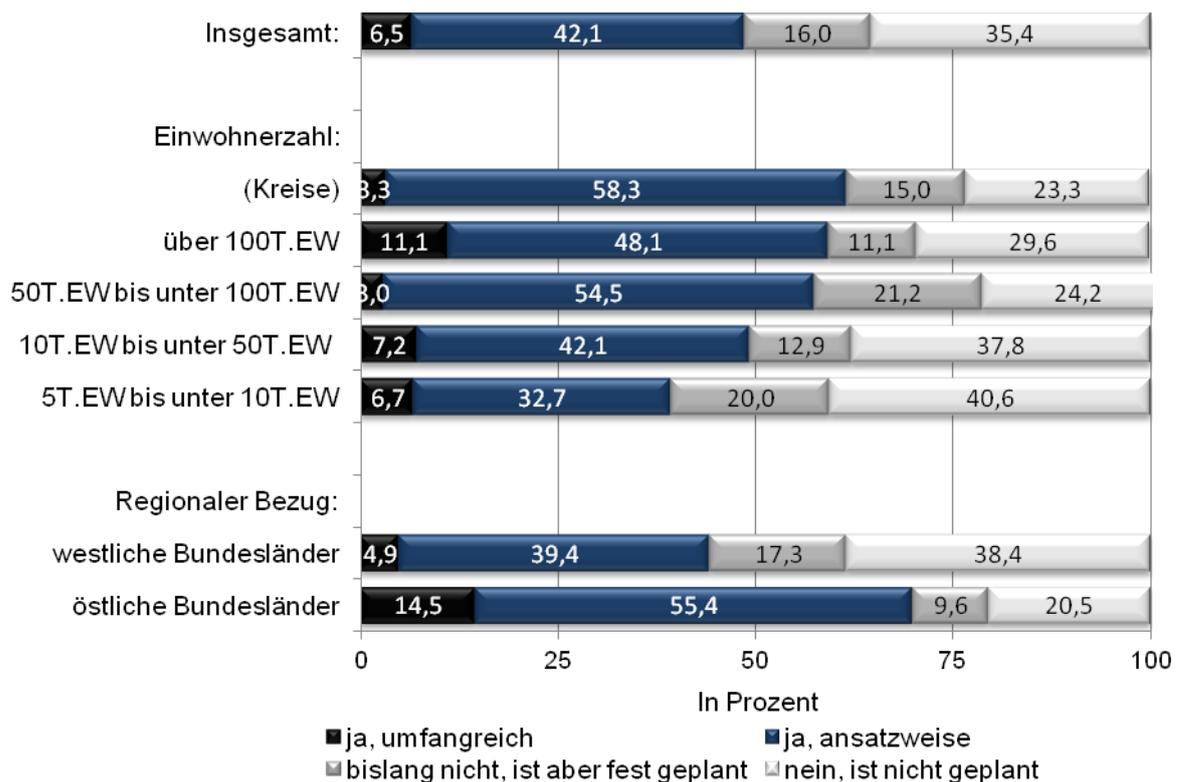


Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 17: Das Vorliegen eines Leitbildes zur nachhaltigen Entwicklung (n=501)
Frage 6: „Gibt es – über Einzelprojekte und themenbezogene Masterpläne hinaus – ein übergreifendes Leitbild für nachhaltige Entwicklung in Ihrer Kommune?“

Nahezu die Hälfte aller Kommunen hat in der eigenen Verwaltung bereits – umfangreich oder ansatzweise – Ziele oder Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Produkthaushalt verknüpft (Abbildung 18). Weitere 16 Prozent der Befragten geben an, dass eine entsprechende Maßnahme in ihrer Kommune zwar noch nicht umgesetzt wurde, aber die entsprechende Umsetzung fest geplant sei. Bei der Stadt Wernigerode ist beispielsweise geplant, die im Rahmen der Gesamtstrategie verabschiedeten strategischen Ziele in operative Ziele zu übersetzen und mit dem Produkthaushalt zu verknüpfen. Auch beim Kreis Unna ist die Integration der Nachhaltigkeitsziele in den Kreishaushalt bzw. die Aufstellung eines wirkungsorientierten Haushalts vorgesehen. Bei über 35 Prozent der Kommunen ist eine Verknüpfung nachhaltiger Maßnahmen bzw. Ziele mit dem Produkthaushalt weder umgesetzt noch geplant. Letzteres trifft insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern sowie für Kommunen aus westdeutschen Bundesländern zu. Bei dieser Frage gilt wie bei der vorherigen, dass der Ost-West Unterschied nicht auf eine ungleichmäßig verteilte Beteiligung unterschiedlich großer Kommunen in den neuen und alten Bundesländern zurückgeht: Entsprechende Unterschiede zeigen sich wiederum in der Tendenz bei Gemeinden und Städten aller Größenklassen, in den beiden kleinsten Größenklassen sind sie signifikant. Tendenziell haben allerdings wiederum mehr westdeutsche Kreise ihre Ziele mit dem Produkthaushalt verknüpft als ostdeutsche.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

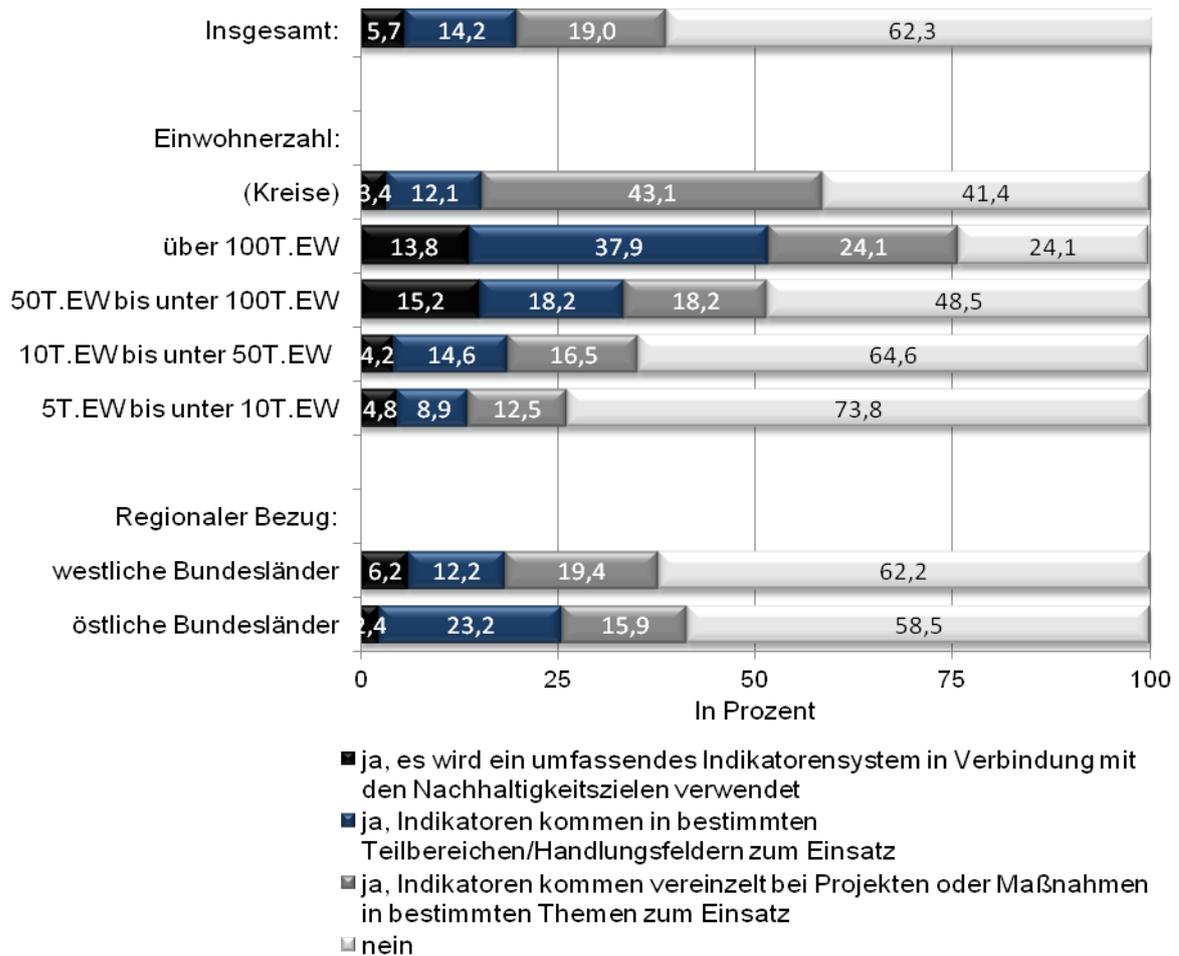
Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 18: Die Verknüpfung nachhaltiger Maßnahmen/Ziele mit dem Produkthaushalt (n=499)
Frage 7: „Werden in Ihrer Verwaltung Ziele oder Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Produkthaushalt verknüpft?“

Auch bei der Frage nach einer möglichen Nutzung von Indikatoren zur Erfassung von Nachhaltigkeit bestand im Fragebogen die Möglichkeit, bei Bedarf mehrere der vorhandenen Antwortvorgaben anzukreuzen (Abbildung 19). Allerdings reichte für die Befragten in der Regel eine der

Vorgaben aus, um die Gegebenheiten in ihrer Kommune angemessen darzustellen. Die Ergebnisse zeigen klar, dass bei einer überwiegenden Mehrheit von fast zwei Dritteln aller Kommunen ein Einsatz von Indikatoren zur Erfassung des Stands der nachhaltigen Entwicklung oder der Wirkung von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung zurzeit nicht erfolgt. Lediglich weniger als sechs Prozent der Kommunen verwenden in Verbindung mit den eigenen Nachhaltigkeitszielen ein umfassendes Indikatorensystem. In der Stadt Ludwigsburg ist ein Set von 66 Indikatoren entwickelt worden, mit dessen Hilfe der Erfolg bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen bzw. -maßnahmen gemessen werden. Rund 14 Prozent setzen entsprechende Indikatoren allerdings in bestimmten Teilbereichen bzw. Handlungsfeldern ein und bei weiteren 19 Prozent kommen solche Indikatoren vereinzelt bei Projekten oder Maßnahmen für bestimmte Themen zum Einsatz. An dieser Stelle hatten die Befragten wieder die Möglichkeit, Einsatzbereiche der Indikatoren direkt zu benennen. Die mehr als 140 vorliegenden Angaben zu Teilbereichen bzw. Handlungsfeldern oder zu themenbezogenen Maßnahmen bzw. Projekten sind zu größeren Anteilen vor allem den Bereichen „Umwelt“, „Klima(-schutz)“, „Energie“ und „Mobilität“ zuzuordnen. Etwas seltener werden hier aber auch andere Bereiche wie „Wohnen“, „Stadtentwicklung“, „Bildung“ und „Demographie“ genannt. Die Stadt Dortmund setzt Indikatoren beispielsweise in ihren einzelnen Masterplänen bzw. Handlungsprogrammen (Mobilität, Einzelhandel, Wohnen, Umwelt, Wirtschaftsflächen etc.) ein.

Wiederum sind es eher größere Städte mit 50.000 bis unter 100.000 Einwohnern und vor allem Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern, die entweder bereits über umfassende Indikatorensysteme verfügen oder Einzelindikatoren in bestimmten Teilbereichen bzw. Handlungsfeldern einsetzen. Auffällig ist an dieser Stelle der vergleichsweise häufige Einsatz von themenbezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren unter den teilnehmenden Landkreisen (43,1 %). Nennenswerte Unterschiede zwischen den Kommunen aus ost- bzw. westdeutschen Bundesländern sind beim Einsatz von Nachhaltigkeitsindikatoren nicht festzustellen.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

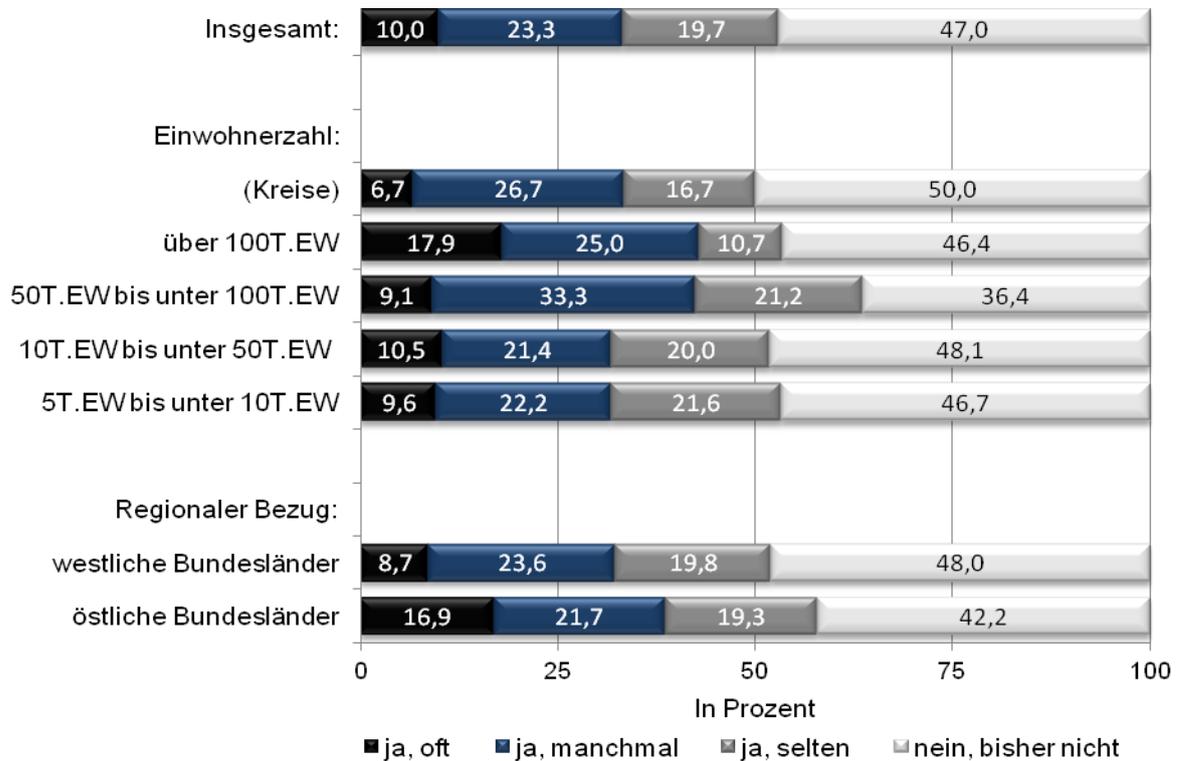
Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 19: Nutzung von Indikatoren zur Erfassung von Nachhaltigkeit (n=500 Mehrfachnennungen)

Frage 8: „Kommen derzeit in Ihrer Kommune Indikatoren zum Einsatz, um den Stand der nachhaltigen Entwicklung oder die Wirkung von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung zu messen?“

Die gesonderte Frage, ob es in den Kommunen sogenannte „Nachhaltigkeits-Checks“ für politische oder Verwaltungsentscheidungen gibt, wurde von nahezu der Hälfte (47,0 %) aller teilnehmenden Städte, Gemeinden und Kreise mit „nein“ beantwortet (Abbildung 20). Damit berücksichtigt zwar gut die Hälfte der Kommunen Nachhaltigkeitskriterien bei Entscheidungsfindungen zumindest mit. Allerdings kommen solche Instrumente – entsprechend der vorliegenden Angaben – nur bei 10 Prozent der Kommunen „oft“ und bei rund 23 Prozent „manchmal“ zur Anwendung. Fast jeder fünfte Befragte gibt hingegen an, dass Nachhaltigkeitskriterien nur „selten“ in Entscheidungsprozesse der eigenen Kommune einfließen. Die sich zum Teil abzeichnenden Teilgruppenunterschiede zwischen einzelnen Einwohnergrößenklassen oder zwischen Kommunen aus ost- bzw. westdeutschen Bundesländern lassen sich auf der Grundlage statistischer Tests nicht als signifikant bestätigen. Zu den Kommunen, die bereits Erfahrungen mit Nachhaltigkeits-Checks gesammelt haben, zählt u. a. der Kreis Lippe. So hat dieser Kreis – gemeinsam mit dem Center for Sustainable Governance an der Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld – einen eigenen Leitfaden zur Ermittlung und Darstellung des nachhaltigen Nutzens kommunaler Maßnahmen und Projekte (sog. „Kommunaler Nachhaltigkeitskompass“) entwickelt und schon

mehrfach eingesetzt. In der Stadt Augsburg befinden sich Nachhaltigkeitseinschätzungen für die Beschlussvorlagen des Stadtrates zurzeit in der Erprobungsphase.



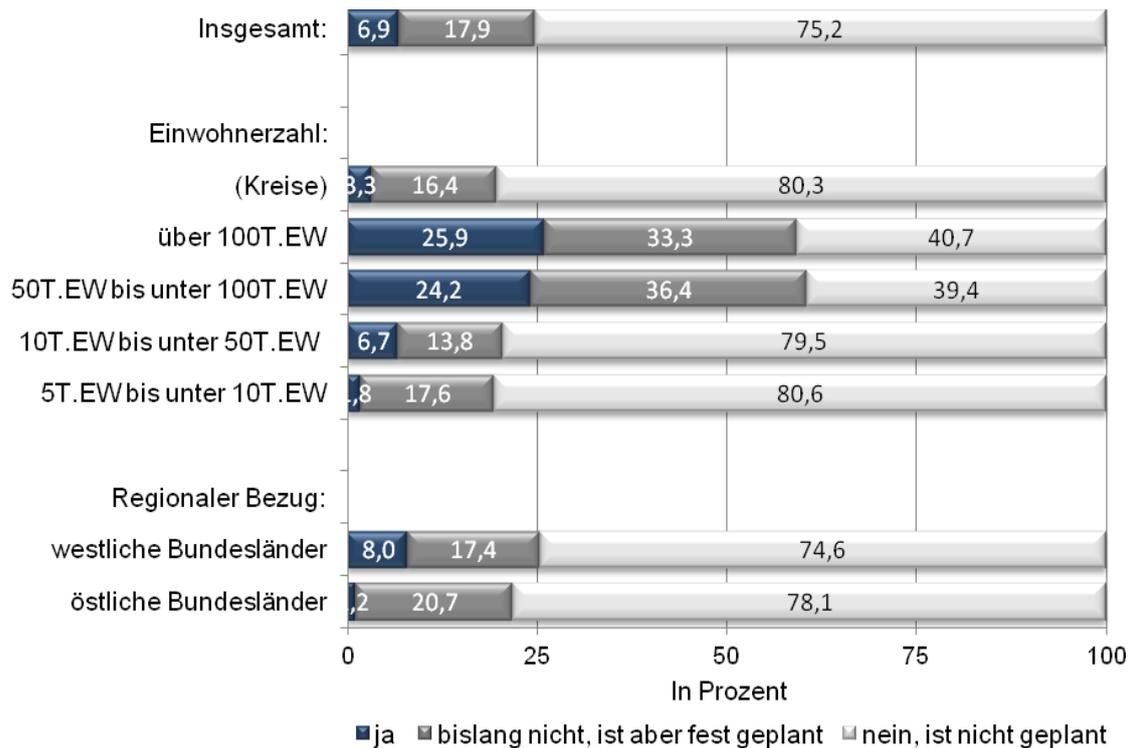
Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 20: Das Vorliegen von „Nachhaltigkeits-Checks“ für politische oder Verwaltungsentscheidungen

Frage 9: „Gibt es in Ihrer Kommune so etwas wie einen „Nachhaltigkeits-Check“ für politische oder Verwaltungsentscheidungen (d. h. werden Nachhaltigkeitskriterien bei Entscheidungsfindungen berücksichtigt)?“

Eine Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsberichten findet unter den Kommunen bislang kaum statt (Abbildung 21). Weniger als sieben Prozent der Befragten bestätigen, dass ihre Kommune bereits einen (oder mehrere) Bericht(e) dieser Art publiziert hat. Zum Beispiel haben bereits die Stadt Ludwigsburg und der Kreis Unna Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht. Rund 18 Prozent planen für die Zukunft zwar entsprechende Veröffentlichungen, eine überwiegende Mehrheit von über 75 Prozent aller teilnehmenden Kommunen sieht diese Maßnahme auf absehbare Zeit jedoch nicht vor. Deutlich zu erkennen ist, dass auch bei diesem Thema größere Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern eine weitaus aktivere Rolle einnehmen als kleinere Städte, Gemeinden oder Kreise. Keine hervorhebenswerten Unterschiede finden sich hinsichtlich der Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsberichten zwischen Kommunen aus ost- und westdeutschen Bundesländern.



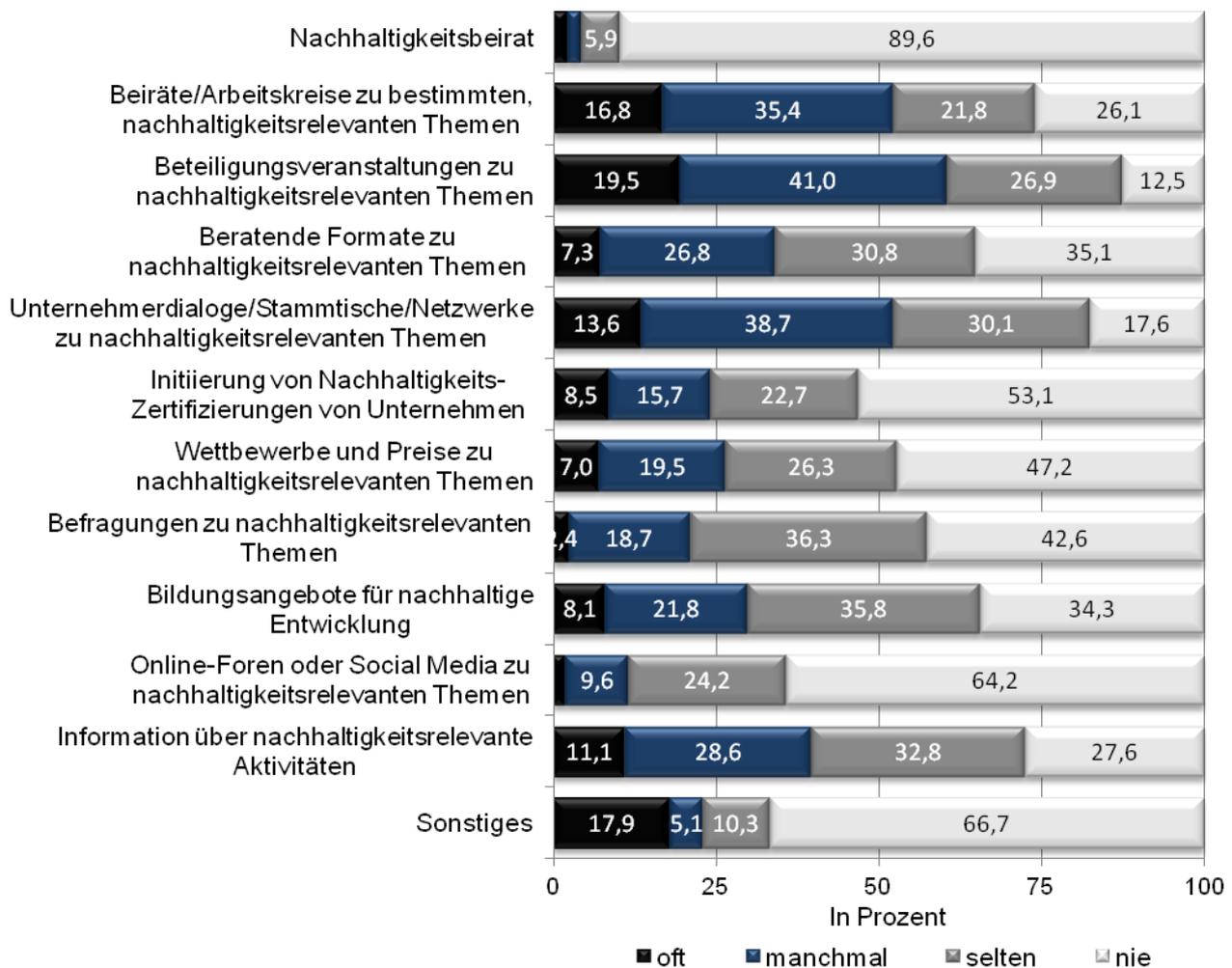
Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 21: Veröffentlichungen von Nachhaltigkeitsberichten (n=496)
Frage 10: „Hat Ihre Kommune bereits einen oder mehrere Nachhaltigkeits-Berichte veröffentlicht?“

3.2.5 Beteiligungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement

Im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung werden vonseiten der Kommunen einzelne Beteiligungsformate im Nachhaltigkeitsmanagement recht unterschiedlich genutzt (Abbildung 22). Kaum genutzt wird dabei vor allem ein „Nachhaltigkeitsbeirat“; nur rund jede zehnte Kommune gibt an, ein solches Format – zumindest „selten“ – anzuwenden. Ein Nachhaltigkeitsbeirat wurde beispielsweise in der Stadt Augsburg gebildet: Der Beirat tagt drei Mal pro Jahr und setzt sich aus Sachverständigen zusammen, die für jeweils drei Jahre vom Stadtrat berufen werden. Ebenfalls mehrheitlich unbekannt bzw. gar nicht genutzt werden bislang Beteiligungsformate wie die Initiierung von Nachhaltigkeitszertifizierungen von Unternehmen oder Onlineforen bzw. Social Media zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen. Vergleichsweise relativ häufig genutzt werden hingegen Beiräte oder Arbeitskreise sowie Beteiligungsveranstaltungen bzw. Unternehmerdialoge, Stammtische oder Netzwerke zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen. So wurden beispielsweise in der Stadt Erfurt – zu Beginn des Prozesses zur Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 – sogenannte „Bürgertische“ gebildet. In der Samtgemeinde Barnstorf wurde ein sogenanntes „Bürgerforum“ gebildet. Dieses tagt quartalsweise, bringt Themen ein, unterstützt Rat und Verwaltung und begleitet die Umsetzung des Leitbildes. Gemäß der Befragung ebenfalls zur Anwendung kommen, wenn auch eher selten, beratende Formate, Wettbewerbe und Preise sowie Befragungen zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen, Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung sowie Information über nachhaltigkeitsrelevante Aktivitäten der eigenen Kommune.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“- 2016

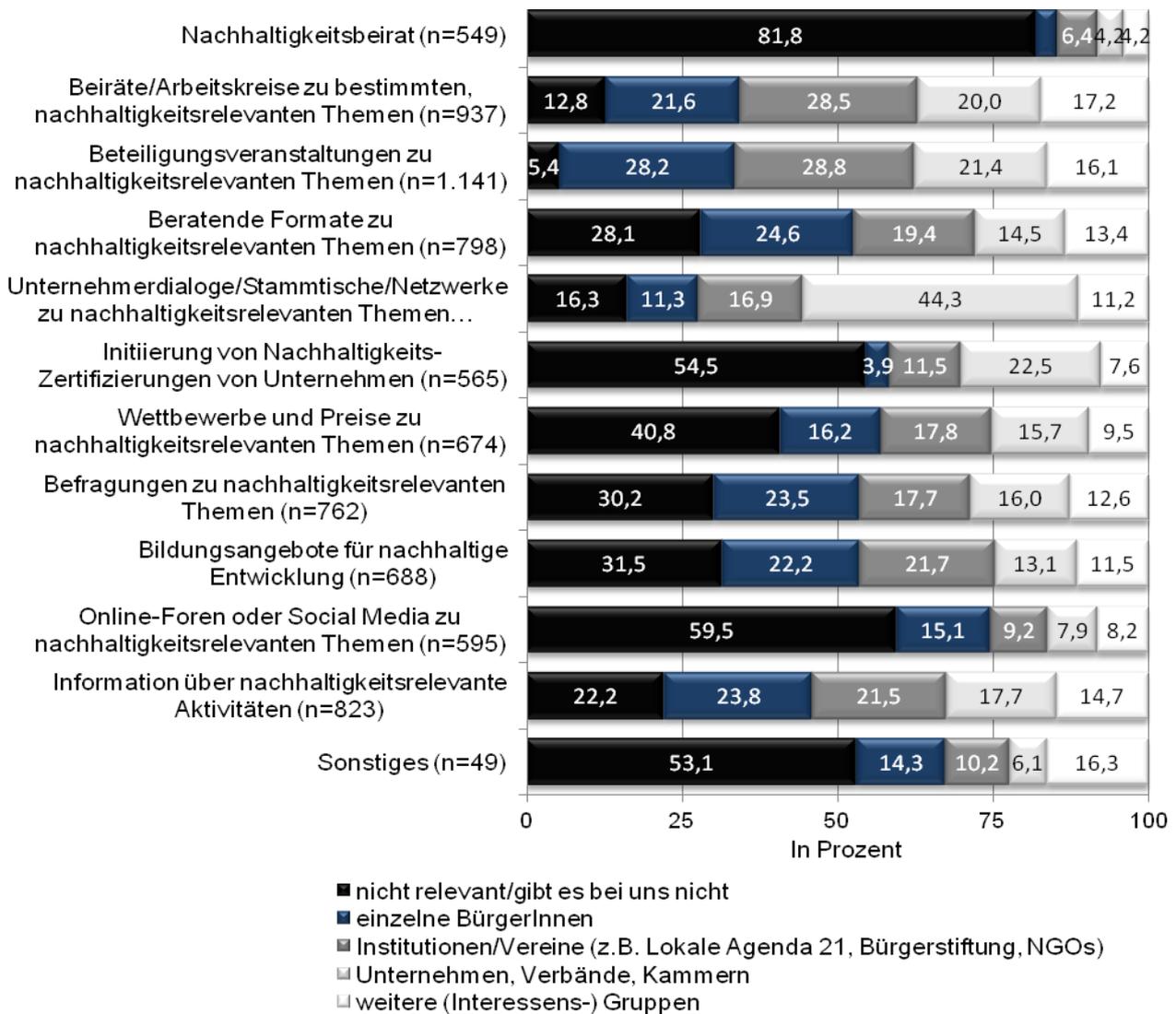
Deutsches Institut für Urbanistik 

Abb. 22: Nutzungshäufigkeit verschiedener Beteiligungsformate im Nachhaltigkeitsmanagement
Frage 11: „Wie häufig nutzt Ihre Kommune folgende Beteiligungsformate im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung?“

Die Möglichkeit, über offene Einträge „sonstige“ Beteiligungsformate zu benennen, wurde von den Befragten eher selten genutzt. Die circa 15 Einzelangaben beschreiben überwiegend unterschiedliche Sachverhalte wie die „Kooperation mit Kirchen“, die „interkommunale Zusammenarbeit“ oder auch das „Internet“.

Für nahezu alle angeführten Beteiligungsformate im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung zeichnet sich ab, dass diese bei größeren Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern häufiger zur Anwendung kommen als bei kleineren Städten, Gemeinden bzw. Kreisen. So wird beispielsweise in der Stadt Dortmund eine Vielzahl an Beteiligungsformaten angeboten: Informations- und Diskussionsplattformen, Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten sowie vielfältige Vernetzungsangebote für unterschiedliche Akteure der nachhaltigen Entwicklung. Regionale Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern sind hinsichtlich der Nutzungshäufigkeit verschiedener Beteiligungsformate nicht festzustellen.

Abbildung 23 gibt Aufschluss darüber, welche Zielgruppen in die genannten Beteiligungsformate im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung in den Kommunen einbezogen werden.

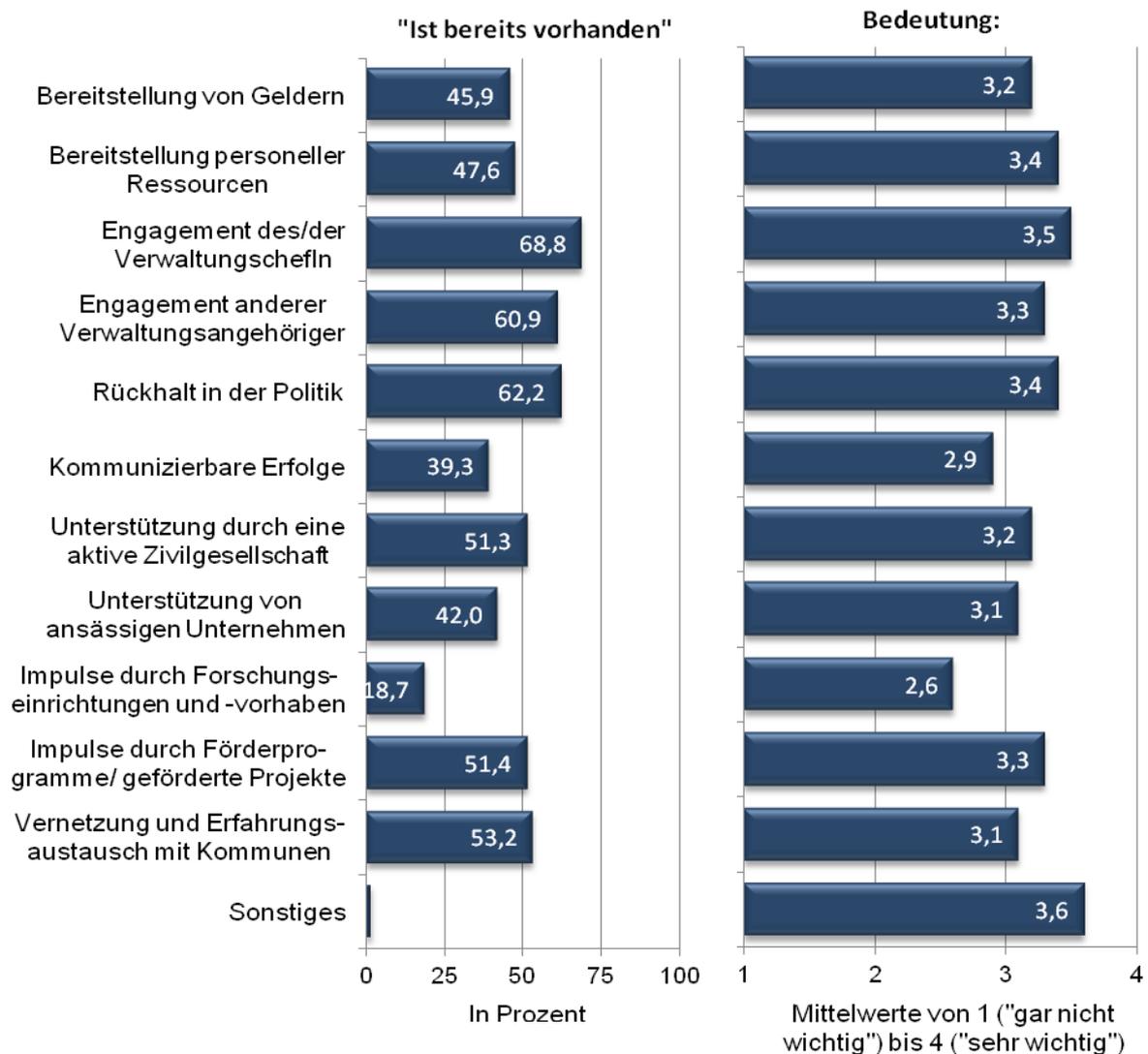


Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 23: Einbeziehung einzelner Zielgruppen in Beteiligungsformate (Mehrfachnennungen)
Frage 12: „Welche Zielgruppen werden bei diesen Beteiligungsformaten jeweils einbezogen?“

Die Mehrzahl der angeführten Beteiligungsformate ist nicht auf einzelne Zielgruppen beschränkt, sondern bezieht vielmehr eine größere Zahl kommunaler Akteure bzw. Institutionen mit ein. Zu diesen Formaten gehören beispielsweise Befragungen, beratende Formate, Beteiligungsveranstaltungen und Beiräte bzw. Arbeitskreise zu bestimmten, nachhaltigkeitsrelevanten Themen sowie Informationsmaßnahmen über nachhaltigkeitsrelevante Aktivitäten und Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung. Die Möglichkeit, in einem offenen Eintragsfeld „sonstige“ Beteiligungsformate im Nachhaltigkeitsmanagement zu ergänzen, wurde von den Befragten kaum genutzt. Unter den sieben vorliegenden Einträgen finden sich u. a. „interkommunale Arbeitsgruppen“, „AG Gesamtstrategie“, und das „Projekt Zukunftsstadt“.



Datenbasis: Difu-Umfrage „Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen“ - 2016

Deutsches Institut für Urbanistik

Abb. 24: Voraussetzungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen

Frage 13: „Im Folgenden werden mehrere Bedingungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen genannt. Sind diese Bedingungen in Ihrer Kommune bereits vorhanden/gegeben? Wie wichtig waren die entsprechenden Bedingungen für die Erreichung des bisherigen Stands im Nachhaltigkeitsmanagement?“

Zu den Voraussetzungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement, die in den Kommunen bereits besonders oft umgesetzt wurden, gehören der „Rückhalt in der Politik“ (62,2 %), das „Engagement des/der VerwaltungschefIn“ (68,8 %) sowie das „Engagement anderer Verwaltungsangehöriger“ (60,9 %) (Abbildung 24). Ebenfalls bei mehr als der Hälfte aller teilnehmenden Kommunen bereits vorhanden sind gemäß der vorliegenden Angaben die „Unterstützung durch eine aktive Zivilgesellschaft“ (51,3 %), die „Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit Kommunen“ (53,2 %) und „Impulse durch Förderprogramme/geförderte Projekte“ (51,4 %). Kaum umgesetzt oder erreicht wurden im Nachhaltigkeitsmanagement vonseiten der Kommunen hingegen bislang „Impulse durch Forschungseinrichtungen und -vorhaben“ (18,7 %), aber auch „kommunizierbare Erfolge“ (39,3 %). Nahezu alle der mehrheitlich bereits umgesetzten Bedingungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement waren aus Sicht der Befragten für die Erreichung des bisherigen Stands im Nachhaltigkeitsmanagement ihrer Kommune zugleich auch

von hoher Bedeutung. Nachdrücklich hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer hinreichenden materiellen Basis für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement, wie die „Bereitstellung personeller Ressourcen“ oder die „Bereitstellung von Geldern“.

Die Möglichkeit, in einem offenen Eintragsfeld „sonstige“ Bedingungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement in der eigenen Kommune zu nennen, wurde nur von neun Befragten wahrgenommen. Zu den vorliegenden Einträgen gehören allerdings durchaus interessante Hinweise wie „Beratung“, „Vernetzung mit Hochschulen“, „Bundesforschungsauftrag“, „interdisziplinäre Personalausstattung“, „grenzüberschreitende Aktivitäten“ und die „Präsenz in den Medien“.

3.2.6 Angaben zum Monitor Nachhaltige Kommune

Ein abschließender Fragenkomplex der Umfrage sollte die Bedeutung einzelner Funktionen des Monitors Nachhaltige Kommune aus Sicht der kommunalen Praxis ermitteln (Abbildung 25). Die Höhe der dargestellten Mittelwerte deutet dabei zunächst an, dass von den Kommunen offensichtlich keine der aufgeführten Funktionen als „unwichtig“ eingeschätzt wird. Gleichwohl lässt sich eine relative Rangordnung zwischen den Einzelfunktionen identifizieren.

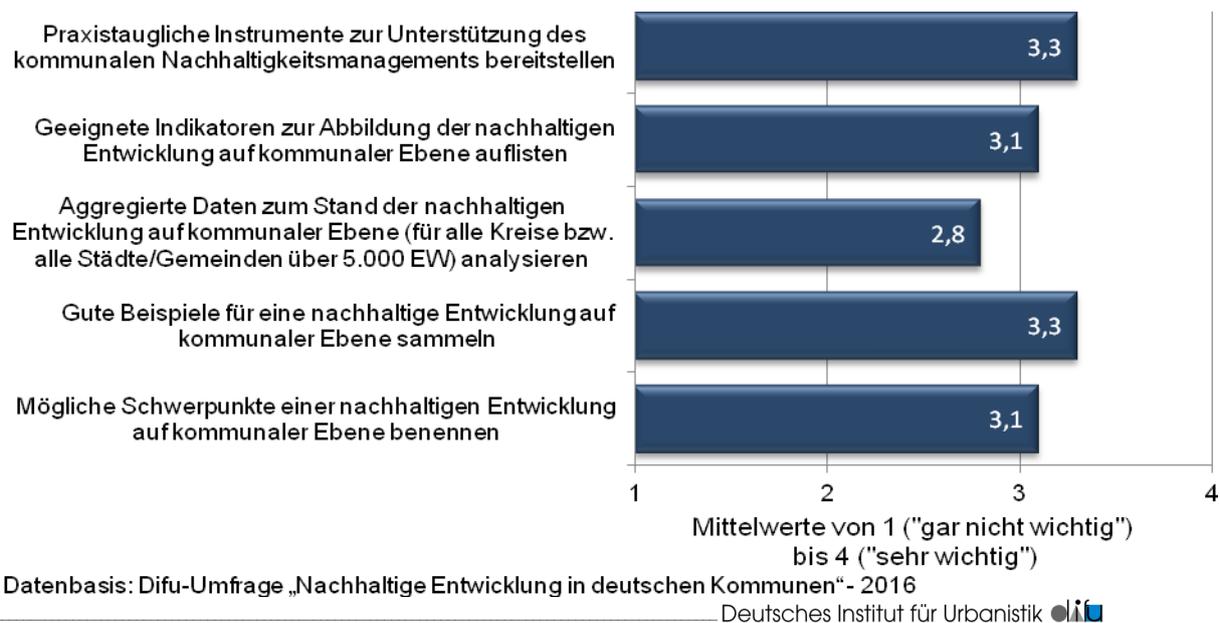


Abb. 25: Bedeutung einzelner Funktionen des Monitors Nachhaltige Kommune (n=490)
Frage 14: „Im Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ sollen Informationen und Instrumente zur nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene verfügbar gemacht werden. Wie wichtig wären für Sie die folgenden Funktionen des Monitors?“

Zu den vergleichsweise wichtigsten Funktionen, die mit dem Monitor Nachhaltige Kommune verbunden werden, gehören insbesondere die Bereitstellung „praxistauglicher Instrumente zur Unterstützung des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements“ sowie „gute Beispiele für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene sammeln“ (Mittelwert jeweils: 3,3). Von hoher funktionaler Bedeutung sind weiterhin „geeignete Indikatoren zur Abbildung der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene auflisten“ und „mögliche Schwerpunkte einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene benennen“ (Mittelwert jeweils: 3.1). Als etwas weniger wichtig wird hingegen die Analyse „aggregierter Daten zum Stand der nachhaltigen Entwicklung auf kom-

municipaler Ebene (für alle Kreise bzw. alle Städte/Gemeinden über 5.000 Einwohner)“ wahrgenommen (Mittelwert: 2,8).

Die besondere Bedeutung der Funktion „praxistauglicher Instrumente zur Unterstützung des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements bereitstellen“ wird vor allem von größeren Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern sowie von Kreisen betont. Das Auflisten „geeigneter Indikatoren zur Abbildung der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene“ gilt vor allem unter Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern als „sehr wichtig“. Weitere Unterschiede zwischen kommunalen bzw. regionalen Teilgruppen liegen in diesem Zusammenhang nicht vor.

4 Indikatorenentwicklung

4.1 Entwicklungsmethode

4.1.1 Auswertung ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte

Um einen möglichst anschlussfähigen und vor allem bedarfsorientierten Indikatorenkatalog für den Monitor zu entwickeln, wurden zunächst ausgewählte Nachhaltigkeitsberichte auf häufig vorkommende („typische“) Indikatoren, Ziele und Themen untersucht. Ausgewählt wurden dabei nicht nur Nachhaltigkeitsberichte auf der kommunalen Ebene, sondern auch auf den Ebenen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union. Hierdurch wurde die grundsätzliche Bedeutung übergeordneter Nachhaltigkeitsprozesse für die Kommunen von Beginn an mitberücksichtigt.

Auf kommunaler Ebene wurden die Nachhaltigkeitsberichte analysiert, die von den Städten herausgegeben worden sind, die sich im Dialog „Nachhaltige Stadt“ des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) engagieren. Da kleinere Städte oder Gemeinden im sogenannten „OB-Dialog“ des RNE unterrepräsentiert sind, wurden des Weiteren zwei Berichte kleinerer Kommunen für die Analyse ausgewählt. Hinzu kommen die Berichte von zwei Landkreisen. Auf Ebene der Länder wurden alle verfügbaren Nachhaltigkeitsberichte untersucht. Schließlich wurden auch der Fortschritts- und der Indikatorenbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Monitoringbericht zur europäischen Nachhaltigkeitsstrategie in die Untersuchung einbezogen.

Eine Übersicht aller ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte (jeweils in der aktuellsten Fassung, die Mitte 2015 – zu Beginn des Projektes – verfügbar waren), ist der Tabelle 3 zu entnehmen.

Europäische Union	Monitoringbericht zur europäischen Nachhaltigkeitsstrategie
Bundesrepublik Deutschland	Fortschritts- und Indikatorenbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
Städte im Dialog „Nachhaltige Stadt“	<ul style="list-style-type: none"> – Augsburg – Bonn – Freiburg i. Brsg. – Friedrichshafen – Heidelberg – Konstanz – Leipzig – Ludwigsburg – München – Münster – Nürnberg – Tübingen – Wernigerode
Sonstige Städte/Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> – Groß-Umstadt – Pfaffenhofen a. d. I.
Landkreise	<ul style="list-style-type: none"> – Landkreis Harz – Kreis Unna

Tab. 3: Auswahl der ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte (Quelle: eigene Darstellung)

Im Rahmen der Auswertung zeigte sich bald, dass sich viele Nachhaltigkeitsberichte auch bei einem sehr ähnlichen Verständnis von nachhaltiger Entwicklung in Struktur und Aufbau deutlich

unterschieden. Im Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2012 (Bundesregierung, Presse- und Informationsamt 2012) werden z. B. vier Oberkategorien („Generationengerechtigkeit“, „Lebensqualität“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Internationale Zusammenarbeit“) unterschieden, denen insgesamt 21 „Indikatorenbereiche“ (z. B. „Beschäftigung“ oder „Perspektiven für Familien“) zugeordnet sind. Jeder „Indikatorenbereich“ umfasst wiederum einen oder mehrere Indikatoren zur Messung des jeweiligen Sachverhalts. Im Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg 2014 (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg 2014) besteht die Struktur dagegen lediglich aus der Zuordnung von Indikatoren zu einer von drei großen Nachhaltigkeitsdimensionen, nämlich „ökologische Tragfähigkeit“, „Teilhabe und gutes Leben“ sowie „Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren“. Die beiden Beispiele verdeutlichen, dass die Gliederungsebenen neben unterschiedlichen Kategorien und Begrifflichkeiten auch ein unterschiedliches Abstraktionsniveau aufweisen und dahingehend kaum vergleichbar sind. Um die (wesentlichen) Themenfelder nachhaltiger Kommunalentwicklung zu identifizieren, haben wir die Nachhaltigkeitsberichte systematisch auf Ebene der Indikatoren gegenübergestellt, da diese am ehesten miteinander vergleichbar sind, und die Indikatoren dann schrittweise verschiedenen Themen zugeordnet. Insgesamt bedingte der Fokus auf die Indikatorenebene, dass nur Quellen mit quantifizierbaren Indikatoren zur Messung nachhaltiger Entwicklung oder zumindest mit konkreten und messbaren Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie einbezogen wurden. Außerdem wurden nur Kommunen berücksichtigt, die über eine integrierte Nachhaltigkeitsberichterstattung verfügen, während Berichte zu einzelnen Bereichen (z. B. Umweltberichte) unberücksichtigt blieben.

4.1.2 Berücksichtigung übergeordneter Quellen

In Ergänzung zu Indikatorenkatalogen, die in einzelnen Nachhaltigkeitsberichten verwendet werden, wurden auch übergeordnete Quellen untersucht. Hierbei handelt es sich um Studien bzw. Berichte von Projekten, Wettbewerben oder Forschungsprogrammen, die sich mit nachhaltiger Entwicklung in kommunenübergreifender Weise auseinandergesetzt und in der öffentlichen bzw. fachlichen Diskussion eine besondere Bedeutung erlangt haben. Bei der Auswahl der übergeordneten Quellen wurden sowohl nationale als auch internationale Dokumente berücksichtigt.

Die ergänzend untersuchten, übergeordneten Quellen beinhalten zum Teil Indikatorenkataloge und zum Teil Strategien, Szenarien oder Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung.

Der Tabelle 4 kann eine Übersicht der übergeordneten Quellen entnommen werden.

Indikatorenkataloge	<ul style="list-style-type: none"> – „Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit“ (Agenda-Transfer 2003) – Indikatoren-Set des Projektes „Städte der Zukunft“ des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Fuhrich 2004) – Indikatoren-Set des Projektes „Zukunftsfähige Kommune“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH) (Deutsche Umwelthilfe e. V. 2004) – „Indicators for city services and quality of life“/ISO-Norm 37120 (IOS 2014) – Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) (Diefenbacher et al., 2015)
---------------------	--

Strategien, Szenarien oder Eckpunkte	<ul style="list-style-type: none"> – „Charta von Aalborg“ (1994) und „Leipzig Charta“ (2007) – Projekt „Szenarien für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) (Grabow und Uttke 2010) – „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“ des sog. OB-Dialogs (Bausewein et al. 2015) – „2030 Agenda for Sustainable Development“ der Vereinten Nationen (United Nations 2015) – „ICLEI's 10 Urban Agendas“ (ICLEI 2015)
--------------------------------------	--

Tab. 4: Auswahl der ausgewerteten, übergeordneten Quellen (Quelle: eigene Darstellung)

4.1.3 Entwicklung des Indikatorenkatalogs

Nach der Auswertung ausgewählter Nachhaltigkeitsberichte sowie der Berücksichtigung übergeordneter Quellen wurde die erste Fassung des Indikatorenkatalogs für den Monitor entwickelt. Im Vordergrund stand dabei zunächst die inhaltliche Strukturierung der gesammelten Indikatoren nach fachlichen Zielen, Themen und Dimensionen. Die Indikatoren wurden primär nach fachlichen Gesichtspunkten sortiert, da es sich hierbei um das zumindest derzeit noch am häufigsten verwendete Gliederungskriterium für Nachhaltigkeitsindikatoren handelt.

Im Ergebnis wurden aus dem Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit vier fachliche Dimensionen abgeleitet: „Ökonomie“, „Ökologie“, „Soziales“ und „Governance“. Den Dimensionen wurden Themen, den Themen Ziele und den Zielen Indikatoren zugeordnet. Bei den Themen handelt es sich um Handlungsfelder, die so oder ähnlich formuliert auch in einer Vielzahl an Nachhaltigkeitsberichten bzw. übergeordneten Quellen zu finden sind. Die Ziele sind normativ formuliert und geben i. d. R. eine aus Nachhaltigkeitssicht wünschenswerte Entwicklungsrichtung an. Bei den Indikatoren handelt es sich um Kennzahlen, die sich aus einzelnen Grundzahlen zusammensetzen. Sowohl die Indikatoren, als auch die Ziele und Themen sind lediglich als beispielhaft zu betrachten. Je nach den kommunalen Rahmenbedingungen oder Schwerpunkten kann eine bestimmte Auswahl und können andere Themen, Ziele oder Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung relevant sein.

Eine Übersicht der den vier o. g. Dimensionen zugeordneten Themen ist der Tabelle 5 zu entnehmen.

Ökonomie	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeit und Beschäftigung – Wirtschaftsstruktur
Ökologie	<ul style="list-style-type: none"> – Klima und Energie – Mobilität – Naturschutz und Ressourceneinsatz
Soziales	<ul style="list-style-type: none"> – Armut – Wohnen und Wohnumfeld – Gesundheit und Pflege – Sicherheit – Bildung – Kultur
Governance	<ul style="list-style-type: none"> – Verwaltung und Ratsarbeit – Haushaltsführung

	<ul style="list-style-type: none"> – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement – Eine-Welt-Engagement
--	--

Tab. 5: Übersicht der Dimensionen und Themen des Indikatorenkatalogs

Bei den Dimensionen wurde das klassische Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung – bestehend aus „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“ – um die Dimension „Governance“ ergänzt, sodass die für Politik und Verwaltung – als Hauptzielgruppen des Monitors Nachhaltige Kommune – besonders relevanten Aspekte in einem Bereich gebündelt werden konnten. Auf eine zusätzliche Dimension „Kultur“, wie sie z. T. Verwendung findet, wurde verzichtet, da kulturelle Aspekte auch anderen Dimensionen, insbesondere „Soziales“ und „Governance“, zugeordnet werden konnten und hierfür auch kaum messbare und flächendeckend verfügbare Indikatoren zu finden waren.

Sowohl die Dimensionen als auch die Themen des Indikatorenkatalogs wurden bewusst „wertfrei“ bezeichnet, d. h. ohne Zielbestimmung bzw. normative Vorgabe eines wünschenswerten Zustandes (z. B. „Soziale Gerechtigkeit gewährleisten“ für die Dimension „Soziales“ oder „Chancengerechte Bildung sicherstellen“ für das Thema „Bildung“). Erst unterhalb der Themenebene wurden beispielhafte Ziele in Form von typischen, d. h. häufig vorkommenden Nachhaltigkeitszielen benannt (z. B. „Frühkindliche Bildung fördern“, „Bildungserfolge ermöglichen“ oder „Bildungszugänge verbessern“ im Rahmen des Themas „Bildung“). Durch dieses abgestufte Vorgehen soll dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung angemessen Rechnung getragen und dem Ergebnis partizipativer Nachhaltigkeitsprozesse vor Ort nicht vorgegriffen werden.

4.1.4 Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs

Zur Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs wurde zunächst aus fachlicher Sicht geprüft, ob und – wenn ja – inwieweit die aus Nachhaltigkeitsberichten und übergeordneten Quellen gesammelten Indikatoren geeignet sind, die nachhaltige Entwicklung bei den einzelnen Themen auf kommunaler Ebene angemessen abzubilden. Gegebenenfalls wurden die themenspezifischen Indikatoren geändert oder ergänzt. In diesem Zusammenhang wurde auch geprüft, welche der gesammelten Indikatoren bereits in derselben oder in ähnlicher Form über die Plattform Wegweiser Kommune (www.wegweiser-kommune.de) bereitgestellt werden. Gegebenenfalls erfolgte eine Anpassung der Indikatorendefinitionen an die Modalitäten im Wegweiser Kommune.

Im Zuge der Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs wurden die fachbezogenen Ziele – nach Möglichkeit – einem oder ggf. mehreren Sustainable Development Goals (SDG) sowie einem oder ggf. mehreren Produktbereichen bzw. der sogenannten „Fachebene“ im Rahmen des Integrierten Produktrahmens (IPR) zugeordnet. Darüber hinaus wurden die einzelnen Indikatoren daraufhin überprüft, ob sie – u. U. in differenzierter Form – für die Abbildung zielgruppenspezifischer Querschnittsthemen geeignet sind. Schließlich wurde geprüft, ob die einzelnen Indikatoren dazu verwendet werden können, die Entwicklung übergreifender Nachhaltigkeitsagenden abzubilden.

Der Tabelle 6 kann eine Übersicht der weiteren Perspektiven zur Gliederung der Indikatoren entnommen werden.

Sustainable Development Goals	<ul style="list-style-type: none"> – Keine Armut – Keine Hungersnot – Gesundheit und Wohlbefinden – Hochwertige Bildung
-------------------------------	---

	<ul style="list-style-type: none"> – Gleichberechtigung der Geschlechter – Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen – Bezahlbare und saubere Energie – Menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum – Industrie, Innovation und Infrastruktur – Reduzierte Ungleichheiten – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Verantwortungsvoller Konsum & Produktion – Maßnahmen zum Klimaschutz – Leben unter Wasser – Leben an Land – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Partnerschaften, um die Ziele zu erreichen
Produktbereiche	<ul style="list-style-type: none"> – Übergeordnete staatliche Aufgaben – Öffentliche Sicherheit und Ordnung – Justiz – Bildung, Wissenschaft und Kultur – Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehr – Soziale Sicherung, Familie und Jugend – Gesundheit, Verbraucherschutz, Sport und Erholung – Umwelt und Natur – Wirtschaft und Arbeit – Finanzwirtschaft
Querschnittsthemen	<ul style="list-style-type: none"> – Kinder- und Jugendgerechtigkeit – Altersgerechtigkeit – Geschlechtergerechtigkeit – Ausländer-/Migrantengerechtigkeit – Behindertengerechtigkeit
Nachhaltigkeitsagenden	<ul style="list-style-type: none"> – Inklusiv Kommune – Familiengerechte Kommune – Umweltgerechte Kommune – Resiliente Kommune – Sharing-Kommune – Smarte Kommune – Faire Kommune

Tab. 6: Übersicht der weiteren Perspektiven des Indikatorenkatalogs (Quelle: eigene Darstellung)

Für die Zuordnung der fachbezogenen Ziele zu Produktbereichen wurde der Integrierte Produktrahmen (IPR) nach §§ 10 Abs. 2 Satz 5 und 11 Abs. 3 i. V. m. § 49a HGrG (Haushaltsgrundsätze-gesetz) herangezogen. Durch den IPR wird der bisherige Bund-Länder-Produktrahmen mit dem kommunalen Produktrahmen, der im Jahr 2004 von der Innenministerkonferenz verabschiedet worden ist, inhaltlich zusammengeführt. Mit dem IPR wird eine ebenenübergreifende Systematik für die Gliederung nach Produktstrukturen definiert und die Koordination und Kooperation der einzelnen Ebenen unterstützt. In ähnlicher Weise wird durch die SDG eine ebenenübergreifende Systematik für die Gliederung von Nachhaltigkeitszielen definiert und ebenfalls die Koordination und Kooperation der einzelnen Ebenen unterstützt.

Die Gliederung der Querschnittsthemen sowie der Nachhaltigkeitsagenden orientiert sich an entsprechenden Schwerpunkten kommunaler Nachhaltigkeitsberichte bzw. -strategien. Bei den o. g.

Querschnittsthemen bzw. Nachhaltigkeitsagenden handelt es sich um beispielhafte, nicht abschließende Auflistungen.

4.1.5 Identifikation von Kernindikatoren

Die Auswahl der Kernindikatoren wurde anhand von fünf Kriterien durchgeführt, wobei für jedes Kriterium ein „Mindeststandard“ gegeben ist. Grundsätzlich müssen alle Mindeststandards erfüllt sein, damit ein Indikator als Kernindikator bezeichnet werden kann. Die Erläuterung der Kriterien sowie die jeweiligen Mindeststandards für Kernindikatoren können der Tabelle 7 entnommen werden:

Kriterium	Erläuterung	Mindeststandard
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator hat Bezüge zu den definierten Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung.	xx (trifft mit Einschränkungen zu)
Validität	Der Indikator bildet das formulierte Ziel bzw. die gewünschte nachhaltige Entwicklung ab.	xx (trifft mit Einschränkungen zu)
Datenqualität	Die Daten für den Indikator sind vollständig, verlässlich, repräsentativ, nicht verzerrt etc.	xx (trifft mit Einschränkungen zu)
Datenverfügbarkeit	Die Daten für den Indikator sind gut zentral und ohne größeren Aufwand zu beschaffen bzw. zu bearbeiten.	xxx (trifft voll zu)
Funktion	Der Indikator ist ein Input-Indikator (IP), ein Output-Indikator (OP) oder ein Outcome- bzw. Impact-Indikator (OC).	OP (mindestens Output-, kein Input-Indikator)

Tab. 7: Übersicht der Kriterien und Mindeststandards für Kernindikatoren (Quelle: eigene Darstellung)

Bei Input-Indikatoren (IP) handelt es sich um Indikatoren, die eine Aussage über den Einsatz personeller, finanzieller oder sächlicher Ressourcen ermöglichen. Output-Indikatoren (OP) beziehen sich auf die Ergebnisse oder Produkte, die mithilfe der Inputs erstellt werden. Mit Outcome-Indikatoren (OC) werden die direkten Wirkungen bei den Zielgruppen der Outputs gemessen. Impact-Indikatoren (IC) setzen bei den indirekten Wirkungen an, die auf (gesamt-)gesellschaftlicher Ebene angesiedelt sind.

Die Mindeststandards für Kernindikatoren entsprechen i. d. R. dem mittleren Wert auf der dreigliedrigen Bewertungsskala (ein, zwei oder drei Kreuze bzw. IP, OP oder OC beim Kriterium „Funktion“).

Beim Kriterium „Datenverfügbarkeit“ wurden drei Kreuze als Mindeststandard angesetzt, da eine gute Verfügbarkeit der Daten als Grundvoraussetzung für die Nutzung des Indikators im Rahmen des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements betrachtet werden kann. Die Bewertung „xxx“ wurde für alle Indikatoren, deren Daten mindestens für einen Kommunaltyp (z. B. Kreise) und für einen Großteil der Länder (ohne Stadtstaaten, d. h. für sieben oder mehr Flächenländer) aus zentralen Quellen (z. B. bei den Statistischen Landesämtern) erhältlich sind, vergeben. Sofern die Daten für einen Indikator i. d. R. weder innerhalb noch außerhalb der Kommunalverwaltung vorliegen, wurde die Verfügbarkeit dieser Daten mit „x“ bewertet. In allen anderen Fällen (dezentrale, verwaltungsinterne oder -externe Datenverfügbarkeit, jeweils an einer oder mehreren Stellen) wurde die Bewertung „xx“ vergeben.

Die Indikatoren, bei denen die Verfügbarkeit der Daten mit einem oder zwei Kreuzen bewertet wird, wurden – sofern alle anderen Mindeststandards für Kernindikatoren erfüllt sind – als „perspektivische Kernindikatoren“ bezeichnet. Wenn die Verfügbarkeit der Daten mit nur einem Kreuz bewertet wurde, konnte die Datenqualität i. d. R. nicht realistisch eingeschätzt werden; in diesen Fällen wurde daher die Bewertung „x-xxx“ vergeben.

Im Ergebnis der Diskussion – insbesondere in den Projektgremien, aber auch im Projektteam aus Vertretern des Deutschen Instituts für Urbanistik und der Bertelsmann Stiftung – wurden aus 125 gesammelten Indikatoren 37 Kernindikatoren und 57 perspektivische Kernindikatoren identifiziert.

In der Abbildung 26 wird dargestellt, wie viele (perspektivische) Kernindikatoren bisher für die einzelnen Themen bzw. Dimensionen identifiziert werden konnten.

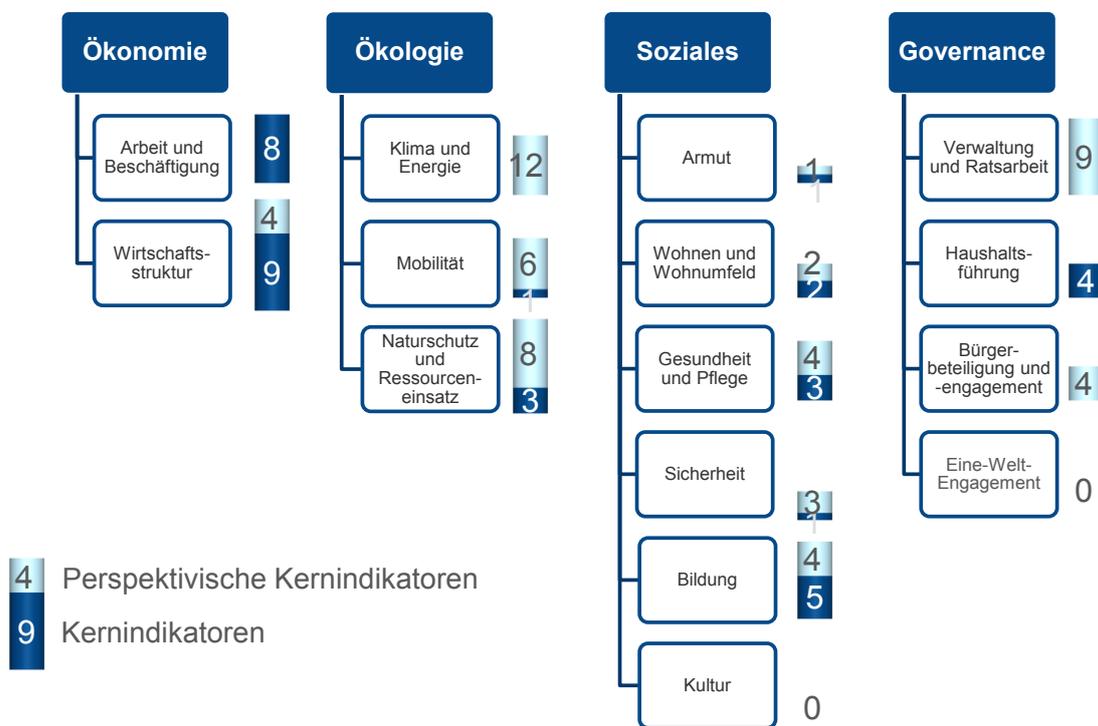


Abb. 26: (Perspektivische) Kernindikatoren nach Dimensionen und Themen (Quelle: eigene Darstellung)

4.1.6 Erhebung der Kernindikatoren

Zur Erhebung der Kernindikatoren, d. h. die Sammlung und Aufbereitung der Daten aus amtlichen Statistiken und anderen Datenquellen, waren die wichtigsten Kriterien die Datenqualität und der Datenverfügbarkeit, welche frühzeitig als Bewertungsgrundlage des Indikatorenkatalogs recherchiert und grob eingeschätzt wurden, vorbehaltlich der tatsächlichen späteren Erhebung. Erst bei der Erhebung der Daten konnten diese jedoch final bestimmt werden. In einigen Fällen musste ein Indikator nach intensiver Recherche und Gespräche mit Experten aufgrund von unzureichender Datenlage oder unzulänglichen Datenformaten von einem Kernindikator zu einem perspektivischen

Kernindikator „heruntergestuft“ werden. In anderen Fällen musste die Berechnung eines Indikators präzisiert oder aufgrund fehlender Datenverfügbarkeit seine Bezugsgröße verändert werden.⁴

Die flächendeckende Datenverfügbarkeit der zuvor definierten Indikatoren beschränkte den Rückgriff auf zentrale statistische Institutionen, welche die Daten für Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner sowie alle Landkreise in Deutschland liefern konnten. Als Datenquellen wurden schließlich genutzt (siehe auch Tabelle 8): Der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung, die GENESIS-Datenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik), der Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), das EMAS-Register⁵ der Deutschen Industrie und Handelskammer (DIHK), die INKAR-Datenbank des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Daten des Instituts für Ressourcenmanagement der Universität Gießen und der Zentrale Statistik-Service der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Der Hauptanteil der Indikatoren speiste sich aus dem Wegweiser Kommune sowie der Regionalstatistik. Beide stellen Daten bereit, die sich wiederum im Wesentlichen auf die Bundesagentur für Arbeit oder die Statistischen Landesämter als ursprüngliche Quellen beziehen. Die Daten des Wegweisers Kommune wurden projektintern zur Verfügung gestellt, die Daten der Regionalstatistik konnten ohne Einschränkungen nach einer Nutzer-Registrierung abgerufen und verarbeitet werden. Da die Daten des Wegweisers Kommune im Jahr 2006 beginnen und einige Daten nicht aktueller als 2014 abrufbar waren, haben wir den Zeitraum 2006 bis 2014 als Erhebungszeitraum festgelegt.

Ein Teil der Datensätze konnte nur auf der Ebene der Kreise ermittelt werden, da sie zum Zeitpunkt der Erhebung nur auf dieser Ebene verfügbar waren oder kleinräumigere Daten der statistischen Geheimhaltung unterlagen. Tabelle 8 zeigt die erhobenen Kernindikatoren, die Datenquellen, die vorhandenen räumlichen Ebenen, die im Rahmen von Sonderauswertungen perspektivisch möglichen räumlichen Ebenen sowie die im Erhebungszeitraum verfügbaren Jahre.

Nr.	Indikatoren	Quellen	Vorhandene Ebenen	Mögliche Ebenen	Zeitraum
1	Arbeitslosenquote	BA (Wegweiser Kommune)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2008–2014
2	Langzeitarbeitslosigkeit	Bundesagentur für Arbeit	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2007–2014
5	Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“)	BA, ZEFIR, Bertelsmann (Wegweiser Kommune)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2007–2014
7	Auszubildende	Bundesagentur für Arbeit	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2007–2014
8	Ausbildungsplätze	Bundesagentur für Arbeit	Kreise	Kreise	2009–2015
9	Ausbildungsbetriebsquote	Bundesagentur für Arbeit	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2007–2014
13	Breitbandversorgung	BMVI, TÜV (Bertelsmann Stiftung)	Kreise	Kreise	2015
16	Beschäftigung im Forschungsbereich	Bundesagentur für Arbeit	Kreise	Kreise	2008–2014

⁴ Aus diesen Gründen kann es zu leichten Abweichungen zwischen den Indikatoren des Monitors Nachhaltige Kommune und den in den Indikatoren-Datenblättern unter „Herkunft“ zitierter Referenzen kommen.

⁵ Eco-Management and Audit Scheme.

17	Hochqualifizierte	Anteil der SvB ⁶ mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort an allen SvB am Arbeitsort	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2006–2014
19	Existenzgründung	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Kreise	Gemeinden, Kreise	2006–2014
21	Bruttoinlandsprodukt	VGR der Länder (Regionalstatistik)	Kreise	Kreise	2006–2013
23	EMAS-zertifizierte Unternehmen	EMAS-Register DIHK	PLZ	Gemeinden, Kreise	2016
24	Flächenbedarf von Arbeitsplätzen	BA, Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Kreise	Kreise	2008–2014
26	Stickstoffüberschuss	Uni Gießen	Kreise	Kreise	2003–2014
39	Motorisierungsgrad	Kraffahrt-Bundesamt (Regionalstatistik)	Kreise	Gemeinden, Kreise	2006–2015
50	Flächenverbrauch	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2008–2014
51	Intensität der Flächennutzung	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2008–2014
56	Trinkwasserverbrauch	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Kreise	Kreise	2006–2013
63	Kommunaler Wohnungsbau	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Gemeinden	Gemeinden, Kreise	2008–2014
66	Naherholungsflächen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2008–2014
73	Vorzeitige Sterblichkeit	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Kreise	Gemeinden, Kreise	2006–2014
74	Lebenserwartung	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (INKAR BBSR)	Kreise	Kreise	2006–2012
75	Plätze in Pflegeheimen	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, ZEFIR ⁷ , Bertelsmann (Wegweiser Kommune)	Kreise	Kreise	2006–2014
83	Verunglückte im Verkehr	Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2008–2014
86	Schulabbrecherquote	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann (Wegweiser Kommune)	Kreise	Kreise	2006–2014
87	Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann (Wegweiser Kommune)	Kreise	Kreise	2006–2014
91	Exklusionsquote	Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann (Wegweiser Kommune)	Kreise	Kreise	2006–2014
112	Schuldendeckungsquote	Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, BSt (Wegweiser Kommune)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2006–2013
114	Bruttoinvestitionen	Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, BSt (Wegweiser Kommune)	Gemeinden, Kreise	Gemeinden, Kreise	2006–2013

Tab. 8: Übersicht zur Datenlage der erhobenen Kernindikatoren (Quelle: eigene Darstellung)

Bei sieben Kernindikatoren wurde eine Sonderauswertung in Betracht gezogen, da die Daten nicht bei den genannten zentralen Datenquellen verfügbar sind oder dort nur auf Kreisebene abgefragt werden können. Eine Datenlieferung zu vier Kernindikatoren des Themenfeldes „Arbeit und Beschäftigung“ (Ausbildungsbetriebsquote, Ausbildungsplätze, Beschäftigung im Forschungsbereich

⁶ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

⁷ „Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung“, ein Institut an der Ruhr-Universität Bochum.

und Langzeitarbeitslosigkeit auf Gemeindeebene) wurde letztlich bei der Bundesagentur für Arbeit in Auftrag gegeben. Für zwei weitere Indikatoren (Existenzgründung und vorzeitige Sterblichkeit auf Gemeindeebene) wurde eine Sonderauswertung über die Forschungsdatenzentren bzw. eine koordinierte Abfrage der Daten bei den Statistischen Landesämtern durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg angefragt, diese jedoch einem Anschlussprojekt vorbehalten. Dasselbe gilt für eine kleinräumigere Ermittlung des Motorisierungsgrads beim Kraffahrt-Bundesamt.

Alle Indikatoren wurden durch umfangreiche Recherchen auf weitere Datenquellen unter Berücksichtigung der genannten Qualitätskriterien überprüft. Der Breitbandatlas des BMVI und das EMAS-Register der DIHK (Indikatoren Breitbandverfügbarkeit bzw. EMAS-Zertifizierungen) stellen beispielsweise Sekundärquellen dar, die einzelne, kleinräumig verfügbare Daten zentral zusammenfassen und online bereitstellen. Hier ergab sich ein höherer Bearbeitungsaufwand bei der Indikatorenerhebung, da die Daten nur als Onlinesuchmaske ohne Einsicht der dahinterstehenden Datenbank verfügbar wurden. Ansonsten musste aus Zeitgründen auf aufwendigere Methoden der Datengewinnung, wie etwa Web-Scraping, verzichtet werden, es bieten sich hier aber Möglichkeiten für ein Anschlussprojekt, beispielsweise zur hausärztlichen Versorgung (Daten zu Hausärzten liegen bei allen Kassenärztlichen Vereinigungen der Bundesländer vor). Darüber hinaus wurden verschiedene länderübergreifende Forschungsprojekte, wie etwa der KECK-Atlas der Bertelsmann Stiftung oder der Mikrozensus, als potenzielle Datenquellen überprüft. Da die Datenbasis in diesen Fällen nicht für eine bundesweite Analyse der Indikatoren unter den gesetzten Mindestkriterien ausreichte, konnten daraus keine Daten ermittelt werden.

Nach der Erhebung der Kernindikatoren aus unterschiedlichen Quellen wurden diese aufbereitet und in ein einheitliches Datenformat gebracht. Dabei wurden soweit möglich sowohl die zur Berechnung des Indikators notwendigen Rohdaten (z. B. Anzahl der Pkw), verschiedene zeitliche und räumliche Bezugsdaten und Strukturmerkmale (z. B. Einwohnerzahlen aller erhobenen Jahre) sowie der relativierte Zielindikator (z. B. Motorisierungsgrad) erfasst. Herausfordernd war vor allem die Integration der Datensätze auf Basis des Amtlichen Gemeindegrenzen (AGS), der nicht immer identisch formatiert ist (beispielsweise werden Kreise und kreisfreie Städte teils vier- bis fünfstellig, teils acht- bis neunstellig beziffert, und dies nicht in einheitlicher Weise). Zudem werden teils unterschiedliche Kennziffern für Länder- und Bundesmittelwerte verwendet und Gemeindezusammenlegungen und Gemeindegebietsänderungen sind schwer zu berücksichtigen. Teils sind Daten erst ab 2007 zu einem einheitlichen Gebietsstand verfügbar. Die erhobenen Indikatoren, zugehörigen Rohdaten und Strukturmerkmale wurden schließlich in einem SPSS-Datensatz zusammengeführt.

4.2 Indikatoren nach Themen

4.2.1 Arbeit und Beschäftigung

Der Arbeitsplatz dient der Sicherung des Lebensunterhaltes und hat starken Einfluss auf den „Platz in der Gesellschaft“, d. h. die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe sowie zur Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung. Speziell Langzeitarbeitslosigkeit hat neben finanziellen häufig auch psychosoziale und gesundheitliche Folgen. Für die Kommune nimmt die Beschäftigungssituation u. a. Einfluss auf die Haushaltssituation, die Kaufkraft, die Infrastrukturausstattung sowie die Qualität des Wohnumfeldes und hat nicht zuletzt auf Zu- oder Abwanderung und somit auf die demographische Entwicklung Einfluss. Beschäftigung bedeutet im Umkehrschluss jedoch nicht zwangsläufig, dass der Arbeitsplatz auch das für den Lebensunterhalt notwendige Einkommen sichert und damit die sozialen Sicherungssysteme entlastet. Die Zunahme sogenannter „Minijobs“ oder Beschäftigungen mit Löhnen unterhalb des Existenzminimums machen es notwendig, neben der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, existenzsichernde Beschäftigungen für alle, unabhängig von Alter, Geschlecht oder kultureller Herkunft, zu fördern. Eine wichtige Voraussetzung dafür sind Bildung und Ausbildung. Kommunen können dabei auf wichtige Rahmenbedingungen Einfluss nehmen. Dies ist beispielsweise möglich über Maßnahmen zur Förderung von Aus- und Weiterbildung sowie Aktivitäten der Wirtschaftsförderung (Vermittlung von Ausbildungsverbänden, überbetriebliche Ausbildung, Netzworkebildung, Bestandspflege und aktive Ansiedlungsmaßnahmen). Auch über grundsätzliche Entscheidungen der allgemeinen Standortentwicklung und Flächennutzungsplanung kann die Kommune Einfluss auf die Beschäftigung nehmen.

Ziel „Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern“

Kernindikatoren

- Arbeitslosenquote (Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) am Wohnort und den Arbeitslosen)
- Langzeitarbeitslosigkeit (Langzeitarbeitslosenanteil an allen Arbeitslosen)

Ziel „Arbeitsplätze schaffen und existenzsicherndes Einkommen fördern“

Kernindikatoren

- Beschäftigungsquote (Anteil der 15- bis 64-jährigen SvB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern)
- Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) (Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern)

Ziel „Wohnortnahe Arbeitsplätze schaffen und weniger Pendelverkehr verursachen“

Kernindikatoren

- Arbeitsplatzzentralität (Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort)

Ziel „Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern“

Kernindikatoren

- Auszubildende (Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SvB am Arbeitsort)
- Ausbildungsplätze (Anzahl der offenen/gemeldeten Ausbildungsstellen pro 1.000 Bewerber)
- Ausbildungsbetriebsquote (Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben mit SvB)

4.2.2 Wirtschaftsstruktur

Für Unternehmen bedeutet zukunftsfähig zu sein, flexibel auf sich verändernde Märkte zu reagieren und sich durch innovative Produkte und Dienstleistungen im zunehmend internationalen/globalen Wettbewerb zu behaupten. Kommunen können wichtige Rahmenbedingungen, die für die Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen wichtig sind, mitbeeinflussen und durch eine gezielte Ansiedlungspolitik den Standort weiterentwickeln und stärken. Neben der Verkehrsanbindung und einer ausreichenden Erschließung der Gewerbegebiete (Strom, Abwasser etc.) gehört die Breitbandversorgung zu den entscheidenden Infrastrukturmerkmalen. Des Weiteren hängt die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens sehr stark von den zur Verfügung stehenden Arbeitskräften, speziell qualifizierten Fachkräften ab. Gerade in diesem Zusammenhang gewinnen die weichen Standortfaktoren, wie die Lebensqualität, Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Freizeitmöglichkeiten und das kulturelle Angebot, an Bedeutung. Eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur heißt für Kommunen aber auch, eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur zu schaffen, d. h. einseitige Abhängigkeiten (von wenigen Unternehmen oder einer Branche) zu vermeiden und Zielkonflikte mit sozialen und ökologischen Belangen auszugleichen. Dabei muss an die soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen appelliert werden, wie beispielsweise die Verantwortung, Menschen durch Beschäftigung die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse zu ermöglichen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen, immaterielle Benachteiligungen abzubauen und die natürlichen Ressourcen als Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten.

Ziel „Digitale Infrastruktur ausbauen und Wettbewerbsfähigkeit sichern“

Kernindikatoren

- Breitbandversorgung (Breitbandversorgung über alle Technologien; in Prozent der Haushalte; ≥ 50 Mbit/s)

Ziel „Anlageinvestitionen fördern“

Perspektivische Kernindikatoren

- Anlageinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen pro SvB)

Ziel „Innovationen fördern“

Kernindikatoren

- Beschäftigung im Forschungsbereich (Anteil der SvB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung (WZ 08:72) an allen SvB)
- Hochqualifizierte (Anteil der SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort an allen SvB am Arbeitsort)

Perspektivische Kernindikatoren

- Patente (Anzahl der lokal entwickelten angemeldeten Patente pro 1.000 Einwohner)

Ziel „Existenzgründungen fördern“

Kernindikatoren

- Existenzgründung (Anteil neu angemeldeter Betriebe an geschlossenen Betrieben)

Ziel „Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern“

Kernindikatoren

- Gewerbe- und Einkommensteuer (Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner)
- Bruttoinlandsprodukt (Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen)

Ziel „Wirtschaft sozial- und umweltverträglich gestalten“

Kernindikatoren

- EMAS-zertifizierte Unternehmen (Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen)
- Flächenbedarf von Arbeitsplätzen (Anzahl der Arbeitsplätze nach Gewerbefläche)

Perspektivische Kernindikatoren

- Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen (Anzahl der Unternehmen mit Zertifizierung „Beruf und Familie“ und Siegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ pro 1.000 Unternehmen)

Ziel „Ökologische Landwirtschaft fördern und Umweltqualität verbessern“

Kernindikatoren

- Stickstoffüberschuss (Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche)

Perspektivische Kernindikatoren

- Ökologische Landwirtschaft (Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt)

4.2.3 Klima und Energie

Der Klimawandel wird in allen kommunalen Energieverbrauchssektoren (d. h. in kommunalen Einrichtungen, Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungssektor, in Privathaushalten und im Verkehr) mit verursacht und hat gleichzeitig direkte lokale Konsequenzen. Damit muss Klimaschutz (auch) als lokale Aufgabe begriffen werden. Um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden, sollten Kommunen nicht nur Maßnahmen der Klimaanpassung ergreifen, sondern vor allem Strategien für einen aktiven Schutz des Klimas entwickeln und konsequent umsetzen. Eine Kommune sollte daher – basierend auf einem umfassenden Klimaschutzkonzept – Klimaschutzmaßnahmen in allen Verbrauchssektoren umsetzen und neben direkten klimawirksamen Maßnahmen fördernde Bedingungen schaffen, um andere lokale Akteure zum aktiven Klimaschutz anzuregen. Zum Schutz der Erdatmosphäre ist insbesondere das Ziel einer CO₂-Reduktion unabdingbar, um die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen (UN-Klimakonferenz COP 21, Paris 2015⁸). Neben Kohlendioxid bringen auch diverse andere Schadstoffe der Luft negative Folgen für Klima, Ökosysteme, Bauwerke, Materialien und die menschliche Gesundheit mit sich. Klimaschädliche Abgase und Feinstaub können in zu hohen Konzentrationen u. a. Lungen- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen verursachen und auch in geringer Konzentration das Wohlbefinden der Bevölkerung einschränken. Für die Kommune selbst fördert ein aktiver Klimaschutz unmittelbar die Lebensqualität vor Ort.

Ziel „Erdatmosphäre und Klima schützen“

Perspektivische Kernindikatoren

- CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte (CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte pro Einwohner)
- CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen pro Einwohner)
- CO₂-Ausstoß des Verkehrs (CO₂-Ausstoß des Verkehrs pro Einwohner)

Ziel „Luftqualität verbessern“

Perspektivische Kernindikatoren

- Luftqualität (Emissionen von Luftschadstoffen, wie Schwefeldioxide, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)
- Feinstaubbelastung (Feinstaubüberschreitungstage pro Jahr, nach den Richtwerten der WHO)

Ziel „Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch steigern und Beitrag zum Klimaschutz leisten“

Perspektivische Kernindikatoren

- Erneuerbare Energie (Installierte Leistung an erneuerbarer Energie, z. B. Fotovoltaik, Biomasse, Windkraft und Wasserkraft,) pro Einwohner)

⁸ United Nations Framework Convention on Climate Change, 21st Conference of the Parties (COP 21).

- Fotovoltaik (Gesamtleistung der Fotovoltaik-Anlagen pro Einwohner)
- Solarthermische Anlagen (Installierte Fläche solarthermischer Anlagen pro Einwohner)

Ziel „Energieverbrauch reduzieren und Energieeffizienz erhöhen“

Perspektivische Kernindikatoren

- Endenergieverbrauch der privaten Haushalte (Endenergieverbrauch der privaten Haushalte pro Einwohner)
- Endenergieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (Endenergieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen pro Einwohner)
- Endenergieverbrauch des Verkehrs (Endenergieverbrauch des Verkehrs pro Einwohner)
- Energieproduktivität (Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch)

4.2.4 Mobilität

Je mehr Wege mit Kraftfahrzeugen (motorisierter Individualverkehr, MIV) zurückgelegt werden, desto größer sind die Flächeninanspruchnahme, der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen sowie die Belastung der Umwelt mit Abgasen, Feinstaub und Lärm. Die Kommune hat großen Einfluss auf die Ausgestaltung der Mobilität vor Ort. Zum einen ist sie gemeinsam mit anderen Trägern für den Unterhalt der Verkehrsinfrastruktur zuständig. Zum anderen kann sie durch aktive kommunale Entwicklung und Verkehrsplanung die Notwendigkeit von Mobilität reduzieren – eine Stadt oder Gemeinde der kurzen Wege, in der Wohnen, Arbeiten, Versorgung und Freizeitgestaltung nahe am Zuhause möglich sind. Nachhaltigkeit heißt hier: Die Mobilität und damit die Teilhabe an der Gesellschaft für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen; die Verkehrsleistungen möglichst auf den Umweltverbund (öffentlicher Nahverkehr, Fahrrad, zu Fuß) verlagern; den Anteil der Wege, die mit dem Auto zurückgelegt werden, reduzieren, überflüssige Fahrten weitgehend vermeiden; den dann noch notwendigen MIV möglichst technisch optimiert abwickeln.

Ziel „Motorisierten Individualverkehr (MIV) reduzieren und verbleibenden MIV emissionsärmer, effizienter und umweltschonender gestalten“

Kernindikatoren

- Motorisierungsgrad (Anzahl der privaten Pkw pro 1.000 Einwohner)

Perspektivische Kernindikatoren

- Umweltfreundlicherer MIV (Anteil der zugelassenen Pkw mit umweltfreundlicheren Antriebsarten (Hybrid, Erdgas, Elektro) an allen zugelassenen Pkw)

Ziel „Umweltverbund stärken und MIV reduzieren“

Perspektivische Kernindikatoren

- Modal Split (Fußverkehrs-, Radverkehrs- und ÖPNV-Anteile am Verkehrsaufkommen – insgesamt)
- Fahrradwege (Länge des Radwegenetzes pro 1.000 Meter Verkehrswege)

Ziel „Erreichbarkeit sichern und weniger Verkehr verursachen“

Perspektivische Kernindikatoren

- Erschließung mit Bus und Bahn (Anteil der Einwohner im Umkreis von weniger als 500 m einer Haltestelle an allen Einwohnern)
- Barrierefreiheit des ÖPNV (Anteil der Busse und Bahnen mit Niederflurtechnik und/oder Rollstuhlrampen an allen Bussen und Bahnen)
- Barrierefreiheit der Haltestellen (Anteil der barrierefreien Haltestellen im Stadt-, Gemeinde- oder Kreisgebiet an allen Haltestellen)

4.2.5 Naturschutz und Ressourceneinsatz

Der Schutz der Umweltmedien Wasser, Boden und Luft wirkt sowohl auf den Erhalt der biologischen Vielfalt als auch in vielfältiger Hinsicht auf die menschliche Gesundheit zurück. Einen sparsamen Umgang mit diesen Ressourcen kann die Kommune beispielsweise durch Informations- und Beratungsangebote, gezielte Förderprogramme oder Sanktionen gegen Schadstoffeinträge sowie durch Entscheidungen und Handlungen in eigenen Liegenschaften steuern. Die wichtigste Strategie für den Schutz der Ressource Boden ist die Reduktion des Flächenverbrauchs. Das 30-Hektar-Ziel (maximale Flächenneuanspruchnahme pro Tag) wurde in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt verankert, wird voraussichtlich jedoch bis 2020 nicht erreicht. Ein verantwortungsvoller und ganzheitlicher Umgang mit dem kommunalen Flächenportfolio durch eine entsprechende Ausrichtung der Flächenpolitik ist daher auch künftig eine wichtige kommunale Aufgabe. Das Prinzip der Innen- vor der Außenentwicklung nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. Darüber hinaus gehören zu einer verantwortungsvollen Lebensführung auch die effiziente Nutzung von Ressourcen und die Vermeidung von Abfällen. Ziel eines nachhaltigen Lebensstils sollte es sein, Müll insgesamt möglichst zu vermeiden, das Restmüllaufkommen zu reduzieren und die Recyclingquote zu erhöhen. Damit werden nicht nur Umwelt und Rohstoffe geschont, sondern auch Kosten für private Haushalte gesenkt und die Weiter- und Wiederverwendung von Produkten gestärkt.

Ziel „Wertvolle Biotope schützen und biologische Vielfalt erhalten“

Perspektivische Kernindikatoren

- Naturschutzflächen (Anteil der „Natura 2000“-Gebiete, Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks und Nationalparks an der Gesamtfläche)
- Landschaftsqualität und Artenvielfalt (Entwicklung der Bestände von Vogelarten – Teilindex für den Lebensbereich „Siedlungen“)
- Vorkommen der Mehlschwalbe (Anzahl der von Mehlschwalben genutzten Nester pro 1.000 Einwohner)

Ziel „Flächen effizient und effektiv nutzen“

Kernindikatoren

- Flächenverbrauch (Siedlungs- und Verkehrsfläche in Prozent der Gesamtfläche)
- Intensität der Flächennutzung (Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner)

Perspektivische Kernindikatoren

- Wieder genutzte Brachflächen (Anteil der wieder genutzten Brachflächen an den Brachflächen insgesamt)

Ziel „Gewässerverschmutzung reduzieren“

Perspektivische Kernindikatoren

- Fließwasserqualität (Anteil der Fließgewässer mit biologischer Güteklasse I, II oder III an den Fließgewässern – insgesamt)
- Nitratbelastung (Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird)

Ziel „Trinkwasserverbrauch reduzieren“

Kernindikator

- Trinkwasserverbrauch (Trinkwasserverbrauch pro Einwohner)

Ziel „Abfallaufkommen reduzieren und zirkuläre Wertschöpfung stärken“

Perspektivische Kernindikatoren

- Restmüll (Restmüll der privaten Haushalte pro Einwohner)
- Recyclingquote (Recyclingquote in Wiederverwertung am Gesamtabfallaufkommen)

4.2.6 Armut

Nach einer Definition der Europäischen Union sind diejenigen Menschen von Armut bedroht, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen müssen. In Deutschland traf dies 2015 – laut Statistischem Bundesamt – auf 15,7 Prozent der Bevölkerung zu, und die Quote wächst seit Jahren kontinuierlich. Zudem öffnet sich auch hierzulande zunehmend die Schere zwischen Arm und Reich. Diese Entwicklung läuft dem Ziel der Gerechtigkeit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zuwider. Außerdem wird damit die Forderung nach einer gleichmäßigen Verteilung der Arbeit unterlaufen. Die Instrumente, mit denen der Staat diese grundgesetzlichen Forderungen zu realisieren versucht, sind – neben der Rechtsprechung – im Wesentlichen die Sozial-, Familien- und Kommunalpolitik. Insbesondere die Sozialpolitik bemüht sich um die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, d. h. Start- und Verteilungsgerechtigkeit. Transferleistungen und -zahlungen durch Bund, Länder und Kommunen sind die wichtigsten Mittel in diesem Prozess, der durch Umverteilung zu einer gerechteren Verteilung der individuellen Freiheitsspielräume und Ressourcen in einer Gesellschaft führt.

Ziel „Armut bekämpfen“

Kernindikatoren

- SGB-II-/SGB-XII-Quote (Anteil der Empfänger von SGB-II-/SGB-XII-Leistungen an der Bevölkerung)

Perspektivische Kernindikatoren

- Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)

4.2.7 Wohnen und Wohnumfeld

Die Zufriedenheit mit der Wohnung und der Wohnumgebung beeinflussen das allgemeine Wohlbefinden und die Lebenszufriedenheit der Menschen in nicht unerheblichem Maße. Insbesondere gewinnen die Wohnung und das Wohnumfeld mit zunehmendem Alter an Bedeutung. Denn viele ältere Menschen verbringen die meiste Zeit in den eigenen vier Wänden. Vor diesem Hintergrund eröffnen die konkreten Wohnbedingungen oftmals die Chance auf ein selbstständiges Leben, auch wenn (schwere) körperliche Einschränkungen vorliegen. Zugleich wandeln sich die Wohnbedürfnisse älterer Menschen (z. B. barrierefreie Wohnung und Wohnumfeld, schnelle und gute Erreichbarkeit von Dienstleistungen für den täglichen Bedarf). Vor dem Hintergrund sich verändernder Wohn- und Lebensformen ist insbesondere die wachsende Zahl allein lebender älterer Menschen von Interesse. Aber auch für Familien mit Kindern und andere Bevölkerungsgruppen, die sich tagsüber überwiegend in der Nähe ihrer Wohnung aufhalten, haben eine hohe Aufenthaltsqualität im Wohnumfeld im Allgemeinen und beispielsweise attraktive Spiel- und Erholungsflächen sowie verkehrsberuhigte Zonen im Speziellen eine besondere Bedeutung. Zum einen regen solche Flächen zur körperlichen Bewegung und sportlicher Aktivität an, zum anderen bieten sie vielfältige Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Ziel „Bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum sicherstellen“

Kernindikator

- Kommunaler Wohnungsbau (Anzahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner)

Ziel „Wohnungsnaher Grundversorgung sichern und Naherholungsflächen bereitstellen“

Kernindikator

- Naherholungsflächen (Erholungsfläche – innerhalb der Siedlungsfläche – pro Einwohner)

Perspektivische Kernindikatoren

- Wohnungsnaher Grundversorgung (Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche mit einem Lebensmittelgeschäft innerhalb von 300 m (Luftlinie) an der Siedlungs- und Verkehrsfläche – insgesamt)
- Spielplatzflächen (Spielplatzfläche pro Kind/Jugendlicher – 0- bis 15-Jährige)

4.2.8 Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist ein elementares Grundbedürfnis und wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als ein anhaltender Zustand körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens definiert. Auf kommunaler Ebene geht es beim Thema Gesundheit zum einen darum, gesundheitlich beeinträchtigende Umweltbedingungen, wie z. B. die Lärmbelastung, möglichst auszuschließen, und zum anderen um vielfältige, zielgruppenspezifische Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung. Zu den Einflussgrößen auf die individuelle Gesundheit gehören neben physischen Umweltbedingungen u. a. auch der soziale Status, Wohn- und Arbeitsbedingungen, die Qualität und Inanspruchnahme medizinischer (Vorsorge-)Leistungen sowie Verhaltensweisen, die sich negativ auf die Gesundheit auswirken (wie z. B. Rauchen, Alkoholkonsum, Bewegungsmangel oder Fehlernährung). Mit zunehmender Alterung der Bevölkerung wird die Pflege der Menschen ein immer wichtiger werdendes Thema. Da viele pflegebedürftige Menschen nicht mehr uneingeschränkt auf familiäre Unterstützung zurückgreifen können, gewinnt die stationäre und ambulante Pflege zunehmend an Bedeutung.

Ziel „Gesundheitsniveau erhöhen“

Kernindikatoren

- Vorzeitige Sterblichkeit (Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren pro 1.000 Einwohner)
- Lebenserwartung (Lebenserwartung der Neugeborenen)

Perspektivische Kernindikatoren

- Lärmbelastung (Anteil der von Lärm belasteten Einwohner an der Bevölkerung)
- Kinder mit Übergewicht (Anteil der übergewichtigen Kinder an untersuchten Kindern – Schuleingangsjahr)
- Raucherquote (Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen – ab 15-Jährige)
- Hausärztliche Versorgung (Anzahl der Hausärzte pro 1.000 Einwohner)

Ziel „Pflegeniveau erhöhen“

Kernindikatoren

- Plätze in Pflegeheimen (Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren)

4.2.9 Sicherheit

Sicherheit gehört zu den fundamentalsten Bedürfnissen der Bevölkerung. Zusammen mit einigen anderen Bedürfnisbereichen (z. B. angemessene Ernährung und angemessener Wohnraum, Gerechtigkeit, Teilnahme am gesellschaftlichen Leben etc.) macht sie einen großen Teil der subjektiv empfundenen Lebensqualität aus. Eine hohe Kriminalitätsrate beispielsweise oder ein gestörtes Sicherheitsempfinden beeinträchtigen unmittelbar das Wohlbefinden der Menschen vor Ort. Daher sind Kommunen bei der Kriminalprävention besonders gefordert. Besonderen Einfluss hat eine Kommune darüber hinaus im Bereich der Verkehrssicherheit. Durch verschiedene Maßnahmen kann sie das Unfallrisiko senken, beispielsweise durch die Einrichtung von verkehrsberuhigten Zonen oder flächendeckenden Geschwindigkeitsbegrenzungen. Technische Maßnahmen, wie z. B. Barrieren, die den motorisierten Verkehr zum Bremsen zwingen, sind ebenso denkbar, wie z. B. Präventionsarbeit an Schulen und Kindergärten.

Ziel „Allgemeines Sicherheitsniveau erhöhen“

Perspektivische Kernindikatoren

- Gewaltkriminalität (Anzahl der Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit pro 1.000 Einwohner)
- Wohnungseinbruchdiebstahl (Anzahl der Wohnungseinbruchdiebstähle pro 1.000 Einwohner)
- Rechtsextremismus (Anzahl der rechtsextremen Handlungen und Übergriffe pro 1.000 Einwohner)

Ziel „Verkehrssicherheitsniveau erhöhen“

Kernindikatoren

- Verunglückte im Verkehr (Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen pro 1.000 Einwohner)

4.2.10 Bildung

Bildung ist eine der Schlüsselaufgaben der Kommune. Dabei steht die Förderung von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund, deren berufliche Chancen und Qualifizierung nicht zuletzt von ihrer allgemeinbildenden Schullaufbahn abhängig sind. Wichtige Grundlagen, wie z. B. die sprachlichen Kompetenzen, werden bereits in der frühkindlichen Betreuung gelegt. Im Schulalter gewinnen – neben der fachlichen Allgemeinbildung und sozialen Kompetenzen – auch berufsvorbereitende, fachübergreifende Kompetenzen, wie etwa im Bereich der digitalen Bildung, an Bedeutung. Darüber hinaus kann eine Kommune insbesondere durch Maßnahmen im Bereich Bildung den Grundstein für eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung legen. Generell sind Bildungschancen dem Gerechtigkeitsgrundsatz nach jeder Bürgerin und jedem Bürger zu ermöglichen, unabhängig von den persönlichen Voraussetzungen, vom Geschlecht, einem eventuellen Migrationshintergrund oder den finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Ziel „Frühkindliche Bildung fördern“

Kernindikatoren

- Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) (Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für unter 3-Jährige)
- Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) (Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-Jährige)

Ziel „Bildungserfolge ermöglichen“

Kernindikatoren

- Schulabbrecherquote (Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängern allgemeinbildender/berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss)
- Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife (Anteil der Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife an allen Abgängern allgemeinbildender/berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss)

Ziel „Bildungszugänge verbessern“

Perspektivische Kernindikatoren

- Angebot und Erreichbarkeit (durchschnittliche Länge des Schulweges) von Schulen (Grundschulen, Schulen der Sekundarstufe I und Schulen der Sekundarstufe II)

Ziel „Ganztagsgrundschul- bzw. Hortangebote verbessern“

Für dieses Ziel konnten noch keine (perspektivischen) Kernindikatoren definiert werden.

Ziel „Inklusion an Schulen fördern“

Kernindikatoren

- Exklusionsquote (Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern)

Ziel „Digitale Bildung fördern“

Perspektivische Kernindikatoren

- Breitbandversorgung der Schulen (über alle Technologien; in Prozent der Schulen \geq 50 Mbit/s)
- WLAN-Versorgung der Schulen (über alle Technologien; in Prozent der Schulen; unterschiedliche Übertragungsraten)
- IT-Ausstattung an Schulen (Anzahl der Computer/Desktop-PCs/Notebooks/Tablets) pro Schüler

Ziel „Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern“

Für dieses Ziel konnten noch keine (perspektivischen) Kernindikatoren definiert werden.

4.2.11 Kultur

Das Kultur-, Bildungs- und Freizeitangebot beeinflusst die Lebensqualität in einer Kommune in nicht unerheblichem Maße. Erstrebenswert ist, dass möglichst alle Alters- und Gesellschaftsschichten sich mit ihrer kulturellen Identität auseinandersetzen. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Infrastruktur, nicht nur in Großstädten. Gerade in Großstädten wird das kulturelle Angebot immer mehr im kommunalen, aber auch internationalen Wettbewerb als Standortfaktor erkannt und vermarktet. Die Kultur- und Kreativwirtschaft trägt auch zu einem nicht unbeträchtlichen Teil zur Bruttowertschöpfung in den Kommunen bei. Neben der wirtschaftlichen Leistung füllt Kultur aber auch einen wichtigen Bildungsauftrag aus. Dieser beinhaltet bspw. die Auseinandersetzung mit der Rolle des Individuums in der Gesellschaft und seine Einbindung in soziale Strukturen. Kunst und Kultur können die Wirkungen des eigenen Handelns, z. B. in Bezug auf den Klimawandel, bewusst machen und so nachhaltiges Handeln im Sinne einer globalen Verantwortung fördern.

Ziel „Kulturelle Angebote fördern, Lebensqualität verbessern und sozialen Zusammenhalt stärken“

Für dieses Ziel konnten noch keine (perspektivischen) Kernindikatoren definiert werden.

4.2.12 Verwaltung und Ratsarbeit

Die Verwaltung kann als Vorbild für Zivilgesellschaft und Wirtschaft wirken und Standards im Nachhaltigkeitsmanagement setzen. Dies erstreckt sich u. a. auf die Bereiche Liegenschaften, Organisationsstrukturen, Beschaffung, angebotene Dienstleistungen und Personal. Zum einen sind technische Optimierungsmöglichkeiten zu prüfen, um den Ressourceneinsatz effizienter und effektiver zu gestalten. Der Energieverbrauch von kommunalen Liegenschaften und Unternehmen steht dabei ebenso im Fokus wie die Beschaffung in kommunalen Einrichtungen (Ziel „Kommunales Energiemanagement ausbauen“). Eine nachhaltige Kommune sollte den Zugang zu ihren Dienstleistungen flexibel gestalten. Wichtige Bausteine hierbei sind das Thema E-Government und online angebotene Dienstleistungen (Ziel „Digitale Verwaltung fördern“). Zum anderen ist im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit die Teilhabe von Frauen und Männern am öffentlichen Leben zu fördern. Dies ist ein Gebot, das auf allen politischen und administrativen Ebenen von Bedeutung ist. Neben der Geschlechtergerechtigkeit sollten auch Aspekte der Inklusion und der Diversity-Ansatz geprüft werden (Ziel „Diversität im öffentlichen Leben fördern“).

Darüber hinaus spielen Kooperationen innerhalb und zwischen Kommunen eine Rolle, um die Aufgaben effektiver und nachhaltiger umsetzen zu können. Besonders kleinere Kommunen und Gemeinden im ländlichen Raum können durch interkommunale und regionale Kooperationen die notwendige Infrastruktur – z. B. für neue Arbeitsplätze, Bildungseinrichtungen, den öffentlichen Personennahverkehr oder für ihr Kulturangebot – besser bereitstellen. Beispiele sind gemeinsame Infrastruktureinrichtungen (z. B. Schulen, Sporthallen), Flächenpools, Mobilitätskonzepte, Klimaschutz- und Energiekonzepte oder Energiegenossenschaften. Diese letztgenannten Ziele lassen sich jedoch nicht mit quantitativen Indikatoren abbilden und sind damit auch nicht als eigenes Ziel formuliert.

Ziel „Kommunales Energiemanagement ausbauen“

Perspektivische Kernindikatoren

- Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften (Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften pro m²)
- Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung (Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung pro Einwohner)

Ziel „Kommunales Beschaffungsmanagement ausbauen“

Für dieses Ziel konnten noch keine (perspektivischen) Kernindikatoren definiert werden.

Ziel „Digitale Verwaltung fördern“

Perspektivische Kernindikatoren

- Kommunale Online-Dienstleistungen (Anteil der Online-Dienstleistungen an allen kommunalen Dienstleistungen)

Ziel „Diversität im öffentlichen Leben fördern“

Perspektivische Kernindikatoren

- Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung (Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung)
- Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen (Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen)
- Frauenanteil in der Kommunalpolitik (Frauenanteil der gewählten Mandatsträger im Kommunalparlament)
- Männeranteil in Elternzeit (Männeranteil in Elternzeit am Personal der Kommunalverwaltung – insgesamt)
- Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung
- Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen

4.2.13 Haushaltsführung

Nachhaltige Kommunalverwaltung bedeutet u. a. den wirtschaftlichen Einsatz der begrenzten finanziellen Ressourcen und eine Abwägung von Investitionsentscheidungen unter Berücksichtigung der langfristigen ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgekosten, die ggf. zukünftige Generationen tragen müssen. Die finanzielle Situation in den Kommunen stellt sich in Abhängigkeit von den regionalen und lokalen Entwicklungsbedingungen sehr unterschiedlich dar: Kommunen mit hohen Einnahmen, wie z. B. Umlandgemeinden in Metropolregionen, haben deutlich bessere Ausgangsbedingungen für einen ausgeglichenen Haushalt als Kommunen in schrumpfenden Regionen mit einer hohen Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Alterung. Im ungünstigen Fall sind die zur Verfügung stehenden Finanzmittel selbst für die laufenden Ausgaben nicht ausreichend und die Daseinsvorsorge kann nur eingeschränkt und unter Inanspruchnahme von hohen Kassenkrediten gewährleistet werden. Investitionen können dann eine hohe Neuverschuldung zur Folge haben, die nachfolgende Generationen mittragen müssen. Ein auferlegter Sparzwang birgt das Risiko einer weiteren Verschlechterung der Rahmenbedingungen vor Ort. Ein Investitionsrückstand, z. B. bei Straßen, Schulen, Sportstätten oder der Kanalisation, macht sich kurz- und mittelfristig in der Standortattraktivität für Unternehmen bzw. der Lebensqualität für (potenzielle) Bürger bemerkbar und führt langfristig zu Folgekosten durch Abwanderung, Umweltbelastungen etc. Auch bei einer sehr schwierigen Finanzlage und unter ungünstigen Bedingungen können Kommunen durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Verschuldung und Investitionen zu einer nachhaltigen, d. h. vor allem generationengerechten Entwicklung beitragen.

Ziel „Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern“

Kernindikatoren

- Liquiditätskredite (Liquiditätskredite – Kernhaushalt – pro Einwohner)
- Schuldendeckungsquote (Schulden im Verhältnis zum Anlagevermögen – Auslagerungen)
- Verschuldung (Gesamtverschuldung – Konzern Kommune – pro Einwohner)

Ziel „Ausreichende Investitionen der Kommune sichern“

Kernindikatoren

- Bruttoinvestitionen (Investitionen – Konzern Kommune – pro Einwohner)

4.2.14 Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement

Eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommune ist nur mit einer umfassenden Beteiligung der Bürgerschaft und der Akteure vor Ort möglich. Beteiligung ist in diesem Zusammenhang gemeint über die gesetzlichen Vorgaben hinaus, z. B. durch Zukunftswerkstätten und Bürgerbefragungen. Zu differenzieren ist deshalb zwischen formellen (gesetzlich vorgeschriebenen) und informellen Beteiligungsverfahren. Die Kommune sorgt für größtmögliche Transparenz durch eine adäquate Information der Bevölkerung, etwa in Bürgerversammlungen oder über amtliche Veröffentlichungen. Wichtig dabei ist, nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ zu Wort kommen zu lassen, sondern einen möglichst repräsentativen Querschnitt der Bürgerschaft zu beteiligen. Dazu sind erfahrungsgemäß verschiedene Beteiligungsformate nötig. Bürgerschaftliches Engagement geht oft von den Bürgerinnen und Bürgern selbst aus. Viele Bürger, die sich engagieren, wollen die Gesellschaft im Kleinen gemeinsam mit anderen Menschen positiv mitgestalten. In den letzten Jahren hat sich ein Wandel hinsichtlich der Form des bürgerschaftlichen Engagements vollzogen. Die Menschen sind nicht nur längerfristig in Vereinen, im Stadt- oder Gemeinderat bzw. im Kreistag, in Kirchengemeinden oder der freiwilligen Feuerwehr aktiv, sondern zunehmend auch in zeitlich befristeten Projekten. Die Beteiligungskultur einer Kommune und das Engagement der Bürgerschaft mit quantitativen Indikatoren abzubilden, ist anspruchsvoll. Die vorgeschlagenen Indikatoren sind deshalb ein Kompromiss zwischen valider Datengrundlage und erwünschter Aussagekraft.

Ziel „Demokratische Beteiligungsverfahren stärken“

Perspektivische Kernindikatoren

- Beteiligung an Wahlen (Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen)

Ziel „Dialogische Beteiligungsverfahren stärken“

Perspektivische Kernindikatoren

- Informelle Bürgerbeteiligung (Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren pro 1.000 Einwohner)
- Bürgerbegegnungsstätten (Anzahl der Bürgerbegegnungsstätten (Bürgertreffs, Mehrgenerationentreffs etc.) pro 1.000 Einwohner)

Ziel „Ehrenamtliches Engagement stärken“

Perspektivische Kernindikatoren

- Vereine (Anzahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohner)

4.2.15 Eine-Welt-Engagement

Eine Kommune trägt nicht nur für die eigenen Bürgerinnen und Bürger Verantwortung, sondern auch auf globaler Ebene. Die entwicklungspolitische Verantwortung der Kommunen wurde im Rahmen der Agenda 21 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro formuliert. In einer globalisierten Welt wachsen Märkte zusammen, deren Beziehungen maßgeblich auf lokaler Ebene gestaltet werden, etwa durch das Konsumverhalten. Gleichzeitig sind Kommunen nicht unabhängig von globalen Entwicklungsprozessen, wie das Beispiel der aktuellen Flüchtlingskrise zeigt. Kommunen sind einerseits davon betroffen, können aber andererseits mitgestalten und weltweite Solidarität leisten. Die Weltoffenheit einer Kommune zeigt sich u. a. in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und in der Unterstützung des fairen Handels sowie in Projekten und Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) fasst alle kommunalen Zuschüsse oder vergünstigte Darlehen an Entwicklungsländer (oder, in Ausnahmefällen, deren Staatsangehörige) zusammen, die auf die wirtschaftliche Entwicklung oder die Verbesserung der Lebensstandards in Entwicklungsländern abzielen. Faktisch sind dies vor allem Ausgaben für Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern. Weiteres Eine-Welt-Engagement zeigt sich einerseits in der Förderung und finanziellen Unterstützung unterschiedlichster (privater) lokaler Institutionen, Initiativen und Projekte (z. B. Eine-Welt-Organisationen, Eine-Welt-Büros und -Läden, entwicklungspolitische Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Eine Welt“). Andererseits sind hier die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte (z. B. fair gehandelter Kaffee) relevant. Eventuell stellt der „Faire Handel“ auch einen Schwerpunkt in der Arbeit des kommunalen Agenda-Büros dar.

Ziel „Eine-Welt-Engagement stärken“

Für dieses Ziel konnten noch keine (perspektivischen) Kernindikatoren definiert werden.

4.3 Indikatoren nach Sustainable Development Goals

Die sogenannten Sustainable Development Goals (SDG) bilden das Herzstück der 2030-Agenda, die im September 2015 von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beschlossen wurde. Es handelt sich insgesamt um 17 „Nachhaltige Entwicklungsziele“ mit 169 Unterzielen. Diese SDG richten sich an alle Länder der Welt und sollen bis zum Jahr 2030 (bzw. einige bereits früher) realisiert werden. Im Folgenden werden die 17 Ziele zusammengefasst. Zusätzlich wird zu den einzelnen SDG die Relevanz für deutsche Kommunen aufgezeigt.

4.3.1 Keine Armut (SDG 1)

Ziel: Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Beschreibung:

Das SDG 1 bezieht sich auf eine Reduzierung der Armut weltweit. Der Anteil der Männer, Frauen und Kinder in Armut soll bis 2030 um mindestens die Hälfte verringert werden. Außerdem sollen soziale Sicherungssysteme sowie Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen für alle Menschen gegeben sein. Schließlich wird angestrebt, die Resilienz von Menschen in prekären Verhältnissen gegenüber ökonomischen, ökologischen und sozialen Schocks zu stärken.

Als wesentliche Maßnahmen zur Zielerreichung werden eine Mobilisierung von Ressourcen aus unterschiedlichen Quellen, wie z. B. der Entwicklungszusammenarbeit oder auf Armutsbekämpfung ausgerichtete Entwicklungsstrategien, angeführt.

Relevanz für Kommunen:

Die Bekämpfung der Armut ist auch für die Kommunen in Deutschland von Bedeutung. Dabei spielt sowohl die Armutsbekämpfung vor Ort als auch international eine Rolle. Vor Ort geht es für die Kommunen u. a. darum, die relevante Bundessozialgesetzgebung (Gewährung von Sozialhilfe, Wohngeld etc.) umzusetzen und ggf. weitere Aufgaben auf freiwilliger Basis zu übernehmen (Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen etc.). International stehen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und das Eine-Welt-Engagement der Kommunen im Vordergrund.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung

Dimension	Governance
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.3.2 Keine Hungersnot (SDG 2)

Ziel: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Beschreibung:

Zentrale Teilziele dieses SDG sind die vollständige Beendigung des Hungers sowie jeder Form der Mangelernährung bis 2030. Abgesehen von der Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktivität und des Einkommens kleiner Nahrungsmittelproduzenten (z. B. in Form eines uneingeschränkten Zugangs zu Märkten oder Produktionsmitteln) möchte man die Anwendung von nachhaltigen Methoden in der Landwirtschaft zugunsten des Ökosystems forcieren, um nicht nur eine Ertragssteigerung zu erzielen, sondern um sich auch an extreme Umweltereignisse anzupassen. Darüber hinaus gibt es die Bestrebung, bis 2020 für den Erhalt der genetischen Vielfalt von verschiedenen Kulturpflanzen oder Nutztieren zu sorgen, etwa mithilfe von diversifizierten Gen-, Saatgut- und Pflanzenbanken.

Damit die Produktionsmöglichkeiten der Entwicklungsländer in der Landwirtschaft erweitert werden, müssen zusätzliche Investitionen in die entsprechende Infrastruktur oder die Agrarforschung erfolgen. Zudem ist das Funktionieren der globalen Märkte für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittelrohstoffe sicherzustellen, indem beispielsweise Handelsbeschränkungen abgebaut, Agrarsubventionen abgeschafft und Marktinformationen zügig bereitgestellt werden.

Relevanz für Kommunen:

In Deutschland verteilen gemeinnützige Organisationen, wie beispielsweise die sogenannten „Tafeln“, Lebensmittel an bedürftige Menschen. Die Kommunen könnten hierbei z. B. finanzielle, organisatorische oder räumliche Unterstützung leisten. Sofern die Kommunen in Teilbereichen landwirtschaftlich aktiv sind, wäre es ratsam, landwirtschaftliche Flächen ökologischer zu bewirtschaften. Schließlich besteht in den Städten auch die Möglichkeit, den urbanen Gartenbau voranzutreiben (vgl. Rasper 2015: 80 f.).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikator	– Stickstoffüberschuss
Perspektivischer Kernindikator	– Ökologische Landwirtschaft

4.3.3 Gesundheit und Wohlbefinden (SDG 3)

Ziel: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

Beschreibung:

Außer der bis 2020 anvisierten weltweiten Halbierung der Zahl der bei Verkehrsunfällen Verunglückten erfordert die Gewährleistung eines gesunden Lebens für alle Menschen jeden Alters in

physischer wie psychischer Hinsicht bis 2030 vor allem die Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, die Beseitigung von Epidemien, die Reduzierung der Müttersterblichkeit, die Verringerung der Sterblichkeitsrate bei Säuglingen und Kindern sowie die Dezimierung der durch Umweltverschmutzung verursachten Krankheits- und Todesfälle. Ebenfalls wird die Förderung der mentalen Gesundheit vorgesehen, wobei die Senkung der Frühsterblichkeit infolge nicht übertragbarer Krankheiten und die Eindämmung des Suchtstoffmissbrauchs durch präventive Maßnahmen gelingen sollen. Des Weiteren werden Anstrengungen unternommen, eine allgemein zugängliche reproduktionsmedizinische Versorgung zu gewährleisten. Ansonsten liegt ein genereller Schwerpunkt in der Verwirklichung einer umfassenden Gesundheitsversorgung für alle – inklusive der Zugänglichkeit zu notwendigen Arzneimitteln.

Zu den Vorschlägen zur Umsetzung dieses SDG zählen die globale Anwendung des auf die Beschränkung des Tabakgebrauchs abzielenden Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation, die medizinische Forschung, die Entwicklung von allgemein verfügbaren, unentbehrlichen Medikamenten und der alle Länder betreffende Kapazitätsausbau bezüglich präventiver Risikominderung und des Managements weltweiter Gesundheitsrisiken. Speziell für Entwicklungsländer sind eine ausgeweitete Gesundheitsfinanzierung sowie die Ausbildung von Gesundheitsfachkräften von großer Wichtigkeit.

Relevanz für Kommunen:

Das Themenfeld Gesundheit manifestiert sich in den Kommunen als Querschnittsaufgabe, da Gesundheit mit verschiedenen Aufgabenbereichen (z. B. Bildung, Umwelt und Soziales) sowie entsprechenden, kommunalpolitischen Entscheidungen eng verbunden ist (vgl. Weth 2012: 1). Bezüglich Präventions- bzw. Gesundheitsförderung, -schutz und -vorsorge kommt auf kommunaler Ebene insbesondere den kommunalen Gesundheitsämtern – neben den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten – eine wichtige Bedeutung zu. Im Bereich der Prävention oder der Gesundheitsförderung in Kommunen wären außerdem noch andere Einrichtungen und Orte zu nennen (u. a. Heilstätten, Sozialstationen, örtliche Suchtberatungsstellen, lokale Vereine oder Gemeinschaften, Bildungseinrichtungen und/oder andere mögliche Erholungsorte bzw. -einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Kommunen, wie z. B. Parkanlagen, Grünflächen, Badeanstalten oder eigene Sportstätten).

Immer seltener befinden sich z. B. Pflegeheime noch in öffentlicher Trägerschaft. Trotz dieser Entwicklung stellt die stationäre wie ambulante medizinische Versorgung eine wichtige Komponente im gesamten Bereich der kommunalen Gesundheit (einschließlich der Pflege) dar, auch wenn Kommunen bezogen auf die Pflege nur eingeschränkte direkte Steuerungsmöglichkeiten haben.

Um für die Bevölkerung vor Ort gesunde Lebensbedingungen zu schaffen, erscheinen beispielsweise die Erstellung eines kommunalen Gesundheitsplans, die Einbeziehung der Gesundheitsthematik bei der Stadt(teil)entwicklung oder hygienische Kontrollen in kommunalen Einrichtungen sinnvoll (vgl. Weth 2012: 2). Öffentliche Grünflächen oder freigehaltene Flächen in städtischen Gebieten fördern zusätzlich das lokale Klima und die Luftqualität. Als Straßenbaulastträger für die Gemeindestraßen können die Kommunen des Weiteren einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Luftqualität – Feinstaubbelastung

Dimension	Soziales
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung – Plätze in Pflegeheimen
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Lärmbelastung – Kinder mit Übergewicht – Raucherquote – Hausärztliche Versorgung
Thema	Sicherheit
Kernindikator	– Verunglückte im Verkehr

4.3.4 Hochwertige Bildung (SDG 4)

Ziel: Inklusiv, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Beschreibung:

Bis 2030 beabsichtigt SDG 4 auf sämtlichen Ebenen die Sicherstellung einer inklusiven und „hochwertigen“ Bildung für Mädchen wie Jungen bzw. Frauen und Männer. Sie sollen die uneingeschränkte Möglichkeit erhalten, neben einer exzellenten frühkindlichen Betreuung sowohl eine sehr gute Grund- und Sekundarschulbildung als auch eine ausgezeichnete fachliche, berufliche, tertiäre und/oder universitäre Bildung bzw. Ausbildung zu genießen. Hierbei dürfen weder das Geschlecht, die Herkunft oder der soziale Hintergrund noch persönliche Handikaps eine Rolle spielen. Ferner zielt man darauf ab, alle Jugendlichen sowie einen großen Teil der erwachsenen Weltbevölkerung zum Lesen, Schreiben und Rechnen zu befähigen. Schließlich besteht ein weiteres Teilziel in der bildungs- oder wissensbasierten Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung oder Lebensweise, die Kenntnisse über Menschenrechte sowie eine Kultur der Gewaltlosigkeit mit einschließt.

Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung dieses nachhaltigen Entwicklungsziels umfassen den Bau sowie Ausbau von barrierefreien, sicheren und inklusiven Bildungseinrichtungen mit effektivem Lernumfeld für Menschen jeden Alters und Geschlechts. Außerdem ist bis 2020 vorgesehen, den Entwicklungsländern und hier insbesondere den unterentwickelten Ländern mehr Stipendien für einen Hochschulbesuch und zur Berufsausbildung in entwickelten Ländern in Aussicht zu stellen, während es in den Entwicklungsländern bis 2030 eine wesentlich größere Zahl an qualifizierten Lehrkräften geben soll. Um Letzteres zu verwirklichen, ist eine internationale Zusammenarbeit bei der Lehrerausbildung angedacht.

Relevanz für Kommunen:

Die Bildungspolitik gehört in Deutschland vornehmlich zum Aufgabenbereich der Bundesländer. Trotzdem sind die Kommunen für die Schulträgerschaft sowie die Schulverwaltung verantwortlich. In den Vordergrund rücken gegenwärtig kommunale Aufgaben in Bezug auf barrierefreie Schul-

räume für Kinder mit Handicaps oder bezüglich der digitalen Infrastruktur von Schulen. Generell sind auch Fragen der Erreichbarkeit von Schulen und nach geeigneten Transportmöglichkeiten relevant.

Außer der Errichtung und Unterhaltung von Schulen haben Kommunen die Aufgabe, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung zu erfüllen. Zur Erbringung dieser Pflichtleistung sollen die Kommunen – nach dem Subsidiaritätsprinzip – andere Träger beauftragen. Gemäß SGB VIII sind Kommunen darüber hinaus zuständig für die Förderung der Qualitätsentwicklung. Somit nehmen sie einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Schul- und der frühkindlichen Bildung.

Ebenso ergeben sich kommunale Gestaltungsspielräume bei der kulturellen Bildung oder der Weiterbildung (siehe Angebote kommunaler Volkshochschulen).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Schulabbrecherquote – Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife – Exklusionsquote
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Angebot und Erreichbarkeit von Schulen – Breitbandversorgung der Schulen – WLAN-Versorgung der Schulen – IT-Ausstattung an Schulen
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.3.5 Gleichberechtigung der Geschlechter (SDG 5)

Ziel: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Beschreibung:

In erster Linie geht es bei SDG 5 um den weltweiten Schutz von Frauen und Mädchen vor allen Formen der Diskriminierung und Gewalt. Unter Geschlechtergleichheit bzw. -gleichstellung versteht dieses SDG zudem die Gewährleistung der Chancengerechtigkeit für Frauen in Bezug auf Führungspositionen sowie sämtliche Entscheidungsebenen im ökonomischen, politischen und öffentlichen Bereich. Daneben sollen die reproduktive Gesundheit sichergestellt, unbezahlte Pflege- und Hausarbeit anerkannt und die geteilte Verantwortung im Haushalt gefördert werden.

Um Frauen und Mädchen die Befähigung zur Selbstbestimmung und vollen gesellschaftlichen Teilhabe zu gewähren, werden Reformen zusammen mit der Durchsetzung von Rechtsvorschriften vorgeschlagen. Solche Reformvorhaben haben das Ziel, Frauen gleiche Rechte im Zusammenhang mit Grundeigentum, finanziellen Angelegenheiten oder anderen Ressourcen zu ermöglichen.

Relevanz für Kommunen:

In der Bundes- wie Landespolitik werden einige Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, um die Geschlechterungleichheit zu bekämpfen (u. a. der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen und die Frauenquote). Kommunen verfügen ebenfalls über Mittel zur Geschlechtergleichstellung in der Kommunalverwaltung, -wirtschaft oder -politik. An dieser Stelle sind beispielsweise die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu erwähnen, die potenziell sowohl eine Innen- wie Außenwirkung erzeugen.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung – Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen – Frauenanteil in der Kommunalpolitik – Männeranteil in Elternzeit – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen

4.3.6 Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen (SDG 6)

Ziel: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Beschreibung:

Da Wasser einen essenziell wichtigen Grundbaustein auf der Erde darstellt, muss bezahlbares und sauberes Trinkwasser allgemein zugänglich sein, was dieses SDG bis 2030 auch fordert. Weitere Teilziele des SDG 6 beinhalten die Etablierung einer hygienegerechten Sanitärversorgung für alle, das Bereitstellen von Süßwasser, eine sektorenübergreifende, wesentlich effizientere Nutzung und integrierte Bewirtschaftung der vorhandenen Wasserressourcen sowie eine weltweite Verbesserung der Wasserqualität durch deutlich weniger Verschmutzung oder freigesetzte Schadstoffe, verstärkte Wiederaufbereitungs- und Wiedernutzungsanstrengungen und die Halbierung des unbehandelten Abwasseranteils. Bereits bis 2020 ist auch der Schutz wasserverbundener Ökosysteme geboten.

Zugunsten einer optimierten Wasserbewirtschaftung beabsichtigt man, lokale Gemeinwesen zur Beteiligung zu ermutigen. Geplant werden ebenso eine Ausweitung der intentionalen Zusammenarbeit sowie Hilfe für Entwicklungsländer bei Aktivitäten im Zusammenhang mit Wasser- und Sanitärversorgung.

Relevanz für Kommunen:

Fast alle privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen in Deutschland haben Anschluss an die staatlich bereitgestellte Wasser- bzw. Trinkwasserversorgung. Die Zuständigkeit für die Versorgung ist den Kommunen übertragen, wobei zur Bewältigung dieser Aufgabe unterschiedliche öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Organisationsformen existieren. Darüber hinaus stellt die

Abwasserbeseitigung ein typisches Aufgabenfeld der Kommunen bzw. der kommunalen Betriebe (wie Kläranlagen) dar, in denen nahezu vollständig auf eine biologische Abwasserbehandlung gesetzt wird (vgl. Umweltbundesamt 2014).

Bei der Nitratbelastung oder der Gewässerqualität auf kommunaler Ebene sind die unterschiedlichen Landnutzungen sowie umweltbezogenen Begebenheiten zu berücksichtigen. Im Hinblick auf diese Aspekte und den Trinkwasserverbrauch gibt es für Kommunen allerdings nur relativ geringe, direkte Einflussmöglichkeiten. Falls sich Gewässer im Besitz der Kommunen befinden, sollte man z. B. illegale Abwassereinleitung verhindern und die Gewässerrandstreifen Freihalten. Eventuell könnte man in Kooperation mit örtlichen Vereinen versuchen, die Gewässer zu renaturieren (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 335, 338).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Kernindikator	– Trinkwasserverbrauch
Perspektivische Kernindikatoren	– Fließwasserqualität – Nitratbelastung

4.3.7 Bezahlbare und saubere Energie (SDG 7)

Ziel: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Beschreibung:

Im Fokus des SDG 7 steht, dass bis 2030 nachhaltige und moderne Energie allgemein bzw. problemlos verfügbar ist und die damit verbundenen Energieleistungen sowohl verlässlich als auch bezahlbar sind. Gleichzeitig strebt man an, den Anteil erneuerbarer Energien am Weltenergieverbrauch signifikant zu steigern. Ferner wird bezogen auf die Energieeffizienz die Verdopplung der weltweiten Steigerungsrate anvisiert.

Fortschrittliche Technologien sind zusammen mit einem Infrastrukturausbau notwendig, sodass Entwicklungsländer von umfassenden, nachhaltigen Energiedienstleistungen profitieren können. Es bietet sich außerdem auf dem Feld der Energieeffizienz und der erneuerbaren bzw. sauberen Energie an, mehr in Energieinfrastruktur und -technologie zu investieren sowie durch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit einen einfacheren Zugang zu entsprechender Forschung und den damit in Verbindung stehenden Technologien zu eröffnen.

Relevanz für Kommunen:

Einerseits treten die deutschen Kommunen durch ihre Versorgungsunternehmen als Energielieferanten und/oder -produzenten in Erscheinung. Andererseits nehmen sie gerade vor dem Hintergrund der Energiewende eine besondere Position ein, denn aufgrund ihrer Verantwortung für die kommunale Bauleitplanung legen sie z. B. energetische Standards oder Standorte für Anlagen, die umweltfreundliche Energie erzeugen, fest. Hier ist darauf hinzuweisen, dass speziell im Gebäudebereich große Einsparpotenziale beim Energieverbrauch und bei den Energiekosten bestehen (vgl. Brodbeck 2013: 45, 52 f.). So könnte man öffentliche Gebäude energetisch optimie-

ren, indem man sie u. a. wärmeisoliert, mit Ökostrom versorgt oder sie mit Photovoltaikanlagen ausstattet. Als Ergänzung dazu ist es möglich, für eine optimierte Straßenbeleuchtung – z. B. mit Hilfe stromsparender LED-Lampen – zu sorgen (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 336 f.; Schuster 2013: 35 f.).

Die Umsetzung und Gestaltung der Energiewende erfolgt vor allem in den Kommunen, wo die Bürger die Errichtung von Leitungstrassen, umweltfreundliche Energieproduktionsanlagen und/oder Speicherkraftwerke miterleben (vgl. Brodbeck 2013: 45, 63; Stoermer 2013: 92, 99). Um die Energiewende unter Mitberücksichtigung der zunehmenden Rekommunalisierung im Energiesektor erfolgreich zu gestalten, sind – außer den technischen, wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen – unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung sowie der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit unerlässlich (vgl. Brodbeck 2013: 57 ff.; Klimalotse 2016: 20). Beim Einsatz von Solar- und Windenergie sowie Wasserkraft sollten außerdem die jeweiligen topographischen Bedingungen der Kommunen bzw. Regionen mitberücksichtigt werden (vgl. Stoermer 2013: 100).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Erneuerbare Energie – Fotovoltaik – Solarthermische Anlagen – Energieverbrauch der privaten Haushalte – Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – Energieverbrauch des Verkehrs – Energieproduktivität

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften – Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung

4.3.8 Menschenwürdige Arbeit und wirtschaftliches Wachstum (SDG 8)

Ziel: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Beschreibung:

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein keinen genauen Aufschluss darüber gibt, ob eine ökonomische Entwicklung als nachhaltig bezeichnet werden kann oder die Frage gestellt wird, ob reales BIP-Wachstum mit einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung vereinbar ist, geht das Wachstum des realen BIP oft mit einer Verbesserung der Lebensumstände einher (vgl. Dasgupta 2007: 19 f., 117, 134 f.). Hohe Priorität hat folglich beim SDG 8 die Aufrechterhaltung des Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums im Hinblick auf die jeweiligen nationalen Bedingungen und eines mindestens 7-prozentigen BIP-Wachstums jährlich in den am wenigsten entwickelten Ländern. Weitere Teilziele in diesem Kontext sind: Steigerung der auf Diversifizierung, Innovation sowie technologischer Modernisierung basierenden wirtschaftlichen Produktivität, auf Entwicklung ausgegerichtete Politik, Kreativität und Unternehmertum, Wachstumshilfen für Klein- oder Mittelunternehmen, Förderung der jeweiligen nationalen Finanzinstitutionen, Schaffung eines si-

cheren Arbeitsumfeldes sowie humaner Arbeitsplätze und Schutz der Arbeitsrechte. Abgesehen davon sollen durch effektive Maßnahmen Menschenhandel, Zwangsarbeit, moderne Sklaverei sowie bis 2025 Kinderarbeit in all ihren Ausprägungen beseitigt werden, während bis 2020 darauf abgezielt wird, die Zahl junger Menschen ohne jede Form der Ausbildung zu minimieren.

Damit man eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung umsetzen kann, muss aber zum einen bis 2030 beim Konsum und bei der Produktion weltweit die Ressourceneffizienz optimiert werden. Zum anderen ist es entscheidend, Schritte zu unternehmen, um das Wirtschaftswachstum von der Umweltzerstörung zu entkoppeln. Passenderweise gehen Bestrebungen dahin, entworfene politische Konzepte zugunsten eines nachhaltigen Tourismus zu implementieren, der nicht nur Arbeitsplätze entstehen lässt, sondern auch die Attraktivität der lokalen Kultur und ihrer Produkte steigert. Ein anderes Teilziel besteht in der Verwirklichung einer Vollbeschäftigung sowie menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für alle Menschen mit und ohne Einschränkungen bis 2030.

Insgesamt hält man es für erstrebenswert, die durch Handelshilfen bewilligte Unterstützung der Entwicklungsländer zu intensivieren. Dazu wird der Entschluss gefasst, bis 2020 eine global angelegte Strategie für Jugendbeschäftigung aufzustellen.

Relevanz für Kommunen:

Trotz der hohen Nachhaltigkeitsrelevanz dieses SDG für Kommunen sind bezüglich Wirtschaftswachstum, Arbeitsaussichten oder humaner Arbeitsbedingungen nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene vorhanden, auch wenn kooperative Wirtschaftsformen (z. B. Repair-Cafés, Tauschläden oder Leihsysteme) zumeist durch ehrenamtliches Engagement existieren (vgl. Kopatz 2015: 104, 107), die Gewerbesteuer sowie ein Teil der Einkommenssteuer wichtige Einnahmequellen sind und Kommunen Wirtschaftsförderung betreiben können. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung ist es beispielsweise möglich, Gewerbeflächen auszuweisen, Anreize für auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmen zu bieten und die Attraktivität der jeweiligen Kommune als Wirtschaftsstandort für moderne, effiziente und umweltgerechte Unternehmen, für Auszubildende oder auch für Hochqualifizierte zu steigern.

Daneben sollten vonseiten des Konzerns Kommune ökologische wie soziale Aspekte beim Beschaffungsprozess beachtet sowie ein naturnaher Tourismus, lokale Einkaufsmöglichkeiten und Recycling unterstützt werden.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitslosenquote - Langzeitarbeitslosigkeit - Beschäftigungsquote - Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) - Arbeitsplatzzentralität - Auszubildende - Ausbildungsplätze - Ausbildungsbetriebsquote
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> - Breitbandversorgung - Beschäftigung im Forschungsbereich - Hochqualifizierte - Existenzgründung

	<ul style="list-style-type: none"> – Gewerbe- und Einkommenssteuer – Bruttoinlandsprodukt – EMAS-zertifizierte Unternehmen – Flächenbedarf von Arbeitsplätzen
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Anlageinvestitionen – Patente – Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen

Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Restmüll – Recyclingquote

4.3.9 Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9)

Ziel: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Beschreibung:

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit darf der Fokus nicht nur auf dem Erreichen eines hohen Wirtschaftswachstums oder Beschäftigungsniveaus in der Gegenwart liegen. Vielmehr muss eine Grundlage für zukünftiges Wachstum geschaffen werden (vgl. Kroll 2015: 70). Entsprechend fordert das SDG 9 den Aufbau einer hervorragenden, verlässlichen und widerstandsfähigen Infrastruktur auf regionaler wie grenzüberschreitender Ebene und die Begünstigung einer breitenwirksamen Industrialisierung. Andere Teilziele umfassen einen leichteren Zugang zu Finanzdienstleistungen (u. a. für kleine Industrieunternehmen in Entwicklungsländern), eine bessere Marktintegration kleinerer Unternehmen, die Optimierung der technologischen Leistungsfähigkeit in allen Ländern, die Verbesserung der wissenschaftlichen Forschung sowie die Steigerung des Innovationspotenzials. Vorgesehen sind dabei bis 2030 – unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Bedingungen – die Modernisierung der Infrastruktur, der effizientere industrielle Einsatz von Ressourcen und die stärkere Verwendung von umweltschonenden Technologien. Neben einem gesteigerten Beschäftigungsanteil in der Industrie ist auch eine beträchtliche Erhöhung des personellen und finanziellen Aufwands im Forschungsbereich angedacht.

Grundvoraussetzung zum Gelingen dieser Vorhaben in den unterentwickelten Ländern ist der bis 2020 zu realisierende, problemlose Zugang zu modernen Informationstechnologien wie dem Internet. Ebenfalls plant man den Entwicklungsländern in finanzieller und technologischer Hinsicht zu helfen, um nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen vorantreiben zu können. Ergänzend dazu werden die Schaffung förderlicher, politischer Rahmenbedingungen in diesen Ländern und die Stärkung der dortigen Forschung und Technologieentwicklung in Betracht gezogen.

Relevanz für Kommunen:

In der deutschen Industrie stellt man sich zukünftig auf eine verstärkte Verknüpfung von Produktion mit hochmodernen Informations- und Kommunikationstechniken ein (siehe das Zukunftsprojekt „Industrie 4.0“ der Bundesregierung). Für Kommunen sind hingegen vor allem Infrastrukturangelegenheiten von hoher Relevanz, da sie gegenwärtig als Straßenbaulasträger der Gemeinde- und Kreisstraßen vor großen Herausforderungen stehen, was die Sanierung von maroden Straßen und Brücken betrifft. Insgesamt erfordert der Erhalt einen hohen finanziellen Aufwand (vgl. Schuster, Knake und Kilon 2014: 7). Darüber hinaus ist dieses SDG für Kommunen auch im Hinblick auf

Themen, wie z. B. Stadt- oder Kreisentwicklungsplanung, Flächenkonzepte, Wirtschaftsförderungskonzepte oder auch die Förderung weicher Standortfaktoren, relevant.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Breitbandversorgung – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte – Existenzgründung – Gewerbe- und Einkommensteuer – Bruttoinlandsprodukt – EMAS-zertifizierte Unternehmen – Flächenbedarf von Arbeitsplätzen
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Anlageinvestitionen – Patente – Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen

4.3.10 Reduzierte Ungleichheiten (SDG 10)

Ziel: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Beschreibung:

Bei dem SDG 10 nehmen die Sicherstellung der Chancengleichheit sowie der Abbau der Ungleichheit durch politische Maßnahmen eine zentrale Stellung ein. Insbesondere intendiert man, schrittweise bis 2030 für einige der ärmsten Teile der Bevölkerung einen Einkommenszuwachs oberhalb des jeweiligen nationalen Durchschnitts zu generieren und für alle Menschen die ökonomische, soziale und politische Teilhabe voranzutreiben, bei gleichzeitiger Abschaffung diskriminierender Gesetze und politischer Praktiken. Hierbei soll jeder Mensch die Befähigung zu einem selbstbestimmten Leben erhalten. Darüber hinaus äußert man die Absicht, u. a. den globalen Finanzmarkt stärker zu regulieren und auf internationaler Ebene bei Entscheidungsprozessen den Entwicklungsländern ein größeres Mitspracherecht einzuräumen. Abschließend wird eine verantwortungsvolle Migration angestrebt, die sich auf eine planvolle und gelenkte Migrationspolitik stützt.

Allgemein wird auf den Grundsatz der Welthandelsorganisation verwiesen, der empfiehlt, Entwicklungsländer differenziert zu behandeln. Andere vorgeschlagene Maßnahmen lauten, bedürftigen Staaten verstärkt öffentliche Entwicklungshilfe oder finanzielle Hilfen zukommen zu lassen und für Migranten die Transaktionskosten für Heimatüberweisungen auf unter drei Prozent zu reduzieren.

Relevanz für Kommunen:

Dieses Ziel bezieht sich auf Länder oder die nationale Ebene. Kommunen haben lediglich die Möglichkeit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und des Eine-Welt-Engagements.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Governance
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.3.11 Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11)

Ziel: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Beschreibung:

Das SDG 11 repräsentiert das „Stadtziel“, denn es betont die große Bedeutung der Kommunen als Akteure im Prozess der nachhaltigen Entwicklung. Bevor aber genauer auf die Relevanz des „Stadtziels“ für deutsche Kommunen eingegangen wird, ist es ratsam, wie bei den anderen SDGs die Teilziele zusammenzufassen.

Einerseits soll allen Menschen bis 2030 Zugang zu sicherem, erschwinglichem und geeignetem Wohnraum sowie zur Grundversorgung gewährt werden. Andererseits verlangt man die Schaffung von sicheren wie allgemein zugänglichen Verkehrssystemen mit optimierter Straßenverkehrssicherheit (u. a. durch einen ausgebauten öffentlichen Verkehr), Grünflächen und/oder sonstigen öffentlichen Räumen. Gleichzeitig besteht ein weiteres Anliegen darin, die Zahl der Katastrophenopfer und die dadurch entstandenen ökonomischen Verluste im Vergleich zum globalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) erheblich zu senken. Bei all diesen Vorhaben werden insbesondere sozial benachteiligte Personen, Menschen mit Einschränkungen, Ältere sowie Frauen und Kinder mitbedacht. Ziel ist es, in allen Ländern eine auf Inklusion sowie Nachhaltigkeit angelegte Urbanisierung zu verwirklichen. An dieser Stelle wäre außerdem der angedachte Kapazitätsausbau zugunsten einer partizipatorischen und integrierten Siedlungsplanung und -steuerung zu nennen. Neben diesen Bestrebungen konzentriert man sich zudem auf die Reduzierung der durch die Städte verursachten Umweltbelastung pro Kopf. In den Fokus der Aufmerksamkeit rücken dabei die Luftqualität und die kommunale Abfallbehandlung. Generell ist man auch entschlossen, zusätzliche Anstrengung zu unternehmen, um das Weltkultur- und Weltnaturerbe zu bewahren.

Im ökologischen, sozialen und ökonomischen Bereich existieren enge Verbindungen zwischen urbanen, suburbanen und ländlichen Gegenden. Folglich ist es auf Basis einer intensiveren nationalen wie regionalen Entwicklungsplanung erforderlich, diese Verbindungen zu fördern. Ansonsten soll die Anzahl derjenigen Städte und Siedlungen wesentlich steigen, welche die Inklusion unterstützen, sich durch Ressourceneffizienz auszeichnen, den Klimawandel abschwächen und gegenüber Katastrophen resilient sind. Für unterentwickelte Länder hat man schließlich den Plan entwickelt, ihnen bei der Errichtung von resilienten Gebäuden aus einheimischen Materialien in finanzieller und technischer Hinsicht behilflich zu sein.

Relevanz für Kommunen:

Kommunen unterhalten und pflegen Grünanlagen. Sie sind in Deutschland außerdem der größte Eigentümer öffentlicher Gebäude (vgl. Brodbeck 2013: 45, 52). Die Trägerschaft der Bauleitplanung erlaubt es ihnen, energetische Standards festzulegen und z. B. öffentliche Gebäude energieeffizienter zu gestalten (siehe SDG 7). Sogar das Baugesetzbuch (BauGB) sieht bei der Aufstellung der Bauleitplanung die Mitberücksichtigung verschiedener Umweltbelange vor (vgl. Peters 2013: 80). In Bezug auf öffentliche Flächen ist darüber hinaus zu beachten, dass eine Versiegelung möglichst vermieden wird (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 338).

Um die Partizipation bezogen auf die gesamte Gesellschaft zu stärken, wäre es potenziell denkbar, mehr Jugendbegegnungsstätten, Spielplätze oder Kindergärten bereitzustellen und mehr

Begegnungsstätten, Seniorenheime oder Sportstätten einzurichten (vgl. ebd.: 339). Bürgerbeteiligungsformen sowie eine interkommunale Kooperation gelten zudem als bedeutende Faktoren für das Gelingen einer nachhaltigen, inklusiven Stadtentwicklung (vgl. ebd. 339 f.; Brodbeck 2013: 62). Im Rahmen der Förderung des Wohnbaus können Kommunen auch den Hausbau von Familien unterstützen oder Sozialwohnungen anbieten.

Ihre Trägerschaft der Straßenbaulast (einschließlich der Verkehrssicherungspflicht) für Kreis- und Gemeindestraßen sowie die Zuständigkeit für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglichen es den Kommunen, für eine funktionsfähige wie sichere Verkehrsinfrastruktur zu sorgen, indem sie beispielsweise Reinigungsarbeiten leisten oder Kontrollen (u. a. der Baumbestände) durchführen (vgl. Klimalotse 2016: 16 f.). Dazu bietet es sich zur Steigerung der Verkehrseffizienz und der Umweltverträglichkeit des Verkehrs an, speziell im ländlichen Raum Park&Ride-Plätze in der Nähe von Bahnhöfen zu schaffen, Wander- und Fahrradwege sowie den öffentlichen Nahverkehr auszubauen, kommunale Fuhrparks mit verbrauchsarmen Fahrzeugen auszustatten, Kreisverkehrslösungen zu bevorzugen und bei der Straßenplanung ökologische Aspekte miteinzubeziehen (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 338). Schließlich sollten sowohl öffentliche Gebäude als auch Straßenübergänge senioren- wie behindertengerecht sein (vgl. ebd.).

Relevante Indikatoren:

Ökologie	
Dimension	Thema
	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte – CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – CO₂-Ausstoß des Verkehrs – Luftqualität – Feinstaubbelastung
Thema	Mobilität
Kernindikator	– Motorisierungsgrad
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Umweltfreundlicher MIV – Modal Split – Fahrradwege – Erschließung mit Bus und Bahn – Barrierefreiheit des ÖPNV – Barrierefreiheit der Haltestellen
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Flächenverbrauch – Intensität der Flächennutzung
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Naturschutzflächen – Landschaftsqualität und Artenvielfalt – Vorkommen der Mehlschwalbe – Wiedergenutzte Brachflächen – Restmüll – Recyclingquote

Soziales	
Dimension	Thema
	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Kommunaler Wohnungsbau – Naherholungsflächen
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen
Thema	Sicherheit
Kernindikator	– Verunglückte im Verkehr
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Gewaltkriminalität – Wohnungseinbruchdiebstahl – Rechtsextremismus

Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

Dimension	Governance
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten – Vereine

4.3.12 Verantwortungsvoller Konsum & Produktion (SDG 12)

Ziel: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Beschreibung:

Zentraler Inhalt dieses SDG ist die Umsetzung des Zehnjahres-Programmrahmens, der sich auf nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster bezieht. Unter der Voraussetzung ihrer jeweiligen Entwicklungsstandards oder politischen Rahmenbedingungen sind alle Länder dazu angehalten, geeignete Maßnahmen in Angriff zu nehmen. Beispielsweise sieht man im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Unternehmen oder der öffentlichen Beschaffung eine Unterstützung nachhaltiger Verfahren vor. Ohnehin sollen alle Menschen bis 2030 über nachhaltigkeitsrelevante Informationen und ein Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung verfügen, während man bis dahin auch auf eine deutliche Reduzierung des Abfallaufkommens und eine effizientere Verwendung natürlicher Ressourcen hinarbeitet. Ferner muss einerseits aufseiten der Produzenten und Konsumenten die Verschwendung von Nahrungsmitteln pro Kopf bis zur Hälfte verringert und andererseits dem Nahrungsmittelverlust aufseiten der Produktion und des Transports Einhalt geboten werden. Schon bis 2020 wird gefordert, mit Chemikalien sowie sämtlichen Abfällen umweltverträglich umzugehen und damit verbundene Umweltbelastungen einzugrenzen.

Entwicklungsländern muss in diesem Kontext Hilfe zur Selbsthilfe gegeben werden. Das geschieht durch die Stärkung ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten, um den Übergang zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern zu unterstützen. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch die Förderung eines nachhaltigen Tourismus. Ineffiziente Subventionierung fossiler Brennstoffe muss vermieden werden, wenn sich daraus ein verschwenderischer Verbrauch ableitet. Nationale Märkte müssen effizienter funktionieren, indem sinnvolle Rationalisierungen und Umstrukturierungen durchgeführt werden und zur gleichen Zeit auf die besonderen Bedürfnisse und Gegebenheiten der Entwicklungsländer Rücksicht genommen wird.

Relevanz für Kommunen:

Die Abfallentsorgung kann man als typisches Aufgabenfeld der Kommunen bezeichnen. Kommunen fungieren generell als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und sind damit für die kommunale Siedlungsabfallwirtschaft verantwortlich (vgl. Klimalotse 2016: 14). Um Ressourcenverschwendung zu vermeiden und eine nachhaltige Abfallwirtschaft zu unterstützen, sollten das Recycling, die Biokompostierung von bestimmten Abfällen sowie die auf Nachhaltigkeit abzielende Verwertung von Bioabfällen gefördert werden, während illegale Müllablagerungen in der Landschaft verhindert werden müssen (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 335).

In der Kommunalverwaltung nimmt das Beschaffungswesen in seiner Funktion als Abnehmer von Waren und Dienstleistungen u. a. erheblichen Einfluss auf das kommunale Nachhaltigkeitsverständnis (vgl. Holler 2015: 18). Im Sinne der Nachhaltigkeit ist es für den Konzern Kommune nicht nur sinnvoll, nachhaltige Produkte (wie z. B. Recyclingpapier) zu beschaffen, sondern beispielsweise auch darauf zu achten, ob Lieferanten nachhaltig wirtschaften (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 337). Um international die nachhaltige Entwicklung zu fördern, eröffnen z. B. Städtepartnerschaften zahlreiche Möglichkeiten.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – EMAS-zertifizierte Unternehmen – Flächenbedarf von Arbeitsplätzen
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen

Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Restmüll – Recyclingquote

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.3.13 Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)

Ziel: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Beschreibung:

Dieses SDG strebt die Stärkung der Resilienz gegenüber Gefahren oder Naturkatastrophen an, die auf Klimaveränderungen zurückzuführen sind. Gleichzeitig mahnt das SDG, sich auf diese Gefährdungen einzustellen und Maßnahmen zum Klimaschutz in die jeweiligen nationalen politischen Planungen zu integrieren. Des Weiteren sind – mit Blick auf die Abschwächung der klimabedingten Auswirkungen oder des Klimawandels generell und die Möglichkeit der Frühwarnung – personelle wie institutionelle Anstrengungen zu optimieren. Wichtig sind in diesem Kontext auch eine Verbesserung der Aufklärung über die Folgen des Klimawandels und eine verstärkte Sensibilisierung für das Thema.

Eine große Bedeutung kommt dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen zu. Alle Vertragsparteien haben sich dazu verpflichtet, das Rahmenübereinkommen zu erfüllen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Unterstützung für Entwicklungsländer, in denen effektive Managementkapazitäten ausgebaut werden sollen.

Relevanz für Kommunen:

Dar SDG 13 steht in Verbindung mit dem SDG 7. Vorschläge zur Energieeffizienz betreffen auch den Klimaschutz (vgl. SDG 7; Hirschl 2015: 17). Auf kommunaler Ebene gibt es eine Vielzahl an Strategien zum Klimaschutz, auch wenn der Klimaschutz selbst keine kommunale Pflichtaufgabe darstellt (vgl. Knoblauch, Riedel und Ridgway 2015: 25).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte – CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – CO₂-Ausstoß des Verkehrs

4.3.14 Leben unter Wasser (SDG 14)

Ziel: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Beschreibung:

Bei diesem SDG erkennt man an, wie essenziell wichtig die Ozeane und Meere der Erde für eine nachhaltige Zukunft als globale Ressource sind. Die Bestrebungen laufen darauf hinaus, dass bis 2025 die Meereskontaminierung in all ihren Formen und die dadurch entstehenden Nährstoffbelastungen deutlich reduziert werden. Zusätzlich müssen die Meeres- und Küstensysteme bis 2020 eine nachhaltige bzw. ihre Resilienz stärkende Bewirtschaftung erfahren. Zusätzlich sollen zumindest kleine Teile der Küsten- und Meeresgebiete entsprechend dem Völkerrecht bewahrt bleiben und für die Wiederherstellung eines äußerst ertragreichen Fischbestandes wissenschaftlich gestützte Bewirtschaftungspläne implementiert werden. Ergänzend dazu ist es geboten, illegale oder Schaden verursachende Fangaktivitäten – ebenso wie bestimmte, kontraproduktive Fischereisubventionen – zu unterbinden.

Relevanz für Kommunen:

In erster Linie richtet sich dieses SDG an Hafen- und Küstenstädte. Hierbei ist der lokale Hochwasser- und Küstenschutz eine hoheitliche Aufgabe der Kommunen. Im Hinblick auf die Gewässer im Zuständigkeitsbereich der Kommunen sei auf die Ausführungen zu SDG 6 verwiesen.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Fließwasserqualität – Nitratbelastung

4.3.15 Leben an Land (SDG 15)

Ziel: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Beschreibung:

Im Gegensatz zu dem vorherigen SDG bemüht sich dieses SDG darum, gemäß den internationalen Übereinkünften bis 2020 sowohl den Schutz bzw. den Erhalt als auch die Wiederherstellung der Land- und Binnensüßwasser-Ökosysteme zusammen mit den Wäldern, den Bergen sowie den Feucht- und Trockengebieten zu garantieren, indem z. B. die nachhaltige Nutzung aller Waldarten sowie die Revitalisierung geschädigter Wälder forciert und die Aufforstungsrate gesteigert wird. Daneben möchte man der Verschlechterung natürlicher Lebensräume entgegenwirken, die biologische Vielfalt erhalten, die Invasion gebietsfremder Arten aufhalten und Ökosystem- sowie Biodiversitätswerte beispielsweise in lokale Planungs- oder Entwicklungsprozesse integrieren, während man bis 2030 das Ziel verfolgt, gegen Wüstenbildung bzw. Landverödung vorzugehen und Bergökosysteme zu erhalten.

Um eine nachhaltige Nutzung oder Bewirtschaftung der Landökosysteme und die Bewahrung der biologischen Vielfalt zu fördern, wird empfohlen, erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit solche nachhaltigen Bewirtschaftungsformen auch in Entwicklungsländern zunehmend Anwendung finden können, sollen diese angemessene Anreize erhalten. Im Hinblick auf die Wilderei und den Handel von unter Schutz stehender Tier- und Pflanzenarten rät man des Weiteren zu einer weltweiten Unterstützung von Gegenmaßnahmen.

Relevanz für Kommunen:

Bei diesem SDG scheint es für Kommunen angemessen zu sein, sich auf die kommunalen Wälder und Grünanlagen in ihrem Besitz zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang sollte die naturnahe Gestaltung und Bewirtschaftung dieser Gebiete höchste Priorität genießen (vgl. Hutter, Blessing und Köthe 2012: 335). Weitere potenzielle Maßnahmen sind die Förderung und Unterstützung örtlicher Naturschutzvereine und Artenschutzexperten, die Vermeidung des Müllaufkommens in der Natur sowie die mögliche Freigabe von Brachflächen für Grünanlagen oder bestimmte Pflanzen (vgl. ebd.).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Naturschutzflächen – Landschaftsqualität und Artenvielfalt – Vorkommen der Mehlschwalbe

4.3.16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16)

Ziel: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Beschreibung:

Eine nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft ist bedingt durch friedliches Zusammenleben, Rechtsstaatlichkeit sowie die Existenz gerechter Institutionen auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Genau darauf zielt SDG 16 ab, denn zusammen mit der gewaltbedingten Sterblichkeit sollen sämtliche Formen der Gewalt, illegale Finanz- und Waffenströme sowie alle möglichen Korruptions- und Bestechungsformen erheblich verringert werden, während starke, handlungsfähige, transparente und rechenschaftspflichtige Institutionen mitsamt dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene etabliert werden müssen. Zudem werden die Beendigung jeder Form des Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern, der Schutz der Grundfreiheiten gemäß der nationalen Rechtsvorschriften und die Gewährleistung von partizipatorischen wie repräsentativen Entscheidungsprozessen als zusätzliche Teilziele ausgegeben. Andere Teilziele beziehen sich darauf, den Entwicklungsländern eine größere Teilhabe zukommen zu lassen und bis 2030 allen Menschen durch Geburtsregistrierungen eine rechtliche Identität zu gewähren.

Relevanz für Kommunen:

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Sie haben jedoch im Rahmen des Ordnungswesens die Möglichkeit, Beiträge zur Umsetzung von SDG 16 zu leisten. Darüber hinaus können beispielsweise die Partizipationsmöglichkeiten durch die Kommunalverwaltung – z. B. in Form von Online-Dienstleistungen – erweitert werden.

Relevante Indikatoren:

Dimension	Soziales
Thema	Sicherheit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Gewaltkriminalität – Wohnungseinbruchsdiebstahl – Rechtsextremismus

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Kommunale Online-Dienstleistungen

4.3.17 Partnerschaften, um die Ziele zu erreichen (SDG 17)

Ziel: Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Beschreibung:

SDG 17 weicht in seinem Aufbau von den vorherigen SDGs ab, da sich die aufgeführten 19 Unterziele in 5 Themenfelder gliedern – „Finanzierung“, „Technologie“, „Kapazitätsaufbau“, „Handel“ und

„Systemische Fragen“. Letzteres wird noch in drei Bereiche unterteilt. Unter dem Themenfeld „Finanzierung“ verlangt man den verstärkten Einsatz einheimischer Ressourcen, damit mehr nationale Kapazitäten zur Verfügung stehen, um Steuern sowie andere Abgaben auf verbesserte Weise erheben zu können. Die weiteren Unterziele in diesem Kontext fordern, dass die entwickelten Länder ihren Zusagen bzgl. der öffentlichen Entwicklungshilfe nachkommen, Entwicklungsländer beim Umgang mit Verschuldung bzw. Schuldenfinanzierung Hilfe erhalten und Investitionsförderungssysteme auf den Weg gebracht werden. Daneben sollen verschiedene Quellen bemüht werden, um zusätzliche finanzielle Mittel zu generieren.

Ein anderes Themenfeld unterstützt die Bedeutung von Technologien, indem man neben einer verbesserten Verwendung von Grundlagentechnologien darauf hinarbeitet, den Zugang zu Wissenschaft, Innovation und technologischen Entwicklungen zu erleichtern, internationale Kooperationen in diesen Bereichen zu optimieren sowie die Entwicklung und Verbreitung von umweltverträglichen Technologien voranzutreiben. Damit die nationalen Pläne zur Implementierung sämtlicher Ziele für nachhaltige Entwicklung Unterstützung erfahren, wird dann im Themenfeld „Kapazitätsaufbau“ die Forderung formuliert, die Anstrengungen zur Durchführung eines effektiven Ausbaus der vorhandenen Kapazitäten in Entwicklungsländern zu intensivieren.

Beim Themenfeld „Handel“ wird vorgegeben, die Exporte der Entwicklungsländer merklich zu steigern, entsprechend den Beschlüssen der Welthandelsorganisation einen dauerhaften, zoll- und kontingentfreien Marktzugang für alle unterentwickelten Länder zügig zu realisieren und die Entwicklung eines auf Regeln basierenden, universalen, transparenten und gerechten multilateralen Handelssystems unter der Aufsicht der Welthandelsorganisation zu unterstützen. Abgesehen von der Verbesserung der globalen makroökonomischen Stabilität und der eine nachhaltige Entwicklung begünstigenden Politikkohärenz geht es im Themenfeld „Systemische Fragen“ schließlich u. a. um die Berücksichtigung des politischen Spielraums der jeweiligen Länder und den Ausbau von globalen Partnerschaften sowie die Erweiterung oder Bildung von Kooperationen zwischen verschiedenen Sektoren und Akteuren.

Relevanz für Kommunen:

Kommunen könnten international durch Entwicklungskooperationen sowie Städtepartnerschaften eine nachhaltige Entwicklung fördern. Obwohl im Themenfeld „Finanzierung“ größtenteils die Unterstützung der Entwicklungsländer im Vordergrund steht, bleiben die Finanzen ein wichtiger Schwerpunkt in den Kommunen. Insbesondere kann das kommunale Finanzwesen im Sinne der Nachhaltigkeit dafür sorgen, dass die Verschuldung eingedämmt wird, Schulden abgebaut sowie Ressourcen effizient eingesetzt werden, um das Eigenkapital bzw. Vermögen zu bewahren und auch zukünftig kommunale Daseinsversorgung leisten zu können (vgl. Beißwenger et al. 2015: 61 f.).

Relevante Indikatoren:

Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Liquiditätskredite – Schuldendeckungsquote – Verschuldung – Bruttoinvestitionen
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.4 Indikatoren nach Produktbereichen

In einem Produktrahmenplan werden die kommunalen Aufgaben im Allgemeinen in Form von Produkten, Produktgruppen und Produktbereichen dargestellt. Ein Produktrahmen ist somit ein Plan zur Gliederung von Produkten und zur haushalts- oder finanzwirtschaftlichen Steuerung der Kommunen. Produktrahmenpläne für Kommunen werden von den Bundesländern entworfen. Dabei orientieren sich die Länder i. d. R. an der von der Innenministerkonferenz (IMK) entwickelten Mustangliederung. Bei dem Integrierten Produktrahmen (IPR) handelt es sich um eine inhaltliche Zusammenführung des Bund-/Länder-Produktrahmens und des kommunalen Produktrahmens der IMK. Der IPR gliedert sich in drei Ebenen: die Fachebenen (Einsteller) von 0 bis 9, die Aufgabenebenen (Zweisteller) und die Produktebenen (Dreisteller). Dieser Teil des Monitorberichts bezieht sich im Folgenden ausschließlich auf die Fachebenen und die darin enthaltenen Produktebenen des IPR. Im Rahmen des Monitors Nachhaltige Kommune wird der IPR anstelle des IMK-Produktrahmens verwendet, um auch bei der Gliederung der Nachhaltigkeitsindikatoren nach Produktbereichen – soweit als möglich – die vertikale Integration bzw. die Integration der Verwaltungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen mitzubüberücksichtigen.

4.4.1 Übergeordnete staatliche Aufgaben (PB 0)

Unter der Fachebene „Übergeordnete staatliche Aufgaben“ wird u. a. die Produktebene „031 Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung“ mit den Unterpunkten „Kommunalordnungen“, „Kommunaler Finanzausgleich“ und „Kommunalaufsicht“ subsumiert. Zudem führen Kommunen Gemeinde-, Landtags- und Bundestagswahlen durch. Demzufolge muss an dieser Stelle die Produktebene „033 Wahlen und Abstimmungen“ Erwähnung finden. Obwohl die deutschen Interessen im Ausland in erster Linie durch den Bund vertreten werden (d. h. Produktebenen 041 bis 046), stellen beispielsweise Städtepartnerschaften Mittel der „kommunalen Außenpolitik“ dar.

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften – Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung – Kommunale Online-Dienstleistungen – Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung – Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen – Frauenanteil in der Kommunalpolitik – Männeranteil in Elternzeit – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.4.2 Öffentliche Sicherheit und Ordnung (PB 1)

Bezüglich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ähneln die Kommunen eher staatlichen Unterbehörden. Neben der Produktebene „111 Allgemeine Gefahrenabwehr“ wird dieser Fachebene die Produktebene „112 Bevölkerungs- und Katastrophenschutz“ zusammen mit den Produkten

„Brandschutz“ sowie „Rettungsdienst“ zugeordnet. Kommunen sind angehalten, Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz bereitzustellen.

Dimension	Soziales
Thema	Sicherheit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Gewaltkriminalität – Wohnungseinbruchdiebstahl – Rechtsextremismus

4.4.3 Justiz (PB 2)

Die Fachebene Justiz weist keine nennenswerten Produktebenen auf, die für Kommunen direkt relevant wären.

4.4.4 Bildung, Wissenschaft und Kultur (PB 3)

Das Bildungswesen in Deutschland gehört vornehmlich zum Aufgabenbereich der Bundesländer. Die Kommunen sind allerdings für die Schulträgerschaft bzw. -verwaltung verantwortlich. Ferner können die Kommunen im Rahmen ihrer freiwilligen Aufgaben Kultur- und Musikpflege betreiben. Es bleibt ihnen damit überlassen, ob sie beispielsweise Museen, Musikschulen, Stadtbüchereien, Bibliotheken, Theater, Gemeindehalle oder Begegnungsstätten unterhalten möchten. Entsprechende Produktebenen sind in diesem Kontext vor allem „331 Kunst“, „332 Archive und Bibliotheken, Museen, Sammlungen, Ausstellungen“ und „333 Denkmalschutz und Heimatpflege“.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Auszubildende – Ausbildungsplätze – Ausbildungsbetriebsquote
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Patente

Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Schulabbrecherquote – Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife – Exklusionsquote
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Angebot und Erreichbarkeit von Schulen – Breitbandversorgung der Schulen – WLAN-Versorgung der Schulen – IT-Ausstattung an Schulen
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.4.5 Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehr (PB 4)

Kommunen fungieren als wichtige Akteure in der kommunalen Raumplanung und Stadtentwicklung sowie im Bau-, Wohnungs- und Verkehrswesen, denn sie sind sowohl Träger der Bauplanleitung als auch Straßenbaulastträger für Gemeinde- und Kreisstraßen. Ein weiterer kommunaler Zuständigkeitsbereich im Verkehrswesen liegt im öffentlichen Nahverkehr. Aus diesem Grund sind bei der Fachebene „Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehr“ vor allem folgende Produktebenen erwähnenswert: „412 Straße“, „415 Öffentlicher Personennahverkehr und Schienenpersonennah-

verkehr“, „416 Verkehrssicherheit“, „421 Raumordnung, Landesplanung einschließlich der Entwicklung des ländlichen Raums, Stadtentwicklung“ (insbesondere mit dem Produkt „Bauleitplanung, Bauordnung“) und „422 Förderung des Wohnungsbaus“.

Dimension	Ökologie
Thema	Mobilität
Kernindikator	– Motorisierungsgrad
Perspektivische Kernindikatoren	– Umweltfreundlicher MIV – Modal Split – Fahrradwege – Erschließung mit Bus und Bahn – Barrierefreiheit des ÖPNV – Barrierefreiheit der Haltestellen
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Kernindikatoren	– Flächenverbrauch – Intensität der Flächennutzung
Perspektivischer Kernindikator	– Wiedergenutzte Brachflächen

Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikatoren	– Kommunalen Wohnungsbau – Naherholungsflächen
Perspektivische Kernindikatoren	– Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen
Thema	Sicherheit
Kernindikator	– Verunglückte im Verkehr

4.4.6 Soziale Sicherung, Familie und Jugend (PB 5)

Vor Ort setzen die Kommunen die relevante Bundessozialgesetzgebung um, indem sie z. B. Wohngeld nach Hartz IV auszahlen. Außerdem betreiben sie Kindergärten bzw. Horte und gewähren Jugendhilfe, auch wenn die Kommunen sich bei der Sozial- und Jugendverwaltung oft gemeinnütziger Organisationen bedienen (vgl. Schwarting 2016: 43). Insofern sind im Kontext der Fachebene „Soziale Sicherung, Familie und Jugend“ besonders die Produktebenen „511 Soziale Hilfen“ und „531 Kinder- und Jugendhilfe“ relevant. Unter der Produktebene „511 Soziale Hilfen“ findet man u. a. „Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe)“, „Leistungen nach SGB II“ und „Wohngeld“, unter „531 Kinder- und Jugendhilfe“ z. B. „Jugendarbeit“ oder „Kindertagesbetreuung“. Trotz der Tatsache, dass Pflegeheime immer seltener in öffentlicher Trägerschaft sind, ist bei dieser Fachebene z. B. noch die Produktebene „533 Seniorenpolitik“ zu nennen.

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	– Naherholungsflächen
Perspektivische Kernindikatoren	– Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	– Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung – Plätze in Pflegeheimen
Perspektivische Kernindikatoren	– Lärmbelastung – Kinder mit Übergewicht – Raucherquote – Hausärztliche Versorgung

Thema	Bildung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung – Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen – Frauenanteil in der Kommunalpolitik – Männeranteil in Elternzeit – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Vereine

4.4.7 Gesundheit, Verbraucherschutz, Sport und Erholung (PB 6)

Obwohl das Bereitstellen der Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur vornehmlich Ländersache ist und die Zuständigkeit für andere Aufgaben im Gesundheitswesen beim Bund liegt, können im Zusammenhang mit der Fachebene „Gesundheit, Verbraucherschutz, Sport und Erholung“ sämtliche Produktebenen genannt werden – „611 Gesundheitsschutz“ und „612 Krankenhäuser und psychiatrische Einrichtungen“, „621 Verbraucherschutz“ (hier insbesondere „Veterinärwesen“), „631 Sport“ (u. a. „Sportstätten“) und „632 Öffentliches Grün, Erholung“ (u. a. „Grünanlagen“, „Parks“). Zum einen haben die Kommunen durch Gesundheitsämter, örtliche Suchtberatungsstellen, Heilstätten und Krankenhäuser in öffentlicher/kommunaler Trägerschaft Möglichkeiten, Präventionsmaßnahmen zu ergreifen sowie die Gesundheit der Bürger zu fördern und zu schützen. Zum anderen gibt es auf kommunaler Ebene z. B. Veterinärämter, um in bestimmten Bereichen den Verbraucherschutz sicherzustellen. Darüber hinaus betreiben die Kommunen Sportstätten oder Schwimmbäder sowie auch Grün- bzw. Parkanlagen.

Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Naherholungsflächen
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung
Perspektivische Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Lärmbelastung – Kinder mit Übergewicht – Raucherquote – Hausärztliche Versorgung

4.4.8 Umwelt und Natur (PB 7)

In erster Linie zählen der Naturschutz sowie die Landschaftspflege zu den Aufgaben des Bundes. Kommunen sind aber im Besitz von Wald- und Grünflächen sowie Gewässern, die sie pflegen und unterhalten. Damit leisten sie einen bedeutenden Beitrag zum Schutz und Erhalt der Natur. Ferner verpflichtet sie bei der Kommunalplanung das Baurecht zur Beachtung des Klimas, der Luft, des Wassers, des Bodens sowie der Tier- und Pflanzenwelt (vgl. Peters 2013: 80). In diesem Zusammenhang bemühen sich auch die Kommunen unter Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten, die Natur zu schützen. Daraus ergibt sich, dass sowohl die Produktebene „712 Gewässerschutz und –pflege“ als auch die Produktebene „713 Umweltschutz“ zu berücksichtigen sind. Außerdem ist der

lokale Hochwasser- und Küstenschutz eine hoheitliche Aufgabe der Kommunen (vgl. Brinkmann und Heinrichs 2014: 506). Weitere typische kommunale Aufgabenfelder sind die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und die Beseitigung von Siedlungsabfällen. Daher müssen neben der Produktebene „732 Küstenschutz und Hochwasserschutz“ noch die beiden Produktebenen „721 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ sowie „722 Abfallwirtschaft“ erwähnt werden.

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte – CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – CO₂-Ausstoß des Verkehrs – Luftqualität – Feinstaubbelastung
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Kernindikator	– Trinkwasserverbrauch
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Naturschutzflächen – Landschaftsqualität und Artenvielfalt – Vorkommen der Mehlschwalbe – Fließwasserqualität – Nitratbelastung – Restmüll – Recyclingquote

Dimension	Soziales
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Lärmbelastung – Kinder mit Übergewicht – Raucherquote – Hausärztliche Versorgung

4.4.9 Wirtschaft und Arbeit (PB 8)

Zwar besitzen Kommunen nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten mit Blick auf die Fachebene „Wirtschaft und Arbeit“. Sie organisieren jedoch die Wirtschaftsförderung, indem sie Gewerbeflächen ausweisen, Verkehrsinfrastrukturen vorhalten, steuerliche Anreize für Unternehmensansiedlungen bieten und damit die Attraktivität der jeweiligen Kommune als Wirtschaftsstandort hervorheben. Folglich haben die Produktebenen „821 Wirtschaftsordnung“ sowie „822 Wirtschaftspolitik“ auch für Kommunen Bedeutung. Im Rahmen der Daseinsvorsorge besteht ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld für kommunale Versorgungsunternehmen in der Energieversorgung der ansässigen Unternehmen und Bevölkerung (vgl. z. B. die Produktebene „831 Energiepolitik und Energieversorgung“).

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Arbeitsplatzzentralität
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Breitbandversorgung – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte – Existenzgründung – Gewerbe- und Einkommensteuer – Bruttoinlandsprodukt

	<ul style="list-style-type: none"> – EMAS-zertifizierte Unternehmen – Flächenbedarf von Arbeitsplätzen – Stickstoffüberschuss
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Anlageinvestitionen – Patente – Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen – Ökologische Landwirtschaft

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Erneuerbare Energie – Fotovoltaik – Solarthermische Anlagen – Energieverbrauch der privaten Haushalte – Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – Energieverbrauch des Verkehrs – Energieproduktivität

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften – Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung

4.4.10 Finanzwirtschaft (PB 9)

Bei der Fachebene 9 „Finanzwirtschaft“ sollte vor allem auf die Produktebene „991 Zentrale Finanzierung“ u. a. mit dem Produkt „Steuern“ verwiesen werden. Zu den Haupteinnahmequellen der Kommunen gehören die Gewerbesteuer, ein Teil der Einkommensteuer sowie die laufenden Zuweisungen der Länder.

Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Liquiditätskredite – Schuldendeckungsquote – Verschuldung – Bruttoinvestitionen
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.5 Indikatoren nach Querschnittsthemen

4.5.1 Kinder- und Jugendgerechtigkeit

Kinder- und Jugendgerechtigkeit betont die Verbindlichkeit der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Als Grundlage für das Querschnittsthema Kinder- und Jugendgerechtigkeit dient die 1989 von der UN-Generalversammlung angenommene UN-Kinderrechtskonvention (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014) oder der Vertragstext „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“.

Im Vertragstext kommen wesentliche Grundrechte bzw. -haltungen zum Ausdruck. Zu den erwähnenswerten Beispielen zählen „Artikel 2 – Achtung der Kindesrechte; Diskriminierungsverbot“, „Artikel 3 – Wohl des Kindes“ und „Artikel 6 – Recht auf Leben“. Allgemein richtet sich die UN-Kinderrechtskonvention nach den Prinzipien Schutz, Versorgung und Beteiligung. So sollen Kinder (und Jugendliche) vor Gewalt, Misshandlungen, wirtschaftlicher Ausbeutung und Suchtstoffen (Artikel 19, 32, 33) geschützt werden, während ihnen gleichzeitig das Recht auf Gesundheitsvorsorge, soziale Sicherheit, Bildung, Berufsausbildung und Beteiligung am kulturellen Leben (Artikel 24, 26, 28, 31) gegeben wird. In den deutschen Kommunalverfassungen oder Gemeindeordnungen finden sich jedoch keine einheitlichen Regelungen bzgl. der Beteiligungsrechte von Kindern bzw. Jugendlichen.

Neben diesen Aspekten, der Schulbildung oder den Ausbildungsperspektiven sind im Hinblick auf Kinder- und Jugendgerechtigkeit zudem die Mobilitätsmöglichkeiten relevant. Kinder und Jugendliche sind hier in erster Linie auf den ÖPNV sowie den Fahrrad- und Fußverkehr angewiesen.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Arbeitsplatzzentralität – Auszubildende – Ausbildungsplätze – Ausbildungsbetriebsquote

Dimension	Ökologie
Thema	Mobilität
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Modal Split – Fahrradwege – Erschließung mit Bus und Bahn – Barrierefreiheit des ÖPNV – Barrierefreiheit der Haltestellen

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	– Kommunaler Wohnungsbau
Perspektivischer Kernindikator	– Spielplatzflächen

Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Kinder mit Übergewicht – Raucherquote
Thema	Bildung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Schulabbrecherquote – Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife – Exklusionsquote
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Angebot und Erreichbarkeit von Schulen – Breitbandversorgung der Schulen – WLAN-Versorgung der Schulen – IT-Ausstattung an Schulen
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

Dimension	Governance
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten

4.5.2 Altersgerechtigkeit

Das Querschnittsthema „Altersgerechtigkeit“ bezieht sich im Monitor Nachhaltige Kommune auf noch im Arbeitsprozess stehende Senioren und Rentner. Folglich orientieren sich beispielsweise „altersgerechtes Arbeiten“, aber auch „altersgerechte Mobilität“ oder „altersgerechtes Wohnen“ an den Bedürfnissen älterer Menschen in Kommunen, die möglicherweise mit altersbedingten Einschränkungen konfrontiert sind. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz ist es für Senioren z. B. relevant, wie die Arbeitszeiten gestaltet sind, ob ergonomische Hilfestellungen existieren oder ob es allgemein barrierefreie Arbeitsbedingungen gibt. Die Barrierefreiheit ist außerdem ein zentraler Faktor beim altersgerechten Wohnen oder bei den altersgerechten Mobilitätsmöglichkeiten. Hierbei ist Barrierefreiheit nicht mit Altersgerechtigkeit gleichzusetzen.

Altersgerechtes Wohnen zeichnet sich nicht nur durch eine barrierefreie Ausgestaltung der Immobilie aus, sondern auch durch ein Betreuungsangebot für Ältere (z. B. ein Notrufsystem) sowie eine optimale Wohnlage mit Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel oder essenzielle Infrastruktureinrichtungen (z. B. Lebensmittelgeschäfte oder Arztpraxen). Ebenfalls wichtig sind für dieses Querschnittsthema die momentane Beschäftigungssituation für Ältere, die Nähe des Arbeitsplatzes zum Wohnort, gesundheitsbezogene Sachverhalte, Pflegeangebote sowie kulturelle und gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Arbeitsplatzzentralität

Dimension	Ökologie
Thema	Mobilität
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Modal Split – Fahrradwege – Erschließung mit Bus und Bahn

	<ul style="list-style-type: none"> – Barrierefreiheit des ÖPNV – Barrierefreiheit der Haltestellen
Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	– Kommunaler Wohnungsbau
Perspektivischer Kernindikator	– Wohnungsnahe Grundversorgung
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung – Plätze in Pflegeheimen
Perspektivischer Kernindikator	– Hausärztliche Versorgung
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden
Dimension	Governance
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten

4.5.3 Geschlechtergerechtigkeit

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bezeichnet in einer Hintergrundmeldung (2016) Geschlechtergerechtigkeit als ein Leitbild, das dazu anhält, bei Regelungen, Vorhaben oder Entscheidungen auf administrativer, politischer und gesellschaftlicher Ebene zu berücksichtigen, dass diese sich auf unterschiedliche Weise auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken können. Hierbei geht man nicht von einer geschlechtsneutralen Wirklichkeit aus. Insgesamt soll dieses Vorgehen dabei helfen, zielgenauere politische Maßnahmen zu treffen oder eine effektivere Gleichstellungspolitik zu betreiben.

Generell berührt das Leitprinzip der Geschlechtergerechtigkeit auch auf kommunaler Ebene alle Bereiche des öffentlichen Lebens, ob es sich um die Arbeitsplatzsituation, berufliche Perspektiven, gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten, die Einkommensverteilung, die allgemeine Lebenssituation oder Leistungen im Bildungsbereich handelt. Zugleich betrifft die Geschlechtergerechtigkeit das Familienleben oder die Rollenverteilung der Eltern in den Familien. Die Geschlechtergerechtigkeit stellt somit ein typisches Querschnittsthema dar und ist eng mit dem Konzept des „Gender Mainstreaming“ verknüpft.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Arbeitsplatzzentralität – Auszubildende – Ausbildungsplätze – Ausbildungsbetriebsquote
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
	Keine relevanten Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	– Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung – Plätze in Pflegeheimen
Thema	Bildung
Kernindikatoren	– Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Schulabbrecherquote – Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife – Exklusionsquote
Perspektivischer Kernindikator	– Angebot und Erreichbarkeit von Schulen
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	– Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung – Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen – Frauenanteil in der Kommunalpolitik – Männeranteil in Elternzeit – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	– Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten

4.5.4 Ausländer-/Migrantengerechtigkeit

In einer migrantengerechten Kommune haben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund die gleichen gesellschaftlichen Teilhabechancen. Dies umfasst u. a. die Möglichkeit, in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Ausbildung zu partizipieren oder kommunale Angebote wahrzunehmen, ohne Diskriminierungen ausgesetzt zu sein. Menschen mit Migrationshintergrund sollen darüber hinaus ggf. durch Integrationshilfe dazu befähigt werden, selbstständig und diskriminierungsfrei ihr Leben zu gestalten. Dieses Querschnittsthema untersucht demnach Faktoren, die Auswirkungen auf die Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund haben können.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	– Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Arbeitsplatzzentralität – Auszubildende – Ausbildungsplätze – Ausbildungsbetriebsquote

Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	– Kommunaler Wohnungsbau
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung – Plätze in Pflegeheimen
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

Dimension	Governance
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten

4.5.5 Behindertengerechtigkeit

Unter Behindertengerechtigkeit werden Bedingungen oder Begebenheiten, die den Anforderungen und Bedürfnissen der Menschen mit Einschränkungen entsprechen, verstanden. Häufig wird im Kontext der Behindertengerechtigkeit der Begriff „Barrierefreiheit“ verwendet. Trotz vielfältiger Gemeinsamkeiten zwischen den Begriffen sollte man Barrierefreiheit nicht mit Behindertengerechtigkeit gleichsetzen. Behindertengerechtes Wohnen setzt gleichwohl die barrierefreie Gestaltung oder Ausstattung einer Immobilie voraus (z. B. breite Türen). Das Gleiche gilt für Verkehrswege, die barrierefrei ausgestaltet werden müssen, um Menschen mit Handicaps einen optimalen Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Eine wichtige Voraussetzung für die Behindertengerechtigkeit ist auch die Diskriminierungsfreiheit. Körperlich wie geistig Behinderte sollen dementsprechend Teilhabechancen auf der ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Ebene erhalten.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Arbeitsplatzzentralität – Auszubildende – Ausbildungsplätze – Ausbildungsbetriebsquote
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte

Dimension	Ökologie
Thema	Mobilität
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Modal Split – Fahrradwege

	<ul style="list-style-type: none"> – Erschließung mit Bus und Bahn – Barrierefreiheit des ÖPNV – Barrierefreiheit der Haltestellen
--	---

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	– Kommunaler Wohnungsbau
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung – Plätze in Pflegeheimen
Perspektivischer Kernindikator	– Hausärztliche Versorgung
Thema	Bildung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Schulabbrecherquote – Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife – Exklusionsquote
Perspektivischer Kernindikator	– Angebot und Erreichbarkeit von Schulen
Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung – Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen – Frauenanteil in der Kommunalpolitik – Männeranteil in Elternzeit – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten

4.6 Indikatoren nach Nachhaltigkeitsagenden

Im Kapitel „Resilient Cities“ seines Buches *The Age of Sustainable Development* definiert der Ökonom Jeffrey D. Sachs (2015) nachhaltige (Groß-)Städte als ökonomisch produktiv, sozial wie politisch inklusiv und umweltverträglich. Die urbanen Agglomerationsräume sollen demnach wirtschaftliche Aktivitäten fördern und sicherstellen, dass alle Bürger von der ökonomischen Entwicklung profitieren können. Dabei sollen die Städte umweltschonend vorgehen, um die Biodiversität zu erhalten, die Luft und das Wasser vor Verschmutzung zu schützen sowie die körperliche Gesundheit und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Schließlich ist Sachs zufolge urbane Nachhaltigkeit – mit den Hauptmerkmalen der wirtschaftlichen Produktivität, sozialen Inklusion und Umweltverträglichkeit – von bestimmten Gegebenheiten abhängig. Hierzu zählen u. a. eine produktive Infrastruktur, soziale Mobilität und Bildung sowie die Verminderung des „ökologischen Fußabdrucks“ (z. B. Reduzierung des Treibhausgasausstoßes) (vgl. ebd.: 366 f.).

Sachs' Definition ist eher allgemein gehalten. Im Gegensatz dazu betonen die nachfolgend beschriebenen Nachhaltigkeitsagenden bestimmte Aspekte, Dimensionen, Themen und Indikatoren des Monitorberichts. Obwohl sicherlich zwischen einigen Nachhaltigkeitsagenden Gemeinsamkeiten auftreten, unterscheiden sie sich grundlegend in ihrer Schwerpunktsetzung voneinander, indem sie auf unterschiedliche Weise Antworten auf zentrale Herausforderungen der Gegenwart geben.

4.6.1 Inklusive Kommune

Nicht selten wird eine inklusive Kommune mit einem behindertengerechten Ort in Verbindung gebracht. Tatsächlich fokussieren sich auf Inklusion ausgerichtete „Modellkommunen“ z. T. auf die Interaktion von Menschen mit und ohne Handicaps. Aber der Begriff der Inklusion kann weiter gefasst und auch auf andere gesellschaftliche Gruppen ausgedehnt werden.

Im weiteren Sinn bemüht sich eine inklusive Kommune darum, dass jeder Bürger die Chance hat, gleichberechtigt an allen kommunalen Angeboten oder Abläufen barrierefrei zu partizipieren – unabhängig vom sozialen Status, der Herkunft, dem Geschlecht, dem Alter und/oder den persönlichen Einschränkungen (vgl. KGSt[®]-FORUM 2014). Insofern schließt die inklusive Kommune alle Querschnittsthemen mit ein (Kinder- und Jugendgerechtigkeit, Altersgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Ausländer-/Migrantengerechtigkeit und Behindertengerechtigkeit). Alles in allem kommt den Begriffen Zugang, Teilhabe, Chancengerechtigkeit und soziale Eingliederung in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu. Aufgrund der Bemühungen, Inklusion voranzutreiben, zielt die inklusive Kommune darauf ab, in verschiedenen Dimensionen zur Nachhaltigkeit beizutragen.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	– Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Thema	Bildung
Kernindikator	– Exklusionsquote

Thema	Kultur
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung – Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen – Frauenanteil in der Kommunalpolitik – Männeranteil in Elternzeit – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen

4.6.2 Familiengerechte Kommune

Trotz der gegenwärtigen Transformation des Familienbildes bleibt die Familie ein Fundament der menschlichen Gesellschaft, auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Für die Kommunen haben Familien ebenfalls eine besondere Bedeutung, denn sie sorgen für die Zukunftsfähigkeit der örtlichen Gemeinschaft, das Arbeitskräftepotenzial und zusätzliche Kaufkraft (vgl. Audit Familiengerechte Kommune 2015: 6, 9). Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung ist eine familiengerechte Ausrichtung auf kommunaler Ebene also von besonderer Bedeutung.

Im Zusammenhang mit dem Prinzip der Familiengerechtigkeit oder einer familiengerechten Kommune werden u. a. die von den Familien erbrachten Leistungen anerkannt und entsprechend der jeweiligen kommunalen Handlungsspielräume Anstrengungen unternommen, familienfördernde Lebens- und Rahmenbedingungen zu schaffen (vgl. ebd.: 12). Potenziell entscheidend dabei sind eine familienfreundliche Grundhaltung, die in einem entsprechenden Leitbild zum Ausdruck kommen kann, familienrelevante Infrastrukturen, Angebote und weitere Faktoren, wie z. B. Schulen bzw. Schulangebote, Kinderbetreuungsplätze, Spielplätze, Sportvereine und bezahlbarer Wohnraum. Für ältere Familienmitglieder und ihre Angehörigen ist aber auch die Zahl der Plätze in Pflegeeinrichtungen ein relevanter Faktor (vgl. z. B. Lisakowski et al. 2015: 32–33, 56 f.). Die Attraktivität von Kommunen für Familien kann außerdem davon abhängen, ob der Arbeitsplatz zügig zu erreichen ist und familienfreundliche Unternehmen vor Ort ansässig sind.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikator	– Arbeitsplatzzentralität
Thema	Wirtschaftsstruktur
Perspektivischer Kernindikator	– Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen

Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Kommunaler Wohnungsbau – Naherholungsflächen
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikator	– Plätze in Pflegeheimen
Thema	Bildung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)

4.6.3 Umweltgerechte Kommune

„Umwelt“ ist ein fundamentaler Bestandteil jeder Nachhaltigkeitsstrategie und jeder Debatte über Nachhaltigkeit. Häufig geht es dabei um Umweltschutz oder Umweltverträglichkeit. Jedoch hat die Umweltgerechtigkeit im kommunalen Kontext einen anderen Hintergrund, wie aus dem Difu-Bericht „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ (vgl. Böhme und Bunzel 2014) hervorgeht. So werden bestimmte urbane Gebiete, Quartiere und deren Bewohner im Verhältnis mit einem Mehrfachen an Belastungen bzw. einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert. Sie reichen von Umweltproblemen, welche die Gesundheit beeinträchtigen (u. a. Verkehrslärm und Feinstaub), bis hin zu sozialen Benachteiligungen. Hieran erkennt man nicht nur mögliche Wechselbeziehungen zwischen der ökologischen und sozialen Dimension. Vielmehr wird eine entscheidende Ebene der umweltgerechten Kommune deutlich – die soziale Umwelt.

Ein Ziel der Umweltgerechten Kommune umfasst einerseits die deutliche Reduzierung und die Vermeidung der gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen. Der Gesundheitszustand, die Wohnsituation, die Versorgungslage sowie die sozialen Umstände sollen verbessert und eine umweltfreundlichere Mobilität soll gewährleistet werden. Ein weiteres Ziel besteht darin, allen Einwohnern einen fairen Zugang zu Naherholungsflächen, Spielplätzen oder anderen Umweltressourcen zu ermöglichen.

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Luftqualität – Feinstaubbelastung

Thema	Mobilität
Kernindikator	– Motorisierungsgrad
Perspektivischer Kernindikator	– Umweltfreundlicher MIV
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Fließwasserqualität – Nitratbelastung

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Perspektivischer Kernindikator	– Einkommensverteilung
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Kommunaler Wohnungsbau – Naherholungsflächen
Perspektivischer Kernindikator	– Spielplatzflächen
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikator	– Vorzeitige Sterblichkeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Lärmbelastung – Raucherquote
Thema	Sicherheit
Kernindikator	– Verunglückte im Verkehr

4.6.4 Resiliente Kommune

Unter Resilienz versteht man die Fähigkeit eines Systems, sich – trotz extern auftretenden Störungen und Veränderungen – selbst zu erhalten und Strukturen der Selbstorganisation zu bewahren (vgl. Kopatz 2015: 105). In seinem bereits erwähnten Buch *The Age of Sustainable Development*

verwendet Sachs „resilience“ (englisch: Widerstandsfähigkeit, Belastbarkeit) in erster Linie im Zusammenhang mit der Bereitschaft, sich in den Städten auf verändernde Umweltbedingungen einzustellen und Vorsorge dafür zu treffen (vgl. ebd.: 367, 378 f.). Doch genau genommen berührt die resiliente Kommune alle Dimensionen der Nachhaltigkeit. Bezeichnenderweise lautet eine epochenüberdauernde Definition von Nachhaltigkeit folgendermaßen: „(Nachhaltigkeit) bezeichnet, was standhaft, was tragfähig ist, was auf Dauer angelegt ist, was resilient ist, und das heißt: gegen den ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenbruch gefeit“ (Grober 2010: 14, zit. n. Michelsen et al. 2014: 4). Eine resiliente Kommune ist demgemäß widerstandsfähig oder belastbar gegenüber ökonomischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen, Krisen, Problemen oder Schwierigkeiten. In einer solchen krisenfesten Kommune funktioniert das Leben also selbst in turbulenten Zeiten ohne große Beeinträchtigungen (vgl. Kopatz 2015: 105).

Insgesamt zeichnet sich eine resiliente Kommune durch gute frühkindliche Bildungsmöglichkeiten, Schulerfolge, eine moderne oder digitale Versorgung, eine starke Wirtschaft mit einer guten Beschäftigungssituation, geringe Arbeitslosigkeit, hohe Investitionsanreize sowie gesellschaftliche und politische Stabilität aus, was in Form von Partizipationsmöglichkeiten (z. B. Wahlen) zum Ausdruck kommen kann. Darüber hinaus weist sie idealerweise einen hohen Sicherheitsgrad, einen soliden Haushalt und eine gesunde Bevölkerung auf. Im Hinblick auf ökologische Aspekte strebt sie zudem eine Verringerung der Umweltverschmutzung und die Bewahrung der Biodiversität an.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenquote – Langzeitarbeitslosigkeit – Beschäftigungsquote – Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“)
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikator	– Breitbandversorgung
Perspektivischer Kernindikator	– Anlageinvestitionen

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte – CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – CO₂-Ausstoß des Verkehrs
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Naturschutzflächen – Landschaftsqualität und Artenvielfalt – Vorkommen der Mehlschwalbe

Dimension	Soziales
Thema	Armut
Kernindikator	– SGB-II-/SGB-XII-Quote
Thema	Gesundheit und Pflege
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Vorzeitige Sterblichkeit – Lebenserwartung
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Lärmbelastung – Kinder mit Übergewicht – Raucherquote – Hausärztliche Versorgung
Thema	Sicherheit
Kernindikator	– Verunglückte im Verkehr
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Gewaltkriminalität – Wohnungseinbruchdiebstahl – Rechtsextremismus
Thema	Bildung
Kernindikatoren	– Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige)

	<ul style="list-style-type: none"> – Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Schulabbrecherquote – Schulabgänger mit Fachhochschulreife/Hochschulreife
--	--

Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Liquiditätskredite – Schuldendeckungsquote – Verschuldung – Bruttoinvestitionen

Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung an Wahlen – Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten – Vereine

4.6.5 Sharing Kommune

Allgemein basiert die „sharing city“ bzw. – allgemein – die Sharing-Kommune (oder deutsch: die Teilende Kommune) auf der sogenannten „sharing economy“. Bendel beschreibt die „sharing economy“ als „das systematische Ausleihen von Gegenständen und gegenseitige Bereitstellen von Räumen und Flächen, insbesondere durch Privatpersonen und Interessengruppen“ (Gabler Wirtschaftslexikon). Mit anderen Worten nutzen Konsumenten im Sinne der „Ökonomie des Teilens“ das Eigentum eines Anbieters oder von Anbietern meist vorübergehend. Zentrale Bedeutung hat dabei der „Gemeinschaftskonsum“ (ebd.). Für die Verbreitung solcher Wirtschaftsmodelle sorgen vor allem die elektronischen Plattformen, die sozialen Medien oder die digitalen Vernetzungen. Folglich ist die „Ökonomie des Teilens“ in besonderer Weise auf eine gute Breitbandversorgung und gute Online-Dienstleistungen angewiesen.

Auch auf städtischer oder kommunaler Ebene setzt man teilweise die „Ökonomie des Teilens“ um. Ein Beispiel ist die südkoreanische Hauptstadt Seoul, die aufgrund eines hohen Anteils an Breitband-Anschlüssen und einer Mentalität, die das Teilen von Gütern fördert, für die Umsetzung dieses Modells prädestiniert ist (vgl. Strobel 2016).

Eine Sharing Kommune stützt sich auf eine exzellente Breitbandversorgung und lässt sich durch das Teilen von öffentlichen Gütern oder Angeboten (z. B. Parkplätzen), Carsharing-Modelle, verschiedene Partizipationsmöglichkeiten, ein Gemeinschaftsdenken und ein enges Netzwerk von Individuen charakterisieren. Mithilfe von Recycling wirkt eine Sharing Kommune auch der Ressourcenverschwendung entgegen. Darüber hinaus erlauben kommunale Online-Dienstleistungen oder die digitale Vernetzung eine wohnungsnah Grundversorgung und z. B. die Schaffung von Coworking Spaces, wodurch das Arbeiten zu Hause oder in der Nähe des Wohnorts möglich wird.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikator	– Arbeitsplatzzentralität
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikator	– Breitbandversorgung

Dimension	Ökologie
Thema	Mobilität
Kernindikator	– Motorisierungsgrad
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Restmüll – Recyclingquote

Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Kernindikator	– Naherholungsflächen
Perspektivische Kernindikatoren	– Wohnungsnahe Grundversorgung – Spielplatzflächen

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivischer Kernindikator	– Kommunale Online-Dienstleistungen
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivische Kernindikatoren	– Informelle Bürgerbeteiligung – Bürgerbegegnungsstätten – Vereine

4.6.6 Smarte Kommune

Die „Smarte Kommune“ leitet sich vom Begriff „Smart City“ ab. Laut Kaczorowski (2015) lassen sich verschiedene Hauptcharakteristika der Smart City bzw. der smarten (Groß-)Stadt herausfiltern (vgl. ebd.: 7). Insbesondere verfügt sie über eine intelligente und digital vernetzte Infrastruktur. Diese digitale Infrastruktur bietet die Möglichkeit, zu Hause oder nahe am Wohnort zu arbeiten (z. B. durch Cooking Spaces), ein breites Angebot an Online-Dienstleistungen wahrzunehmen oder eine wohnungsnahe Grundversorgung zu verwirklichen.

Auf Basis von intelligenten Stromnetzen und Zählern sollen in einer smarten Stadt des Weiteren beispielsweise der CO₂-Ausstoß verringert, der Energieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz erhöht werden. Schließlich möchte eine Smart City ferner ihre Bürger zur aktiven Partizipation oder zur gesellschaftlichen Teilhabe ermutigen (vgl. ebd.). An dieser Stelle sei noch auf ein anderes Leitziel der Smarten Stadt hingewiesen: die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit und des Innovationspotenzials (vgl. Kaczorowski 2014: 24). Aus diesem Grund ist z. B. nicht nur eine erstklassige IT-Ausstattung in Bildungseinrichtungen notwendig, sondern auch eine innovative Forschung und ein hoch qualifiziertes Personal.

Das Konzept der Smart City und sogenannten „Smart City“-Lösungen sind grundsätzlich zu einem gewissen Grad auf Kommunen verschiedener Größenordnung übertragbar (vgl. ebd.: 20 f.; Handschuh 2015: 10). Demzufolge kann man von einer „Smarten Kommune“ sprechen. Grundvoraussetzung ist aber ein leistungsfähiges Netz.

Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Kernindikator	– Arbeitsplatzzentralität
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	– Breitbandversorgung – Beschäftigung im Forschungsbereich – Hochqualifizierte
Perspektivischer Kernindikator	– Patente

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	– CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte – CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs – Energieverbrauch der privaten Haushalte – Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen

	<ul style="list-style-type: none"> – Energieverbrauch des Verkehrs – Energieproduktivität
Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Wohnungsnahe Grundversorgung
Thema	Gesundheit und Pflege
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Hausärztliche Versorgung
Thema	Bildung
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Breitbandversorgung der Schulen – WLAN-Versorgung der Schulen – IT-Ausstattung an Schulen

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Kommunale Online-Dienstleistungen
Thema	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement
Perspektivischer Kernindikator	<ul style="list-style-type: none"> – Informelle Bürgerbeteiligung

4.6.7 Faire Kommune

Die „Faire Kommune“ verfährt nach dem Motto: „Global denken, lokal handeln“ (vgl. Kekeritz 2016: 2 ff.). Sie versteht sich als Teil von globalen Zusammenhängen (auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene) und übernimmt sowohl lokale als auch globale Verantwortung, indem sie sich bei der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen sowie in ihrer Verwaltung nach ethischen, ökologischen und „Fair Trade“-Prinzipien richtet. Weitere Charakteristika dieser Nachhaltigkeitsagenda sind u. a. das Engagement im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die Pflege von Städtepartnerschaften mit Kommunen in Entwicklungsländern und die Unterstützung von Migranten bei der Integration. Weil sie davon ausgeht, dass sich das Handeln vor Ort auf das weltweite Geschehen auswirkt oder globale Konsequenzen nach sich zieht, setzt sich die „Faire Kommune“ für den Klimaschutz, eine Steigerung der Energieeffizienz, einen geringen Energieverbrauch, eine nachhaltige Landwirtschaft und ein umweltverträgliches Wirtschaften ein.

Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – EMAS-zertifizierte Unternehmen – Stickstoffüberschuss
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen – Ökologische Landwirtschaft

Dimension	Ökologie
Thema	Klima und Energie
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – CO₂-Ausstoß der privaten Haushalte – CO₂-Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – CO₂-Ausstoß des Verkehrs – Energieverbrauch der privaten Haushalte – Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen – Energieverbrauch des Verkehrs

Dimension	Governance
Thema	Verwaltung und Ratsarbeit
Perspektivische Kernindikatoren	<ul style="list-style-type: none"> – Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften – Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung
Thema	Eine-Welt-Engagement
	Zurzeit keine Kernindikatoren oder perspektivischen Kernindikatoren vorhanden

4.7 Exemplarische Auswertung und Analyse

Im Folgenden werden exemplarisch Möglichkeiten zur statistischen Auswertung und Analyse des Indikatorenkatalogs, insbesondere der Zusammenhänge der Indikatoren untereinander, aufgezeigt. Beispielhafte Auswertungen auf der Ebene einzelner Indikatoren finden sich in Berichtsteil 2.

Um mögliche Ansätze der Analyse des Indikatorenkatalogs zu veranschaulichen, wird beispielhaft auf Daten aus dem Jahr 2010 zurückgegriffen, da es sich hierbei um das Jahr mit der größten Übereinstimmung hinsichtlich der Datenverfügbarkeit handelt. Aus diesen Gründen sind die beiden Indikatoren Breitbandversorgung und EMAS-zertifizierte Unternehmen nicht in die Analysen eingegangen, da diese zum Auswertungszeitpunkt nur für die Jahre 2015 bzw. 2016 vorlagen. Insgesamt wurden also 35 Indikatoren ausgewertet.

4.7.1 Korrelationsanalyse

Die einfachste und schnellste Möglichkeit, einen Eindruck von dem Zusammenhang der Indikatoren untereinander zu erhalten, ist eine Korrelationsmatrix. Sie zeigt tabellarisch die Korrelationen zwischen je zwei Indikatoren x und y , d. h. die Stärke und Richtung ihres (linearen) Zusammenhangs. Ein Korrelationskoeffizient r kann Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen. Eine Korrelation von $r = 0$ zeigt auf, dass zwischen zwei Indikatoren kein Zusammenhang besteht, d. h. sie sind statistisch völlig unabhängig voneinander. Bei einem positiven Zusammenhang wird y tendenziell größer (bzw. kleiner), wenn x größer (kleiner) wird – und zwar umso „wahrscheinlicher“, je stärker der Zusammenhang ist. Bei einem „perfekten“ positiven Zusammenhang von $r = 1$ ließe sich die Veränderung in einem Indikator exakt durch die Veränderung im anderen Indikator vorhersagen, auch wenn deren Ausgangsniveaus verschieden sind (z.B. wenn die Körpergrößen derselben Personen in zwei verschiedenen, aber exakt umrechenbaren Maßen angegeben sind). Bei einem negativen Zusammenhang wird y tendenziell kleiner (bzw. größer), wenn x größer (kleiner) wird, und auch hier gilt, dass bei einer „perfekten“ negativen Korrelation von $r = -1$ die Änderung in einem Indikator exakt durch die Änderung im anderen vorhersagbar ist.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die Spielplatzwippe: Die Distanz, mit der sich das eine Sitzende nach oben bewegt („höher wird“), entspricht genau dem Maß, mit dem sich das andere Ende in Richtung Boden bewegt („niedriger wird“). Es ist allerdings sehr wichtig, eine Korrelation nicht als Ursache-Wirkung-Zusammenhang zu verstehen, denn anders als im Beispiel der Wippe *bedingt* eine Änderung in einem Indikator nicht immer eine Veränderung im anderen. In vielen Fällen sind Korrelationen vielmehr auf rechnerisch nicht einbezogene, dritte Merkmale zurückzuführen (ein viel zitiertes Beispiel ist der Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Anzahl von Störchen in einer Region, der auf den Industrialisierungsgrad zurückgeht, da sich über lange Zeit sowohl Störche als auch Familien eher im ländlichen Bereich angesiedelt haben).

Im Indikatoren-Set des Monitors Nachhaltige Kommune gehen einige Korrelationen eher auf strukturelle Merkmale (z. B. Größenordnung der Kommune, Bundesland oder Finanzkraft) zurück als auf direkte Ursache-Wirkung-Zusammenhänge, die nur durch Plausibilitätsüberlegungen und ergänzende statistische Verfahren begründet werden können. Um diesen Sachverhalt zu veranschaulichen, haben wir drei Korrelationsmatrizen erstellt.

Abb. 27 zeigt die Korrelationen der Kernindikatoren für alle erhobenen Städte und Gemeinden (d. h. ohne Kreise). Da die Daten in sehr unterschiedlichem Umfang vorliegen, basieren diese Korrelationskoeffizienten auf sehr unterschiedlich großen Stichproben, die kleinste davon $n = 50$ bei der Korrelation zwischen der Ausbildungsbetriebsquote und der Beschäftigung im Forschungsbereich. Insgesamt wird ersichtlich, dass einige Indikatoren, wie die Arbeitslosenquote, die Hochqualifizierten oder die vorzeitige Sterblichkeit, mit einigen anderen Indikatoren stärkere Zusammenhänge aufweisen und damit eine höhere „Verflechtung“ haben als beispielsweise die Beschäftigungsquote, die Exklusionsquote oder die Schuldendeckungsquote.

Exemplarisch sei im Folgenden auf die Korrelationen der Arbeitslosenquote (erste Spalte) mit dem Motorisierungsgrad, der SBG-II-/SGB-XII-Quote, den Naherholungsflächen und der Betreuung von Kindern unter drei Jahren verwiesen. Während wir von einer ursächlichen Wirkung der Arbeitslosenquote auf den Anteil von Sozialleistungsempfängern ausgehen, vermuten wir hinter den Zusammenhängen mit den anderen drei genannten Indikatoren hingegen eher kausale Effekte nicht erfasster dritter Merkmale – beispielsweise Agglomerationseffekte. Aus diesem Grund haben wir eine zweite Korrelationsmatrix erstellt, die in Abbildung 28 dargestellt ist und die Korrelationen der Indikatoren in nur einer Größenklasse, hier der Städte zwischen 100.000 und unter 500.000 Einwohnern, enthält. Es zeigt sich, dass der Zusammenhang mit der SBG-II-/SGB-XII-Quote relativ stabil bleibt, während die Korrelationen mit Naherholungsflächen und dem Motorisierungsgrad leicht zurückgehen und der Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern unter drei Jahren verschwindet. Mit ergänzenden statistischen Verfahren (z. B. Partialkorrelationen oder multiplen Regressionen) ließen sich „dahinter liegende“ Strukturmerkmale untersuchen. Anders als die Höhe der Einwohnerzahl sind allerdings viele wichtige Strukturmerkmale, die den Korrelationen wahrscheinlich zugrunde liegen, nicht quantifizierbar (z. B. die topographische Beschaffenheit) und damit nicht in vergleichbaren Indikatoren abbildbar, oder es liegen uns entsprechende Statistiken nicht vor. Daher sind diese teils hohen oder kritischen Korrelationen, wie etwa der Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und der vorzeitigen Sterblichkeit, ohne tiefer gehende statistische Analysen und Literaturanalysen nicht interpretierbar.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34			
1 Arbeitslosenquote																																					
2 Langzeitarbeitslosigkeit	0,58																																				
3 Beschäftigungsquote	-0,28	-0,38																																			
4 Aufstocker	-0,04	-0,42	0,17																																		
5 Arbeitsplatzzentralität	-0,21	-0,42	-0,15	-0,01																																	
6 Auszubildende	-0,07	0,08	-0,29	-0,26	-0,08																																
7 Ausbildungsplätze	-0,45	-0,60	0,17	0,43	0,68	-0,37																															
8 Ausbildungsbetriebsquote	-0,32	-0,26	-0,19	-0,32	0,34	0,63	0,07																														
9 Beschäftigung im Forschungsbereich	-0,09	-0,04	0,15	0,33	-0,02	-0,41	0,25	-0,41																													
10 Hochqualifizierte	0,13	0,18	-0,05	0,07	0,42	-0,44	0,18	-0,64	0,60																												
11 Existenzgründung	-0,42	-0,19	-0,02	-0,14	0,21	-0,24	0,24	0,19	-0,10	0,15																											
12 Gewerbe- und Einkommensteuer	-0,28	-0,10	0,05	-0,07	0,45	-0,16	0,31	0,10	-0,05	0,37	0,43																										
13 Bruttoinlandsprodukt	-0,33	0,07	0,03	-0,30	0,37	-0,17	0,06	0,10	-0,06	0,37	0,35	0,76																									
14 Flächenbedarf Arbeitsplätze	-0,07	-0,11	-0,16	0,01	0,30	-0,24	0,37	-0,28	0,20	0,42	0,33	0,25	0,34																								
15 Stickstoffüberschuss	-0,09	-0,05	-0,16	-0,14	-0,08	0,37	-0,19	0,40	-0,20	0,30	-0,03	-0,12	-0,15	-0,11																							
16 Motorisierungsgrad	-0,50	-0,31	0,43	0,05	0,24	0,06	0,13	0,30	-0,36	-0,25	0,09	0,34	0,37	-0,07	-0,07																						
17 Flächenverbrauch	-0,17	0,42	-0,19	-0,05	0,32	-0,26	-0,28	0,02	-0,20	0,39	0,21	0,27	0,37	0,28	0,10	0,26																					
18 Intensität Flächennutzung	-0,03	-0,23	0,13	0,04	-0,19	0,30	0,12	0,17	-0,17	-0,34	-0,36	-0,21	-0,27	-0,28	-0,07	0,31	0,55																				
19 Trinkwasserverbrauch	-0,27	0,00	-0,25	-0,54	0,29	0,18	0,05	0,54	-0,32	-0,24	0,33	0,49	0,35	0,12	-0,19	0,22	0,44	-0,26																			
20 SGB II/XII-Quote	-0,56	0,54	-0,23	0,05	0,25	-0,09	-0,41	-0,41	-0,07	0,16	-0,44	-0,24	-0,27	-0,07	0,00	0,49	0,23	-0,01	-0,34																		
21 Kommunaler Wohnungsbau	-0,32	-0,42	0,01	0,05	0,03	0,03	0,32	0,16	0,05	0,05	0,35	0,15	0,24	0,05	0,04	0,22	0,12	-0,10	0,12	-0,29																	
22 Naherholungsflächen	0,33	0,14	0,11	0,11	-0,07	-0,09	0,02	-0,31	-0,04	-0,03	-0,29	-0,18	-0,17	-0,13	-0,34	-0,02	-0,18	0,50	-0,33	0,33	-0,11																
23 Vorzeitige Sterblichkeit	-0,63	0,27	-0,05	-0,30	-0,33	0,51	-0,45	0,05	-0,26	-0,47	-0,40	-0,42	-0,30	-0,59	0,17	-0,13	0,05	0,35	-0,11	0,62	-0,38	0,28															
24 Lebenserwartung	-0,31	0,06	-0,04	0,07	0,07	-0,50	0,15	-0,34	0,34	0,73	0,39	0,43	0,47	0,55	-0,15	-0,11	0,27	-0,58	0,02	-0,24	0,30	-0,15	-0,70														
25 Plätze in Pflegeheimen	-0,25	-0,37	-0,04	0,12	0,38	0,15	0,41	0,50	-0,24	-0,32	0,12	0,03	-0,17	-0,03	0,12	0,10	-0,15	0,21	0,18	-0,30	0,15	-0,14	-0,05	-0,36													
26 Verunglückte im Verkehr	-0,14	-0,53	-0,03	-0,02	0,27	0,10	0,43	0,50	-0,17	-0,04	0,39	0,14	0,14	0,01	0,02	0,25	-0,06	0,20	0,33	-0,11	0,11	0,02	-0,33	-0,02	0,49												
27 Betreuung von Kindern (<3)	-0,46	-0,15	0,38	0,37	0,17	-0,56	0,30	-0,05	0,37	0,37	-0,31	-0,22	-0,37	0,10	-0,33	-0,19	-0,01	-0,20	-0,64	0,49	-0,24	0,15	0,00	0,00	-0,13	-0,16											
28 Betreuung von Kindern (3-5)	-0,18	-0,16	0,11	0,13	0,18	-0,29	0,33	-0,21	0,28	0,22	-0,18	0,02	-0,23	0,15	-0,38	0,05	0,11	-0,28	-0,28	0,21	-0,06	-0,03	-0,12	-0,09	0,03	-0,10	0,41										
29 Schulabbruchquote	-0,18	-0,03	0,09	0,10	-0,17	-0,16	-0,12	-0,37	0,02	0,11	-0,02	-0,12	-0,10	-0,02	0,01	-0,22	0,13	-0,20	-0,29	0,22	-0,16	-0,02	0,08	0,02	-0,08	-0,03	0,15	-0,14									
30 Schulabg. mit (Fach)hochschulreife	-0,33	-0,23	-0,07	0,42	0,36	-0,50	0,48	-0,14	0,48	0,48	0,13	0,14	-0,11	0,35	-0,22	-0,06	-0,31	-0,08	-0,18	-0,33	0,30	0,06	-0,45	0,31	0,18	0,18	0,39	0,47	-0,20								
31 Exklusionsquote	-0,16	-0,08	0,12	0,23	-0,05	-0,13	0,05	-0,24	-0,21	-0,01	-0,25	-0,12	-0,27	-0,06	0,07	-0,19	-0,01	-0,02	-0,25	0,16	-0,07	0,18	0,12	-0,16	0,07	-0,10	0,37	0,20	0,39	0,00							
32 Liquiditätskredite	-0,21	0,48	-0,24	-0,15	0,04	0,04	-0,45	0,04	-0,16	0,05	-0,19	-0,05	-0,02	0,03	-0,18	0,06	0,24	-0,40	0,08	0,21	-0,12	-0,01	0,37	-0,20	-0,20	-0,05	-0,12	0,06	-0,18	-0,28	-0,18						
33 Schuldendeckungsquote	-0,02	0,08	-0,05	-0,03	-0,05	0,02	-0,09	0,07	-0,20	-0,03	0,02	0,02	0,03	0,01	-0,11	-0,02	0,02	-0,08	-0,03	0,02	0,00	0,07	-0,14	-0,12	0,02	-0,03	0,01	-0,01	-0,02	-0,02	0,06						
34 Verschuldung	0,41	0,41	-0,23	-0,07	0,27	-0,09	-0,26	-0,16	-0,10	0,27	-0,05	-0,01	0,04	0,13	-0,28	-0,25	0,31	-0,18	-0,06	0,41	-0,11	0,03	0,29	-0,03	-0,20	-0,05	0,26	0,15	-0,10	-0,14	-0,01	0,50	0,01				
35 Bruttoinvestitionen	0,12	-0,45	-0,01	0,00	0,48	-0,20	0,45	0,05	-0,07	0,31	0,33	0,39	0,21	0,20	0,00	0,12	0,19	-0,15	0,14	-0,14	0,08	0,03	-0,20	0,13	0,07	0,08	0,31	0,14	-0,10	-0,19	-0,01	-0,03	-0,03	0,31			

Abb. 27: Korrelationsmatrix des Indikatoren-Sets, alle kreisangehörigen und kreisfreien Städte und Gemeinden (Quelle: eigene Darstellung)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34			
1 Arbeitslosenquote																																					
2 Langzeitarbeitslosigkeit	-0,50																																				
3 Beschäftigungsquote	-0,30	-0,34																																			
4 Aufstocker	-0,33	-0,53	0,30																																		
5 Arbeitsplatzzentralität	-0,53	-0,50	-0,11	0,37																																	
6 Auszubildende	-0,57	0,28	-0,19	-0,35																																	
7 Ausbildungsplätze	-0,49	-0,59	0,05	0,63	0,72	-0,48																															
8 Ausbildungsbetriebsquote	-0,18	0,06	-0,40	-0,33	0,17	-0,55	-0,14																														
9 Beschäftigung im Forschungsbereich	-0,11	-0,10	0,15	0,41	0,02	-0,45	0,34	-0,39																													
10 Hochqualifizierte	-0,48	-0,26	0,06	0,59	0,52	-0,93	0,55	-0,46	0,59																												
11 Existenzgründung	-0,44	-0,33	0,11	0,01	0,25	-0,14	0,29	0,28	-0,23	0,10																											
12 Gewerbe- und Einkommensteuer	-0,65	-0,25	0,25	0,13	0,61	-0,30	0,31	0,27	-0,19	0,29	0,36																										
13 Bruttoinlandsprodukt	-0,48	-0,13	0,30	-0,14	0,46	-0,08	0,12	0,28	-0,13	0,23	0,35	0,77																									
14 Flächenbedarf Arbeitsplätze	-0,43	-0,14	-0,15	0,27	0,45	-0,56	0,44	-0,12	0,13	0,70	0,21	0,26	0,22																								
15 Stickstoffüberschuss	0,22	0,30	-0,19	-0,22	-0,33	0,34	-0,34	0,36	-0,16	-0,28	-0,01	-0,21	-0,23	-0,14																							
16 Motorisierungsgrad	-0,44	-0,14	0,44	0,04	0,36	-0,02	0,08	0,19	-0,35	-0,01	0,13	0,63	0,65	-0,05	-0,12																						
17 Flächenverbrauch	0,33	0,39	-0,27	-0,52	-0,33	0,25	-0,36	0,25	-0,34	-0,31	-0,03	-0,05	0,02	-0,17	-0,15																						
18 Intensität Flächennutzung	0,03	-0,22	0,20	0,22	0,22	0,29	0,14	-0,04	-0,07	-0,23	-0,15	0,05	0,07	-0,42	-0,14	0,37	-0,43																				
19 Trinkwasserverbrauch	-0,14	0,27	-0,24	-0,61	-0,10	-0,19	-0,16	0,54	-0,32	-0,36	0,26	0,28	0,19	-0,02	0,15	0,21	0,42	-0,30																			
20 SGB II/XII-Quote	0,34	0,41	-0,13	-0,22	-0,48	-0,49	-0,43	-0,33	-0,08	-0,39	-0,36	-0,56	-0,42	-0,38	0,10	-0,43	0,28	0,06	-0,24																		
21 Kommunaler Wohnungsbau	-0,56	-0,57	0,26	0,40	0,11	-0,26	0,40	0,20	0,07	0,18	0,34	0,40	0,21	0,10	-0,05	0,27	-0,27	0,34	-0,03	-0,53																	
22 Naherholungsflächen	-0,27	-0,16	0,13	0,25	0,04	0,11	0,13	0,42	0,06	-0,10	-0,19	-0,17	-0,16	-0,37	-0,30	0,04	0,11	0,61	-0,42	0,37	-0,01																
23 Vorzeitige Sterblichkeit	0,72	0,36	-0,06	-0,53	-0,49	0,57	-0,64	0,01	-0,20	-0,58	-0,37	-0,45	-0,27	-0,64	0,19	-0,17	0,35	0,12	0,08	0,69	-0,41	0,25															
24 Lebenserwartung	-0,74	-0,38	0,25	0,54	0,53	-0,65	0,59	-0,16	0,21	0,78	0,35	0,53	0,40	0,67	-0,22	0,20	-0,34	-0,13	-0,11	-0,65	0,37	-0,21	-0,94														
25 Plätze in Pflegeheimen	-0,33	-0,23	-0,06	0,05	0,29	-0,09	0,42	0,28	-0,15	-0,10	0,27	0,12	-0,13	0,14	-0,03	-0,07	0,07	0,03	0,15	-0,37	0,25	-0,11	-0,20	0,00													
26 Verunglückte im Verkehr	-0,38	-0,50	0,05	0,23	0,65	-0,20	0,48	0,20	-0,14	0,27	0,49	0,43	0,31	0,34	-0,21	0,06	-0,20	0,04	-0,09	-0,26	0,38	0,00	-0,37	0,36	0,39												
27 Betreuung von Kindern (<3)	-0,01	-0,36	0,15	0,71	0,20	-0,47	0,43	0,69	0,42	0,49	-0,18	-0,22	-0,34	0,08	-0,32	-0,18	-0,39	0,18	-0,68	0,08	0,16	0,53	-0,14	0,17	-0,03	0,01											
28 Betreuung von Kindern (3-5)	-0,27	-0,27	-0,03	0,46	0,28	0,34	0,35	-0,22	0,32	0,35	-0,16	0,01	-0,10	0,09	-0,28	0,06	-0,29	0,15	-0,24	-0,33	0,16	0,14	-0,29	0,25	0,05	-0,17	0,57										
29 Schulabbrecherquote	0,31	-0,06	0,08	-0,06	-0,12	0,33	-0,16	-0,20	-0,10	-0,16	-0,07	-0,20	-0,14	-0,14	0,05	-0,14	0,14	-0,09	-0,19	0,35	-0,13	0,12	0,35	-0,39	0,04	0,22	0,12	-0,22									
30 Schulabg. mit (Fach)hochschulreife	-0,50	-0,47	-0,07	0,67	0,56	-0,66	0,68	-0,30	0,51	0,70	0,02	0,25	-0,08	0,46	-0,18	-0,09	-0,49	0,00	-0,33	-0,48	0,37	0,03	-0,59	0,62	0,19	0,24	0,53	0,58	-0,21								
31 Exklusionsquote	0,30	-0,09	0,01	0,16	-0,09	0,01	0,00	-0,23	-0,23	-0,15	-0,20	-0,20	-0,34	-0,25	0,04	-0,24	0,14	0,10	-0,25	0,30	-0,05	0,39	0,21	-0,20	0,09	-0,01	0,42	0,19	0,47	-0,02							
32 Liquiditätskredite	0,47	0,46	-0,17	-0,46	-0,31	0,42	-0,48	0,16	-0,25	-0,36	-0,28	-0,21	-0,06	-0,19	-0,02	-0,12	0,31	-0,24	0,35	0,43	-0,38	-0,13	0,48	-0,41	-0,33	-0,24	-0,35	-0,23	-0,14	-0,49	-0,19						
33 Schuldendeckungsquote	-0,04	-0,11	-0,27	-0,23	-0,01	0,25	-0,04	0,34	-0,28	-0,19	0,10	-0,09	-0,04	-0,12	0,02	0,01	0,09	-0,03	0,03	-0,12	0,16	0,09	0,11	-0,12	-0,01	0,09	-0,09	0,08	0,03	-0,05	-0,03	0,21					
34 Verschuldung	0,30	0,26	-0,08	-0,34	-0,14	0,19	-0,26	-0,02	-0,27	-0,17	-0,17	-0,08	0,00	-0,17	-0,25	-0,24	0,31	-0,27	0,21	0,31	-0,27	0,01	0,39	-0,23	-0,27	-0,09	-0,16	-0,05	0,04	-0,27	0,02	0,76	0,28				
35 Bruttoinvestitionen	-0,56	-0,54	0,25	0,37	0,59	-0,44	0,49	-0,04	0,09	0,35	0,30	0,52	0,33	0,16	-0,22	0,23	-0,28	0,11	-0,25	-0,46	0,42	0,05	-0,34	0,38	0,33	0,63	0,23	0,05	0,17	0,45	0,05	-0,51	-0,17	-0,17			

Legende
Farb-
kodierung

Abb. 28: Korrelationsmatrix des Indikatoren-Sets, kreisangehörige und kreisfreie Städte und Gemeinden mit 100.000 bis unter 500.000 Einwohnern (Quelle: eigene Darstellung)

4.7.2 Faktorenanalyse

Um den Zusammenhängen von Indikatoren (d. h. der Struktur des Indikatorenraums) etwas mehr „auf den Grund“ gehen zu können, haben wir eine (explorative)⁹ Faktorenanalyse durchgeführt.

Faktorenanalysen sind eine Gruppe von Verfahren aus der multivariaten Statistik, die versuchen, eine größere Anzahl miteinander korrelierter Merkmale (manifeste Variablen bzw. in diesem Fall Indikatoren) auf eine kleinere Menge nicht direkt beobachtbarer Merkmale (latente Faktoren) zurückzuführen. Ein Faktor liegt demnach mehreren (inhaltlich ähnlichen) Indikatoren zugrunde; er erklärt die Variation dieser Indikatoren damit möglichst gut. Nach der Auswahl geeigneter Indikatoren wird im Rahmen einer Faktorenanalyse zunächst eine passende Anzahl an Faktoren identifiziert („extrahiert“), auf die die Indikatoren zurückgeführt werden können und die theoretisch in einem mehrdimensionalen Raum abgebildet werden können (wobei die Anzahl der Dimensionen der Anzahl der untersuchten Merkmale bzw. Indikatoren entspricht). In einem weiteren Schritt wird versucht, die inhaltliche Interpretation der Faktoren zu erleichtern. Dazu werden die Faktoren im n-dimensionalen Datenraum so gedreht („rotiert“), dass möglichst jeder Indikator nur einen hohen Wert auf *einem* bestimmten Faktor aufweist.

Für den Monitor Nachhaltige Kommune kann eine Faktorenanalyse dazu dienen, die im Indikatorenkatalog vorgeschlagene, nach theoretischen bzw. pragmatischen Vorüberlegungen gewählte Gliederung nach Dimensionen und Themen zu überprüfen und ggf. eine datenbasierte alternative Gliederungsstruktur zu finden. Wäre das Ziel, die hier definierten Kernindikatoren auf eine kleinere

⁹ Während bei einer explorativen Faktorenanalyse lediglich verdeckte Zusammenhangsstrukturen unter einer größeren Zahl von Einzelindikatoren ermittelt werden sollen, versucht eine konfirmatorische Faktorenanalyse (KFA) darüber hinaus, Hypothesen über mögliche Zusammenhangsstrukturen von Indikatoren zu testen. Wir haben auf die Durchführung einer KFA verzichtet, da an dieser Stelle lediglich ein erster Eindruck einer solchen Datenanalyse vermittelt werden soll.

Menge zu reduzieren, indem redundante Messinhalte ausgeklammert werden, könnte die Faktorenanalyse dazu ebenfalls Erkenntnisse liefern.

Die Faktorenanalyse wurde mit 33 von 35 möglichen Indikatoren durchgeführt. Auf die Indikatoren „Ausbildungsbetriebsquote“ (Thema „Arbeit und Beschäftigung“) und „Beschäftigung im Forschungsbereich“ (Thema „Wirtschaftsstruktur“) musste verzichtet werden, da diese beiden Indikatoren so viele Datenlücken aufweisen, dass nur für 36 Kommunen Werte in allen Indikatoren vorlagen. Ohne diese beiden Indikatoren wurde mit $n = 313$ Kommunen (Kreise und kreisfreie Städte) eine hinreichend große Stichprobe erreicht (siehe z. B. Guadagnoli und Velicer 1988, zitiert nach Bortz 1999).

Im Detail handelt es sich bei der hier gewählten Methode um eine sogenannte Hauptachsenanalyse mit schiefwinkliger Faktorenrotation (Promax, $\kappa = 4$).¹⁰ Eine Hauptachsenanalyse wurde gegenüber anderen Verfahren der explorativen Faktorenanalyse (z. B. Hauptkomponentenanalyse) vorgezogen, da das Ziel verfolgt wurde, die Faktoren als latente Variablen interpretieren zu können, welche die Korrelationen zwischen den Indikatoren erklären. Eine schiefwinklige (vs. orthogonale) Rotation ist dann angezeigt, wenn zu erwarten ist, dass die zugrunde liegenden Faktoren miteinander korrelieren (vs. voneinander unabhängig sind). Da wir davon ausgehen, dass wir „Nachhaltigkeitsfaktoren“ untersuchen, gehen wir aufgrund der Ganzheitlichkeit bzw. Querschnittlichkeit von Nachhaltigkeit von einer Korrelation der Faktoren aus.¹¹

Das Ergebnis der Faktorenanalyse legt eine 5-faktorielle Lösung nahe, die insgesamt rund 57 Prozent der Varianz der Indikatoren erklärt. Vereinfacht gesagt spiegeln diese fünf Faktoren mehr als die Hälfte des Informationsgehalts aller 33 Indikatoren wider. Dabei ist der erste Faktor mit rund 21 Prozent Varianzaufklärung der stärkste, die weiteren Faktoren klären zusätzlich rund 17 Prozent, 10 Prozent, 7 Prozent bzw. 3 Prozent der Varianz auf. Tab. 9 zeigt die sogenannten Ladungen der Indikatoren auf den identifizierten Faktoren nach Rotation, die Werte zwischen -1 und $+1$ annehmen können. Eine hohe positive oder negative Faktorladung zeigt an, dass der Faktor mit dem Indikator hoch positiv bzw. negativ korreliert und ihn damit gut beschreibt. Da keine einheitlichen Festlegungen verbindlicher Grenzwerte für Faktorladungen bestehen, haben wir nach Konvention entschieden, Ladungen kleiner als $-0,6$ bzw. größer als $0,6$ für die Interpretation (Fettdruck) der Faktoren heranzuziehen und Ladungen zwischen $-0,4$ und $0,4$ nicht zu interpretieren (diese sind daher ausgeblendet). Demnach können die fünf identifizierten Faktoren folgendermaßen charakterisiert werden:

Faktor 1 ist der Faktor mit dem größten Informationsgehalt und lässt sich beschreiben als ein Konstrukt, das mit der Anzahl der hoch qualifizierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, dem Flächenbedarf von Arbeitsplätzen (gemessen an der Gewerbefläche) und mit der Anzahl der Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife gleichgerichtet zusammenhängt und mit dem Anteil der Auszubildenden an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, dem Motorisierungsgrad und der Intensität der Flächennutzung, gemessen an der Einwohnerzahl, entgegengesetzt zusammen-

¹⁰ Detailliertere statistische Angaben und Ergebnisausgaben können bei Interesse bei den Ansprechpartnern des Difu angefragt werden.

¹¹ Es sei darauf hingewiesen, dass eine orthogonale Rotation im Varimax-Verfahren ein ziemlich ähnliches Ergebnis produziert hat, was die identifizierte Faktorenstruktur verifiziert. Dennoch haben wir uns für die Darstellung des schiefwinkligen Verfahrens entschieden, da es in diesem Zusammenhang theoretisch besser begründbar ist.

hängt. Mit anderen Worten ist zu erwarten, dass eine Kommune mit einer hohen Ausprägung in diesem Faktor einen hohen Anteil von hoch qualifizierten Schulabgängern und Arbeitnehmern hat, relativ viele Arbeitsplätze im Verhältnis zur erschlossenen Gewerbefläche bereitstellt, gleichzeitig aber weniger Personen in einer Berufsausbildung stehen, verhältnismäßig wenig private Pkw angemeldet sind, aber dennoch gleichzeitig auch Siedlungs- und Verkehrsfläche der Kommune in Bezug auf die Einwohnerzahl eher weniger intensiv genutzt wird, und vice versa. Zusammenfassend spiegelt dieser Faktor vermutlich die spezifische Situation in großen Städten mit hohem Unternehmensbesatz wider.

Faktor 2 kann sehr stark durch die vorzeitige Sterblichkeit bzw. die vergleichsweise geringe Lebenserwartung beschrieben werden; gleichzeitig haben Kommunen mit einer hohen Ausprägung in diesem Faktor auch einen hohen Anteil an Arbeitslosen und entsprechend an Empfängern von Sozialleistungen und eine eher hohe Verschuldung. Der Faktor könnte beispielsweise mit dem sozialökonomischen Status der Bevölkerung einhergehen.

Faktor 3 liegen die Indikatoren Betreuung von Kindern unter drei Jahren sowie der Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft entgegengesetzt zugrunde, und auch hier ist der Anteil der Auszubildenden relevant. Mit anderen Worten haben Kommunen mit einer geringen Ausprägung in diesem Faktor einen hohen Stickstoffüberschuss in der landwirtschaftlich genutzten Fläche, einen eher geringen Betreuungsanteil bei Kleinkindern und dafür eine höhere Quote an Auszubildenden. Der Faktor könnte daher für den Urbanisierungsgrad der untersuchten Kreise und kreisfreien Städte stehen.

Faktor 4 liegt die Anzahl der Verunglückten im Verkehr zugrunde, zudem die Arbeitsplatzzentralität (d. h. die Bedeutung der Kommune als Arbeitsort) und die Anzahl der Ausbildungsplätze im Verhältnis zu den Bewerbern.¹² Er steht demnach für die Situation in verdichteten Einpendlerstädten.

Faktor 5 steht am stärksten mit dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Beziehung, wobei die verhältnismäßig geringe Ladung von rund 0,6 gleichzeitig anzeigt, dass auch das BIP den Faktor nicht hinreichend genau beschreibt und damit andere, nicht erhobene Indikatoren fehlen, um diesen Faktor noch genauer beschreiben zu können. Durch die anderen, nicht fett markierten Ladungen wird hier jedoch sichtbar, dass es insgesamt um die Finanzsituation der Kommune geht. Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch, dass ein hohes BIP und eine hohe Steuerkraft mit Verschuldung einhergehen. Häufig sind es große Städte, die trotz hoher Wertschöpfung aufgrund der hohen Investitionslasten und hoher Sozialausgaben über viele Jahre ihren hohen Schuldenstand aufgebaut haben.

Allerdings weisen einige Indikatoren keine hohe Ladungen mit jeglichem Faktor auf: So fallen insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, die Plätze in Pflegeheimen, die Schulabbrecherquote und die Schuldendeckungsquote ganz aus dem Schema, da diese Indikatoren nur geringe Ladungen mit den identifizierten Faktoren aufweisen. Darüber hinaus weisen die Indikatoren Beschäftigungsquote, Erwerbstätige, ALG-II-Bezieher („Aufstocker“), Existenzgründung, Gewerbe- und Einkommensteuer, Trinkwasserverbrauch, kommunaler Wohnungsbau, Naherholungsflächen, Be-

¹² Eine wiederholte Faktorenanalyse, in die neben den Kernindikatoren des Monitors auch die Einwohnerzahl (in logarithmierter Form) als wichtigstes Strukturmerkmal einging, führte zu einer sehr ähnlichen Lösung mit unveränderter Faktorstruktur und Varianzaufklärung. Einwohnerzahl hatte nur eine relevante Ladung von rund -0,68 mit dem vierten Faktor.

treuung von Kindern im Kindergartenalter, Liquiditätskredite und Bruttoinvestitionen keine hohen Ladungen mit einem Faktor auf. Dies zeigt, dass die restlichen, nicht aufgeklärten 43 Prozent der Varianz durch viele einzelne Merkmale abgebildet werden, die untereinander keine weiteren Merkmalsbündel mehr bilden – also jeweils unterschiedliche Sachverhalte messen und damit viele weitere Facetten von Nachhaltigkeit abbilden. Es ist allerdings zu beachten, dass diese Faktorenstruktur ausschließlich für Kreise und kreisfreie Städte steht. Bei einer vollständigen Datenlage aller Indikatoren auf Gemeindeebene würde das Ergebnis möglicherweise anders aussehen.

Schließlich zeigt Tab. 9 die nach dem Verfahren identifizierte Korrelation der fünf Faktoren untereinander. Faktor 1 und 5 stehen in geringem gleichgerichteten Zusammenhang, Faktor 3 und 5 in geringem gegengerichteten Zusammenhang, während die anderen Faktoren weitestgehend unabhängig voneinander sind.

Zusammenfassend wurden in dieser Faktorenanalyse fünf spezifische „Nachhaltigkeitsherausforderungen“ (d. h. bestimmte Konstellationen, die besondere Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung bedeuten) für Kreise und kreisfreie Städte identifiziert, die vorläufig folgendermaßen umschrieben werden können: Die Situation großer Städte mit hohem Unternehmensbesatz, die – leicht damit zusammenhängende – Finanzsituation der Kommune, der wiederum mit der Finanzsituation leicht zusammenhängende Verstädterungsgrad sowie die Herausforderung einer Bevölkerung mit geringerem Sozialstatus und die Herausforderung hoher Berufspendlerquoten in verdichteten Gebieten.

Als ein weiteres, erstes Fazit kann festgehalten werden, dass die im Monitor Nachhaltige Kommune aus theoretischen und pragmatischen Gründen gewählte, primäre Gliederung der Indikatoren nach fachlichen Dimensionen und Themen – wie eingangs auch schon vermutet – statistisch nicht abgebildet wird: Die hier identifizierten Faktoren geben die klassische Einteilung der Indikatoren nach den Dimensionen Ökonomie, Ökologie, Soziales und Governance oder auch die Themen innerhalb dieser Dimensionen nicht wider. Die Ergebnisse der Faktorenanalyse geben erste Hinweise, in welche Richtung die Themen und Dimensionen sowie ggf. die ergänzenden Perspektiven und Sichtweisen auf den Indikatorenkatalog fortgeschrieben werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass mit der geplanten Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs und insbesondere mit der Ergänzung weiterer Indikatoren auch eine neue Zusammensetzung der Indikatoren einhergehen kann; dies wiederum könnte zu anderen Ergebnissen einer erneuten Faktorenanalyse führen.

	Faktor				
	1	2	3	4	5
Arbeitslosenquote		0,81			
Langzeitarbeitslosigkeit					
Beschäftigungsquote			0,54		
Aufstocker					-0,57
Arbeitsplatzzentralität	0,48			0,61	
Auszubildende	-0,63		-0,63		

Ausbildungsplätze	0,46			0,66	
Hochqualifizierte	0,87				
Existenzgründung			-0,43		
Gewerbe- und Einkommensteuer					0,54
Bruttoinlandsprodukt					0,64
Flächenbedarf Arbeitsplätze	0,73				
Stickstoffüberschuss			-0,61		
Motorisierungsgrad	-0,67				
Flächenverbrauch	0,59				
Intensität Flächennutzung	-0,85				
Trinkwasserverbrauch			-0,55		
SGB-II-/SGB-XII-Quote		0,79			
Kommunaler Wohnungsbau		-0,52			
Naherholungsflächen		0,47			
Vorzeitige Sterblichkeit		0,94			
Lebenserwartung		-0,98			
Plätze in Pflegeheimen					
Verunglückte im Verkehr				0,74	
Betreuung von Kindern (<3)			0,75		
Betreuung von Kindern (3–5)			0,51		
Schulabbrecherquote					
Schulabg. mit (Fach-)Hochschulreife	0,76				
Exklusionsquote					
Liquiditätskredite		0,55			0,51
Schuldendeckungsquote					
Verschuldung		0,60			0,42
Bruttoinvestitionen				0,57	

Tab. 9: Faktorladungen der Indikatoren (Mustermatrix der Faktorenanalyse mit schiefwinkliger Rotation) (Quelle: eigene Darstellung)
 Alle nicht relevanten Ladungen $\leq \pm 0,4$ sind ausgeblendet. Fettdruck entspricht Ladungen $\geq \pm 0,6$, farbige Markierungen geben Zugehörigkeit zu Nachhaltigkeits-

dimensionen Ökonomie (blau), Ökologie (grün), Soziales (rot) und Governance (gelb) des Indikatorenkatalogs wieder.

Faktor	1	2	3	4
2	0,083			
3	-0,064	0,146		
4	0,037	-0,124	-0,067	
	0,328	0,04	-0,328	0,03

Tab. 10: Korrelationsmatrix der fünf identifizierten Faktoren (Quelle: eigene Darstellung)

5 Anhang

5.1 Literaturverzeichnis

Referenzen aus Kapitel 4.1

Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit GmbH, Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21 (2003). „Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit“. Bonn. http://databases.eucc-d.de/files/documents/00000205_Gemeinsame_Indikatoren_03.pdf (Download: 3.3.2016).

Bausewein, Andreas, et al. (2016). „Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“. Hrsg. am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligte Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister. Berlin. https://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/publikationen/broschueren/Broschuere_Nachhaltige_Stadt_Strategische_Eckpunkte_texte_Nr_49_August_2015.pdf (Download: 23.01.2016).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR (2010). „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“. *Informationen zur Raumentwicklung* (4) 2010. 315–319. (Auch online unter http://www.bbr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/lzR/2010/4/Inhalt/DL_LeipzigCharta.pdf;jsessionid=17145D35F217AA9D1B0EF210A8DDA3B5.live11293?blob=publicationFile&v=2., Download: 6.6.2015).

Bundesregierung (2010). „Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“. *Informationen der Bundesregierung* Heft 10. Berlin 2002. (Auch online unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?blob=publicationFile>, Download: 27.7.2015).

Bundesregierung, Presse- und Informationsamt (2012). *Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012*. Berlin. (Auch online unter <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?blob=publicationFile>, Download: 13.1.2015).

Council of European Municipalities and Regions (CEMR), European section of United Cities and Local Governments (2014). „Reference framework for european sustainable cities (RFSC)“. Brüssel. http://www.logement.gouv.fr/IMG/pdf/le_cadre_de_reference_de_la_ville_europeenne_durable_rfs_c_-_version_anglaise.pdf (Download: 10.10.2016).

Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn, Amt für Umweltschutz, Verbraucherschutz und Lokale Agenda/Presseamt (2012). „Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Bonn. 2008–2011“. Bonn. (Auch online unter: https://www.bonn.de/umwelt_gesundheit_planen_bauen_wohnen/lokale_agenda/nachhaltigkeitsbericht/, Download: 25.6.2015).

Deutsche Umwelthilfe e.V. (2004). „Indikatoren-Set ‚Zukunftsfähige Kommune‘“. Radolfzell. (Auch online unter http://www.duh.de/uploads/tx_duhdownloads/Indikatorenset.pdf, Download: 29.1.2015).

Europäische Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden (1994). „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit (Charta von Aalborg)“. Aalborg. http://www.apug.de/archiv/pdf/aalborg_charta.pdf (Download: 6.6.2015).

European Union, Eurostat Unit C4 – Key indicators for European policies (2013). *Sustainable development in the European Union. 2013 monitoring report of the EU sustainable development strategy*. Luxembourg. (Auch online unter <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/5760249/KS-02-13-237-EN.PDF>, (Download: 27.7.2015).

Fuhrich, Manfred (2004). *Städte der Zukunft. Kompass für den Weg zur Stadt der Zukunft. Indikatoren-gestützte Erfolgskontrolle nachhaltiger Stadtentwicklung. Eine Orientierungshilfe für die kommunale Praxis*. Hrsg. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Bonn. (Auch online unter http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2005undaelter/DL_Kompass.pdf?blob=publicationFile&v=2, Download: 7.7.2015).

Grabow, Busso, und Angela Uttke (2010). „Leitbilder Nachhaltiger Stadtentwicklung – Von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigkeit als strategischem Rahmen“. *PlanerIn* (6). 22–25.

Hillmer, Franziska, Reinhold, Sophie und Heilmann, Andrea (2013). *Nachhaltigkeitskonzept für den Landkreis Harz – am Beispiel der Modellregion Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck*. Halberstadt. (Auch online unter http://www.vision20plus.de/fileadmin/user_upload/Nachhaltigkeitskonzept_ZukunftWerkStadt.pdf, Download: 28.7.2015).

ICLEI – Local Governments for Sustainability (2007). *Handbuch Projekt21. Einstieg in ein zyklisches Nachhaltigkeitsmanagement*. Freiburg. (Auch online unter http://www.nachhaltigkeit-kommunal.eu/fileadmin/files/Handbuch-Projekt21_Druck.pdf, Download: 21.3.2015).

International Organization for Standardization (2013). *ISO 37120. Sustainable development of communities – Indicators for city services and quality of life*. Genf.

Landeshauptstadt München, Referat für Gesundheit und Umwelt (2014). *Nachhaltigkeitsbericht München 2014*. München. (Auch online unter https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:a40d64a3-8178-40c0-a5e8-058094aae897/Nachhaltigkeitsbericht_2014.pdf, Download: 28.7.2015).

Landkreis Unna, Fachbereich Natur und Umwelt (2013). *1. Nachhaltigkeitsbericht Kreis Unna. Abschlussbericht zur Fördermaßnahme „ZukunftWerkStadt“ im Kreis Unna*. Unna. (Auch online unter http://www.lag21.de/fa/editor/Dokumente/Dokumentationen/Abschluss-Doku_Lebenswerte_020913.pdf, Download: 24.8.2015).

Ministerium für Umwelt, Klima und Energie, LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (2015). *NI-Berichte für Kommunen. Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten*. Stuttgart. (Auch online unter https://www.statistik-bw.de/Umwelt/Kommunale_Nachhaltigkeit/LUBW_Leitfaden.pdf, Download: 7.7.2015).

Stadt Augsburg, Referat Umwelt und Energie, Forsten, Kommunales (2010). *Nachhaltigkeitsbericht. Bericht 2010*. Augsburg. (Auch online unter http://www.nachhaltigkeit.augsburg.de/fileadmin/nachhaltigkeit/data/Handlungsprogramm/Augsburg_Nachhaltigkeitbericht_2010.pdf, Download: 13.1.2015).

Stadt Freiburg im Breisgau, Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement (2014). *1. Freiburger Nachhaltigkeitsbericht 2014. Beispielhafter Ausschnitt zur Darstellung des Nachhaltigkeitsprozesses*. Freiburg. (Auch online unter https://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/params_E727323267/761949/Freiburger_Nachhaltigkeitsbericht_2014.pdf, Download: 2.2.2015).

Stadt Friedrichshafen, Amt für Bürgerservice, Sicherheit und Umwelt, Abteilung Umwelt und Naturschutz (2016). *Nachhaltigkeitsbericht 2015. Lokale Agenda 21. Nachhaltigkeitsindikatoren 1990–2014/2015*. Friedrichshafen. (Auch online unter https://www.friedrichshafen.de/fileadmin/user_upload/images_fn/Natur_Umwelt/Downloads/Nachhalt/Ber/NHB_2015/Nachhaltigkeitsbericht_2015_Kurzfassung.pdf, Download: 11.10.2016).

Stadt Groß-Umstadt, Magistrat (2013). *Nachhaltigkeitsbericht für die Stadt Groß-Umstadt. Indikatoren für die Lokale Agenda 21*. Groß-Umstadt. (Auch online unter http://www.gross-umstadt.de/sites/default/files/dateien/nhbericht-einseitig_2013.pdf, Download: 24.8.2015).

Stadt Heidelberg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (2011). „Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht 2011. Indikatoren-gestützte Erfolgskontrolle des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2015“. Heidelberg. https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents/heidelberg/PB5Documents/pdf/1_2_pdf_Nachhaltigkeitsbericht2011.pdf (Download: 16.3.2015).

Stadt Konstanz, Hauptamt Statistik und Steuerungsunterstützung (2013). „Indikatoren nachhaltiger Entwicklung. Fortschreibung 2013“. *Statistik-Bericht* 9. Konstanz. http://www.konstanz.de/rathaus/00749/01594/04884/index.html?lang=de&download=NHZLpZeg7t,lnp6l0NTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yug2Z6gpJCFdH98g2ym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A-- (Download: 16.3.2015).

Stadt Leipzig, Dezernat Umwelt, Ordnung und Sport (2013). *Umweltbericht 2013*. Leipzig. (Auch online unter http://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig.de/Stadt/02.3_Dez3_Umwelt_Ordnung_Sport/36_Amt_fuer_Umweltschutz/Publikationen/Umweltbericht/UB2013_internet.pdf, Download: 28.7.2015).

Stadt Ludwigsburg, Referat Nachhaltige Stadtentwicklung (2015). *Zukunftskonferenz 2015. Konferenzband. Indikatoren-gestützter Bericht zur Nachhaltigen Stadtentwicklung*. Ludwigsburg. (Auch online unter https://www.ludwigsburg.de/site/Ludwigsburg-Internet/get/params_E638463136/10923995/Zuko_2015_LB_Konferenzband_web.pdf, Download: 23.4.2015).

Stadt Münster, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung (2013). *Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung*. Münster. (Auch online unter http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/61_stadtentwicklung/pdf/nachhaltigkeit/Jahres-Statistik_2013_Indikatoren_zur_nachhaltigen_Entwicklung.pdf, Download: 28.7.2015).

Stadt Nürnberg, Umweltreferat (2012). *Bericht zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Nürnberg (2009–2012)*. Nürnberg. (Auch online unter https://www.nuernberg.de/imperia/md/umweltreferat/dokumente/nachhaltigkeitsbericht_2009_2012.pdf, Download: 2.3.2015).

Stadt Pfaffenhofen an der Ilm (2000). *Aktionsprogramm und Nachhaltigkeitsbericht*. Pfaffenhofen an der Ilm.

Stadt Tübingen, Gemeinderat (2003). *Tübingen 2030. Leitlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung*. Tübingen. (Auch online unter https://www.tuebingen.de/Dateien/leitlinien_2030.pdf, Download: 28.7.2015).

Stadt Wernigerode, Büro des Oberbürgermeisters, Nachhaltigkeits- und Projektmanagement (2015). *Wernigerode 2015. Kleiner Nachhaltigkeitsbericht*. Wernigerode. http://www.wernigerode.de/media/artikel/4041703-kleiner-nachhaltigkeitsbericht-der-stadt/kleiner_nachhaltigkeitsbericht_wernigerode_2015.pdf (Download: 28.7.2015).

United Nations (2015). „Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015: Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development“. New York. http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1&Lang=E. (Download: 19.10.2016).

United Nations (2015). „Transforming our world: The 2030 agenda for sustainable development“. New York 2015. <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/7891TRANSFORMING%20OUR%20WORLD.pdf> (Download: 24.6.2015).

Referenzen aus den Kapiteln 4.2–4.6

Audit Familiengerechte Kommune, und Audit Familiengerechter Kreis (2015). „Strategische Instrumente zur nachhaltigen Ausrichtung der Familienpolitik. Überblick“. Juli 2015. http://www.familiengerechte-kommune.de/uploads/media/15-07_Website_Audit_Familiengerechte_Kommune_Ueberblick_01.pdf (Download: 29.9.2016).

Beißwenger, Klaus-Dieter, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig, Anne Klein-Hitpaß, Ricarda Pätzold, Stefan Schneider und Jana-Christin Wegner (2015). *Städte auf Kurs Nachhaltigkeit. Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten*. Berlin.

Bendel, Oliver (2016). „Sharing Economy“. *Gabler Wirtschaftslexikon*. <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/688938792/sharing-economy-v5.html> (Download: 24.9.2016).

Brinkmann, Birgitt, und Harald Heinrichs (2014). „Hochwasser- und Küstenschutz in Deutschland“. *Nachhaltigkeitswissenschaften*. Hrsg. Harald Heinrichs und Gerd Michelsen. Berlin. 501–522.

Bortz, Jürgen (1999). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Heidelberg.

Böhme, Christa, und Arno Bunzel (2014). *Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum. Expertise „Instrumente zur Erhaltung und Schaffung von Umweltgerechtigkeit*. Berlin.

Brodbeck, Klaus (2013). „Die Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende“. *Kommunale Nachhaltigkeit. Jubiläumsband zum 40-jährigen Bestehen der Hochschule Kehl und des Ortenaukreises*. Hrsg. Jürgen Kegelman und Kay-Uwe Martens. Baden-Baden. 45–63.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2014). *Übereinkommen über die Rechte des Kindes. UN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut*. Berlin. (Auch online verfügbar <https://www.bmfsfj.de/blob/93140/8c9831a3ff3ebf49a0d0fb42a8efd001/uebereinkommen-ueber-die-rechte-des-kindes-data.pdf> (Download: 8.11.2016).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016). „Strategie ‚Gender Mainstreaming‘“. Hintergrundmeldung. 19.2.2016. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming/strategie--gender-mainstreaming-/80436?view=DEFAULT> (Download: 20.10.2016).

Dasgupta, Partha (2007). *Economics. A Very Short Introduction*. Oxford.

Handschuh, Alexander. „Smart City“ nicht nur für Metropolen – Warum smarte Konzepte für Kommunen jeder Größe interessant sein können“. Interview. *Public Governance – Zeitschrift für öffentliches Management* Herbst 2015. 10.

Hirschl, Bernd. „Klimaneutrale Städte als zentrale Bausteine der Energiewende“. *Ökologisches Wirtschaften* (30) 2. 16–17.

Holler, Franziska (2015). „Trotz Mehraufwand: Kommunen kaufen nachhaltig ein“. *Public Governance – Zeitschrift für öffentliches Management* Sommer 2015. 18–19.

Hutter, Claus-Peter, Karin Blessing und Rainer Köthe (2012). *Grundkurs Nachhaltigkeit. Handbuch für Einsteiger und Fortgeschrittene*. München.

Kaczorowski, Willi (2014). *Die smarte Stadt – Den digitalen Wandel intelligent gestalten. Handlungsfelder – Herausforderungen – Strategien*. Stuttgart.

Kaczorowski, Willi (2015). „Smart City: intelligent vernetzt, ökologisch und bürgerbezogen“. *Public Governance – Zeitschrift für öffentliches Management* Herbst 2015. 6–12.

Kekeritz, Uwe (2016). „Jetzt wird unsere Kommune fair.“ Dokument. 05.2016. <http://www.uwe-kekeritz.de/wp-content/uploads/2016/01/Broschuere.pdf> (Download: 7.11.2016).

KGSt®-FORUM (2014). „4.5 Die inklusive Kommune“. Veranstaltungshinweis für den 18.9.2014. <https://www.kgst.de/kgst-forum-2014/programm/?rmtparams=cm10YWM9a2dzdGZvcnVtb3ZlcnZpZXdfMjAxNCZybXRhdT1odHR>

[wJTNBJTJGJTJG9jYWxob3N0 JTNBNTc4ODAIMkZrZ3N0LXdIYmFwcCUyRnNlbWluYXIIMkZz aG93S0dTVEZvcnVtRGV0YWlsJTJG MTaxMSUzRnIYXIIM0QyMDE0](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/407/dokumente/argumentationshilfe_da_seinsvorsorge_und_anpassung.pdf) (Download: 29.9.2016).

Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark (2012). *Leitfaden zur Kinder- und Jugendgerechtigkeit. Kinder- und Jugendgerechtigkeits-Check*. Steiermark.

Klimalotse (Umweltbundesamt) (2016). „Rechtliche Argumentationshilfe: Anpassung an den Klimawandel im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge“. Dokument. 2016. http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/407/dokumente/argumentationshilfe_da_seinsvorsorge_und_anpassung.pdf (Download: 15.09.2016).

Knoblauch, Doris, Arne Riedel und Monica Ridgway (2015). „Wie können Städte voneinander lernen?“. *Ökologisches Wirtschaften* (30) 2. 25–27.

Kopatz, Michael (2015). „Wirtschaftsförderung 4.0. Kooperative Wirtschaftsformen in Kommunen“. *StadtLust. Die Quellen urbaner Lebensqualität*. Hrsg. oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation. München. 104–110.

Kroll, Christian (2015). *Sustainable Development Goals. Are the rich countries ready?* Gütersloh.

Lisakowski, Annika, Marc Neu, Annett Schultz und Klaus Peter Strohmeier (2015). *Lebenswerte Kommune – Bevölkerungsentwicklung und Lebensqualität vor Ort. Zusammenhangsanalysen mit Städte- und Gemeindedaten des Portals Wegweiser Kommune*. Gütersloh.

Michelsen, Gerd, und Maik Adomßent (2014). „Nachhaltige Entwicklung: Hintergründe und Zusammenhänge“. *Nachhaltigkeitswissenschaften*. Hrsg. Harald Heinrichs und Gerd Michelsen. Berlin. 3–59.

Peters, Heinz-Joachim (2013). „Nachhaltigkeit durch Umweltplanungsrecht“. *Kommunale Nachhaltigkeit. Jubiläumsband zum 40-jährigen Bestehen der Hochschule Kehl und des Ortenaukreises*. Hrsg. Jürgen Kegelman und Kay-Uwe Martens. Baden-Baden. 78–90.

Rasper, Martin (2015). „Die Stadt ist unser Garten. Urban Gardening“. *StadtLust. Die Quellen urbaner Lebensqualität*. Hrsg. oekom e.V. – Verein für ökologische Kommunikation. München. 80–84.

Sachs, Jeffrey D (2015). *The Age of Sustainable Development*. New York.

Schuster, Ferdinand, Christian Knake und Janine Kilon (2014). „Herausforderung Infrastruktur“. *Public Governance* Frühjahr 2014. 6–11.

Schuster, Wolfgang (2013). *Nachhaltige Städte – Lebensräume der Zukunft. Kompendium für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt Stuttgart*. München.

Schwarting, Gunnar (2016). *Den kommunalen Haushaltsplan richtig lesen und verstehen – im doppelten Rechnungswesen*. Berlin.

Stoermer, Nikolas (2013). „Nachhaltigkeit-Energiewende am Beispiel des Ortenaukreises“. *Kommunale Nachhaltigkeit. Jubiläumsband zum 40-jährigen Bestehen der Hochschule Kehl und des Ortenaukreises*. Hrsg. Jürgen Kegelman und Kay-Uwe Martens. Baden-Baden 2013. 91–100.

Stottele, Tillmann (2013). „Von der Lokalen Agenda zur nachhaltigen Stadtentwicklung“. *Kommunale Nachhaltigkeit. Jubiläumsband zum 40-jährigen Bestehen der Hochschule Kehl und des Ortenaukreises*. Hrsg. Jürgen Kegelman und Kay-Uwe Martens. Baden-Baden. 101–119.

Strobel, Christoph (2016). „Sharing City Seoul: Eine ganze Stadt lebt die Sharing Economy“. *tech-tag* 10.2.2016. <http://www.techtag.de/it-und-hightech/share-economy/die-sharing-city-beispiel-von-seoul/> (Download: 30.9.2016).

Umweltbundesamt (2014). „Wasserwirtschaft in Deutschland. Wasserversorgung – Abwasserbeseitigung“. Flyer.

Weth, Claus (2012). „Gesundheit als Zukunftsthema in Kommunen“. Dokument der Konrad-Adenauer-Stiftung. 7/2012. <http://www.kas.de/wf/doc/11302-1442-1-30.pdf> (Download: 6.10.2016).

5.2 Projektgremien

5.2.1 Wissenschaftliche Arbeitsgruppe

Robert Böhnke	Wissenschaftlicher Referent, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Berlin
Dr. Frank Gesemann	Geschäftsführer, Institut für Demokratische Entwicklung und soziale Integration (DESI), Berlin
Dr. Edgar Göll	Forschungsleiter, IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin
Elisa Goldmann	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Center for Sustainable Governance (CSG), Fachhochschule des Mittelstands (FHM) GmbH, Bielefeld
Marie Halbach	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., (LAG 21 NRW), Dortmund
Stefan Kuhn	Deputy Regional Director, ICLEI Europe, Freiburg
Dr. Frank Osterhoff	Project Manager, Programm Unternehmen in der Gesellschaft, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dorothea Schostok	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, Wuppertal
Moritz Schmidt	Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW), Dortmund
Dr. Volker Teichert	Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg

5.2.2 Fokusgruppe Statistik

Peter Dütthorn	Abteilungsleiter, Amt für Statistik und Wahlen, Stadt Leipzig, Leipzig
Stefan Gruber	Gruppenleiter „Umwelt“, Statistisches Bundesamt, Bonn
Udo Hötger	Statistikstelle des Kreises Lippe, Kreis Lippe, Detmold
Birgit Kempf	Referentin, Geschäftsbereich Statistik, Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Düsseldorf
Johanna Lübke	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, Karlsruhe

Antonia Milbert	Projektleiterin, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn
Thomas Müller	Referent, Geschäftsbereich Statistik, Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Düsseldorf
Professor Dr. Willfried Nobel	Prorektor Forschung und Transfer, HfWU Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen, Nürtingen
Gerd Oelsner	Leiter, Nachhaltigkeitsbüro der LUBW, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg, Karlsruhe
Brigitta Rawe	Wissenschaftliche Angestellte, Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Landeshauptstadt Hannover, Hannover
Thomas Willmann	Stellvertretender Amtsleiter, Amt für Bürgerservice und Informationsverarbeitung, Stadt Freiburg

5.2.3 Fokusgruppe Management

Katrin Anders	Leiterin, Büro des Oberbürgermeisters, Stadt Wernigerode
Herbert Brüning	Leiter, Amt Nachhaltiges Norderstedt, Stadt Norderstedt
Ines Christmann-Jacoby	Referat Wirtschaftsförderung und Nachhaltige Stadtentwicklung, Stadtverwaltung Kirchheim unter Teck
Dr. Tobias Ernst	stellvertretender Vorsitzender, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V., Berlin
Peter Fazekas	Nachhaltige Stadtentwicklung, Stadt Ludwigsburg
Albert Geiger	Referatsleiter, Nachhaltige Stadtentwicklung, Stadt Ludwigsburg
Jutta Hartmann	Magdeburg
Professor Dr. Thomas Hauff	Fachstellenleiter, Strategische Stadt- und Regionalentwicklung/Stadtforschung, Stadt Münster
Ludwig Holzbeck	Fachbereichsleiter, Diplom-Ingenieur, Fachbereich Natur und Umwelt, Kreis Unna
Helga Jänsch	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Agenda-Büro, Stadt Dortmund

Dr. Andrea Jonas	Planerin für Strategische Stadtentwicklung, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Stadt Köln
Thomas Koch	Referatsleiter, Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, Erfurt
Katrin Kowalczyk	Referentin, Referat Fachübergreifende sowie nachhaltigkeitspolitische Strategie- und Grundsatzfragen, Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Bettina Kühn-Puche	Referentin, Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Jürgen Lübbers	Samtgemeindebürgermeister, Samtgemeinde Barnstorf
Georg Lüdtke	Bürgermeister, Gemeinde Alheim
Reiner Michaelis	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Agenda-Büro, Stadt Groß-Umstadt
Simone Ariane Pflaum	Leiterin, Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement, Stadt Freiburg
Dr. Oliver Nixdorf	Leiter, Barnstorfer Umwelt-Erlebnis-Zentrum gGmbH, Samtgemeinde Barnstorf
Sabine Schneider	Sachbearbeiterin, Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Brandenburg, Potsdam
Elke Selke	Agenda 21-Koordinatorin, Landkreis Harz, Halberstadt
Dr. Norbert Stamm	Leiter, Büro für Nachhaltigkeit, Geschäftsstelle Lokale Agenda 21, Stadt Augsburg
Volker Wehle	Referatsleiter, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
Susanne Wildermann	Leitung, Diplom-Ingenieurin, Agenda 21- und Nachhaltigkeitsbüro der Landeshauptstadt Hannover

5.2.4 Projektbeirat

Peter Gaffert	Oberbürgermeister, Stadt Wernigerode
Alexander Handschuh	Referatsleiter, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin

Thorsten Krüger	Bürgermeister, Stadt Geestland
Simone Ariane Pflaum	Leiterin, Stabsstelle Nachhaltigkeitsmanagement, Stadt Freiburg
Detlef Raphael	Beigeordneter, Deutscher Städtetag, Berlin
Dr. Ute Röder	Fachbereichsleiterin Umwelt und Energie, Kreis Lippe
Dr. Torsten Mertins	Referent, Deutscher Landkreistag, Berlin
Manfred Schnur	Landrat des Landkreises Cochem-Zell
Achim Specht	Referent, Dezernat für Nachhaltigkeit, Wohnungsver-sorgung und Immobilien, Stadt Münster
Hans-Josef Vogel	Bürgermeister, Stadt Arnsberg

5.2.5 Projektteam

Uta Bauer	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Diplom-Geografin, Bereich Mobilität, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Paul Gallep	Studentischer Mitarbeiter, B.Sc. (Stadtplanung), Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Dr. Busso Grabow	Kaufmännischer Geschäftsführer, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Oliver Haubner	Senior Project Manager, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dr. Jasmin Honold	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Bereich Wirtschaft & Innovation, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Detlef Landua	Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Diplom-Soziologe, Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Henrik Riedel	Project Manager, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dr. Kirsten Witte	Director, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Ulrike Wolf	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Diplom-Geografin, Bereich Institutsleitung, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Dr. Nils Zumbansen	Projektmitarbeiter, Programm LebensWerte Kommune, Bertelsmann Stiftung

5.3 Fragebogen

**Befragung von Verwaltungschefs und Verwaltungschefinnen:
Nachhaltige Entwicklung in deutschen Kommunen
durchgeführt vom Deutschen Institut für Urbanistik im Juni 2016**

Bitte bis zum **24.06.2016** zurücksenden an:

Deutsches Institut für Urbanistik
Team Wirtschaft und Innovation
Stichwort „MoNaKo“
Zimmerstraße 13–15

10969 Berlin

Ganz kurz:

- Bitte unterstützen Sie dieses Projekt mit der vollständigen Beantwortung des Fragebogens.
- Ihre Angaben unterliegen selbstverständlich dem Datenschutz.

Rückfragen bitte an:

- Dr. Jasmin Honold, Tel. 030/39001-198, monako@difu.de
Detlef Landua, Tel. 030/39001-196, monako@difu.de

Das **Deutsche Institut für Urbanistik (Difu)** lädt Sie im Auftrag und gemeinsam mit der **Bertelsmann Stiftung** zu einer Befragung im Rahmen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ (<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/monitor-nachhaltige-kommune>) ein. Ziel des Gesamtvorhabens ist es, den Stand der Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung in deutschen Kommunen zu ermitteln und Kommunen bei der Gestaltung ihres Nachhaltigkeitsmanagements praxisnah zu unterstützen. Im Mittelpunkt steht hierfür die Bereitstellung von Indikatoren, die Nachhaltigkeit für Kommunen messbar und kommunizierbar machen.

Das Projekt und diese Befragung werden von den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städte- tag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) unterstützt.

Die folgende Befragung richtet sich an alle deutschen Landkreise sowie alle Städte und Gemeinden mit mindestens 5.000 EinwohnerInnen¹³ (im Folgenden: „**Kommunen**“). Sie hat zum Ziel, Einblicke in unterschiedliche Maßnahmen und Strategien zur **Gestaltung von nachhaltiger kommunaler Entwicklung** zu gewinnen.

Wir bitten die **Verwaltungschefinnen und Verwaltungschefs der Kommunen** möglichst um persönliche Beantwortung. Ggf. kann der Fragebogen zur Beantwortung der Fragen jedoch auch an zuständige Personen (z. B. Nachhaltigkeitsmanagement-Verantwortliche) weitergereicht werden. Die Bearbeitung nimmt durchschnittlich etwa 20-25 Minuten in Anspruch.

Ihre Teilnahme ist auch dann ausdrücklich erwünscht, wenn Sie nicht **alle** Fragen beantworten können oder wollen. Da sich diese Befragung an Kommunen ganz unterschiedlicher Größen wendet, können manche Fragen unpassend erscheinen. Bitte versuchen Sie dennoch, möglichst alle Fragen zu beantworten.

Hinweise zum Datenschutz: Ihre Teilnahme an dieser Befragung und die Beantwortung einzelner Fragen ist freiwillig. Alle Angaben aus der Umfrage werden streng vertraulich behandelt. Eine Weitergabe von Datensätzen an die Bertelsmann Stiftung erfolgt ausschließlich anonymisiert. Ein Rückschluss auf einzelne Kommunen oder auf einzelne Personen ist daher für die Bertelsmann Stiftung nicht möglich. Eine Übermittlung von Daten an außerhalb der Projektpartner stehende Stellen erfolgt nicht.

Wir bitten Sie, den Fragebogen **bis zum 24.06.2016 an das Difu** zurückzusenden. Der Fragebogen steht Ihnen auch als Online-Formular unter folgendem Link zur Verfügung:

http://www.difu.de/sites/difu.de/files/archiv/Umfrage_Nachhaltigkeit-in-Kommunen.pdf

13 Die Entscheidung, Kommunen unter 5.000 EinwohnerInnen nicht zu befragen, hat arbeitsökonomische Gründe und bedeutet nicht, dass das Thema für kleine Kommunen nicht relevant ist.

B Zum Nachhaltigkeitsmanagement in Ihrer Kommune allgemein

Im Folgenden geht es um das **Nachhaltigkeitsmanagement** in Ihrer Kommune. Darunter werden die **zielgerichtete Ausrichtung Ihrer Aktivitäten und deren Organisation auf eine nachhaltige Entwicklung** verstanden. Diese kann sich auch auf einzelne Teilbereiche in der Verwaltung oder einzelne Vorhaben und Maßnahmen konzentrieren. Auch Managementansätze, die nicht ausdrücklich Nachhaltigkeit zum Ziel haben (etwa zur Strategiebildung und Kommunalentwicklung), aber dennoch nachhaltige Entwicklungen befördern, sind hier angesprochen.

3a) Gibt es in Ihrer Verwaltung eine oder mehrere Stelle(n), die ausdrücklich für Nachhaltigkeitsfragen zuständig ist/sind?

- ja → weiter mit Frage 3b
- nein, ist aber fest geplant → weiter mit Frage 4
- nein, ist nicht geplant → weiter mit Frage 4

3b) Auf welcher Verwaltungsebene ist/sind diese Stelle(n) angesiedelt?

- erste Verwaltungsebene (z.B. VerwaltungschefIn/Stabstelle)
- zweite Verwaltungsebene (z.B. DezernentIn/FachbereichsleiterIn)
- dritte Verwaltungsebene (z.B. AmtsleiterIn/FachdienstleiterIn)
- weitere Verwaltungsebenen (z.B. Abteilungs-, ReferatsleiterIn)
- Sonstiges, und zwar:

4. Inwiefern wird nachhaltige Entwicklung in der Breite, d.h. bei möglichst vielen kommunalen Entscheidungen berücksichtigt? (Bitte kreuzen Sie alle für Ihre Kommune zutreffenden Felder an)

- Bislang werden verschiedene Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung in unterschiedlichen Ressorts unabhängig voneinander durchgeführt
- Es gibt ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu einzelnen nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z.B. integrierte Konzepte oder Planungen)
- Es gibt eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die die Aktivitäten aller Ressorts auf Nachhaltigkeits-Fragen abstimmt (z.B. Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeit“)

C Maßnahmen und Bewertung des Nachhaltigkeitsmanagements

Im Folgenden geht es um unterschiedliche Maßnahmen, die der Initiierung, Begleitung, Umsetzung oder Bewertung der nachhaltigen Entwicklung in Ihrer Kommune dienen können.

5. Wie intensiv werden in Ihrer Kommune die folgenden Schritte für eine nachhaltige Entwicklung bereits umgesetzt?

	sehr intensiv	ziemlich intensiv	weniger intensiv	gar nicht
⇒ Informationen zur Beurteilung der nachhaltigen Entwicklung der Kommune sammeln (z.B. Daten/Projekte zusammenstellen, Indikatoren erheben)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Ziele mit explizitem Bezug zur Nachhaltigkeit festlegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Politische Beschlüsse zu Aktivitäten, die der nachhaltigen Entwicklung dienen, fällen (z.B. Rats-/Kreistagsbeschluss)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Gezielte Maßnahmen/Projekte zur nachhaltigen Entwicklung umsetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Umsetzung von Nachhaltigkeitsaktivitäten überwachen (Controlling/Monitoring)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Erreichung der nachhaltigkeitsbezogenen Ziele evaluieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Evaluierung(en) veröffentlichen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Gibt es – über Einzelprojekte und themenbezogene Masterpläne hinaus – ein übergreifendes Leitbild für nachhaltige Entwicklung in Ihrer Kommune?

- ja
- bislang nicht, ist aber fest geplant
- nein, ist nicht geplant

7. Werden in Ihrer Verwaltung Ziele oder Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung mit dem Produkthaushalt verknüpft?

- ja, umfangreich
- ja, ansatzweise
- bislang nicht, ist aber fest geplant
- nein, ist nicht geplant

8. Kommen derzeit in Ihrer Kommune Indikatoren zum Einsatz, um den Stand der nachhaltigen Entwicklung oder die Wirkung von Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung zu messen?

- ja, es wird ein umfassendes Indikatorensystem in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen verwendet
- ja, Indikatoren kommen in folgenden Teilbereichen/Handlungsfeldern zum Einsatz:

.....

- ja, Indikatoren kommen vereinzelt bei Projekten oder Maßnahmen in den folgenden Themen zum Einsatz:

.....

- nein

9. Gibt es in Ihrer Kommune so etwas wie einen „Nachhaltigkeits-Check“ für politische oder Verwaltungsentscheidungen (d.h.: werden Nachhaltigkeits-Kriterien bei Entscheidungsfindungen berücksichtigt)?

- ja, oft
- ja, manchmal
- ja, selten
- nein, bisher nicht

10. Hat Ihre Kommune bereits einen oder mehrere Nachhaltigkeits-Berichte veröffentlicht?

- ja, und zwar (Anzahl) seit dem Jahr (Bitte Erscheinungsjahr des 1. Berichts angeben)
- bislang nicht, ist aber fest geplant
- nein, ist nicht geplant

D Beteiligungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement

11. Wie häufig nutzt Ihre Kommune folgende Beteiligungsformate im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung?

	oft	manchmal	selten	nie
⇒ Nachhaltigkeitsbeirat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Beiräte/Arbeitskreise zu bestimmten, nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Beteiligungsveranstaltungen zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z.B. Bürger-/Agendaforen, Zukunftskonferenz, Leitbildentwicklung, u.ä.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Beratende Formate zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z.B. Bürgerhaushalt, Planungswerkstätten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Unternehmerdialoge/Stammtische/Netzwerke zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Initiierung von Nachhaltigkeits-Zertifizierungen von Unternehmen (z.B. Ökoprotit, audit berufundfamilie)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Wettbewerbe und Preise zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Befragungen zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Online-Foren oder Social Media zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Information über nachhaltigkeitsrelevante Aktivitäten (z.B. Zeitung, Newsletter)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Sonstiges, und zwar:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Welche Zielgruppen werden bei diesen Beteiligungsformaten jeweils einbezogen?
(Kreuzen Sie in jeder Zeile alle jeweils einbezogenen Zielgruppen an)

	nicht relevant/Gibt es bei uns nicht	einzelne BürgerInnen	Institutionen/Vereine (z.B. Lokale Agenda 21, Bürgerstiftung, NGOs)	Unternehmen, Verbände, Kammern	weitere (Interessens-) Gruppen
⇒ Nachhaltigkeitsbeirat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Beiräte/Arbeitskreise zu bestimmten, nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Beteiligungsveranstaltungen zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z.B. Bürger-/Agendaforen, Zukunftskonferenz, Leitbildentwicklung, u.ä.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Beratende Formate zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen (z.B. Bürgerhaushalt, Planungswerkstätten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Unternehmerdialoge/Stammtische/Netzwerke zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Initiierung von Nachhaltigkeits-Zertifizierungen von Unternehmen (z.B. Ökoprotit, audit berufundfamilie)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Wettbewerbe und Preise zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Befragungen zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Online-Foren oder Social Media zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Information über nachhaltigkeitsrelevante Aktivitäten (z.B. Zeitung, Newsletter)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Sonstiges, und zwar:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Im Folgenden werden mehrere Bedingungen für ein erfolgreiches Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen genannt. Bitte geben Sie jeweils an:

- a) Sind diese Bedingungen in Ihrer Kommune bereits vorhanden/gegeben?
 b) Wie wichtig waren die entsprechenden Bedingungen für die Erreichung des bisherigen Stands im Nachhaltigkeitsmanagement?

	ist bereits vorhanden/ gegeben?	falls vorhanden/gegeben: Bedeutung für Nachhaltigkeitsmanagement			
		sehr wichtig	ziemlich wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
⇒ Bereitstellung von Geldern	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Bereitstellung personeller Ressourcen	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Engagement des/der VerwaltungschefIn	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Engagement anderer Verwaltungsangehöriger	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Rückhalt in der Politik	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Kommunizierbare Erfolge (Auszeichnung, Preise)	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Unterstützung durch eine aktive Zivilgesellschaft (Bürger, Vereine, Stiftungen etc.)	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Unterstützung von ansässigen Unternehmen	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Impulse durch Forschungseinrichtungen und -vorhaben (z.B. REFINA, Zukunftsstadt)	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Impulse durch Förderprogramme/geförderte Projekte	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Vernetzung und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Sonstiges, und zwar:	<input type="checkbox"/> →	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

E Frage zum Monitor Nachhaltige Kommune

14. Im Projekt "Monitor Nachhaltige Kommune" sollen Informationen und Instrumente zur nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene verfügbar gemacht werden. Wie wichtig wären für Sie die folgenden Funktionen des Monitors?

	sehr wichtig	ziemlich wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig
⇒ Praxistaugliche Instrumente zur Unterstützung des kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements bereitstellen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Geeignete Indikatoren zur Abbildung der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene auflisten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Aggregierte Daten zum Stand der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene (für alle Landkreise bzw. alle Städte und Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen) analysieren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Gute Beispiele für eine nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene sammeln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
⇒ Mögliche Schwerpunkte einer nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene benennen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

F Abschluss

Gerne melden wir Ihnen die Ergebnisse dieser Befragung per E-Mail zurück. Wenn Sie dies wünschen, geben Sie bitte hier eine E-Mail-Adresse an. Diese Angabe wird nur für den Versand der Ergebnisse verwendet, von den anderen Angaben im Fragebogen getrennt gespeichert und nach Versand der Ergebnisse gelöscht.

Ergebnisse bitte senden an:

.....
(Bitte E-Mail Adresse angeben)

keine Rückmeldung gewünscht

Dieser Fragebogen wurde ausgefüllt von: (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Bitte nur Angaben für Landkreis oder Stadt/Gemeinde machen.

einem Landkreis, und zwar:

oder

einer Stadt oder Gemeinde, und zwar:

Gemeinde- bzw. Landkreisschlüssel:

Funktion der Bearbeiterin/des
Bearbeiters (z.B. LeiterIn, MitarbeiterIn):

Dienststelle/Amt/Fachbereich:

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

5.4 Indikatorenkatalog

Dimensionen	Inhaltliche Gliederung		Indikatoren				Auswahlkriterien für Kennindikatoren				Kennindikatoren		
	Themen (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	Indikator-Nr.	Indikatoren (Beispiele)	Beschreibungen	Beschäftigungskategorie	Validität	Datenqualität	Datenverfügbarkeit	Funktion	Kenn-indikator	Präzise/qualitativer Kennindikator	
Arbeits- und Beschäftigung	Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern	Anzahl der Arbeitslosen an der Summe aus den SVB am Wohnort und den Arbeitslosen Langzeitarbeitslosenanteil an allen Arbeitslosen	1	Arbeitslosenquote	Anzahl der Arbeitslosen an der Summe aus den SVB am Wohnort und den Arbeitslosen	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			2	Langzeitarbeitslosigkeit	Langzeitarbeitslosenanteil an allen Arbeitslosen	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
	Arbeitsplätze schaffen und existenzsicherndes Einkommen fördern	Anzahl der 15- bis 64-jährigen SVB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern	3	Beschäftigungsquote	Anzahl der 15- bis 64-jährigen SVB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			5	Erwerbstätige ALG II-Beruflicher (Zukunftszentrum)	Anzahl der erwerbstätigen ALG II-Beruflicher an allen erwerbstätigen Leistungsbeziehern	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
	Wohnortnahe Arbeitsplätze schaffen und weniger Pendlerverkehr verursachen	Anzahl der SVB am Arbeitsplatz an SVB am Wohnort	6	Arbeitsplatznahe	Anzahl der SVB am Arbeitsplatz an SVB am Wohnort	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			7	Ausbildungsquote	Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SVB am Arbeitsplatz	XXX	XXX	XXX	OC	1	0	0	
	Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern	Anzahl der offenen / gemeldeten Ausbildungsstellen pro 1.000 Bewerber	8	Ausbildungsplätze	Anzahl der offenen / gemeldeten Ausbildungsstellen pro 1.000 Bewerber	XXX	XXX	XXX	OC	1	0	0	
			9	Ausbildungsstellenquote	Anzahl der Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit SVB	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
	Ökonomie	Digitale Infrastruktur ausbauen und Wettbewerbsfähigkeit sichern	Anzahl der SVB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung (WZ.0872) an allen SVB	13	Breitbandversorgung	Breitbandversorgung (Breitbandversorgung über alle Technologien, in % der Haushalte; ≥ 50 Mbit/s)	XX	XX	XX	OC	1	0	0
				16	Beschäftigung im Forschungsbereich	Anzahl der SVB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung (WZ.0872) an allen SVB	XX	XX	XX	OC	1	0	0
				17	Hochqualifizierte	Anzahl der SVB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsplatz an allen SVB am Arbeitsplatz	XX	XX	XX	OC	1	0	0
				19	Existenzgründung	Anzahl neu angemeldeter Betriebe an geschlossenen Betrieben	XX	XX	XX	OC	1	0	0
	Wirtschaftsstruktur	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern	Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindesteuer an der Einkommenssteuer pro Einwohner	20	Gewerbe- und Einkommenssteuer	Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindesteuer an der Einkommenssteuer pro Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0
				21	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0
23				EMAS-zertifizierte Unternehmen	Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen	XXX	XXX	XXX	OC	1	0	0	
24				Fächendeckung von Arbeitsplätzen	Anzahl der Arbeitsplätze nach Gewerbetätigkeit	XXX	XXX	XXX	OC	1	0	0	
Mobilität	MV reduzieren und verbodenes MV emissionsärmer, effizienter und umweltfreundlicher gestalten	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche	26	Stickstoffüberschuss	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			39	Motorisierungsrang	Anzahl der privaten PKW pro 1.000 Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
Naturhaushalt und Ressourcennutzung	Flächen effizient und effektiv nutzen	Siedlungs- und Verkehrsfläche in % der Gesamtfäche	50	Flächennutzung	Siedlungs- und Verkehrsfläche in % der Gesamtfäche	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			51	Innenfläche der Flächennutzung	Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
Armut	Trinkwasserverbrauch reduzieren	Trinkwasserverbrauch pro Einwohner	56	Trinkwasserverbrauch	Trinkwasserverbrauch pro Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			60	SGB II / SGB XII-Quote	Anzahl der Empfänger von SGB II / SGB XII-Leistungen an der Bevölkerung	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
Wohnen und Wohnumfeld	Bedürfnisgerechten und preiswerten Wohnraum sichern	Anzahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner	63	Kommunaler Wohnungsbau	Anzahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			66	Nahrungsmittelfachlichkeit	Ernährungsfachlichkeit (innerhalb der Stadtteilfläche) pro Einwohner	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
Gesundheit und Pflege	Gesundheitsniveau erhöhen	Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren pro 1.000 Einwohner	73	Vorzeitige Sterblichkeit	Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren pro 1.000 Einwohner	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			74	Lebenserwartung	Lebenserwartung der Neugeborenen	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
Sicherheit	Verkehrssicherheitsniveau erhöhen	Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren	75	Plätze in Pflegeheimen	Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			83	Verunglückte im Verkehr	Anzahl der Verunglückten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen pro 1.000 Einwohner	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
Bildung	Frühkindliche Bildung fördern	Anzahl der Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-Jährige	84	Betreuung von Kindern (unter 3 Jahre)	Betreuung Kinder in Tageseinrichtungen für unter 3-Jährige	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			85	Betreuung von Kindern (3- bis 5 Jahre)	Betreuung Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-Jährige	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			86	Schulabscherequote	Anzahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgänger allgemeinbildender / berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			87	Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	Anzahl der Schulabgänger mit Fachhochschulreife / allgemeine Hochschulreife an allen Abgänger allgemeinbildender / berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
Haushaltsführung	Inklusion an Schulen fördern	Anzahl der Schüler an Förderschulen an allen Schülern	91	Exklusionsquote	Anzahl der Schüler an Förderschulen an allen Schülern	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			111	Liquiditätsdefizit	Liquiditätsdefizit (Kernhaushalt) pro Einwohner	XXX	XX	XX	OC	1	0	0	
			112	Schuldenquote	Schulden im Verhältnis zum Anlagevermögen (Ausgaben)	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
			113	Veranschlagung	Gesamtverschuldung (Konzern Kommune) pro Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0	
Governance	Ausreichende Investitionen der Kommune sichern	Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune) pro Einwohner	114	Bruttoinvestitionen	Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune) pro Einwohner	XX	XX	XX	OC	1	0	0	

Dimensionen	Inhaltliche Gliederung		Indikatoren				Auswahlkriterien für Kernindikatoren				Kernindikatoren	
	Themen (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	Indikator-Nr.	Indikatoren (Beispiele)	Beschreibungen	Nachhaltigkeitsrelevanz	Validität	Datenqualität	Datenverfügbarkeit	Funktion	Kernindikator	Periodevieler Kernindikator
Ökonomie	Arbeits- und Beschäftigung	Menschen in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern	1	Arbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den SGB am Wohnort und den Arbeitslosen	xx	xx	xxx	OC	1	0	
			2	Langzeitarbeitslosigkeit	Langzeitarbeitslosenanteil an allen Arbeitslosen	xx	xx	xxx	OC	1	0	
			3	Beschäftigungsquote	Anteil der 15- bis 64-jährigen SGB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern	xx	xxx	x	xxx	OC	0	0
			4	Geringfügig Beschäftigte	Anzahl der geringfügig Beschäftigten je 1.000 Einwohner	xx	xxx	xxx	OC	0	0	
			5	Erwerbstätige ALG II-Bezieher	Anzahl der erwerbstätigen ALG II-Bezieher	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			6	Arbeitsplatzzentralität	Anteil der SGB am Arbeitsort an SGB am Wohnort	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			7	Auszubildende	Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SGB am Arbeitsort	xxx	xxx	xxx	OC	1	0	
			8	Ausbildungsplätze	Anzahl der offenen / gemeldeten Ausbildungsstellen pro 1.000 Bewerber	xxx	xxx	xxx	OC	1	0	
			9	Ausbildungsstellenbesetzung	Anteil der Ausbildungsstellen an allen Betrieben mit SGB	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			10	Öffentliches Weiterbildungsangebot	Anzahl der öffentlich zugänglichen Weiterbildungsstellen pro 1.000 Einwohner	xx	xxx	xx	OP	0	0	
	Wirtschaftsstruktur	Ausgewogene Wirtschaftsstruktur fördern und Resilienz der Wirtschaft stärken	11	Berufsstruktur	Anteil der SGB nach Wirtschaftssektoren (primärer, sekundärer und tertiärer Sektor)	xx	xxx	xxx	OC	0	0	
			12	Größenstruktur	Anteil der Betriebe nach Größenklassen	x	xx	xxx	OC	0	0	
			13	Breitbandversorgung	Breitbandversorgung (Breitbandversorgung über alle Technologien, in % der Haushalte, ≥ 50 Mbit/s)	xx	xxx	xxx	OP	1	0	
			14	WLAN-Versorgung	WLAN-Versorgung (WLAN-Versorgung über alle Technologien, in % der kommunalen Fläche, unterschiedliche Übertragungsraten)	xx	x-xxx	x	OP	0	0	
			15	Anlageinvestitionen	Bruttoanlageinvestitionen pro SGB	xx	xxx	xx	OC	0	1	
			16	Beschäftigung im Forschungsbereich	Anteil der SGB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung (WZ 872) an allen SGB	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			17	Hochqualifizierte	Anteil der SGB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort an allen SGB am Arbeitsort	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			18	Patente	Anzahl der lokal entwickelten angemeldeten Patente pro 1.000 Einwohner	xx	xxx	xx	OC	0	1	
			19	Existenzgründungen	Anteil neu angemeldeter Betriebe an geschlossenen Betrieben	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			20	Gewerbe- und Einkommenssteuer	Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindesteuer an der Einkommenssteuer pro Einwohner	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern	Wirtschaft sozial- und umweltverträglich gestalten	21	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen	xx	xxx	xxx	OC	1	0	
			22	Familienfreundlich-zertifizierte Unternehmen	Anzahl der Unternehmen mit Zertifizierung "Beitrag Familie und Steuergeld" Familienfreundlicher Arbeitgeber pro 1.000 Unternehmen	xxx	xxx	xx	OC	0	1	
			23	EMAS-zertifizierte Unternehmen	Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen	xxx	xx	xxx	OC	1	0	
			24	Flächenbedarf von Arbeitsplätzen	Anzahl der Arbeitsplätze nach Gewerbefläche	xxx	xxx	xxx	OC	1	0	
			25	Ökologische Landwirtschaft	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche insgesamt	xxx	xx	xx	OC	0	1	
			26	Stickstoffüberschuss	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche	xxx	xx	xxx	OC	1	0	

Dimensionen	Inhaltliche Gliederung		Indikatoren (Beispiele)	Beschreibungen	Nachhaltigkeitsrelevanz	Auswahlkriterien für Kernindikatoren				Kernindikatoren				
	Ziele (Beispiele)	Indikatoren (Beispiele)				Validität	Datenqualität	Datenverfügbarkeit	Funktion	Kernindikator	Prognostischer Kernindikator			
Ökologie	Klima und Energie	Erdmosphäre und Klima schützen Luftqualität verbessern Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch steigern und Beitrag zum Klimaschutz leisten	27	CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte	CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	1		
			28	CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	CO ₂ -Ausstoß von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			29	CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs	CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			30	Luftqualität	Emissionen von Luftschadstoffen (Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub)	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			31	Feinstaubbelastung	Feinstaubbelastung pro Jahr (nach den Richtlinien der WHO)	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			32	Erneuerbare Energie	Installierte Leistung an erneuerbarer Energie (Photovoltaik, Biomasse, Windkraft und Wasserkraft) pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1
			33	Photovoltaik	Gesamtleistung der Photovoltaik-Anlagen pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1
			34	Solarthermische Anlagen	Installierte Fläche solarthermischer Anlagen pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1
			35	Erdenergieverbrauch der privaten Haushalte	Erdenergieverbrauch der privaten Haushalte pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1
			36	Erdenergieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Erdenergieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1
	Mobilität	Energieverbrauch reduzieren und Energieeffizienz erhöhen MIV reduzieren und verblassenden MIV emissionsärmer, effizienter und umweltschonender gestalten Umweltverbund stärken und MIV reduzieren	37	Erdenergieverbrauch des Verkehrs	Erdenergieverbrauch des Verkehrs pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1	
			38	Energieproduktivität	Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zum Primärenergieverbrauch	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	0	0	1	
			39	Motorisierungsgrad	Anzahl der privaten PKW pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xxx	xxx	OP	1	0	0	
			40	Umweltfreundlicherer MIV	Anteil der zugelassenen PKW mit umweltfreundlicheren Antriebsarten (Hybrid, Elektro) an allen zugelassenen PKW	xx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			41	Modal Split	Fußverkehrs-, Radverkehrs- und ÖPNV-Anteile am Verkehrsaufkommen (insgesamt)	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			42	Fahrradwege	Länge des Radwegenetzes pro 1.000 Meter Verkehrswege	xxx	xx	xx	xx	OP	0	0	1	
			43	Beförderungslage des ÖPNV	Anzahl der gefahrenen Jahreskilometer von Bussen und Bahnen pro Einwohner	xxx	x	xx	xx	OP	0	0	0	
			44	Erschließung mit Bus und Bahn	Anteil der Bussse und Bahnen mit Niederflertechnik und/ oder Rollstuhlrampen an allen Bussen und Bahnen	xx	xx	xxx	x	OP	0	0	1	
			45	Barrierefreiheit des ÖPNV	Anteil der barrierefreien Straßenbahnhaltestellen im Stadt-, Gemeinde- oder Kreisgebiet an allen Haltestellen	xx	xxx	xxx	x	OP	0	0	1	
			46	Barrierefreiheit der Haltestellen	Anteil der barrierefreien Straßenbahnhaltestellen im Stadt-, Gemeinde- oder Kreisgebiet an allen Haltestellen	xx	xxx	xxx	x	OP	0	0	1	
	Naturschutz und Ressourcennutzung	Methodik-Biotope schützen und biologische Vielfalt erhalten Flächen effizient und effektiv nutzen Gewässerverschmutzung reduzieren Trinkwasserverbrauch reduzieren	47	Naturschutzflächen	Anteil der Naturschutzflächen an der Gesamtfläche	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	
			48	Landwirtschaftsqualität und Artenvielfalt	Entwicklung der Bestände von Vögeln (Teilindex für den Lebensbereich "Siedlinger")	xx	xx	xxx	x	OC	0	0	1	
			49	Vorkommen der Mehlschwalbe	Anzahl der Mehlschwalben genutzten Nester pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xxx	x	OC	0	0	1	
			50	Flächenverbrauch	Städtungs- und Verkehrsfläche in % der Gesamtfläche	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	1	0	0	
			51	Intensität der Flächennutzung	Städtungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	1	0	0	
			52	Umgang mit Flächen	Neu erschlossenes Bauland pro Einwohner	x	x	xxx	xx	OP	0	0	0	
			53	Wiedergenutzte Brachflächen	Anteil der wiedergenutzten Brachflächen an den Brachflächen (insgesamt)	xxx	xxx	xxx	x	OP	0	0	1	
			54	Fließwasserqualität	Anteil der Fließgewässer mit biologischer Güteklasse I, II oder III an den Fließgewässern (regional)	xxx	xx	xxx	x	OC	0	0	1	
			55	Nitratbelastung	Anteil der Messtellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird	xxx	xx	xxx	x	OC	0	0	1	
			56	Trinkwasserverbrauch	Trinkwasserverbrauch pro Einwohner	xx	xx	xxx	xxx	OC	1	0	0	
	Abfallwirtschaft	Abfallaufkommen reduzieren und zirkuläre Werteschöpfung stärken	57	Restmüll	Restmüll der privaten Haushalte pro Einwohner	xxx	xx	xx	xx	OC	0	0	1	
			58	Spermmüll	Spermmüll der privaten Haushalte pro Einwohner	xxx	x	xxx	x	OC	0	0	0	
			59	Recyclingquote	Recyclingquote in Wiederverwertung am Gesamtaufkommen	xxx	xxx	xxx	x	OC	0	0	1	

Dimensionen	Inhaltliche Gliederung		Indikatoren		Auswahlkriterien für Kennindikatoren				Kennindikatoren		
	The men (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	Indikatoren (Beispiele)	Beschreibungen	Nachhaltigkeitsrelevanz	Validität	Datenqualität	Datenverfügbarkeit	Funktion	Kennindikator	Perzeptionsindikator
Soziales	Armut	Armut bekämpfen	60 SGB II/ SGB XII-Quote	Anteil der Empfänger von SGB II/ SGB XII-Leistungen an der Bevölkerung	xxx	xx	xxx	xxx	OC	1	0
	Wohnen und Wohnumfeld	Bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum sichern	61 Einkommensverteilung	Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)	xxx	xx	x-xxx	x	OC	0	1
			62 Wohnungsbau	Wohnungsbau	x	xx	xxx	xxx	OP	0	0
			63 Kommunaler Wohnungsbau	Kommunaler Wohnungsbau	xx	xxx	xxx	xxx	OP	1	0
Gesundheit und Pflege	Gesundheitsniveau erhöhen	64 Wohngeld	Wohngeld	Wohngeldzahlungen pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xxx	xxx	IP	0	0
		65 Wohnungsnähe Grundversorgung	Wohnungsnähe Grundversorgung	Anteil der Städtischen und Verkaufte mit einem Lebensmittellager innerhalb von 300 m (Luftlinie) an der Siedlungs- und Verkehrsfläche (insgesamt)	xxx	xx	x-xxx	x	OP	0	1
		66 Naherholungsflächen	Naherholungsflächen	Erholungsfläche (innerhalb der Siedlungsfläche) pro Einwohner	xxx	xx	xxx	xxx	OP	1	0
		67 Spielplatzflächen	Spielplatzflächen	Spielplatzfläche pro Kind/ Jugendliefer (0- bis 15-jährige)	xxx	xxx	xxx	x	OP	0	1
		68 Lärmbelastung	Lärmbelastung	Anteil der von Lärm belasteten Einwohner an der Bevölkerung	xx	xxx	x-xxx	x	OC	0	1
		69 Impfungen bei Kindern	Impfungen bei Kindern	Impfquote für die erste bzw. zweite Masernimpfung bei Kindern bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres	x	x	xxx	xx	OP	0	0
		70 Kinder mit Übergewicht	Kinder mit Übergewicht	Anteil der übergewichtigen Kinder an untersuchten Kindern (Schulergangsjahr)	xxx	xxx	xxx	xx	OC	0	1
		71 Raucherquote	Raucherquote	Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen (ab 15-jährige)	xxx	xxx	x-xxx	x	OC	0	1
		72 Hausärztliche Versorgung	Hausärztliche Versorgung	Anzahl der Hausärzte pro 1.000 Einwohner	xx	xx	x-xxx	x	OP	0	1
		73 Vorzeitige Sterblichkeit	Vorzeitige Sterblichkeit	Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren pro 1.000 Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	1	0
Sicherheit	Allgemeines Sicherheitsniveau erhöhen	74 Lebenserwartung	Lebenserwartung	Lebenserwartung der Neugeborenen	xxx	xx	xxx	xxx	OC	1	0
		75 Plätze in Pflegeheimen	Plätze in Pflegeheimen	Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren	xx	xx	xxx	xxx	OC	1	0
		76 Stationäre Palliativversorgung	Stationäre Palliativversorgung	Anzahl der stationären Versorgungsplätze an der Anzahl der gestorbenen Menschen (insgesamt)	x	xx	xxx	xxx	OP	1	0
		77 Ambulante Palliativversorgung	Ambulante Palliativversorgung	Anzahl der ambulanten Versorgungsplätze an der Anzahl der gestorbenen Menschen (insgesamt)	x	xx	xxx	xxx	OP	0	0
		78 Gewaltminimallität	Gewaltminimallität	Anzahl der Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit pro 1.000 Einwohner	xxx	xxx	xx	x	OC	0	1
		79 Aufklärungsquote	Aufklärungsquote	Anzahl der aufklärten Straftaten gegen das Leben, die sexuelle Selbstbestimmung und die persönliche Freiheit an allen genannten Straftaten	x	xx	x-xxx	x	OC	0	0
		80 Eigentumsstille	Eigentumsstille	Anzahl der Diebstahle und Unterschlagungen pro 1.000 Einwohner	x	xx	x-xxx	x	OC	0	0
		81 Wohnungsbuchdebatte	Wohnungsbuchdebatte	Anzahl der Wohnungsbuchdebatte pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xx	xx	OC	0	1
		82 Rechtsstreitimmus	Rechtsstreitimmus	Anzahl der rechtsstreitimmus Handlungen und Übergriffe pro 1.000 Einwohner	xx	xx	x-xxx	x	OC	0	1
		83 Verunglückte im Verkehr	Verunglückte im Verkehr	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen pro 1.000 Einwohner	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	1	0
Bildung	Förderliche Bildung fördern	84 Bereitung von Kindern (unter 3-jährige)	Bereitung von Kindern (unter 3-jährige)	Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für unter 3-jährige	xxx	xx	xxx	xxx	OC	1	0
		85 Bereitung von Kindern (3- bis 5-jährige)	Bereitung von Kindern (3- bis 5-jährige)	Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-jährige	xxx	xx	xxx	xxx	OC	1	0
		86 Schulabgaberequote	Schulabgaberequote	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängern allgemeinbildender / berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss	xxx	xxx	xxx	xxx	OC	1	0
		87 Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	Schulabgänger mit Fachhochschulreife / Hochschulreife	Anteil der Schulabgänger mit Fachhochschulreife / allgemeine Hochschulreife an allen Abgängern allgemeinbildender / berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss	xx	xxx	xxx	xxx	OC	1	0
		88 Angebot und Erreichbarkeit von Schulen	Angebot und Erreichbarkeit von Schulen	Angebot und Erreichbarkeit (durchschnittliche Länge des Schulweges) von Schulen (Grundschulen, Schulen der Sekundarstufe I und Schulen der Sekundarstufe II)	xx	xx	x-xxx	x	OP	0	1
		89 Kinder in Ganztagsgrundschulen	Kinder in Ganztagsgrundschulen	Anteil der Grundschüler, die Ganztagsangebote nutzen, an allen Kindern (6,5- bis 10,5-Jährige)	xx	xxx	x	xx	OC	0	0
		90 Kinder in Horten	Kinder in Horten	Anteil der Kinder (6- bis unter 11-Jährige) in Horten an allen Kindern (6,5- bis 10,5-Jährige)	xx	xxx	x	xx	OC	0	0
		91 Exklusionsquote	Exklusionsquote	Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern	xx	xx	xx	xx	OC	1	0
		92 Breitbandversorgung der Schulen	Breitbandversorgung der Schulen	Breitbandversorgung der Schulen (Breitbandversorgung der Schulen über alle Technologien, in % der Schulen > 50 Mbit/s)	xx	xx	x-xxx	x	OC	1	0
		93 WLAN-Versorgung der Schulen	WLAN-Versorgung der Schulen	WLAN-Versorgung (WLAN-Versorgung der Schulen über alle Technologien, in % der Schulen, unterschiedliche Übertragungsraten)	xx	xx	xxx	xxx	OC	0	1
Kultur	Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern	94 IT-Ausstattung an Schulen	IT-Ausstattung an Schulen	Anzahl der Computer (Desktop-PCs, Notebooks, Tablets) pro Schüler (alle Schulformen)	xx	xx	x-xxx	x	OP	0	1
		95 Schulen mit Überwachungsprogrammen / Unweitzertifikaten	Schulen mit Überwachungsprogrammen / Unweitzertifikaten	Ausgaben für IT-Unterhaltung (Zentrale Dienste, Wartung, Support, etc.) pro Schüler (alle Schulformen)	xx	xx	x-xxx	x	IP	0	0
		96 Förderung von Kulturangeboten	Förderung von Kulturangeboten	Anteil der Schulen, die an Ausschussprogrammen teilnehmen oder Unweitzertifikate vorweisen können, an allen Schulen	xx	x	x-xxx	x	OP	0	0
Kultur	Kulturelle Angebote fördern, Lebensqualität verbessern und sozialen Zusammenhalt stärken	97 Angebot von Kulturveranstaltungen	Angebot von Kulturveranstaltungen	Ausgaben für Kulturangebote pro 1.000 Einwohner	x	xx	xxx	xx	IP	0	0
		98 Innegruppentheme von Kulturveranstaltungen	Innegruppentheme von Kulturveranstaltungen	Anzahl der Veranstaltungen im kommunalen Veranstaltungskalender pro 1.000 Einwohner	x	xx	x-xxx	x	OP	0	0
					xx	x	x-xxx	x	OC	0	0

Dimensionen	Inhaltliche Gliederung		Indikatoren				Auswahlkriterien für Kennindikatoren					Kennindikatoren					
	Themen (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	Indikator-Nr.	Indikatoren (Beispiele)	Beschreibung	Nachhaltigkeitsrelevanz	Validität	Datenqualität	Datenverfügbarkeit	Funktion	Kennindikator	Persepektivischer Kennindikator					
Governance	Themen (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	100	Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften	Energieverbrauch für kommunale Liegenschaften pro m²	xxx	xx	xx	OC	0	1						
			101	Kommunales Energiemanagement ausbauen	Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung	Energieverbrauch für Straßenbeleuchtung pro Einwohner	xx	xx	xx	OC	0	1					
			102	Kommunales Beschäftigungsmanagement ausbauen	Nachhaltige Beschäftigung bei Verbrauchermaterial	Anteil von Recyclingpapier am Papierverbrauch kommunaler Einrichtungen (gesamt)	xx	x	xxx	xx	OC	0	0				
			103	Digitale Verwaltung fördern	Nachhaltige Beschäftigung bei Investitionsgütern	Anteil der beschafften Investitionsgüter als nachhaltiger Produktion an allen beschafften Investitionsgütern	xxx	x	xxx	xx	OC	0	0				
			104	Verwaltung und Ratsarbeit	Digitale Verwaltung fördern	Kommunale Online-Dienstleistungen	Anteil der Online-Dienstleistungen an allen kommunalen Dienstleistungen	xx	xx	xxx	x	GP	0	1			
			105			Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung	Frauenanteil in Leitungspositionen der Kommunalverwaltung	xxx	xxx	xxx	xx	OC	0	1			
			106	Verwaltung und Ratsarbeit	Digitale Verwaltung fördern	Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen	Frauenanteil in Leitungspositionen der kommunalen Unternehmen	xxx	xxx	xxx	xx	OC	0	1			
			107			Frauenanteil in der Kommunalpolitik	Frauenanteil der gewählten Mandatsträger in Kommunalparlament	xxx	xxx	xxx	xx	OC	0	1			
			108	Verwaltung und Ratsarbeit	Digitale Verwaltung fördern	Männeranteil in Ehrenzeit	Männeranteil in Ehrenzeit am Personal der Kommunalverwaltung (gesamt)	xx	xx	xxx	xx	OC	0	1			
			109			Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in der Kommunalverwaltung	xxx	xxx	xxx	xx	OC	0	1			
			110	Verwaltung und Ratsarbeit	Digitale Verwaltung fördern	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern in den kommunalen Unternehmen	xxx	xx	xxx	xx	OC	0	1			
			111			Liquiditätskennlinie	Liquiditätskennlinie (Kernnauhalt) pro Einwohner	xxx	xxx	xxx	xx	GP	1	0			
Haushaltsführung	Themen (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	112	Geunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern	Schuldendeckungsquote	xx	xx	xx	GP	1	0						
			113	Haushaltsführung	Geunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern	Verschuldung	Gesamtschuldung (Konzern Kommune) pro Einwohner	xx	xx	xx	GP	1	0				
			114			Bruttoinvestitionen	Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune) pro Einwohner	xx	xx	xxx	xx	GP	1	0			
			115	Haushaltsführung	Geunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern	Nettoinvestitionen	Investitionen abzüglich Abschreibungen (Konzern Kommune) pro Einwohner	xxx	x	xx	GP	0	0				
			116			Investitionsrückstand	Investitionsrückstand (Konzern Kommune) pro Einwohner	xxx	x	xxx	x	OC	0	0			
			117	Haushaltsführung	Geunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern	Beteiligung an Wahlen	Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen	xxx	xx	xx	OC	0	1				
			118			Bürgergehören	Anzahl an Bürgergehören pro 1.000 Einwohner	x	xx	xx	xx	OC	0	0			
			Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement	Themen (Beispiele)	Ziele (Beispiele)	119	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement	Informelle Bürgerbeteiligung	Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xxx	x	OP	1		
						120			Bürgerbeteiligungsstätten	Anzahl der Bürgerbeteiligungsstätten (Bürgertreffs, Mehrgenerationentreffs, etc.) pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xxx	x	OP	0	1
						121	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement	Vereinszuschüsse	Kommunale Zuschüsse an Vereine oder vereinsnahe Organisationen (z. B. Sportvereine) pro 1.000 Einwohner	xx	x	xx	xx	IP	0	0
						122			Vereine	Anzahl der eingetragenen Vereine pro 1.000 Einwohner	xx	xx	xx	x	OP	0	1
						123	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement	Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement	Vereinamitglieder	Anzahl der Mitglieder in eingetragenen Vereinen pro 1.000 Einwohner	xxx	x	xxx	x	OC	0	0
124	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Verhältnis zu den kommunalen Ausgaben insgesamt	xxx	xxx	xxx	xx			IP	0	0						
125	Eine-Welt-Engagement	Eine-Welt-Engagement	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte im Verhältnis zu den kommunalen Ausgaben insgesamt	xxx	xxx	xxx	x	IP	0	0						

5.5 Indikatorensteckbriefe

5.5.1 Arbeit und Beschäftigung

Indikator: Arbeitslosenquote	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern
Kernindikator	Arbeitslosenquote – Anteil der Arbeitslosen an der Summe aus den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) am Wohnort und den Arbeitslosen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Arbeitslosenquote ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche. Daneben gibt es aber u. a. auch konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit (etwa in Zeiten einer Rezession bzw. Wirtschaftskrise) bzw. saisonale Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit hat finanzielle, soziale und nicht zuletzt gesundheitliche Folgen für die einzelnen Betroffenen und deren Angehörigen. Für Jugendliche hat Arbeitslosigkeit weitreichende Folgen für die weitere Erwerbsbiographie. Für die Kommune hat eine hohe Arbeitslosenquote Auswirkungen auf die ökonomische Situation (Steuereinnahmen); sie kann zur Abwanderung und demographischen Schrumpfung beitragen und beeinträchtigt das öffentliche Leben und die Lebensqualität. Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit sollten den Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der sozialen Dimension und damit das Prinzip der Ganzheitlichkeit berücksichtigen. Aufgrund der benachteiligenden Wirkung auf betroffene Kinder und Jugendliche ist das Prinzip der Generationengerechtigkeit adressiert.
Herkunft	Dieser Indikator wird in vielen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Augsburg 2010, Münster 2013) sowie anderen Indikatorenansammlungen verwendet (z. B. Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015; Agenda-Transfer 2003; Deutsche Umwelthilfe 2004).
Validität	Der Indikator bildet das Ziel „Arbeitslosigkeit reduzieren“ ab. Allerdings grenzen die unten genannten Einschränkungen der Datenqualität auch die Validität ein.
Datenqualität	Die Arbeitslosenzahl, die hohe saisonale Schwankungen aufweist, bezieht sich auf die arbeitslos gemeldeten Personen. Nicht enthalten sind: Erwerbslose, die sich nicht arbeitslos gemeldet haben, Kurzarbeiter und Arbeitslose, die sich in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme befinden. Zu den SvB zählen alle Arbeitnehmer (inkl. der Auszubildenden, sozialversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu entrichten sind).
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht mit vielen anderen Indikatoren im Zusammenhang, etwa mit der Langzeitarbeitslosigkeit, der Beschäftigungsquote, der Verschuldung, der SGB-II-/SGB-XII-Quote und ggf. mit der Schulabbrecherquote. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Arbeitslosenquote mit der Gewerbesteuer oder dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Beziehung gesetzt wird, da dies auf eine mögliche Diskrepanz zwischen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einem geringen Abbau der Arbeitslosigkeit hinweisen kann.
Rahmenbedingungen	Die Arbeitslosenquote hängt von strukturellen Rahmenbedingungen ab, die durch Kommunen schwer zu beeinflussen sind. Strukturschwache, schrumpfende Regionen, die besonders stark von Fortzügen und demographischem Wandel betroffen sind, weisen eine besonders hohe Arbeitslosigkeit auf.
Berechnung	$\text{Arbeitslose 15–64 Jahre} / (\text{SvB am Wohnort 15–64 Jahre} + \text{Arbeitslose 15–64 Jahre}) * 100$ (Stichtag für SvB: 30.06.)
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Langzeitarbeitslosigkeit	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern
Kernindikator	Langzeitarbeitslosigkeit – Langzeitarbeitslosenanteil an allen Arbeitslosen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Langzeitarbeitslose (LZA) sind Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern für Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren. Ein hoher Anteil an LZA ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche. Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich durch die „Verfestigung“ der Arbeitslosigkeit in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen aus und hat deutlich benachteiligende Entwicklungsbedingungen der Kinder zur Folge. Kommunen tragen neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) die Leistungen zur Grundsicherung von LZA und Maßnahmen zur Wiedereingliederung. Sie müssen sich einer erhöhten Nachfrage nach öffentlichen Leistungen stellen (z. B. sozialer Wohnraum). Nicht zuletzt kann sich ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune niederschlagen und Abwanderung und demographische Schrumpfung mitbedingen. Maßnahmen zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit sollten den Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der sozialen Dimension und damit das Prinzip der Ganzheitlichkeit berücksichtigen. Aufgrund der o. g. Bedeutung für die von der Langzeitarbeitslosigkeit der Eltern betroffene Kinder ist das Prinzip der Generationengerechtigkeit adressiert.
Herkunft	Dieser Indikator wird in einzelnen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Geislingen an der Steige 2014; Solingen 2004) verwendet und wird auch in anderen Indikatorenansammlungen empfohlen (z. B. Agenda-Transfer 2003).
Validität	Der Indikator bildet einen zentralen Aspekt des Ziels „Arbeitslosigkeit reduzieren“ ab; allerdings schränken die unten genannten Einschränkungen der Datenqualität auch die Validität ein.
Datenqualität	Neben der BA sind ab 2005 u. a. auch 69 zugelassene kommunale Träger (zKT) Lieferanten von Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen. Da die monatlichen Lieferungen der zKT noch nicht alle notwendigen Informationen enthalten, sind die Jahresdurchschnittswerte ab 2005 für Regionen, die in den Bereich eines zKT fallen, für verschiedene Merkmale nicht darstellbar.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig bei der Bundesagentur für Arbeit erfasst und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Wie auch die Arbeitslosenquote steht der Anteil der Langzeitarbeitslosen im Wirkungszusammenhang mit sozioökonomischen Strukturmerkmalen wie der Erwerbstätigenquote, der Verschuldung, der SGB-XII-Quote und ggf. mit der Schulabbrecherquote. Weitergehende Erkenntnisse können gewonnen werden, wenn das Verhältnis zwischen Langzeitarbeitslosigkeit und der Gewerbesteuer oder dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrachtet wird, da dies auf eine mögliche Diskrepanz zwischen einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und einem geringen Abbau der Arbeitslosigkeit hinweisen kann.
Rahmenbedingungen	Neben der allgemeinen Wirtschaftslage haben besonders die regionalspezifischen ökonomischen Strukturen (von ökonomischen Strukturumbrüchen) Einfluss auf den Anteil der Langzeitarbeitslosen vor Ort. Auch die allgemeine geographische Lage (zentral oder peripher gelegene Kommune) und die demographische Situation sind wichtige Rahmenbedingungen, die auf diesen Indikator wirken.
Berechnung	$\text{Langzeitarbeitslose} / \text{Arbeitslose} * 100$
Quelle	Bundesagentur für Arbeit
Einheit	%
Abgerufen für	2007–2014

Indikator: Beschäftigungsquote	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Arbeitsplätze schaffen und existenzsicherndes Einkommen fördern
Kernindikator	Beschäftigungsquote – Anteil der 15- bis 64-jährigen SvB am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohnern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote lässt Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Lage ansässiger Unternehmen sowie die damit zusammenhängende soziale Situation der Bewohner und der finanziellen und infrastrukturellen Ausstattung einer Kommune zu. Eine hohe Beschäftigungsquote zeigt eine hohe Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und sichert das Qualifikationsniveau der Bürger – sie steht aber auch in Wechselwirkung mit dem Verkehrsaufkommen, den Emissionenswerten und dem Flächenverbrauch. Die Bedeutung der Beschäftigungsquote für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und die enge Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension (Prinzip der Ganzheitlichkeit) geben diesem Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang vor allem in allgemeinen Indikatorensammlungen empfohlen (z. B. Internationale Standard ISO 37120, 2014; Statistisches Bundesamt 2014; Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015).
Validität	Der Indikator bildet das Ziel mit leichten Einschränkungen ab. Beamte, Selbstständige und andere nicht sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige sind in der Kennzahl nicht berücksichtigt. Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung werden gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.
Datenqualität	Die Daten basieren auf den Meldungen zur Sozialversicherung mit einer Verzögerung von sechs Monaten (Abgabefristen der Meldungen) und haben eine hohe Datenqualität.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte, Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Geburtenentwicklung und Lebenserwartung wirken eher langfristig auf diesen Indikator; kurz-, mittel- und langfristigen Einfluss haben Wanderungen und Pendlerströme. Weitere Erkenntnisse können gewonnen werden, wenn die Beschäftigtenquote ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt oder zur Arbeitslosenquote gesetzt wird, da dies Hinweise auf Ursachen und Diskrepanzen zur wirtschaftlichen Entwicklung geben kann (z. B. unterdurchschnittliche Beschäftigtenquote aufgrund eines hohen Anteils an „Hausfrauen“ in gut verdienenden Haushalten oder durch Arbeitslosigkeit bedingt). Ebenfalls aufschlussreich ist das Verhältnis zu den kommunalen Einnahmen.
Rahmenbedingungen	Diverse Rahmenbedingungen können den Indikator beeinflussen, etwa die Erwerbsneigung der Bevölkerung (z. B. regionale Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Ehefrauen/Müttern), die allgemeine Wirtschaftslage, die Entsprechung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage oder die Arbeitsmarktpolitik.
Berechnung	$\text{SvB am Wohnort 15–64 Jahre} / \text{Bevölkerung 15–64 Jahre} * 100$ (Stichtag für SvB: 30.06.)
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) *	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Arbeitsplätze schaffen und existenzsicherndes Einkommen fördern
Kernindikator	Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) – Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher an allen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator beinhaltet Empfänger von ALG II, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Eine hohe Zahl an „Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin. Damit kommt eine ökonomische und soziale Situation der Betroffenen, ihrer Angehörigen (benachteiligende Entwicklungsbedingungen der Kinder) und der Kommune insgesamt (verringerte Steuereinnahmen, erhöhte Sozialausgaben) zum Ausdruck. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension und aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit ab.
Herkunft	Dieser Indikator ist in den im Monitor ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichten und Indikatorenansammlungen nicht, sondern ausschließlich im Wegweiser Kommune enthalten.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und existenzsicherndes Einkommen zu fördern, vollständig ab.
Datenqualität	Neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind ab 2005 unter anderem auch 69 zugelassene kommunale Träger (zKT) Lieferanten dieser Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen, die in der BA zusammengeführt werden. Die Datenqualität ist hoch.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben; sie sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Unmittelbare Wechselwirkungen bestehen mit den regionalen ökonomischen Strukturmerkmalen (beispielsweise Branchenstruktur, Durchschnittseinkommen, Produktivität, Qualifikationsniveau). Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit Kennzahlen des Bereichs Arbeit und Beschäftigung sowie Armut (z. B. Durchschnittseinkommen, Kinderarmut), aber auch den kommunalen Steuereinnahmen in Bezug gesetzt wird, da sich hieraus Hinweise auf eine mögliche soziale Polarisierung ableiten lassen. Weitere Hinweise können aus dem Verhältnis mit Daten zur Gesundheit und zu kommunalen Ausgaben gewonnen werden (Bildung/Weiterbildung, Kinder- und Jugendarbeit, Sozialberatung).
Rahmenbedingungen	Unter anderem nehmen die Branchenstruktur der ansässigen Wirtschaft, die allgemeine Wirtschaftslage, regionale Unterschiede im Lohnniveau und allgemeine strukturelle Rahmenbedingungen (schrumpfende oder wachsende Region) Einfluss auf diesen Indikator.
Berechnung	Erwerbstätige ALG-II-Bezieher („Aufstocker“) gesamt / erwerbsfähige Leistungsbezieher (eLb) gesamt * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2007–2014

* Mit der Änderung des SGB II haben sich die Berechnungsmodalitäten geändert.

Indikator: Arbeitsplatzzentralität	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Integration in den Arbeitsmarkt fördern und Arbeitslosigkeit verringern
Kernindikator	Arbeitsplatzzentralität – Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Übereinstimmung von Wohn- und Arbeitsort führt zu kurzen Arbeitswegen und damit zur Verringerung des Verkehrsaufkommens (Prinzip der Ganzheitlichkeit und der globalen Verantwortung). Sie ermöglicht gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Prinzip der intragenerationalen Gerechtigkeit) und kann zur stärkeren Identifikation mit dem Wohnort beitragen. Diese Vorteile können sich positiv auf Beteiligung (Prinzip des gemeinsamen Vorgehens), Integration und die allgemeine Lebensqualität auswirken. Generell ist es nachhaltiger, wenn die Bedeutung einer Kommune als Arbeitsort nicht höher ist denn als Wohnort – d. h., wenn der Wert in diesem Indikator klein ist.
Herkunft	Dieser Indikator wird in einzelnen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) verwendet.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel, wohnortnahe Arbeitsplätze zu schaffen und weniger Pendelverkehr zu verursachen, mit leichten Einschränkungen ab: Die für das Ziel bedeutsamen, tatsächlich zurückgelegten Wege (Anzahl der Wege und Wegelänge) werden mit dem Indikator nicht bzw. nur indirekt erfasst. Der Wert hängt sehr stark von der Größe und der Lage der Kommune ab (siehe Rahmenbedingungen); für Kreise ist der Indikator bedingt aussagekräftig.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden. (Bei einem Wert > 1 hat die Kommune eine primäre Bedeutung als Arbeitsstandort, bei einem Wert < 1 als Wohnstandort.)
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte, Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht in Wechselwirkung mit dem Arbeitsplatzangebot vor Ort (Anzahl ansässiger Unternehmen, Beschäftigte). Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Wirtschaftsstruktur, dem Verkehrsaufkommen, der verkehrsbedingten Luftqualität und Lärmbelastung, dem Wohnraumangebot (Miet- und Grundstückspreise) und dem Flächenverbrauch in Beziehung gesetzt wird.
Rahmenbedingungen	Die Ausprägung des Indikators ist stark abhängig von der Größe und der Lage der Kommune: Größere Kommunen mit einer vielfältigeren Wirtschaftsstruktur haben höhere Einpendlerquoten als kleinere. Auch die relative Lage innerhalb einer Region und die Struktur der Region bestimmen die Pendlerverflechtungen (Klein- und Mittelzentren in ländlichen Regionen vs. suburban geprägte Umlandgemeinde einer Metropolregion).
Berechnung	Anteil der SvB am Arbeitsort an SvB am Wohnort
Quelle	Wegweiser Kommune (Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Zahlenwert
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Auszubildende	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern
Kernindikator	Auszubildende – Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden an den SvB am Arbeitsort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator gilt für die Lehre im Rahmen einer dualen Ausbildung oder einer vollzeitschulischen Ausbildung an einer Berufsschule. Eine hohe Zahl an Auszubildenden am Arbeitsort ist Ausdruck einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in der Region (über den Wohnort hinaus), was der Abwanderung Jugendlicher entgegenwirkt, zur Sicherung der Fachkräfte beiträgt und insgesamt eine zukunftsfähige soziale und demographische Entwicklung der Kommune unterstützt. Durch diese langfristigen ökonomischen und sozialen Wirkungen kommen die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit zum Ausdruck.
Herkunft	Dieser Indikator wird in mehreren kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) sowie anderen Indikatorenansammlungen verwendet (z. B. Agenda-Transfer, 2003; Deutsche Umwelthilfe, 2004; Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015).
Validität	Der Indikator bezieht sich auf den Anteil der Auszubildenden am Arbeitsort; der Wohnsitz kann durchaus vom Arbeitsort abweichen. Aufgrund des geringen Einkommens bleiben viele Auszubildende bei den Eltern wohnhaft. Das Ziel, Aus- und Weiterbildung zu fördern und vor allem das Ziel, das Fachkräfteangebot in einer Kommune zu sichern, kann mit diesem Indikator vollständig abgebildet werden.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht in enger Wechselwirkung mit der Anzahl der Ausbildungsbetriebe, aber auch mit der demographischen Entwicklung. Weitergehende Kenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit den Ausbildungsplätzen und der Ausbildungsbetriebsquote abgeglichen wird, sowie mit Angaben zu Anzahl und Art der Schulabschlüsse vor Ort.
Rahmenbedingungen	Die Größe der Kommune bzw. die Anzahl der SvB sowie der Ausbildungsbetriebe vor Ort, die verkehrliche Anbindung und die Bildungsinfrastruktur (Anzahl und Art der Schulen vor Ort) sind maßgebende Rahmenbedingungen. Hinzu kommen Einstellungen und Vorbehalte seitens der Jugendlichen gegenüber Ausbildungsbetrieben und Branchen, aber auch Einstellungsverzichte von Arbeitgebern mangels aus ihrer Sicht geeigneter Bewerber.
Berechnung	Anzahl SvB Auszubildender am Arbeitsort / Anzahl SvB am Arbeitsort insgesamt * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Ausbildungsplätze	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern
Kernindikator	Ausbildungsplätze – Anzahl der offenen/gemeldeten Ausbildungsstellen pro 1.000 Bewerber
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator zeigt das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt. Unbesetzte Lehrstellen weisen auf demographische Schrumpfung/Abwanderung Jugendlicher und zukünftigen Fachkräftemangel hin und sind ebenso wenig nachhaltig wie eine zu hohe Nachfrage, was einen Anstieg an Jugendarbeitslosigkeit zur Folge hat. Der Indikator bildet damit einen zentralen Aspekt der Zukunftsfähigkeit einer Kommune in Hinblick auf die Sicherung von Fachkräften, die Sicherung von Unternehmensnachfolgen in den Betrieben, die Vermeidung von Abwanderung sowie die Unterstützung einer langfristig ökonomisch, demographisch und sozial stabilen Entwicklung ab. Damit werden die Nachhaltigkeitsprinzipien der Generationengerechtigkeit und Ganzheitlichkeit adressiert.
Herkunft	Dieser Indikator wird in mehreren kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) sowie anderen Indikatorenansammlungen verwendet (z. B. Deutsche Umwelthilfe, 2004).
Validität	Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zeigt, ob das Ausbildungsangebot vor Ort ausreichend und passgenau ist und weist auf die zukünftige Fachkräftesituation einer Kommune hin. Das Ziel, Aus- und Weiterbildung zu fördern und das Fachkräfteangebot zu sichern wird damit gut abgebildet.
Datenqualität	Erfasst werden alle bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten BewerberInnen und gemeldeten Berufsausbildungsstellen. Somit sind nicht gemeldete Ausbildungssuchende oder solche in berufsvorbereitenden Maßnahmen nicht enthalten. Dies gilt auch für solche Betriebe, die die Vermittlungsdienste der BA nicht in Anspruch nehmen. – Die Daten basieren auf der Inanspruchnahme der Dienste der Berufsberatung und der Ausbildungsvermittlung durch Arbeitgeber und Jugendliche. Diese Angebote sind freiwillig nutzbar und die darauf basierende Statistik kann somit nur einen Ausschnitt der gesamten Abläufe am Ausbildungsmarkt abbilden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht in Wechselwirkung mit der Anzahl und Art der Schulabgänger, der Anzahl der Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsplätze sowie der demographischen Entwicklung. Weitergehende Kenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Anzahl der Auszubildenden und der Ausbildungsbetriebsquote abgeglichen wird.
Rahmenbedingungen	Einfluss auf den Wert des Indikators nimmt die Anzahl der (Ausbildungs-)Betriebe vor Ort, die Bildungsinfrastruktur (Anzahl und Art der Bildungseinrichtungen vor Ort) sowie die Verkehrsanbindung/Erreichbarkeit – d. h. insgesamt fällt die Größe/Zentralität einer Kommune ins Gewicht.
Berechnung	Anzahl der Ausbildungsplätze pro 1.000 BewerberInnen
Quelle	Bundesagentur für Arbeit
Einheit	Anzahl pro 1.000
Abgerufen für	2009–2014

Indikator: Ausbildungsbetriebsquote	
Dimension	Ökonomie
Thema	Arbeit und Beschäftigung
Ziel	Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern
Kernindikator	Ausbildungsbetriebsquote – Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben mit SvB
Nachhaltigkeitsrelevanz	Zu den Ausbildungsbetrieben zählen Betriebe mit mindestens einem Auszubildenden. Der Indikator zeigt die Bereitschaft ansässiger Unternehmen, in die Ausbildung junger Menschen und damit die Zukunft des eigenen Betriebes zu investieren und weist auf bisher nicht ausgeschöpfte Potenziale in der betrieblichen Ausbildung hin (d. h. Betriebe, die nicht ausbilden). Betriebliche Ausbildung zur Sicherung der Fachkräfte und die Unternehmensnachfolge bei ansässigen Unternehmen nehmen Einfluss auf die langfristige ökonomische, soziale und demographische Entwicklung einer Kommune. Der Indikator adressiert somit die Nachhaltigkeitsprinzipien der Generationengerechtigkeit und der Ganzheitlichkeit.
Herkunft	Dieser Indikator ist bislang nur in wenigen Indikatorensammlungen oder Nachhaltigkeitsberichten aufzufinden; für ein Beispiel siehe Nürnberg 2016.
Validität	Mit dem Anteil der Ausbildungsbetriebe wird ein Wert gemessen, der das Ziel, „Aus- und Weiterbildung fördern und Fachkräfteangebot sichern“, unmittelbar und entsprechend der strukturellen Möglichkeiten der Kommune (Anzahl der Betriebe) abdeckt. Allerdings wird weder die Anzahl der Auszubildenden, noch deren Anteil an der gesamten Belegschaft erfasst.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Weitergehende Kenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit den Auszubildenden und den Ausbildungsplätzen sowie dem BIP abgeglichen wird. Besonders bedeutsam ist das Verhältnis zur allgemeinen Beschäftigtenentwicklung (Wachstum oder Schrumpfung) und zur Altersstruktur der Beschäftigten. Wenn beispielsweise Betriebe trotz „alternder Belegschaften“ nicht ausbilden, weist dies auf ein besonders nachhaltigkeitsrelevantes Defizit hin.
Rahmenbedingungen	Der Wert des Indikators ist abhängig von der Betriebsstruktur am Standort. Größere Betriebe sind im Vorteil; sie weisen in der Regel eine höhere Ausbildungsquote auf als kleine Unternehmen, die nur im Verbund ausbilden können (z. B., da sie nicht das gesamte Spektrum eines Ausbildungsganges im eigenen Betrieb abbilden können).
Berechnung	Anteil der Ausbildungsbetriebe an allen Betrieben mit SvB
Quelle	Bundesagentur für Arbeit
Einheit	%
Abgerufen für	2007–2014

5.5.2 Wirtschaftsstruktur

Indikator: Breitbandversorgung	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Digitale Infrastruktur ausbauen und Wettbewerbsfähigkeit sichern
Kernindikator	Breitbandversorgung – Breitbandversorgung über alle Technologien; in % der Haushalte; ≥ 50 Mbit/s (Anteil der Haushalte, die an das Breitband-Internet angeschlossen sind (Unternehmen werden nicht erfasst, dennoch lässt der Indikator Rückschlüsse zu auf die Verfügbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das Internet vor Ort))
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Breitbandverfügbarkeit hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Da sie für viele Unternehmen zur Grundvoraussetzung ihres unternehmerischen Handelns geworden ist, ist die Breitbandversorgung ein zentraler Standortfaktor. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit dem Breitbandinternet, z. B. durch die Ermöglichung der Arbeit im „Home-office“, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern kann. Die Breitbandversorgung ist dadurch zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen (Prinzip der Generationengerechtigkeit) hat dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang kaum in kommunalen oder anderen Indikatorensammlungen verwendet. Zum Teil wird die Entwicklung der Übertragungsrate in Mbit/s angegeben (LUBW 2015).
Validität	Die Breitbandversorgung ist ein zentraler Standortfaktor und Bestandteil der Daseinsvorsorge. Erhoben wird die Anzahl der Haushalte, nicht die Zahl der Unternehmen, die an das Breitbandinternet angeschlossen sind. Insgesamt kann der Indikator das Ziel, Grundlagen für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern, ausreichend abbilden.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Im Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur ist die verfügbare Mindestbandbreite auf der Ebene der Kommunen flächendeckend und differenziert nach Bandbreite und Technologie mit einer Aktualität von sechs Monaten verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator kann Wechselwirkungen zu anderen ökonomischen Indikatoren, wie z. B. dem Arbeitsplatzangebot (Unternehmen siedeln sich eher in infrastrukturell gut angebundenen Räumen an), aufweisen. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Breitbandversorgung mit dem Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigem in Beziehung gesetzt wird, weil auch Unternehmen gefordert sind, bei Schlechtversorgung ihren Beitrag zur besseren Versorgung zu leisten.
Rahmenbedingungen	Gerade in ländlichen Gebieten lässt sich aufgrund höherer Anschlusskosten und geringer Nachfrage eine Erschließung über den Markt oft nur schwer darstellen. Daher ist die finanzielle Förderung durch EU-, Bundes- oder Landesmittel oft entscheidend für den Ausbau an Breitbandversorgung.
Berechnung	Anteil der Haushalte mit Breitbandzugang
Quelle	Breitbandatlas des BMVI (TÜV Consulting)
Einheit	% der Haushalte
Abgerufen für	2015

Indikator: Beschäftigung im Forschungsbereich	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Innovationen fördern
Kernindikator	Beschäftigung im Forschungsbereich – Anteil der SvB im Wirtschaftszweig Wissenschaft und Forschung und Entwicklung (WZ 08:72) an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund zunehmend wissensbasierter Ökonomien und steigendem Innovationsdruck sind Forschung und Entwicklung zentrale Voraussetzungen für den Erhalt und den Ausbau der Wettbewerbs- und somit der Zukunftsfähigkeit von Unternehmen bzw. Standorten/Kommunen. Ein hoher Anteil an Beschäftigten im Forschungsbereich belegt die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit ansässiger Betriebe und lässt auf ein hohes Innovationspotenzial schließen. Der wirtschaftliche Erfolg ansässiger Unternehmen aufgrund innovativer Produkte kann sich positiv auf die Beschäftigtenentwicklung, die Gewerbesteuererinnahmen und die Infrastrukturausstattung auswirken (Prinzip der Generationengerechtigkeit). Weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf das öffentliche Leben, sind möglich, wenn die Beschäftigten im Forschungsbereich nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen.
Herkunft	Dieser Indikator wird kaum in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten oder anderen Indikatorensammlungen verwendet. Eine beispielhafte Verwendung des Indikators findet sich in Baden-Württemberg (LUBW 2015).
Validität	Der Anteil der SvB im Wirtschaftszweig „Wissenschaft und Forschung“ erfasst nicht die Beschäftigten an Hochschulen und Fachhochschulen, sondern ausschließlich Beschäftigte bei Arbeitgebern, die hauptsächlich auf den Zweck Wissenschaft, Forschung und Entwicklung ausgerichtet sind. Eine hoch innovative Forschungsabteilung eines Industriebetriebes ist hier etwa nicht erfasst. Ferner lässt der Indikator keine Schlüsse auf die für Innovationen ausschlaggebenden Kooperationen bzw. Cluster (zwischen Hochschule und Unternehmen), tatsächlich realisierte Innovationen (z. B. Veröffentlichungen, Patente) oder dadurch erwirtschaftete Gewinne zu.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden im Rahmen der Beschäftigungsstatistik bei der BA erhoben und sind auf kommunaler Ebene (Städte, Gemeinden und Kreise) verfügbar. Aufgrund der zum Teil geringen Fallzahlen und der daraus resultierenden Anonymisierungen wurden die SvB in diesem Bereich jedoch nur auf Kreisebene ermittelt.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht im Wirkungszusammenhang mit ökonomischen Strukturmerkmalen des Arbeitsortes (Durchschnittseinkommen, Unternehmensstruktur etc.), der Innovationskraft (Anzahl der Patente), der Einkommenssituation und den Schulabgängern mit (Fach-)Hochschulreife. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Anzahl der Beschäftigten an Hochschulen (insb. MINT-Fächer) in Beziehung gesetzt wird: Viele Beschäftigte an Universitäten lassen bei einer geringen Zahl von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung auf ein Fehlen von Synergien schließen.
Rahmenbedingungen	Einrichtungen, die der Forschung und Entwicklung als Hauptzweck nachgehen, sind überwiegend in Groß- und Mittelstädten ansässig.
Berechnung	Anteil der SvB im Wirtschaftszweig Forschung und Entwicklung (WZ 08: 72) an allen SvB am Arbeitsort (Stichtag 30. Juni)
Quelle	Bundesagentur für Arbeit
Einheit	%
Abgerufen für	2008–2014

Indikator: Hochqualifizierte	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Innovationen fördern
Kernindikator	Hochqualifizierte – Anteil der SvB mit akademischem Berufsabschluss am Arbeitsort an allen SvB am Arbeitsort
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräftemangels ist ein hoher Anteil an Hochqualifizierten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, speziell der Innovationsfähigkeit, zuträglich. Entscheidend für Kommunen ist die Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Fachkräften bzw. ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und als Wohnort. Neben dem ökonomischen Wachstum, das höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer mit sich bringt, sind weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf die Sozialstruktur und das öffentliche Leben möglich, sofern die Hochqualifizierten nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit.
Herkunft	Dieser Indikator wird in wenigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet (z. B. als Fachkräfteverfügbarkeit in Hessisches Statistisches Landesamt 2014; als Beschäftigte mit höherer abgeschlossener Berufsausbildung in BBSR 2011).
Validität	Hoch qualifiziertes Personal ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungs- und somit Zukunftsfähigkeit vieler Unternehmen, kann jedoch nicht pauschal für alle Branchen, Unternehmen und Standorte gelten. In kleinen Kommunen können erfolgreiche Wirtschaftsstrukturen mit einem geringen bzw. unterdurchschnittlichen Anteil an akademisch qualifiziertem Personal (Handwerk, Gewerbe, Tourismus etc.) bestehen. Ein hoher Anteil an hoch qualifiziertem Personal am Arbeitsort ermöglicht zunächst eine grobe Aussage über die Unternehmensstruktur, aber nicht darüber, ob der tatsächliche Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt ist und passgenau erfüllt werden kann.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind über den Wegweiser Kommune in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte/Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort steht in engem Zusammenhang mit der Innovationskraft der ansässigen Unternehmen (Anzahl der Patente) und weist Wechselwirkungen mit den Schulabgängern mit (Fach-)Hochschulreife auf. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Ausprägung spezifischer weicher Standortfaktoren in Beziehung gesetzt wird; ein hoher Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter bei unterdurchschnittlich ausgeprägten weichen Standortfaktoren ist problematisch.
Rahmenbedingungen	Der Anteil der Hochqualifizierten am Arbeitsort ist in größeren Städten, speziell an Hochschulstandorten, höher als in kleinen Kommunen.
Berechnung	SvB mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort / SvB am Arbeitsort * 100 (Stichtag: 30.06) (Veränderung der Erhebung von Schul- und Berufsabschlüssen: Bis 2011 wurden die SvB mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die SvB mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 ändert sich der Stichtag einmalig auf den 31.12..)
Quelle	Wegweiser Kommune (Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Existenzgründung	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Existenzgründungen fördern
Kernindikator	Existenzgründung – Anteil neu angemeldeter Betriebe an geschlossenen Betrieben
Nachhaltigkeitsrelevanz	Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom selbstständigen Dienstleistungsanbieter für den lokalen Markt (z. B. Friseur, Schnellimbisse) bis hin zum hoch innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. In der Regel handelt es sich um Selbstständige und kleinere Unternehmen. Eine hohe Gründerquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden und erfolgreiche Gründungen zumeist auch Arbeitsplätze nach sich ziehen. Nicht zuletzt stehen hinter Existenzgründungen Menschen, die ein hohes Maß an Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft sowie Gestaltungswillen zeigen. Da Existenzgründungen für das zukünftige Wirtschaftswachstum von Bedeutung sind, haben sie im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird in wenigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Einige Bereiche unterliegen nicht der Gewerbeordnung und sind damit in der Statistik nicht erfasst. Dazu gehören: freie Berufe, die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau oder die Versicherungen. Für die Wirtschaftsstruktur ist weniger die Anzahl als der Erfolg der Gründungen von Bedeutung (Lebensdauer, Umsatzentwicklung, geschaffene Arbeitsplätze etc.). Eine hohe Gründungsquote kann auch Ausdruck einer eher schwachen Wirtschaftsstruktur sein, da Arbeitslosigkeit zu den häufigsten Beweggründen einer Existenzgründung gehört. Über die KfW, die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter werden Existenzgründungen als „Beschäftigungsmaßnahme“ gezielt gefördert.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Gewerbean- und -abmeldungen sind über die Regionalstatistik in einer Zeitreihe auf Kreisebene abrufbar. Auf kommunaler Ebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Branchenstruktur und der Arbeitslosenquote. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn Existenzgründung mit dem Bruttoinlandsprodukt oder der Anzahl von Beschäftigten an Hochschulen in Beziehung gesetzt wird: Wenn das Niveau an Existenzgründung gering ist und einer der beiden letztgenannten Indikatoren hoch ausfällt, deutet dies auf fehlendes Engagement und fehlende Innovationsfähigkeit hin.
Rahmenbedingungen	Existenzgründungen sind in einzelnen Wirtschaftszweigen und Bereichen typisch, d. h. deutlich häufiger vorzufinden. Die Zahl der Existenzgründungen hängt damit von der Branchenstruktur ab (haushaltsnahe Dienstleistungen, Tourismus, Kulturwirtschaft, Handel etc.). Auch spezifische Förderprogramme, die auf Landes- und auf kommunaler Ebene variieren (z. B. über den ESF) stellen eine ausschlaggebende Rahmenbedingung dar.
Berechnung	Anteil neu angemeldeter Betriebe an geschlossenen Betrieben
Quelle	Regionalstatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	%
Abgerufen für	1998–2014

Indikator: Gewerbe- und Einkommensteuer	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern
Kernindikator	Gewerbe- und Einkommensteuer – Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Gewerbesteuer wird aus dem Gewerbeertrag der Gewerbebetriebe (selbstständige Berufe ausgenommen) errechnet und gibt in Verbindung mit dem Hebesatz, der durch die Kommunen selbst bestimmt wird, Aufschluss über die aktuelle Wirtschaftsleistung einer Kommune bzw. der dort ansässigen Betriebe. Die Einnahmen aus der Gewerbe- und Einkommensteuer sind abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg der ansässigen Betriebe bzw. dem Einkommen der Bürger und zeigen somit – zumindest in sehr grober Form – den aktuellen „Wohlstand“ in einer Kommune an. Die damit verbundene Einkommenssituation der Kommune wirkt sich unmittelbar auf die kommunalen Ausgaben aus, z. B. für Investitionen, Schuldentilgung oder die Erledigung von Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge. Dadurch werden auch die Entwicklungsbedingungen nachfolgender Generationen bestimmt. Daher kann dem Indikator eine Nachhaltigkeitsrelevanz zugesprochen werden.
Herkunft	Dieser Indikator wird in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten sowie anderen Indikatorenansammlungen kaum verwendet (z. B. nur Gewerbesteuer in DUH 2001; als Erträge aus Gewerbe- und Einkommensteuer sowie Gewerbesteuer in der Stadt Kronberg im Taunus 2012).
Validität	Da die Daten nicht bereinigt sind von den jeweiligen Steuerhebesätzen bzw. Steuersätzen (je nach Höhe der Einkünfte), die zwischen den Kommunen variieren, können nur sehr grobe Rückschlüsse auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune gezogen werden (eine Bereinigung um Hebesätze ist allerdings grundsätzlich möglich, da die erforderlichen Daten durch das Statistische Bundesamt in der Realsteuerstatistik veröffentlicht werden). Die Daten dokumentieren nicht alle kommunalen Einnahmen, die auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beruhen (siehe z. B. Umsatzsteuer). Allgemein kann die Höhe der Einnahmen pro Kopf keine Aussagen zur Verteilung, d. h. der „Spannbreite“ der Einkommen und einer möglichen Polarisierung treffen (wenige sehr erfolgreiche Unternehmen oder wohlhabende Bürger).
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind mit hoher Aktualität sowie in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Kommunale Einnahmen sollten im Zusammenhang mit den Ausgaben (Höhe und Deckung laufender Ausgaben, Investitionen, Schuldentilgung etc.), der Verschuldung und weiteren sozioökonomischen Strukturmerkmalen (Einkommensstruktur, Inanspruchnahme von Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit etc.) analysiert werden. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit dem Bruttoinlandsprodukt in Beziehung gesetzt wird. Dies kann Hinweise auf bestimmte Strategien (oft) großer Unternehmen zur Reduktion ihrer Steuerlast ermöglichen.
Rahmenbedingungen	Die Gewerbesteuer wird von den Kommunen selbst erhoben, welche nach der kommunalen Selbstverwaltung den Steuersatz eigenständig bestimmen können. In Großstädten ist dieser in der Regel höher.
Berechnung	Summe aus Gewerbesteuer (netto) und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer pro Einwohner
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Euro pro Einwohner
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Bruttoinlandsprodukt	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern
Kernindikator	Bruttoinlandsprodukt – Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen (das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen schlägt die gesamte wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft, d. h. den Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen im Inland, abzüglich aller Vorleistungen und Importe, auf die Zahl der Erwerbstätigen um.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Mit dem Indikator kommen die durchschnittliche Arbeitsproduktivität und die Arbeitsleistung zum Ausdruck, die auch grobe Rückschlüsse auf das durchschnittliche Einkommen und den wirtschaftlichen Wohlstand in einer Kommune zulassen – jedoch nicht auf die Verteilung des Wohlstandes und die tatsächliche Lebensqualität in der Kommune. Der Indikator trifft ausschließlich Aussagen zur ökonomischen Dimension und ermöglicht keine Aussagen zur Entwicklung von Natur- und Humankapital. In Hinblick auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit kann ein Zusammenhang zur Generationengerechtigkeit hergestellt werden, da die Leistungsfähigkeit und der damit verbundene Wohlstand die Grundlagen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen bilden.
Herkunft	Dieser Indikator wird in wenigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten sowie anderen Indikatorenansammlungen verwendet (z. B. Hessisches Statistisches Bundesamt 2014; als Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner in Statistisches Bundesamt 2014).
Validität	Das Ziel der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Kommune kann durch das Bruttoinlandsprodukt als Indikator eingeschränkt abgebildet werden. Allerdings ist das BIP nur begrenzt als Wohlfahrtsindikator geeignet, da er u. a. auch solche Leistungen misst, die nicht nachhaltige Wirkungen haben (auch Reparaturleistungen, die etwa durch Umweltschädigungen notwendig werden).
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind mit hoher Aktualität sowie in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Es bestehen vielfältige Wechselwirkungen, wie z. B. mit der Arbeitslosenquote, der Beschäftigungsquote, dem Anteil der Hochqualifizierten, der Branchen- bzw. Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur, den kommunalen Einnahmen über Gewerbe-, Einkommen- und Umsatzsteuer sowie den Sozialausgaben (u. a.). Weitere Erkenntnisse lassen sich aus den oben genannten Gründen gewinnen, wenn das BIP mit der Breitbandversorgung, der Existenzgründung und der Gewerbe- und Einkommensteuer in Beziehung gesetzt wird. Zudem ist ein niedriges BIP bei einem großen Flächenbedarf von Arbeitsplätzen problematisch.
Rahmenbedingungen	Die sozioökonomischen Strukturmerkmale und die Bevölkerungsstruktur setzen einen wichtigen Rahmen für die ökonomische Leistungsfähigkeit.
Berechnung	Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen
Quelle	Regionalstatistik (Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" der Länder)
Einheit	Euro
Abgerufen für	2000–2013

Indikator: EMAS-zertifizierte Unternehmen	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Wirtschaft sozial- und umweltverträglich gestalten
Kernindikator	EMAS-zertifizierte Unternehmen – Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Naturgütern die optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und – sofern möglich – gleichzeitig Kosteneinsparungen zu ermöglichen. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist eines von mehreren Zertifizierungssystemen (z. B. auch ISO14001, ÖKOPROFIT, QuB). Ein Öko-Zertifikat dient der Imagepflege des Unternehmens, da es werbewirksam eingesetzt werden kann. Auch einige Großunternehmen (z. B. in der Automobilindustrie) verlangen von ihren Zulieferbetrieben eine Umwelt-Zertifizierung. Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie wird mit der Zertifizierung das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit verfolgt. Die Förderung des Umweltschutzes dient aber auch der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit.
Herkunft	Die Anzahl von öko-zertifizierten Unternehmen als Indikator für sozial- und umweltverträgliche Wirtschaft wird in einigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Augsburg 2010) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Agenda-Transfer 2003; Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Die Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen bildet das Ziel einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaft teilweise ab, da die Zertifizierung ein Ergebnis intensiver Bemühungen und eines längeren Prozesses für eine nachhaltige Entwicklung ist. Allerdings ist EMAS nur eines von mehreren Zertifizierungssystemen (s. o.) und hat in letzter Zeit gegenüber anderen an Bedeutung verloren. Darüber hinaus lassen sich eher größere Unternehmen zertifizieren, insbesondere werden die Kleingewerbetreibenden in der Regel damit nicht erfasst.
Datenqualität	Der Indikator besteht aus der Zahl aller EMAS-zertifizierten Unternehmen und Handwerksbetriebe, die bei der IHK bzw. bei der Handwerkskammer erfasst sind und die an der Anzahl der Unternehmen nach dem Unternehmensregister relativiert wird. Da hierunter jedoch viele Kleinbetriebe fallen, für die eine Zertifizierung insgesamt unwahrscheinlich ist, bestehen Einschränkungen in der Datenqualität.
Datenverfügbarkeit	Alle EMAS-zertifizierten Unternehmen werden bei der IHK erfasst. Daten zu anderen Zertifizierungssystemen sind nicht zentral und flächendeckend abrufbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen können mit allen umweltschutzrelevanten Wirkungen der unternehmerischen Tätigkeit bestehen, da sich zum einen das Unternehmen ggf. um neue umweltfreundliche Lösungen bemüht hat und zum anderen, weil das zertifizierte Unternehmen eine Vorbild- oder Vorreiterfunktion hat (Abwasser, Emissionen, Verkehr, Energie, Entsorgung etc.).
Rahmenbedingungen	Der Indikator hängt stark von der Branchen- und Größenstruktur ansässiger Unternehmen ab.
Berechnung	Anzahl der EMAS-zertifizierten Unternehmen pro 1.000 Unternehmen
Quelle	DIHK (EMAS-Register)
Einheit	Je 1.000 Unternehmen
Abgerufen für	2016

Indikator: Flächenbedarf von Arbeitsplätzen	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Wirtschaft sozial- und umweltverträglich gestalten
Kernindikator	Flächenbedarf von Arbeitsplätzen – Anzahl der Arbeitsplätze nach Gewerbefläche
Nachhaltigkeitsrelevanz	Viele Kommunen versuchen über die Ausweisung neuer Gewerbeflächen ökonomisches Wachstum und damit Einnahmen für die Kommune zu generieren. Diese Ansiedlungspolitik führt zu einem wachsenden Flächenverbrauch. Flächen stellen eine begrenzte natürliche Ressource dar, die nach einer Bebauung nachfolgenden Generationen nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Eine flächensparsame Ansiedlungspolitik, die der Wiedernutzung von Brachflächen Priorität einräumt, spart Erschließungskosten und trägt zur Reduktion der Flächenversiegelung bei. Durch die Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Anforderungen entspricht dieser Indikator den Prinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit.
Herkunft	Dieser Indikator wird in wenigen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Eine nicht unerhebliche Anzahl der Arbeitsplätze liegt außerhalb ausgewiesener Gewerbeflächen. Büronutzungen werden bei diesem Indikator grundsätzlich besser bewertet als flächenintensivere Nutzungen des produzierenden Gewerbes. Flächenintensive Nutzungen, wie z. B. Lagerhaltung oder Gärtnerei, können aufgrund geringer Emissionen und einer geringen Bodenversiegelung – trotz des Flächenverbrauchs – sehr nachhaltig sein.
Datenqualität	Die Daten haben eine hohe Qualität, d. h. sie werden vollständig erfasst.
Datenverfügbarkeit	Ausgangswerte des Indikators sind die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die von der Bundesagentur für Arbeit kommunal erhoben wird, und die Siedlungs- und Verkehrsfläche, die durch das Liegenschaftskataster in der Gemeinde bestimmbar und bei den statistischen Landesämtern abrufbar ist.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator steht in Wechselwirkung mit den Bodenpreisen, ökonomischen Kennzahlen, wie z. B. der Branchenstruktur und dem Arbeitsplatzangebot, aber auch mit ökologischen Kennzahlen, wie z. B. der Flächenversiegelung, Abwassermengen und dem Energieverbrauch sowie den Folgekosten für die Kommunen für die ÖPNV-Erschließung und dem Erhalt der weiteren Infrastruktur (Kanalisation, Breitbandversorgung etc.). Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenübergestellt wird: Ein niedriges BIP und eine gleichzeitig geringe Arbeitsplatzproduktivität sind besonders problematisch.
Rahmenbedingungen	Der Flächenbedarf pro Arbeitsplatz hängt von der Branchenstruktur ab (Bürostandort oder Produktionsstandort) und kann stark variieren. In Umlandgemeinden von Metropolregionen konzentrieren sich häufig flächenintensive Nutzungen (Bauunternehmen, Logistik/ Lagerhaltung etc.) während die hohen Bodenpreise in zentralen Lagen nur flächensparsame Nutzungen (Dienstleistungen) wirtschaftlich darstellbar machen.
Berechnung	Anzahl der Arbeitsplätze/Gewerbefläche
Quelle	Regionalstatistik (Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	SvB pro ha
Abgerufen für	2008–2014

Indikator: Stickstoffüberschuss	
Dimension	Ökonomie
Thema	Wirtschaftsstruktur
Ziel	Ökologische Landwirtschaft fördern und Umweltqualität verbessern
Kernindikator	Stickstoffüberschuss – Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche
Nachhaltigkeitsrelevanz	Übermäßige Stickstoffeinträge durch die Landwirtschaft stellen nach wie vor ein großes ökologisches Problem dar, da sie als Eintrag in Grundwasser, Oberflächengewässer und die Luft diverse Ökosysteme belasten und damit dem Prinzip der globalen Verantwortung entgegenstehen. Experten schätzen, dass diese Menge weltweit etwa vierfach höher ist, als für die Umwelt verträglich wäre. Aus der Stickstoffgesamtbilanz lässt sich ein Überschuss errechnen, dessen Zielwert der Bundesregierung bei 80 kg/ha*a liegt und der als zentrale Größe zur Ermittlung möglicher Gewässerbelastungen durch Nitrat dient. Nach der europäischen Nitratrichtlinie ist die Bundesregierung am Ende jedes Vierjahresprogramms im Rahmen eines Nitratberichts verpflichtet, die Auswirkungen auf die Gewässer anhand von N-Überschüssen zu bewerten.
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang vor allem in nicht-kommunalen Nachhaltigkeitsberichten verwendet (z. B. Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft 2016, Nachhaltigkeitsbericht des Statistischen Bundesamtes 2012).
Validität	Neben den u. g. Ungenauigkeiten in der Datenqualität ist die Validität des Indikators für das Ziel, ökologische Landwirtschaft zu fördern und die Umweltqualität zu verbessern, dadurch eingeschränkt, dass er zwar für Umweltqualität steht, aber keine Aussagen zu <i>ökologischer</i> Landwirtschaft zulässt.
Datenqualität	Eine Stickstoffbilanzierung auf kommunaler Ebene ist eine Flächen-Bilanzierung, die die Stickstoff-Bilanz der Energieerzeugung durch Biomasse noch nicht erfasst. Im relevanten Zeitraum beziehen sich nur die Daten zu 2007 und 2010 auf Vollerhebungen; die anderen Daten basieren auf Hochrechnungen anhand von Stichproben.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig berechnet. Dabei wird ein gleitendes Drei-Jahres-Mittel für das jeweilige mittlere Jahr angegeben, um witterungs- und Düngerpreisbedingte Schwankungen auszugleichen.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Weitere Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Flächenproduktivität und dem Grad der Tertiärisierung bzw. des Anteils des primären Sektors in Beziehung gesetzt wird.
Rahmenbedingungen	Die Siedlungsintensität beeinflusst den Indikator wesentlich; zudem ergeben sich regionale und betriebsspezifische Unterschiede durch unterschiedliche Viehbesatzdichten.
Berechnung	Stickstoffüberschuss pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche
Quelle	Universität Gießen (Institut für Ressourcenmanagement)
Einheit	kg N/ha LF
Abgerufen für	2006–2014 (2014 mit vorläufigen Werten)

5.5.3 Mobilität

Indikator: Motorisierungsgrad	
Dimension	Ökologie
Thema	Mobilität
Ziel	Motorisierten Individualverkehr (MIV) reduzieren und verbleibenden MIV emissionsärmer, effizienter und umweltschonender gestalten
Kernindikator	Motorisierungsgrad – Anzahl der privaten Pkw pro 1.000 Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Allein der Pkw-Besitz stellt bereits eine Umweltbelastung dar, da das Fahrzeug eine Abstellfläche benötigt und damit zum Flächenverbrauch beiträgt. Wird der Pkw genutzt, verbraucht er fossile Brennstoffe, emittiert Feinstaub, CO ₂ und weitere Luftschadstoffe sowie Lärm und beeinträchtigt damit die Gesundheit und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort, aber auch global. Die Einflussnahme auf den Motorisierungsgrad folgt dem Nachhaltigkeitsprinzip der globalen Verantwortung (Klimaschutz; effizienter Ressourceneinsatz) und damit gleichzeitig dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit. Zudem leben Personen mit geringerem Sozialstatus häufiger an vielbefahrenen Straßen und sind damit den beeinträchtigenden Wirkungen des Verkehrs stärker ausgesetzt, sodass auch die intragenerative Gerechtigkeit betroffen ist.
Herkunft	Der Indikator wird in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Bonn 2012) und anderen Indikatorensammlungen (z. B. Agenda-Transfer 2003; Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Der Motorisierungsgrad misst den Aspekt „MIV reduzieren“; die weitergehenden Aspekte des zugehörigen Ziels der Reduzierung der Emissionen bzw. des Energie- oder Flächenverbrauchs stehen zwar in einem engen Wirkungszusammenhang, werden durch den Indikator aber nicht abgebildet.
Datenqualität	Beim Kraftfahrt-Bundesamt wurden bis einschließlich 2007 stillgelegte Pkw (z. B. Cabriolets) mit erfasst; zudem war bis dahin der Erstwohnsitz des Halters ausschlaggebend, ab 2008 der Standort des Wagens. Deshalb weichen diese Daten mitunter von den kommunalen Daten ab. Zu beachten ist auch, dass große Unternehmen, Carsharing-Anbieter und Autoverleiher ihre Fahrzeugflotte oftmals an einem Standort anmelden. Dies kann den Wert verzerren; aus diesem Grund wird hier empfohlen, möglichst nur privat angemeldete Fahrzeuge zu berücksichtigen.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind langfristig in einer Zeitreihe auf kommunaler Ebene (Städte, Gemeinden und Kreise) verfügbar.
Funktion	Output-Indikator: Die Zahl der zugelassenen Pkw sagt nichts über die tatsächliche Verkehrsleistung (gefahrte Kilometer) aus, d. h., der Indikator beschreibt noch keine „Wirkung“ (Outcome/Impact).
Wechselwirkungen	Weiterergehende Erkenntnisse ließen sich gewinnen, wenn der Indikator mit der Erschließung mit Bus und Bahn, dem CO ₂ -Ausstoß des Verkehrs und der Lärmbelastung (alles perspektivische Kernindikatoren) gesetzt würde, da trotz guter ÖPNV-Erschließung die Zahl der zugelassenen Pkw nicht sinkt, oder – positiv gewendet – etwa durch umweltfreundliche Antriebe trotz überdurchschnittlichem Pkw-Besitz der verkehrsbedingte CO ₂ -Ausstoß niedrig ist. Es besteht kein statistischer Zusammenhang zur Zahl der Verunglückten im Verkehr; dennoch könnte ein Wirkungsbezug postuliert werden.
Rahmenbedingungen	In dünn besiedelten Gebieten und kleinen Gemeinden im ländlichen Raum ist der Pkw für viele Wege unverzichtbar, in Großstädten sind jedoch eindeutig mehr Alternativen vorhanden und deutlich weniger Pkw gemeldet.
Berechnung	Zahl der Personenkraftwagen pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner am 31.12. jeden Jahres / Veränderung in %
Quelle	Regionalstatistik, Kraftfahrt-Bundesamt
Einheit	je 1.000 EW
Abgerufen für	2006–2014

5.5.4 Naturschutz und Ressourceneinsatz

Indikator: Flächenverbrauch	
Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Ziel	Flächen effizient und effektiv nutzen
Kernindikator	Flächenverbrauch – Siedlungs- und Verkehrsfläche in % der Gesamtfläche
Nachhaltigkeitsrelevanz	Pro Tag wächst die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland um circa 70 Hektar. Mögliche Auswirkungen auf die Umwelt sind der Verlust an Bodenfunktionen, eine ökologische Entwertung von Naturräumen sowie eine Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaft. Ein erhöhter Zersiedelungsgrad durch Ausweisung neuer Wohngebiete ist auch im ökonomischen Sinne wenig nachhaltig, insbesondere wenn ein interkommunaler Wettbewerb um Einwohner und Unternehmensansiedelungen stattfindet. Neue Baugebiete erfordern erhebliche Planungs- und Bauinvestitionen für die Infrastruktur und verursachen auch mittel- bis langfristig Folgekosten. Gerade in schrumpfenden Regionen müssen Infrastrukturfolgekosten im Sinne der Generationengerechtigkeit berücksichtigt werden.
Herkunft	Dieser Indikator wird in fast allen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z.B. Augsburg 2010, Münster 2013, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen, wie etwa der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verwendet.
Validität	Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er das Ziel des Flächensparens unmittelbar zum Ausdruck bringt.
Datenqualität	Die Datenqualität ist hoch, da die Siedlungs- und Verkehrsfläche für alle Gemeinden erfasst wird und im Zeitverlauf verfügbar ist. Einschränkungen ergeben sich dadurch, dass die statistische Erfassung bundesweit nicht einheitlich geregelt ist.
Datenverfügbarkeit	Die Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung wird vom statistischen Bundesamt auf kommunaler Ebene jährlich erhoben. Die Daten werden sekundärstatistisch durch Auswertung der Automatisierten Liegenschaftsbücher (ALB) der Länder gewonnen. Bis zum Erhebungsjahr 2016 sollen diese bundesweit durch die Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssysteme (ALKIS) abgelöst werden. Für den Zeitraum von 2008 bis 2014 sind die Daten rückwirkend abrufbar, wodurch eine Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche ableitbar ist.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator interagiert mit der Branchenstruktur, der Arbeitsplatzzentralität und der Flächenproduktivität. Insbesondere ist wichtig, den Indikator mit wirtschaftlichen Kenngrößen in Beziehung zu setzen, da das Ziel des Flächensparens das wirtschaftliche Wachstum einer Kommune konterkarieren kann, die aufgrund von Schrumpfung auf den Zuzug von (einkommensstarken) Einwohnern oder gewerbliche Investitionen angewiesen ist. Naturschutzziele stehen dabei in Abwägung zu ökonomischen Zielsetzungen. Vor allem in wachsenden Großstädten und bei größeren Unternehmensansiedelungen kann die Innenentwicklung im Bestand an seine Grenzen stoßen, weshalb eine Ausweisung von neuen Baugebieten unter Umständen erforderlich ist.
Rahmenbedingungen	Sowohl für stark schrumpfende wie auch für stark wachsende Kommunen ergeben sich zahlreiche Zielkonflikte. Wachsende Kommunen stehen vor der Aufgabe, Wohnungsneubau zu realisieren, um möglichst viele Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen und weite Pendelwege zu vermeiden. Bei stark schrumpfenden Kommunen kann der erforderliche Rückbau von Wohnraum tlw. nicht Schritt halten mit den zurückgehenden Einwohnerzahlen.
Berechnung	Siedlungs- und Verkehrsfläche in % der Gesamtfläche
Quelle	Regionalstatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	%
Abgerufen für	2008–2014

Indikator: Intensität der Flächennutzung	
Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Ziel	Flächen effizient und effektiv nutzen
Kernindikator	Intensität der Flächennutzung – Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Analog zum Indikator Flächenverbrauch stehen auch hier das Ziel der Verringerung der Neuinanspruchnahme von Flächen und die Entwicklung kompakterer Siedlungs- und Infrastrukturen im Vordergrund. Der Indikator setzt die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bezug zu den Einwohnern und fokussiert daher weniger auf die „Kompaktheit“ der Gesamtfläche wie der Indikator „Flächenverbrauch“, sondern auf den Flächenverbrauch pro EinwohnerIn. Diese rechnerische „Verfügbarkeit“ von Fläche pro Einwohner ist keine reale und lässt dadurch auch nur begrenzt Wertungen hinsichtlich der Nachhaltigkeit zu; sie muss vielmehr mit anderen wirtschaftlichen und sozialen Faktoren in Bezug gesetzt werden.
Herkunft	Dieser Indikator wird selten in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Im Hinblick auf die Ausnutzung von kommunalen Flächen gibt die Relation von Siedlungs- und Verkehrsfläche zur Einwohnerzahl hinreichend Aufschluss über eine effektive Flächennutzung. Allerdings werden unter „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ verschiedenste Flächentypen erfasst, die eine Effizienzbewertung nicht ausreichend gewährleisten.
Datenqualität	Einschränkungen ergeben sich unter anderem dadurch, dass die statistische Erfassung von Flächendaten bundesweit nicht einheitlich geregelt ist.
Datenverfügbarkeit	Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird vom statistischen Bundesamt auf kommunaler Ebene jährlich erhoben. Die Daten werden sekundärstatistisch durch Auswertung der Automatisierten Liegenschaftsbücher (ALB) der Länder gewonnen. Bis zum Erhebungsjahr 2016 sollen diese bundesweit durch die Amtlichen Liegenschaftskataster-Informationssysteme (ALKIS) abgelöst werden. Für den Zeitraum von 2008 bis 2014 sind die Daten rückwirkend abrufbar.
Funktion	Output-Indikator
Wechselwirkungen	Es können weitere Erkenntnisse gewonnen werden, wenn Kennzahlen zur Wirtschaftsstruktur (z.B. Branchenstruktur, Flächenbedarf von Arbeitsplätzen), zur wohnungsnahen Grundversorgung und andere Indikatoren zur Flächennutzung (z. B. Umgang mit Flächen) in Beziehung gesetzt werden.
Rahmenbedingungen	Besonders schrumpfende Kommunen weisen in Bezug auf diese Messgröße unterdurchschnittliche Werte auf, die aus einer geringeren Einwohnerdichte im Verhältnis zur besiedelten Fläche resultieren. Infrastrukturrückbau oder Verdichtung von Siedlungseinheiten sind daher beispielhafte Anpassungsmaßnahmen, die eine Intensivierung der Flächennutzung bezwecken.
Berechnung	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner
Quelle	Regionalstatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	Hektar pro Einwohner
Abgerufen für	2008–2014

Indikator: Trinkwasserverbrauch	
Dimension	Ökologie
Thema	Naturschutz und Ressourceneinsatz
Ziel	Trinkwasserverbrauch reduzieren
Kernindikator	Trinkwasserverbrauch – Trinkwasserverbrauch pro Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Insgesamt gesehen ist Deutschland ein wasserreiches Land, da vom jährlichen Wasserdargebot, d. h. der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, nur 17 Prozent entnommen und nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt werden. Pro Tag wurden 2014 in Deutschland pro EinwohnerIn im Schnitt 121 Liter Wasser verbraucht; seit den 1990er Jahren ist der Verbrauch stark zurückgegangen. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der auch in Deutschland sorgsam umgegangen werden sollte. Unter anderem deshalb, weil die Wasseraufbereitung und -distribution bis zum Verbraucher Energie erfordert (insbesondere bei Warmwasser; je nach Art der Energieerzeugung kann dies das Prinzip der globalen Verantwortung betreffen). Soweit möglich sollte in bestimmten Regionen Regen- und Brauchwasser genutzt und die Entnahme von Tiefenwasser reduziert werden, um die Grundwasserreserven zu schonen und damit nach dem Prinzip der (Inter-)Generationengerechtigkeit zu handeln. Wassersparen erbringt auch individuelle, ökonomische Vorteile. Zu starkes Einsparen von Trinkwasser hingegen ist in manchen deutschen Regionen nicht empfehlenswert, da Kanalisationen teilweise nicht ausreichend durchgespült werden und sich damit ein erhöhter Wiederaufbereitungsaufwand ergibt.
Herkunft	Dieser Indikator wird in den meisten kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Augsburg 2010, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Aufgrund der Einschränkungen in der Datenqualität ist auch die Validität eingeschränkt.
Datenqualität	Neun Prozent des Pro-Kopf-Verbrauchs entfallen auf das Kleingewerbe, das statistisch mit dem Haushaltsverbrauch zusammengefasst wird. Die Datenqualität ist daher eingeschränkt.
Datenverfügbarkeit	Die Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung (u. a. des Trinkwasserverbrauchs) wird bei Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Unternehmen und anderen Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung betreiben, alle drei Jahre durchgeführt. Die Daten sind beim statistischen Bundesamt auf kommunaler Ebene für den Zeitraum von 1991 bis 2013 verfügbar und ab 1998 rückwirkend abrufbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen können mit der Intensität der Flächennutzung auftreten; z. B. verbrauchen Haushalte in Strukturen mit freistehenden Einfamilienhäusern mit Gärten mehr Wasser als Haushalte in dicht bebauten Gebieten.
Rahmenbedingungen	Die Zusammensetzung der Haushalte und damit die Bevölkerungsstruktur wirkt sich entscheidend auf den Verbrauch aus: Ein-Personen-Haushalte verbrauchen relativ betrachtet mehr. Darüber hinaus lassen sich stabile Unterschiede zwischen Kommunen und Bundesländern nachweisen, die bislang nicht aufgeklärt werden konnten.
Berechnung	Wasserabgabe für Haushalte und Kleingewerbe je Einwohner und Tag
Quelle	Regionalstatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	Liter
Abgerufen für	2007; 2010; 2013

5.5.5 Armut

Indikator: SGB-II-/SGB-XII-Quote *	
Dimension	Soziales
Thema	Armut
Ziel	Armut bekämpfen
Kernindikator	SGB-II-/SGB-XII-Quote – Anteil der Empfänger von SGB-II-/SGB XII-Leistungen an der Bevölkerung
Nachhaltigkeitsrelevanz	Immer mehr Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen. Damit verbunden ist eine enorme Belastung für die kommunalen Haushalte. Noch schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen selbst – sowohl in finanzieller, als auch in psychischer Hinsicht. Wenn in einer Kommune entsprechende Daten verfügbar sind, sollte bei diesem Indikator eine Differenzierung nach Alter vorgenommen werden, die einen stichhaltigen Hinweis auf Kinder- bzw. Altersarmut liefert. Zusätzlich ist auch eine Differenzierung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit empfehlenswert.
Herkunft	Dieser Indikator wird in fast allen kommunalen (z. B. Augsburg 2010; Münster 2013; Bonn 2012) sowie anderen Indikatorenansammlungen (z. B. Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015; Agenda-Transfer 2003; Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Die „Dunkelziffer“ ist im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen besonders hoch.
Datenqualität	Der Indikator misst die Anzahl und den Anteil der Personen, die Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhalten. Seit der Änderung der Sozialgesetzgebung („Hartz IV“) 2005 sind die Empfänger von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II) sowie die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt oder von laufender Grundsicherung (SGB XII) ausgewiesen. Seit 1994 wird die Erhebung am 31. Dezember eines jeden Jahres durchgeführt. Gezählt werden die Personen, die an diesem Tag die entsprechende Unterstützung erhalten. Der Bestand von Empfängern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt für einen Zeitraum, wie z. B. einem Jahr, wird nicht erfasst. Zudem sind die Daten ab 2007 zeitlich und räumlich besser vergleichbar, da seitdem alle Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet werden – einschließlich der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften, die bis dahin nicht systematisch berücksichtigt waren.
Datenverfügbarkeit	Die Daten der Grundsicherungsstatistik werden von der Bundesagentur für Arbeit aus den anfallenden Geschäftsdaten der Jobcenter gewonnen, die im Rahmen der Leistungssachbearbeitung erfasst werden. Sie sind auf Kreisebene rückwirkend abrufbar und auf Gemeindeebene als Sonderauswertung bestellbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Die SGB-II-/SGB-XII-Quote weist Wechselwirkungen mit verschiedenen Indikatoren des Gesundheitsniveaus, des Wohnens und Wohnumfeldes und der Bildung (insbesondere Schulabbrecherquote und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife) auf. Um annähernd einen Überblick über die Zahl armer Haushalte in der Kommune zu bekommen, sollte der Indikator jedoch vor allem im Zusammenhang mit der Arbeitslosenquote und Langzeitarbeitslosigkeit betrachtet werden. Denn die Sozialhilfe bildet nicht alle Fälle „armer Haushalte“ in der Kommune ab.
Rahmenbedingungen	Je kleiner die Kommune, desto weniger Sozialhilfeempfänger werden registriert. In den neuen Bundesländern gibt es zahlreiche Kommunen, in denen die Arbeitslosenquote sehr hoch, die Rate der Sozialhilfeempfänger hingegen sehr niedrig ist.
Berechnung	Anzahl der Empfänger von Grundsicherung (SGB-II-/SGB-XII-Leistungen) / Anzahl der Einwohner * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, Bundesagentur für Arbeit, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Personen in %
Abgerufen für	2006–2014

* Mit der Änderung des SGB II haben sich die Berechnungsmodalitäten geändert.

5.5.6 Wohnen und Wohnumfeld

Indikator: Kommunaler Wohnungsbau	
Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Ziel	Bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum sicherstellen
Kernindikator	Kommunaler Wohnungsbau – Anzahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Kommunaler Wohnungsbau ist eine wichtige Strategie, Mietpreise zu dämpfen und Bevölkerungsgruppen, die sich nur schwer auf dem Wohnungsmarkt versorgen können (u. a. Studierende, Ältere, Alleinerziehende, Migranten, Arbeitslose oder Einkommensschwache), Wohnraum anzubieten. Im kommunalen Wohnungsbau kann auf die speziellen Bedürfnisse benachteiligter Personengruppen eingegangen und damit dem Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit entsprochen werden. Durch Nutzungsmischung bspw. kann eine wohnungsnah Grundversorgung sichergestellt werden. Außerdem kann durch entsprechende Anbindungen an den ÖPNV sowie Fuß- und Fahrradwegnetze eine umweltgerechte Mobilität gefördert und dadurch globale Verantwortung wahrgenommen werden. Wohnungsneubau ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn die Reserven des vorhandenen Wohnungsbestandes ausgeschöpft sind (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit).
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang nur in wenigen kommunalen (z.B. Heidelberg 2011) oder anderen Indikatorensammlungen verwendet; die Stadt Ludwigsburg (siehe Konferenzband Zukunftskonferenz 2015) erhebt die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen insgesamt.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel „Bedarfsgerechten und preiswerten Wohnraum sichern“ quantitativ ab. Über die Qualitäten des kommunalen Wohnungsbestandes können jedoch keine Aussagen getroffen werden.
Datenqualität	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sodass eine sehr gute Datenqualität vorliegt.
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind flächendeckend für Städte und Gemeinden sowie Kreise verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen unter anderem mit der lokalen Wirtschaft, da kommunale Wohnungsunternehmen je nach ihrer Größe auch Arbeitgeber und Ausbildungsstandorte sind, und dem Flächenverbrauch bzw. der Intensität der Flächennutzung. Des Weiteren erhöht ein geringes Mietniveau die Attraktivität der Kommune für die Bürger und auch für Zuziehende. Schließlich können Bezüge zu umweltgerechter Mobilität hergestellt werden.
Rahmenbedingungen	Der kommunale Wohnungsbau ist nur für wachsende Städte eine nachhaltige Strategie. In schrumpfenden Gemeinden geht es eher darum, den kommunalen Wohnungsbestand zu erhalten und an veränderte Bedarfe (z. B. altengerecht, energieeffizient) anzupassen oder auch teilweise rückzubauen.
Berechnung	Anzahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1.000 Einwohner
Quelle	Regionalstatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	Zahl je 1.000 Einwohner
Abgerufen für	2008–2014

Indikator: Naherholungsflächen	
Dimension	Soziales
Thema	Wohnen und Wohnumfeld
Ziel	Wohnungsnah Grundversorgung sichern und Naherholungsflächen bereitstellen
Kernindikator	Naherholungsflächen – Erholungsflächen (innerhalb der Siedlungsfläche) pro Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Erholungsflächen nehmen aufgrund einer Vielfalt an Ökosystemleistungen (neben kulturellen und sozialen Möglichkeiten u. a. Klimaregulation, Luftfilterung u. v. m.) beim Thema gesundes Wohnumfeld eine zentrale Rolle ein. Wichtig für die Qualität von Erholungsräumen ist die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit für die Menschen vor Ort. In ländlichen Gebieten sind Wälder und landwirtschaftliche Flächen vor allem dann von hohem Freizeitwert für die Menschen vor Ort, wenn sie siedlungsnah gelegen und durch ein dichtes Wegenetz erschlossen sind. In städtischen Gebieten sollte eine Erholungsfläche in wenigen hundert Metern Umkreis von der Wohnung liegen, damit sie auch von Kindern, Älteren und anderen Menschen mit eingeschränkter Mobilität genutzt werden kann (Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit). Letztlich sind Erholungsräume auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit auch von ökonomischer Relevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird in vielen kommunalen (z. B. Augsburg 2010, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Deutsche Umwelthilfe 2004; Internationale Standard ISO 37120, 2014) verwendet.
Validität	Die Validität ist dadurch eingeschränkt, dass nicht oder nur unzureichend abgebildet werden kann, ob die einbezogenen Flächen von allen potenziellen Nutzergruppen als Erholungsflächen wahrgenommen und angenommen werden und für diese barrierefrei zugänglich sind. Zudem ist der Indikator im ländlichen Raum, wo eine gute Versorgung mit wohnungsnahen, aber außerhalb der Siedlungsfläche liegenden Erholungsflächen besteht, begrenzt valide.
Datenqualität	Der Indikator misst die Größe der Flächen zur Erholung, bezogen auf die Einwohnerzahl. Durch regelmäßige und flächendeckende Vermessungen und Kartierungen ist die Datenqualität hoch.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden in mehrjährigen Abständen erhoben und sind bei den Statistischen Landesämtern verfügbar. Eventuell haben Katasterämter häufiger aktualisierte Daten. Daten aus Flächennutzungsplänen enthalten nicht tatsächliche, sondern vorgesehene Nutzungen, und sind daher nicht vergleichbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Es bestehen Wechselwirkungen mit zahlreichen ökologischen Indikatoren (v. a. Flächenverbrauch, wieder genutzte Brachflächen, Naturschutzflächen und Indikatoren der biologischen Vielfalt) sowie Indikatoren zum preiswerten Wohnraum (insbesondere Mietpreisentwicklung und Wohnfläche). Aufgrund der räumlich häufig auftretenden Mehrfachbelastung ungünstiger Umweltbedingungen sind Interdependenzen ggf. auch mit der Luftqualität und der Lärmbelastung zu erwarten.
Rahmenbedingungen	Die Prosperität einer Kommune hat starken Einfluss darauf, ob Erholungsflächen verringert werden. Darüber hinaus können kleine und mittlere Kommunen meist mehr Freiflächen ausweisen als Großstädte in größeren Agglomerationen. Die Pflege und Unterhaltung von Naherholungsflächen ist insbesondere für Kommunen mit ungünstiger Haushaltslage ein Problem.
Berechnung	Anteil der Erholungsfläche in m ² innerhalb der Siedlungsfläche / Einwohner
Quelle	Regionalstatistik (Statistische Ämter des Bundes und der Länder)
Einheit	je Einwohner
Abgerufen für	2008–2014

5.5.7 Gesundheit und Pflege

Indikator: Vorzeitige Sterblichkeit	
Dimension	Soziales
Thema	Gesundheit und Pflege
Ziel	Gesundheitsniveau erhöhen
Kernindikator	Vorzeitige Sterblichkeit – Anzahl der Todesfälle unter 65 Jahren pro 1.000 Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Gesundheitszustand beeinflusst maßgeblich die Lebensqualität der Menschen. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung im Gesundheitsbereich ist es, die vorzeitige Sterblichkeit weiter zu senken (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit). Hierbei kommt der gesundheitlichen Vorbeugung und der Förderung der Gesundheit eine hohe Priorität zu, die sowohl die physische als auch die psychische Gesundheit beinhaltet. Gesundheit und Lebenserwartung werden von vielfältigen Faktoren beeinflusst; vorzeitige Sterblichkeit ist nicht selten verhaltensbedingt und damit vermeidbar (Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit).
Herkunft	Dieser Indikator wird in einigen kommunalen (z. B. Berlin 2011, 2014) sowie in anderen Indikatorensammlungen (z. B. Statistisches Bundesamt 2014, United Nations 2015) verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators für das Ziel, das Gesundheitsniveau zu erhöhen, ist eingeschränkt, da zahlreiche, nicht mit dem Gesundheitsniveau in Zusammenhang stehende Einflüsse die vorzeitige Sterblichkeit beeinflussen können.
Datenqualität	Die Daten entstammen der amtlichen Todesursachenstatistik und der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und sind sehr genau.
Datenverfügbarkeit	Die jährlich erhobenen Daten sind in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und der Länder verfügbar.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Weitergehende Erkenntnisse können sich ggf. gewinnen lassen, wenn der Indikator zu anderen Indikatoren im Bereich Gesundheit, Verkehrssicherheit und Armut in Beziehung gesetzt wird.
Rahmenbedingungen	Die vorzeitige Sterblichkeit ist bei Männern fast doppelt so hoch wie bei Frauen. Weiterhin variiert die vorzeitige Sterblichkeit auch regional, je nachdem welche Lebensstile und Konsumgewohnheiten vorherrschend sind.
Berechnung	Sterbefälle unter 65-Jähriger pro 1.000 Einwohner
Quelle	Regionalstatistik (Forschungsdatenzentrum)
Einheit	je 1.000 EW
Abrufbar für	2006–2014

Indikator: Lebenserwartung	
Dimension	Soziales
Thema	Gesundheit und Pflege
Ziel	Gesundheitsniveau erhöhen
Kernindikator	Lebenserwartung – Lebenserwartung der Neugeborenen
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Lebenserwartung ist ein sehr anschaulicher Indikator zur zusammenfassenden Beurteilung der gesundheitlichen Lage und medizinischen Versorgung der gesamten Bevölkerung und betrifft wie auch die vorzeitige Sterblichkeit vor allem das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Der Indikator gibt an, wie viele Jahre ein Neugeborenes in einem definierten Alter bei unveränderten gegenwärtigen Sterberisiken im Durchschnitt noch leben würde. Er darf nicht als prognostischer Wert verstanden werden, sondern als eine Momentaufnahme, die die durchschnittliche aktuelle Lebenserwartung der untersuchten Bevölkerung wiedergibt. Berechnungsgrundlage ist die so genannte Sterbetafel, die modellhaft anhand der alters- und geschlechtsspezifischen Sterberaten des untersuchten Kalenderzeitraums (ein oder mehrere zusammengefasste Jahre) berechnet wird. Die Lebenserwartung ist besonders geeignet für Zeitreihenanalysen und regionale Vergleiche. Sie wird von verschiedensten Einflussfaktoren bestimmt, insbesondere dem Alter bei der Berechnung, und ist eine wichtige sozioökonomische Messgröße: Je höher sie für eine bestimmte Gruppe ist, desto höher ist deren Lebensstandard, beispielsweise hinsichtlich medizinischer Versorgung, Hygiene, Trinkwasserqualität und Ernährungslage. Unterschieden wird die Lebenserwartung häufig nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Berufszugehörigkeit oder speziellen Risikogruppen.
Herkunft	Der Indikator wird in einigen kommunalen (z. B. Groß-Umstadt 2013, Berlin 2011) und überkommunalen (z. B. NRW 2016) Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators ist eingeschränkt, da er nur eine Schätzung für Neugeborene unter Annahme gleichbleibender altersspezifischer Sterblichkeitsraten ist und die Lebenserwartung allein zudem wenig über das tatsächliche Gesundheitsniveau der Bevölkerung zu Lebzeiten sagt.
Datenqualität	Die Lebenserwartung basiert auf Sterblichkeitsstatistiken, die von hoher Datenqualität sind. Liegen allerdings nur abgekürzte Sterbetafeln vor (s. u.), ist zu beachten, dass diese im Unterschied zu den vollständigen Sterbetafeln keine Glättung (Ausgleichung) erfahren und in stärkerem Maß kurzfristigen Schwankungen unterliegen.
Datenverfügbarkeit	Vollständige Sterbetafeln werden in der Regel im Anschluss an eine Volkszählung zur Verfügung gestellt. Dazwischen werden sog. abgekürzte Sterbetafeln erstellt, die jährlich oder für Drei-Jahres-Spannen berechnet werden.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Weitergehende Erkenntnisse können sich ggf. gewinnen lassen, wenn der Indikator zu allen anderen Indikatoren im Bereich Gesundheit, zur Beschäftigtenquote, zur Verkehrssicherheit sowie zur SGB-II-/SGB-XII-Quote, zur Einkommensverteilung und zum Anteil erwerbstätiger ALG-II-Bezieher in Beziehung gesetzt wird.
Rahmenbedingungen	Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Lebenserwartung und sozialem Status, gemessen über den Bildungsabschluss, den Berufsstatus oder das Einkommen. So werden Männer aus der Armutsrisikogruppe durchschnittlich 70 und Frauen 77 Jahre alt, während Männer und Frauen mit hohem Einkommen fast 10 Jahre länger leben (81/85 Jahre).
Berechnung	Mittelwert aus durchschnittlicher Lebenserwartung eines weiblichen und eines männlichen Neugeborenen in Jahren (Drei-Jahres-Durchschnitt, Methode nach W. Farr)
Quelle	INKAR online (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung)
Einheit	Alter in Lebensjahren
Abrufbar für	2006–2012

Indikator: Plätze in Pflegeheimen	
Dimension	Soziales
Thema	Gesundheit und Pflege
Ziel	Pflegeniveau erhöhen
Kernindikator	Plätze in Pflegeheimen – Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeheimen pro 1.000 Einwohner ab 65 Jahren
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator zeigt an, für wie viele von 1.000 Personen ein Pflegeheimplatz zur Verfügung steht. Er wird auf die Altersgruppe nach Beendigung des Erwerbslebens bezogen, da Pflegebedürftigkeit überwiegend erst in diesem Alter eintritt. Im Dezember 2013 waren in Deutschland 2,63 Millionen Menschen pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Davon wurden mehr als zwei Drittel (71 % oder 1,86 Millionen) nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes zu Hause versorgt. Von diesen erhielten 1,25 Millionen Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld – das bedeutet, dass sie in der Regel allein durch Angehörige gepflegt wurden. Weitere 616.000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten, bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. In Pflegeheimen vollstationär betreut wurden insgesamt 764.000 Pflegebedürftige (29 %). Die Mehrheit (65 %) der Pflegebedürftigen war weiblich. Insgesamt 83 % der Pflegebedürftigen waren 65 Jahre und älter, mehr als ein Drittel (37 %) war über 85 Jahre alt.
Herkunft	Dieser Indikator wird bislang nur in wenigen Indikatorenansammlungen (z. B. als Versorgungsquote mit Pflegeheimplätzen in Ludwigsburg 2015) verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators ist eingeschränkt, da die Zahl der Pflegeplätze nicht unbedingt auf ein hohes Pflegeniveau schließen lässt. Gelingt es einer Kommune etwa die Rahmenbedingungen für ein möglichst langes eigenständiges Leben in der gewohnten Wohnumgebung zu schaffen, oder können ältere Menschen von Familienangehörigen gepflegt werden, sind Pflegeheimplätze weniger wichtig.
Datenqualität	Pflegeheime sind stationäre Pflegeeinrichtungen, die selbständig wirtschaften, in denen Pflegebedürftige unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegekraft gepflegt werden und ganztätig (vollstationär) und / oder nur tagsüber oder nur nachts (teilstationär) untergebracht und gepflegt werden können und die durch einen Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zu voll-, teilstationärer Pflege und/oder Kurzzeitpflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten. Beim Indikator werden Pflegedienste (ambulante Pflegeeinrichtungen) nicht berücksichtigt.
Datenverfügbarkeit	Die auf Kreisebene im zweijährigen Turnus erhobenen Daten sind verfügbar ab dem Jahr 2007. Die Werte der Zwischenjahre entsprechen denen der Vorjahre.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator lässt sich mit anderen Indikatoren des Ziels „Pflegeniveau“ in Verbindung setzen.
Rahmenbedingungen	Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird mit zunehmender Alterung der Gesellschaft wachsen. Dennoch kann die Zahl der benötigten Pflegeheimplätze von vielen Faktoren beeinflusst werden. Eine barrierefreie Wohnung und ein entsprechend gestaltetes Wohnumfeld, funktionierende Nachbarschaften, ambulante Hilfen und Unterstützung durch Familienangehörige tragen dazu bei, dass möglichst wenig ältere Menschen in Pflegeheimen versorgt werden müssen.
Berechnung	Verfügbare Plätze in Pflegeheimen / Bevölkerung ab 65 Jahre * 1.000
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Einwohner
Aburbar für	2006–2014

5.5.8 Sicherheit

Indikator: Verunglückte im Verkehr	
Dimension	Soziales
Thema	Sicherheit
Ziel	Verkehrssicherheitsniveau erhöhen
Kernindikator	Verunglückte im Verkehr – Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen pro 1.000 Einwohner
Nachhaltigkeitsrelevanz	Weltweit sind Verkehrsunfälle die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, und dies gilt unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes und auch für Deutschland. Insgesamt passieren in Deutschland jährlich rund 300.000 Unfälle mit Personenschäden, das entspricht etwa 800 Unfällen mit Verletzungen oder Todesfolgen jeden Tag. Die gesellschaftlichen Kosten, die sich aus den Gesundheitsschäden und Verkehrsauswirkungen dieser Unfälle ergeben, sind beträchtlich und belangen daher das Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit. Doch auch innerhalb einer Generation bestehen Ungleichheiten in der Verkehrssicherheit, da bestimmte Personengruppen und insbesondere Kinder erhöht gefährdet sind. Daher müssen präventive Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Wenn die Sicherheit innerorts erhöht werden kann, steigen die Attraktivität des öffentlichen Raums und damit ggf. auch der Anteil des Fuß- und Radverkehrs, wodurch auch das Prinzip der globalen Verantwortung betroffen ist.
Herkunft	Dieser Indikator wird in einigen kommunalen (z. B. Bonn 2012) sowie in anderen Indikatorenansammlungen (z.B. Ministerium für Umwelt, Klima und Energie Baden-Württemberg 2015; Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Die Validität des Indikators für das Ziel, die Verkehrssicherheit zu erhöhen, ist hoch.
Datenqualität	Statistisch nicht erfasst sind alle nicht gemeldeten Verkehrsunfälle, die sich aber weitestgehend auf Sachschäden und geringfügige Personenschäden beschränken dürften und damit die Datenqualität nicht bedeutsam einschränken.
Datenverfügbarkeit	Aufgrund der Meldepflicht der zu Verkehrsunfällen gerufenen Polizeibeamten ist die Datenverfügbarkeit flächendeckend sehr gut.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen sind mit den Fahrradwegen, der Beförderungsleistung des ÖPNV und dem Modal Split zu erwarten.
Rahmenbedingungen	Die Haushaltssituation wirkt sich stark auf die Möglichkeiten zur Prävention aus. Entgegen der häufigen Annahme sind Personen in Großstädten durchschnittlich nicht gefährdeter als Personen in mittelgroßen Städten. Zudem ist zu beachten, ob besondere Verkehrssituationen mit häufigem Unfallaufkommen (z. B. in Autobahnkreuzen) auf der Gemarkung der Kommune existieren.
Berechnung	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen pro 1.000 EW/Jahr insgesamt
Quelle	Regionalstatistik
Einheit	je 1.000 Einwohner
Abrufbar für	2008–2014

5.5.9 Bildung

Indikator: Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige)	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Frühkindliche Bildung fördern
Kernindikator	Betreuung von Kindern (unter 3-Jährige) – Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für unter 3-Jährige
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen. Gleichzeitig soll damit beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden. Aus diesen Gründen ist der Indikator für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demographischer Wandel) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern) von Bedeutung.
Herkunft	Dieser Indikator wird in vielen kommunalen (z. B. Augsburg 2010, Münster 2013, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorenansammlungen (z. B. Deutsche Umwelthilfe 2004; Statistisches Bundesamt 2014) verwendet.
Validität	Die Betreuungsquote lässt zwar noch keine Aussage darüber, wie es um die Qualität der Betreuung bestellt ist, wer die Angebote wahrnimmt und ob die Nachfrage gedeckt werden kann. Dennoch ist davon auszugehen, dass alle Betreuungseinrichtungen frühkindliche Bildung ermöglichen und damit die Validität des Indikators hoch ist.
Datenqualität	Die Datenqualität ist hoch, da in der Statistik sowohl Kinder in Kindertageseinrichtungen als auch Kinder in Tagespflege erfasst werden und dadurch eine umfassende Kennzahl des Anteils tatsächlich in Tagesbetreuung stehender Kinder an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe zur Verfügung steht.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden jährlich aktualisiert und sind in einer Zeitreihe verfügbar. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Es können weitergehende Erkenntnisse gewonnen werden, wenn der Indikator mit anderen Indikatoren des Themas „Bildung“ (für eine langfristige Perspektive insbesondere Schulabbrecherquote und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife) in Beziehung gesetzt wird. Zudem kann insbesondere eine Differenzierung nach deutschen und ausländischen Kindern erste Hinweise zur Integration ermöglichen.
Rahmenbedingungen	Die Betreuungsquote der unter 3-jährigen Kinder ist in ostdeutschen Kommunen und Landkreisen deutlich höher als in Westdeutschland. Dies liegt in der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur der ehemaligen DDR begründet. Weiterhin gibt es in der Versorgung und Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren ein deutliches Stadt-/Landgefälle.
Berechnung	Anzahl betreute U3-Jährige in Tageseinrichtungen (Stichtag: 1.3.) / Bevölkerung U3-Jährige (31.12. des Vorjahres) * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige)	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Frühkindliche Bildung fördern
Kernindikator	Betreuung von Kindern (3- bis 5-Jährige) – Betreute Kinder in Tageseinrichtungen für 3- bis 5-Jährige
Nachhaltigkeitsrelevanz	Neben der Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren ist auch die Betreuungssituation älterer Kinder ein wichtiger Indikator für nachhaltige Entwicklung, da auch der Ausbau der Betreuung von Kindern dieser Altersstufe zum Ziel hat, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von der Herkunft und dem Bildungsstand der Eltern – zu erhöhen und damit beiden Elternteilen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Aus diesen Gründen ist der Indikator für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demographischer Wandel) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern) von Bedeutung.
Herkunft	Der Indikator wird in vielen kommunalen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Münster 2013, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Deutsche Umwelthilfe 2004) verwendet.
Validität	Die Betreuungsquote macht zwar noch keine Aussage dazu, wie es um die Qualität der Betreuung bestellt ist, wer die Angebote wahrnimmt und ob die Nachfrage gedeckt werden kann. Dennoch ist davon auszugehen, dass alle Einrichtungen frühkindliche Bildung ermöglichen und damit die Validität des Indikators hoch ist.
Datenqualität	Die Datenqualität ist hoch, da in der Statistik sowohl Kinder in Kindertageseinrichtungen, als auch Kinder in Tagespflege erfasst werden und dadurch eine umfassende Kennzahl des Anteils tatsächlich in Tagesbetreuung stehender Kinder an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe zur Verfügung steht.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig (jährlich) aktualisiert und sind in einer Zeitreihe verfügbar. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine u. U. kostenpflichtige Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Es können weitergehende Erkenntnisse gewonnen werden, wenn der Indikator mit anderen Indikatoren des Themas Bildung (für eine langfristige Perspektive insbesondere Schulabbrecherquote und Schulabgänger mit (Fach-)Hochschulreife) in Beziehung gesetzt wird. Zudem kann insbesondere eine Differenzierung nach deutschen und ausländischen Kindern Hinweise zur Integration ermöglichen.
Rahmenbedingungen	Die Betreuungsquote der 3- bis 5-jährigen Kinder ist in ostdeutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen höher als in Westdeutschland. Dies liegt in der hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur der ehemaligen DDR begründet. Weiterhin gibt es in der Versorgung und Nachfrage nach Betreuungsplätzen ein deutliches Stadt-/Landgefälle.
Berechnung	Anzahl betreute Nichtschulkinder 3–5 Jahre in Tageseinrichtungen (Stichtag: 1.3.) / Bevölkerung 3–5 Jahre (31.12. des Vorjahres) * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Schulabbrecherquote	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Bildungserfolge ermöglichen
Kernindikator	Schulabbrecherquote – Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Abgängern allgemeinbildender/berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss (Andere Werte im Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung erklären sich über eine andere Grundgesamtheit – im Chancenspiegel wird der Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Vorjahres ausgewiesen.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune ist Bildung ein Schlüsselthema. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten. Ohne Schulabschluss werden vor allem berufliche Chancen dauerhaft verwehrt, wodurch das Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit betroffen ist. Insbesondere sozial schwache Familien sind zu unterstützen, da der Bildungserfolg stark vom sozioökonomischen Umfeld abhängt. Damit ist auch das Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit relevant.
Herkunft	Dieser Indikator wird in einigen kommunalen (z. B. Augsburg 2010, Bonn 2012) sowie anderen Indikatorensammlungen (z. B. Statistisches Bundesamt 2014; United Nations 2015) verwendet.
Validität	Die Bildungschancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen erhöhen sich deutlich, wenn die Schulabbrecherquote sinkt. Daher ist die Validität hoch.
Datenqualität	Es wird in diesem Indikator nach den Hauptschulabgängern gefragt. In Gesamt-, Mittel-, Regel-, Regional- und Sekundarschulen werden alle Schüler erfasst, die durch die erfolgreiche Absolvierung der neunten Klasse einen Hauptschulabschluss erworben haben und die Schule nicht weiter besuchen, um einen höheren Abschluss zu erwerben.
Datenverfügbarkeit	Die Statistischen Landesämter verfügen in der Regel über die Daten, da es sich bei der Schulstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt. Auf Kreisebene liegen die Daten zentral vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Die Schulabbrecherquote wird maßgeblich von der familiären Situation und der frühkindlichen Bildung beeinflusst. Sie ist in Großstädten mit schwierigen sozialen Milieus häufig höher als in Klein- und Mittelstädten in ländlichen Räumen. Dieser Indikator hat deshalb Wechselwirkungen u. a. mit der „frühkindlichen Bildung“, der Arbeitslosenquote und SGB-II-/SGB-XII-Quote.
Rahmenbedingungen	Die Schulabbrecherquote ist abhängig von den strukturellen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Bundesländern (z. B. politische Schwerpunktsetzung auf bestimmte Schularten) bzw. Kommunen (z. B. unterschiedliche Hilfe- oder Unterstützungsmaßnahmen für Familien). In der Regel korrespondiert die Schulabbrecherquote mit einem hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund und einem niedrigem Haushaltseinkommen. Solche Zusammenhänge gehen darauf zurück, dass der Ausbildungserfolg stark vom sozioökonomischen Umfeld abhängt. Dies betrifft Ausländer, Deutsche ohne und Deutsche mit Migrationshintergrund gleichermaßen.
Berechnung	$\text{Anzahl Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss (allgmb. + berufsb.)} / \text{Anzahl Schulabgänger gesamt (allgmb. + berufsb.) mit allgmb. Abschluss} * 100$
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Bildungserfolge ermöglichen
Kernindikator	Schulabgänger mit Fachhoch-/Hochschulreife – Anteil der Schulabgänger mit Fachhochschulreife/allgemeine Hochschulreife an allen Abgängern allgemeinbildender/berufsbildender Schulen mit allgemeinbildendem Abschluss (Andere Werte im Chancenspiegel der Bertelsmann Stiftung erklären sich über eine andere Grundgesamtheit – im Chancenspiegel wird der Anteil an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Vorjahres ausgewiesen.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator gibt Hinweise auf die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit). Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss, desto besser auch die weiteren strukturellen Integrationschancen (Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit).
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Der Indikator bildet das Ziel „Bildungserfolge verbessern“ ab. Gleichwohl kann das Bildungsniveau insgesamt absinken. Es werden deshalb nur relative Veränderungen angezeigt.
Datenqualität	Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei den Schülern eines Jahrgangs und ist sehr genau, da es sich bei der Schulstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt.
Datenverfügbarkeit	Auf Kreisebene liegen die Daten zentral vor und können für die Jahre 2006 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Weitere Erkenntnisse können gewonnen werden, wenn der Indikator mit der Beschäftigung im Forschungsbereich und dem Anteil an Auszubildenden sowie an Hochqualifizierten, der SGB-II-/SGB-XII-Quote, der Einkommensverteilung sowie weiteren Bildungsindikatoren in Beziehung gesetzt wird. Die Über- bzw. Unterrepräsentation von ausländischen Schülern kann zudem wichtige Hinweise zur Integration geben.
Rahmenbedingungen	Die Abiturientenquote kann von vielen anderen Rahmenbedingungen beeinflusst sein. So werden die Bildungserfolge in Städten mit hoher Arbeitslosigkeit geringer ausfallen als in wirtschaftlich prosperierenden Gebieten. Bundesländer mit einer guten Ausstattung an Ganztagschulen können Schüler individueller betreuen und evtl. auch bessere Bildungserfolge erzielen.
Berechnung	Anzahl Schulabgänger mit Fachhochschul- oder allgemeiner Hochschulreife (allgmb. + berufs.) / Anzahl Schulabgänger gesamt (allgmb. + berufs.) mit allgmb. Abschluss * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Exklusionsquote	
Dimension	Soziales
Thema	Bildung
Ziel	Inklusion an Schulen fördern
Kernindikator	Exklusionsquote – Anteil der Schüler an Förderschulen an allen Schülern
Nachhaltigkeitsrelevanz	Inklusive Pädagogik ist ein neuer pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität (= Unterschiedlichkeit) in Bildung und Erziehung ist. Grundlage ist die 2009 beschlossene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten, in dem der gemeinsame Unterricht von Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf der Regelfall ist. Der Indikator misst, inwieweit das Ziel, möglichst viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen zu unterrichten, noch nicht erreicht ist, und indiziert damit einen Aspekt der intragenerationalen Gerechtigkeit.
Herkunft	Da der Indikator insgesamt neu ist, wird dieser bislang kaum in kommunalen Nachhaltigkeitsberichten oder anderen Indikatorenansammlungen verwendet. Der Indikator wird jedoch im Wegweiser Kommune angeboten.
Validität	Gemessen an dem Ziel, möglichst viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Regelschulen zu unterrichten, ist die Validität des Indikators hoch. Allerdings ist der Ansatz der Inklusion in der Pädagogik nicht unumstritten, gerade wenn es um eine Überforderung des Lehrpersonals oder auch einzelner Schüler in den Regelschulen geht.
Datenqualität	Die interkommunale Vergleichbarkeit des Indikators ist dadurch eingeschränkt, dass der Anteil der Schüler an Förderschulen nicht zu der gesamten Zahl der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, sondern zu der Gesamtzahl der Schüler in Beziehung gesetzt wird.
Datenverfügbarkeit	Die Statistischen Landesämter verfügen in der Regel über die Daten, da es sich bei der Schulstatistik um eine koordinierte Länderstatistik handelt. Auf Kreisebene liegen die Daten zentral vor und können für die Jahre 1995 bis 2014 abgerufen werden. Für die Auswertung auf Gemeindeebene ist eine u. U. kostenpflichtige Sonderauswertung notwendig.
Funktion	Outcome-Indikator.
Wechselwirkungen	Der Indikator weist Zusammenhänge mit anderen Indikatoren auf, die in Wechselwirkung mit dem Anteil von Menschen mit Behinderungen in der Bevölkerung stehen – etwa Indikatoren im Bereich „Arbeit und Beschäftigung“ oder der Motorisierungsgrad.
Rahmenbedingungen	In kleinen Kommunen oder in Landkreisen mit geringen Schülerzahlen hat der Indikator nur eine geringe Aussagekraft, da individuelle Einzelfälle die Prozentzahlen stark beeinflussen können.
Berechnung	Anzahl Schüler an Förderschulen / Anzahl Schüler gesamt * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	%
Abgerufen für	2006–2014

5.5.10 Haushaltsführung

Indikator: Liquiditätskredite	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern
Kernindikator	Liquiditätskredite – Liquiditätskredite (Kernhaushalt) pro Einwohner (Ein Liquiditätskredit (auch: Kassenkredit, Kredit zur Liquiditätssicherung) bezeichnet einen kurzfristig aufgenommenen Kredit zur Überbrückung akuter Liquiditätsengpässe. Der Liquiditätskredit wird abgegrenzt von langfristig ausgerichteten Krediten für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen oder zur Umschuldung.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	In der Praxis steigt die Zahl der Kommunen, die Liquiditätskredite nicht nur im ursprünglichen Sinne zur kurzfristigen Liquiditätssicherung in Anspruch nehmen, sondern zum dauerhaften Ausgleich struktureller Haushaltsdefizite, d. h., wenn die laufenden Ausgaben nicht mehr aus den Einnahmen finanziert werden können. Die Risiken von Liquiditätskrediten liegen in einer möglicherweise fehlenden Vermögensdeckung und Zinsänderungen. Hohe Liquiditätskredite können nachfolgende Generationen sowohl unmittelbar als auch mittelbar, durch nicht getätigte Investitionen, belasten. Insgesamt lassen sich Liquiditätskredite als kumulierte Defizite der Vorjahre interpretieren. Damit hat der Indikator in Hinblick auf die Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorenansammlungen verwendet.
Validität	Die Höhe der Liquiditätskredite pro Einwohner lässt Rückschlüsse darauf zu, in wie weit eine Kommune aktuell in der Lage ist, ihre laufenden Ausgaben aus den Einnahmen zu decken. Ursachen (z. B. dauerhaft defizitäre Haushaltsstruktur oder Defizite der Liquiditätsteuerung), Hintergründe (z. B. Vermögensdeckung oder Fähigkeit zur Schuldentilgung) und die damit verbundene Belastung nachfolgender Generationen werden nicht abgebildet.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Einnahme- und Ausgabesituation der Kommune und damit zusammenhängenden sozioökonomischen Strukturmerkmalen. Beispielsweise hängen die Einnahmen über die Einkommensteuer von der Anzahl der Erwerbstätigen- und der Arbeitslosenzahl sowie der demographischen Zusammensetzung in einer Kommune ab. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn erörtert wird, in welchem Umfang Liquiditätskredite zur Finanzierung von Investitionen genutzt werden (für die sie eigentlich nicht vorgesehen sind). Dies wäre ein Hinweis auf eine ausgeprägte Haushaltsnotlage.
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Rahmenbedingungen kann die Größe einer Kommune ins Gewicht fallen, da einmalige, höhere Investitionen – besonders in kleinen Kommunen – die Liquidität beeinträchtigen können. Des Weiteren muss bei einem interkommunalen Vergleich der Kommunalisierungsgrad, d. h. die Verlagerung der Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene, berücksichtigt werden. Die Kommunalisierungsgrade variieren zwischen den Bundesländern und führen zu einer landesspezifischen Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Schuldenstandes zwischen dem Land und den Kommunen.
Berechnung	Liquiditätskredite / Einwohner
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Euro/Einwohner
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Schuldendeckungsquote	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern
Kernindikator	Schuldendeckungsquote – Schulden im Verhältnis zum Anlagevermögen (Auslagerungen) (Die Schuldendeckungsquote setzt die Schulden einer Kommune in den Auslagerungen ins Verhältnis zum entsprechenden Anlagevermögen, d. h. die Schuldendeckungsquote zeigt, wie hoch das Anlagevermögen durch Kreditverbindlichkeiten belastet ist. Ist die Deckungsquote gering, sind die Schulden als weniger problematisch zu erachten, da sie über das Anlagevermögen gedeckt sind.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Schulden und die damit verbundene Zinsbelastung schränken den Handlungsspielraum der ausgelagerten Bereiche zunehmend ein und führen i. d. R. zu einem Rückgang der Investitionen. Darüber hinaus stellen die Schulden der Auslagerungen ggf. ein Risiko für den kommunalen Haushalt insgesamt dar. Dieses Risiko ist u. a. abhängig von der Branchenstruktur und lokalen Gegebenheiten. Nachfolgende Generationen sind von der Schuldenlast in besonderem Maße betroffen, wenn sie nicht durch ein entsprechendes Anlagevermögen gedeckt sind. Eine Kommune lebt in diesem Fall „über ihre Verhältnisse“, ihre Substanz wird aufgezehrt. Das Risiko einer Überschuldung wird den nachfolgenden Generationen angelastet, ihre Chance auf gleichwertige Lebensverhältnisse sinkt.
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Das Verhältnis der Schulden zum Anlagevermögen greift einen wesentlichen Zusammenhang in der Haushalts- bzw. Vermögensstruktur der Kommune auf (hier mit Bezug auf die Auslagerungen), der für nachfolgende Generationen im Sinne einer „gesunden Haushaltsstruktur“ besonders relevant ist. Der Indikator besitzt damit eine hohe Validität.
Datenqualität	Seit dem Berichtsjahr 2010 bilden die Kernhaushalte der Gemeinden / Gemeindeverbände sowie ab 2015 auch die jeweiligen Extrahaushalte den Berichtskreis der jährlichen Schuldenstatistik des Statistischen Bundesamtes (inkl. aller öffentlich bestimmten Holdinggesellschaften). Mit der Einbeziehung aller Extrahaushalte wird dem zunehmenden Ausgliederungsprozess in der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen. Damit sind die Grundlagen für eine vollständige Abbildung des Schuldenstandes gelegt. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung der Schuldendeckungsquote zu bekommen, sollten Zeitreihen preisbereinigt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden im Rahmen der amtlichen Schuldenstatistik jährlich erhoben und sind mit hoher Aktualität (sieben Monate Verzögerung) in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit allen Einflussgrößen auf die Einnahmen sowie die Ausgaben der Auslagerungen. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Schuldendeckungsquote in Bezug zur Investitionstätigkeit gesetzt wird: Eine geringe Schuldendeckungsquote und das Ausbleiben notwendiger Investitionen weisen auf längerfristige Probleme hin.
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Strukturmerkmalen müssen bei einem interkommunalen Vergleich Art, Umfang und Gesamtstruktur der Auslagerungen – auch im Verhältnis zur Kernverwaltung – berücksichtigt werden.
Berechnung	Schulden / Anlagevermögen * 100
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Prozent
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Verschuldung	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Gesunde Struktur des kommunalen Haushalts sichern
Kernindikator	Verschuldung – Gesamtverschuldung (Konzern Kommune) pro Einwohner (Die Gesamtverschuldung der Kommune pro EinwohnerIn bezieht sich auf die Schulden der Kernhaushalte und Extrahaushalte einer Kommune. Berücksichtigt werden Investitionskredite, Liquiditätskredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte zzgl. Investitionskredite der Eigenbetriebe, Kreditschulden der Unternehmen (abzüglich interne Schulden bei Eignern / Einwohnern).)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Haushaltsführung einer Kommune hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen. Eine hohe Verschuldung, die nicht abgebaut werden kann und zu Investitionsrückständen führt, beeinträchtigt ökonomische, soziale und auch ökologische Rahmenbedingungen (z. B. Ausbau der Infrastruktur, soziale Leistungen, Wasserqualität etc.), d. h. für nachfolgende Generationen können gleichwertige Lebensbedingungen nicht gesichert werden.
Herkunft	Der Indikator wird in wenigen Nachhaltigkeitsberichten (z. B. Kronberg im Taunus 2012) und Indikatorenansammlungen (z. B. Statistisches Bundesamt 2014) verwendet.
Validität	Sofern sowohl die Kernhaushalte (einschließlich weitergeleitete Kredite an Auslagerungen) als auch die Extrahaushalte (seit 2015 inkl. alle öffentlich bestimmten Holdinggesellschaften) berücksichtigt sind, wird der kommunale Haushalt vollständig abgebildet. Der Indikator lässt jedoch keine Schlüsse darauf zu, inwieweit der Schuldenlast Investitionen gegenüber stehen und er gibt keinen Hinweis auf die Fähigkeit der Kommune zur Schuldentilgung (z. B. die Höhe der Einnahmen oder des Anlagevermögens). Schulden können für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung sein; reiche Kommunen können höhere Schulden auf sich nehmen als arme. D. h., die absolute Höhe der Schulden pro Kopf bildet das Ziel einer „gesunden Struktur“ nur mit Einschränkungen ab.
Datenqualität	Die Daten werden regelmäßig erhoben, sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung des kommunalen Schuldenstandes zu bekommen, sollten Zeitreihen preisbereinigt werden.
Datenverfügbarkeit	Der kommunale Schuldenstand ist öffentlich bekannt und wird in der Regel von den Statistischen Landesämtern erfasst. Der Kämmerer der Kommunen liegen die Daten zur Verschuldung in der Kommune und den kommunalen Betrieben vor.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Einnahme- und Ausgabesituation der Kommunen und damit zusammenhängenden sozioökonomischen Strukturmerkmalen. Die Verschuldung wirkt sich wiederum auf die Investitionstätigkeit der Kommunen aus, was sich auf die Qualität der Daseinsvorsorge niederschlagen kann (Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr, Zustand der öffentlichen Gebäude, Entwässerungsanlagen etc.) und im weiteren Wirkungsgefüge mit der Umweltqualität (Energieverbrauch, Wasserqualität etc.), Unternehmensansiedlungen etc. steht. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Gesamtverschuldung mit der Investitionstätigkeit verglichen wird: wenn beide gering sind, ist dies wenig nachhaltig.
Rahmenbedingungen	Neben den sozioökonomischen Strukturmerkmalen muss bei einem interkommunalen Vergleich der jeweilige Kommunalisierungsgrad, d. h. die landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen berücksichtigt werden.
Berechnung	Kernhaushalte (Investitionskredite + Liquiditätskredite + kreditähnliche Rechtsgeschäfte) + Investitionskredite Eigenbetriebe + Kreditschulden Unternehmen – interne Schulden bei Eignern/Einwohnern (Stichtag Einwohner: 30.06.)
Quelle	Wegweiser Kommune (Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, Bertelsmann Stiftung)
Einheit	Euro/Einwohner
Abgerufen für	2006–2014

Indikator: Bruttoinvestitionen	
Dimension	Governance
Thema	Haushaltsführung
Ziel	Ausreichende Investitionen der Kommune sichern
Kernindikator	Bruttoinvestitionen – Bruttoinvestitionen (Konzern Kommune) pro Einwohner (Bruttoinvestitionen bezeichnen die absolute Höhe der tatsächlich getätigten Investitionen, d. h. vor Abzug der Abschreibungen.)
Nachhaltigkeitsrelevanz	Kommunale Investitionen, wie beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur, Bildung, sozialen Wohnungsbau etc., sind ausschlaggebend für die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens. Dabei sollten die Bruttoinvestitionen die Abschreibungen ausgleichen, da ansonsten die Substanz einer Kommune aufgezehrt wird. In vielen Kommunen stellen rückläufige Investitionen eine problematische Entwicklung dar. Aufgrund sinkender Einnahmen und/oder steigender Ausgaben ist der Ausgleich zwischen Investitionen und Abschreibungen nicht mehr möglich. Desinvestitionen sind kein bewusster Abbau einer hohen Substanz (z. B. aufgrund hoher Investitionen in vorangegangenen Jahren), sondern Resultat struktureller Haushaltsdefizite, die den nachfolgenden Generationen keine gleichwertigen Lebensbedingungen mehr zusichern können. In Hinblick auf die Generationengerechtigkeit besitzt dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.
Herkunft	Dieser Indikator wird in keinem der im Monitor Nachhaltige Kommune ausgewerteten Nachhaltigkeitsberichte und Indikatorensammlungen verwendet.
Validität	Die Bruttoinvestitionen zeigen die absolute Investitionstätigkeit einer Kommune. Inwieweit diese im Sine des Ziels „Ausreichende Investitionen der Kommune sichern“ tatsächlich „ausreichend“ ist, speziell in Hinblick auf den notwendigen Ausgleich der Abschreibungen durch die Bruttoinvestitionen, lässt sich mit diesem Wert jedoch nicht abbilden.
Datenqualität	Die Daten können ohne Einschränkungen durch die Datenqualität genutzt werden.
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden regelmäßig erhoben und sind mit hoher Aktualität und in Zeitreihen verfügbar.
Funktion	Output-Indikator.
Wechselwirkungen	Wechselwirkungen bestehen mit der Einnahme- und Ausgabesituation der Kommunen und damit zusammenhängenden Strukturmerkmalen. Einnahmen durch Gewerbesteuer und Einkommensteuer sind – wie die Höhe der Sozialausgaben – durch die demographische Entwicklung und die Arbeitsmarktstruktur bedingt. Die Investitionstätigkeit einer Kommune wirkt sich auf die Qualität der Daseinsvorsorge aus (Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr, Zustand der öffentlichen Gebäude, Entwässerungsanlagen etc.) und steht im weiteren Wirkungsgefüge mit der Umweltqualität (Energieverbrauch, Wasserqualität etc.), dem Verkehrsaufkommen, Unternehmensansiedlungen etc. Weitergehende Erkenntnisse lassen sich gewinnen, wenn die Investitionstätigkeit mit der Gesamtverschuldung verglichen wird: wenn beide gering sind, ist dies wenig nachhaltig.
Rahmenbedingungen	Der Kommunalisierungsgrad, d. h. die Verlagerung der Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene, variiert zwischen den Bundesländern (landesspezifische Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen).
Berechnung	Bruttoinvestitionen / Einwohner
Quelle	Statistisches Bundesamt (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung)
Einheit	Euro/Einwohner
Abgerufen für	2006–2014



Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Henrik Riedel
Project Manager
Programm LebensWerte Kommune
Telefon +49 5241 81-81266
Fax +49 5241 81-681266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

DOI 10.11586/2016004

www.bertelsmann-stiftung.de